Sitzungsunterlagen

Sitzung der Kommission für Integration

24.07.2025

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Tagesordnung -öffentlich- 3

Vorlagendokumente

TOP Ö 1 Weiterentwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg

Sitzungsvorlage OBM/015/2025 4

Sachverhalt OBM/015/2025 8

Vorschlag Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg (neue Fassung) OBM/015/2025 25

CSU-Antrag Integration 10.03.2025 OBM/015/2025 28

IR-Beschluss Überarbeitung Leitlinien 07.11. 2023 OBM/015/2025 30

Anlage 1: Umsetzung der Leitlinien in Geschäftsbereichen OBM/015/2025 31

Anlage 2: Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg (Fassung 2018) OBM/015/2025 66

Anlage 3: Leitlinen des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg (Fassung 2004) OBM/015/2025 68

Anlage 4: Leitbild der Stadt Nürnberg (2001) OBM/015/2025 70

TOP Ö 2 Statistischer Jahresbericht für 2024 des Amtes für Migration und Integration und des Amtes für Stadtforschung und Statistik über ausländische Staatsangehörige und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg

Berichtvorlage MI/001/2025 72

Statistischer Jahresbericht für 2024 MI/001/2025 76

TOP Ö 3 Vorstellung des Projekts "Nürnberg forscht - Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft" am Beispiel der Forschungsgruppe "Politische Teilhabe"

Berichtvorlage OBM/016/2025 100

Projektüberblick und Zusammenfassung OBM/016/2025 104

Nürnberg forscht Ergebnisbericht OBM/016/2025 108

TAGESORDNUNG

Sitzung
Sitzung der Kommission für Integration

Sitzungszeit
Donnerstag, 24.07.2025, 15:00 Uhr

Sitzungsort
Rathaus, Fünferplatz 2, Großer Sitzungssaal

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1.	**Weiterentwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg** **- hier: CSU-Antrag vom 23.09.2024 „Für eine Verbesserung der Integration Zugewanderter nach Nürnberg – Fördern und Fordern“ Beschluss des Rates für Integration und Zuwanderung vom 07.11.2023 „Überarbeitung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg“** König, Marcus	Empfehlung OBM/015/2025
2.	**Statistischer Jahresbericht für 2024 des Amtes für Migration und Integration und des Amtes für Stadtforschung und Statistik über ausländische Staatsangehörige und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg** König, Marcus	Bericht MI/001/2025
3.	**Vorstellung des Projekts "Nürnberg forscht - Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft" am Beispiel der Forschungsgruppe "Politische Teilhabe"** König, Marcus	Bericht OBM/016/2025
4.	**Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2025, öffentlicher Teil**	

Beschlussvorlage
OBM/015/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	24.07.2025	öffentlich	Empfehlung
Stadtrat	24.09.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Weiterentwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg
- hier: CSU-Antrag vom 10.03.2025 „Für eine Verbesserung der Integration Zugewanderter nach Nürnberg – Fördern und Fordern„
Beschluss des Rates für Integration und Zuwanderung vom 07.11.2023 „Überarbeitung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg“

Sachverhalt (kurz):

Im Jahr 2001 verabschiedete die Stadt Nürnberg ihr Leitbild, in dem sie sich aufgrund ihrer besonderen geschichtlichen Verantwortung zur aktiven Verwirklichung der Menschenrechte bekennt und verpflichtet. Das Leitbild enthält explizit auch ein Bekenntnis zum Einsatz für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen: „Wir setzen uns ein für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen und ermöglichen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben.“ Die im Jahr 2004 erstmals vom Stadtrat verabschiedeten Leitlinien zur Integrationspolitik dienen der Vertiefung und Konkretisierung dieses Anspruchs und Auftrages.

Die im Leitbild proklamierte Selbstverpflichtung wird im Rahmen des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg konkretisiert und umgesetzt. Die Genese des städtischen Integrationsprogramms reicht weit zurück uns die Weiterentwicklung ist ein fortwährender Prozess. Die Leitlinien sind Grundlage und Wesenskern der Integrationspolitik und -strategie der Stadt Nürnberg und ebenso konstitutiv für die Arbeit aller Akteure im städtischen Integrationsprogramm.

Neben der Entstehung und Weiterentwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg wird in dieser Vorlage eine Überarbeitung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg durch die Stadtverwaltung auf Vorschlag des Integrationsrates vorgestellt und der CSU-Antrag „Für eine Verbesserung der Integration Zugewanderter nach Nürnberg – Fördern und Fordern“ beantwortet.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Das Integrationsprogramm hat die Chancengleichheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller Nürnberger/-innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zum Ziel.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Koordinierungsgruppe Integration**

☒ **Rat für Integration und Zuwanderungsgeschichte**

☐

Empfehlungsvorschlag:

Die Kommission für Integration spricht sich für die vorgelegte neue Fassung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg aus und empfiehlt dem Stadtrat, die neue Fassung zu beschließen.

Die Kommission für Integration befürwortet die vorgelegte Konzeption des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg und beauftragt die Verwaltung, die Weiterentwicklung des Integrationsprogramms entsprechend der in der Vorlage skizzierten Vorgehensweise weiterzuverfolgen.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat beschließt die vorgelegte neue Fassung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg.

Der Stadtrat befürwortet die vorgelegte Konzeption des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg und beauftragt die Verwaltung, die Weiterentwicklung des Integrationsprogramms entsprechend der in der Vorlage skizzierten Vorgehensweise weiterzuverfolgen.

Weiterentwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg

I. Entstehung und Entwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg[1]

Im Jahr 2001 verabschiedete die Stadt Nürnberg ihr Leitbild,[2] in dem sie sich aufgrund ihrer besonderen geschichtlichen Verantwortung zur aktiven Verwirklichung der Menschenrechte bekennt und verpflichtet. Das Leitbild enthält explizit auch ein Bekenntnis zum Einsatz für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen: „Wir setzen uns ein für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen und ermöglichen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben." Konkretisiert und umgesetzt wird diese Selbstverpflichtung im Rahmen des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg, dessen Genese weit zurückreicht und dessen Weiterentwicklung ein fortwährender Prozess ist. Neben der Entstehung und (Weiter-)Entwicklung des Nürnberger Integrationsprogramms wird in dieser Vorlage eine Überarbeitung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg durch die Stadtverwaltung auf Vorschlag des Integrationsrates vorgestellt und der CSU-Antrag „Für eine Verbesserung der Integration Zugewanderter nach Nürnberg – Fördern und Fordern" beantwortet.

Nürnberger Bevölkerungsstruktur und -zusammensetzung

Zum Stichtag 31.12.2024 lebten in Nürnberg 546.397 Menschen,[3] darunter 281.978 Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte. Der Anteil der Menschen mit internationaler Geschichte an der Nürnberger Gesamtbevölkerung beträgt demnach 51,6 Prozent.[4]

Von den in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund [5] sind 152.578 Personen Ausländerinnen und Ausländer, was einem Anteil von 27,9 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Sie kommen aus 168 Ländern. 40,7 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer in Nürnberg (bzw. 62.132 Personen) kommen aus Mitgliedsländern der Europäischen Union. 59,3 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer (bzw. 90.446 Personen) kommen aus sogenannten Drittstaaten außerhalb der EU.

---

[1] Für einen vertiefenden Überblick siehe auch Thomas Müller, Integration: Strategien für Kommunen, in: Monika Franz, Gero Kellermann: Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern, Herausgeber: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2020, S. 131 – 143.

[2] Siehe hierzu auch Anlage 4

[3] Die Zahl bezieht sich auf die mit Hauptwohnung in Nürnberg gemeldeten Personen.

[4] Vgl. Stadt Nürnberg, Ausländerinnen und Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg, 2024, Daten des Ausländerzentralregisters und des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Stand 31.12.2024, Vorlage in der Kommission für Integration am 24.07.2025, Nürnberg 2025 (TOP Ö 2).

[5] Der Migrationshintergrund wird vom Amt für Stadtforschung und Statistik aus den Daten des Melderegisters mit Hilfe des Programms MigraPro abgeleitet, da es sich nicht um ein Merkmal handelt, das aus den Meldedaten direkt hervorgeht. Die Ableitung ist eine Annäherung an die Definition des Statistischen Bundesamts, die besagt, dass eine Person einen Migrationshintergrund hat, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit einer deutschen Staatsangehörigkeit geboren wurde.
Die Ableitung erfolgt anhand der Informationen zur Staatsangehörigkeit, Zuzugsherkunft und Lage des Geburtsortes sowie der Staatsangehörigkeit der Eltern. Sie ermöglicht die Unterscheidung nach Deutschen ohne Migrationshintergrund, Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländerinnen und Ausländern, die der Definition nach alle einen persönlichen Migrationshintergrund haben.
Kindern unter 18 Jahren, die keinen eigenen Migrationshintergrund haben, wird der Migrationshintergrund der im gleichen Haushalt lebenden Eltern zugeordnet. Der so ermittelte familiäre Migrationshintergrund entspricht weitestgehend der Definition des Statistischen Bundesamtes, richtet sich aber nach dem Alter der Kinder, d.h. Kinder ohne eigenen Migrationshintergrund verlieren den über die Eltern zugeordneten Migrationshintergrund, sobald sie 18 Jahre alt sind.

45,9 Prozent aller Nürnbergerinnen und Nürnberger mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte (bzw. 129.400 Personen) haben einen deutschen Pass. Sie haben die deutsche Staatsangehörigkeit entweder durch Einbürgerung oder bei Geburt als Kinder von Eltern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit erworben oder gehören zur Gruppe der (Spät-)Aussiedler/-innen.

Mit einem Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit internationaler Geschichte von 51,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung ist Nürnberg eine der vielfältigsten Städte in Deutschland. Dies geht zurück auf eine von Zuwanderung in verschiedenen Phasen geprägte Geschichte der Stadt, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg.

Zuwanderungsphasen nach Nürnberg

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war der Zuzug nach Nürnberg von Flucht und Vertreibung aus den ehemals deutschen Ostgebieten geprägt.[6] Ab den 1950er Jahren erfolgte die Zuwanderung im Zuge der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland, zunächst aus Italien, später auch aus Spanien, Griechenland, der Türkei und zahlreichen weiteren Staaten. Die 1980er Jahre waren überwiegend von der Zuwanderung der Aussiedler/-innen und Spätaussiedler/-innen geprägt, die ihrerseits die deutsche Staatsangehörigkeit innehatten. Auch die Fluchtzuwanderung von Kriegs- und insbesondere Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien fällt in diese Zeit. Die Zuwanderung aus EU-Staaten gewann spätestens seit 2010 an Bedeutung. Die Jahre 2015/16 und nachfolgende waren insbesondere von Fluchtzuwanderung aus nicht-europäischen Staaten geprägt.[7] Die Fluchtzuwanderung aus der Ukraine in Folge des russischen Angriffskrieges seit 2022 stellt die jüngste größere Zuwanderungsphase dar. Nürnberg blickt sodann auf umfangreiche Erfahrungen im Zuge von Zuwanderung und Integration zurück.

Entstehung und Entwicklung der Integrationspolitik der Stadt Nürnberg

Die Anfänge der Integrationspolitik der Stadt Nürnberg reichen in die 1970er Jahre zurück: 1973 wurde in Nürnberg der erste Ausländerbeirat in Bayern und der zweite in Deutschland gegründet und seine Mitglieder in direkter und demokratischer Wahl bestimmt. Gemeinsam mit dem im Jahr 1984 gegründeten Aussiedlerbeirat bildete der Ausländerbeirat das Vorläufergremium des heutigen Rates für Integration und Zuwanderung der Stadt Nürnberg.[8]

Eine herausgehobene Bedeutung bei den Bemühungen der Stadt Nürnberg für die Integration der angeworbenen Arbeitskräfte kam von Beginn an der interkulturellen Arbeit zu. Mittels dieser sollten kulturelle Brücken gebaut, kulturelle Vielfalt wertgeschätzt und so die soziale, politische und gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Nürnbergerinnen und Nürnbergern gefördert werden. Während Zuwanderung zu Beginn gesamtgesellschaftlich vornehmlich als sozialpolitische Herausforderung angesehen wurde, versuchte die Stadt Nürnberg ab 1977 mit ihrem Amt für Kultur und Freizeit (KuF) mit dem Sachgebiet „Kulturelle Ausländerarbeit“, aus dem 1982 das Inter-Kultur-Büro hervorging, mit kulturellen Aktivitäten und Angeboten Brücken

[6] Bei den in dieser Phase nach Nürnberg Zugewanderten handelte es sich um Geflüchtete bzw. Vertriebene mit deutscher Staatsangehörigkeit.

[7] Vgl. Stadt Nürnberg, Zuwanderung aus dem Ausland und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg, Nürnberg 2019, S274 Zuwanderung aus dem Ausland und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg

[8] Siehe hierzu auch Stadtarchiv Nürnberg, Integrationsrat Nürnberg, Diversity Media e.V., 50 Jahre Integrationsrat Nürnberg – 50 Jahre Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, Nürnberg 2023, https://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/50jahre-ir-nbg/#s0

zu schlagen und suchte aktiv Kontakt und Kooperationen mit migrantischen Vereinen und Gruppen. So wurden die zwölf Nürnberger Kulturläden, die im Mai 2025 ihr 50-jähriges Bestehen feierten, zu Orten interkultureller Aktivitäten und Begegnungen. Bis heute ist die interkulturelle Arbeit im KuF einer der Wesens- und Markenkerne, mehr noch als viele andere Kultureinrichtungen sind insbesondere die Kulturläden Anlaufstellen für Besuchende wie auch Aktive des vielfältigen, internationalen Nürnbergs.[9]

Das erste sogenannte Ausländerprogramm der Stadt Nürnberg wurde schließlich in den Jahren 1982 (Kapitel „Analyse und Ziele“) und 1984 (Kapitel „Maßnahmen“) von der Arbeitsgruppe „Nürnberg-Plan“ aufgelegt.[10] Unter dem Oberziel, „die größtmögliche Wohlfahrt ihrer Bürger anzustreben“, sollte im Rahmen geltender Gesetze nicht zwischen deutschen und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern unterschieden werden. Die im Programm erklärten Ziele wurden um umfangreiche Maßnahmen für die Bereiche Wohnen, Jugendhilfe, Schule, Berufliche Bildung und Arbeitsmarkt, Beratung und Betreuung, Freizeit, Kultur und Sport ergänzt – der integrationspolitische Ansatz war somit bereits damals umfassend und folgte einer „Querschnittslogik“. Als zentral wurde die „rechtliche und chancenmäßige Gleichstellung der ausländischen Familien unter Bereitstellung der Möglichkeit, ihre kulturelle Identität zu erhalten und pflegen“ erachtet.

Wie eingangs erwähnt, verabschiedete die Stadt Nürnberg im Jahr 2001 ihr Leitbild, in dem sie sich aufgrund ihrer besonderen geschichtlichen Verantwortung zur aktiven Verwirklichung der Menschenrechte bekennt und verpflichtet. Das Leitbild enthält explizit auch ein Bekenntnis zum Einsatz für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen.

Die im Jahr 2004 erstmals vom Stadtrat verabschiedeten Leitlinien zur Integrationspolitik dienen der Vertiefung und Konkretisierung dieses im Leitbild formulierten Anspruchs und Auftrages.[11] Die Leitlinien sind Grundlage und Wesenskern der Integrationspolitik und -strategie der Stadt Nürnberg und ebenso konstitutiv für die Arbeit aller Akteure im Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg (siehe hierzu auch Punkt II.)

<u>Das Integrationsprogramm und seine Gremien</u>
Zentrale Akteurin im städtischen Integrationsprogramm ist die **Koordinierungsgruppe Integration**, die per Anordnung des Oberbürgermeisters im Jahr 2010 zur Umsetzung der Leitlinien, der ressortübergreifenden Abstimmung der Maßnahmen verschiedener Dienststellen und zur Entwicklung und Fortschreibung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg eingerichtet wurde. Sie fungiert dabei als „kollektive Integrationsbeauftragte“ und ist als verwaltungsinterne Steuerungseinheit für alle Themen zuständig, die die Bereiche Integration und interkulturelles Zusammenleben betreffen. In ihr sind leitende bzw. entscheidungsbefugte Mitarbeitende aus allen Geschäftsbereichen und zudem Dienststellen und Einheiten vertreten, die in besonderer Weise mit den Themen Migration und Integration befasst sind, ebenso die Leitung der Geschäftsstelle des Integrationsrates. Integration wird hierbei als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung verstanden, die alle (Geschäfts-)Bereiche betrifft. Integration wird überdies als „Chefsache“ verstanden, was insbesondere für den Oberbürgermeister gilt, aber

[9] https://www.nuernberg.de/internet/kuf_kultur/50_jahre_kulturlaeden.html
[10] Stadt Nürnberg, Arbeitsgruppe Nürnberg-Plan (Herausgeber): „Rahmenplan Sozialwesen – Ausländerprogramm der Stadt Nürnberg“ in Beiträge zum Nürnberg-Plan, Reihe F: Sozialplanung, Heft 13, Nürnberg 1985, S. 2 f.
[11] Siehe hierzu auch Punkt II) der Vorlage

auch die anderen Geschäftsbereiche verpflichtet. Nachfolgende Berichte der Geschäftsbereiche zeigen auf, dass die Geschäftsbereiche weitreichende Netzwerke in die Stadtgesellschaft pflegen und mit Zivilgesellschaft, Institutionen und Organisationen kooperieren.

Die Koordinierungsgruppe strukturiert die Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik und schreibt diese fort. Die gegenseitige Information über Aktivitäten und Maßnahmen im Zuge von Zuwanderung und Integration und die Abstimmung übergreifender Pläne und Initiativen bestimmen die Arbeit der Koordinierungsgruppe, die regelmäßig im Vorfeld der Sitzungen der Kommission für Integration zusammentritt. Die Vorbereitung der Sitzungen der Kommission für Integration stellt einen weiteren Arbeitsschwerpunkt dar. Die Vorbereitung und Durchführung von Integrationskonferenzen in enger Zusammenarbeit mit dem Rat für Integration und Zuwanderung unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft, externen Institutionen und Organisationen sowie engagierten Einzelpersonen rundet das Aufgabenspektrum der Koordinierungsgruppe ab.[12]

Durch die gewählte Struktur und die skizzierte Vorgehensweise soll gewährleistet werden, dass Integration in allen Bereichen der Stadtverwaltung gleichermaßen und fest verankert ist und hierfür relevante Themen kontinuierlich, gemeinsam und geschäftsbereichsübergreifend bearbeitet werden (Querschnittsansatz). Die Federführung der Koordinierungsgruppe Integration wurde dem KuF übertragen, deren Dienststellenleitung auch die Sitzungen der Koordinierungsgruppe leitet. Die Geschäftsführung für die Koordinierungsgruppe hat KuF/Abteilung für Kulturelle Vielfalt und Koordination Integrationsprogramm in enger Abstimmung mit dem Bürgermeisteramt inne.

Die **Kommission für Integration** wurde im Jahr 2002 als zuständiges Fachgremium des Nürnberger Stadtrates eingerichtet und beschäftigt sich mit allen Belangen, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und das Zusammenleben aller Nürnberger/-innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in besonderer Weise betreffen. Die Integrationskommission besteht aus Stadtratsmitgliedern, die stimmberechtigt sind und aus Mitgliedern des Rates für Integration und Zuwanderung mit beratender Funktion, entsendet werden die Mitglieder des erweiterten Vorstandes. Zudem sind Sachverständige in der Integrationskommission vertreten (mit beratender Funktion).[13] In der Kommission werden Anträge der Fraktionen und Parteien und Beschlüsse des Integrationsrates besprochen, darüber hinaus werden Berichte der Stadtverwaltung vorgestellt. Aufgrund der Zusammensetzung werden in der Kommission keine Beschlüsse gefasst, sondern Empfehlungen ausgesprochen, die anschließend vom Stadtrat zum Beschluss erhoben werden müssen, um Gültigkeit zu erlangen.

Zur Einbeziehung weiterer relevanter Institutionen und Organisationen, auch und gerade aus der Zivilgesellschaft, wurde das Kuratorium für Integration geschaffen, das später auf den Bereich Menschenrechte ausgeweitet und im Jahr 2020 zum **Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt** weiterentwickelt wurde. Das vom Oberbürgermeister einberufene Kuratorium berät die Stadtspitze, den Stadtrat und die Stadtverwaltung und tagt zweimal jährlich. Neben

[12] Siehe hierzu auch: https://www.nuernberg.de/internet/integration/integrationskonferenz.html

[13] In der Kommission für Integration sind Sachverständige folgender Organisationen vertreten: Arbeiterwohlfahrt, Bayerisches Rotes Kreuz, Caritasverband, DGB, Kreisjugendring und Stadtmission. Weitere beratende Nichtstadtratsmitglieder werden von der CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt.

den vormaligen Schwerpunkten Integration und Menschenrechte werden seitdem auch weitere Vielfaltsdimensionen (u.a. Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion/Weltanschauung und soziale Lage) in den Fokus gerückt. In einem breitgefächerten Austausch sollen Impulse für die Kommunalpolitik erarbeitet werden, um die Vielfaltsdimensionen der Stadtgesellschaft abzubilden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Im Kuratorium sind aktuell 70 Mitglieder aus Organisationen und Institutionen folgender Bereiche vertreten: Integration, Menschenrechte, Frauen, LSBTIQ+, sozialer Zusammenhalt und Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Arbeit, Hochschule, Medien, Polizei und Justiz, überregionale Behörden und Ebenen, städtische Räte (Integrationsrat, Behindertenrat und Seniorenrat) und der Rat der Religionen sowie die Beauftragten der Stadt (Frauenbeauftragte, Inklusionsbeauftragte, Beauftragte für Diskriminierungsfragen). Die Stadtspitze ist ebenfalls im Kuratorium vertreten.

Grundlegend und wesentlich für gelingende Integrationspolitik ist die strukturelle und politische Einbeziehung von Menschen mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte. Hierfür wurde der **Rat für Integration und Zuwanderung der Stadt Nürnberg** (kurz: Integrationsrat) eingerichtet, der sich in dieser Form im Jahr 2010 konstituiert hat und aus dem Ausländerbeirat und dem Aussiedlerbeirat hervorgegangen ist. Der Integrationsrat ist die kommunalpolitische Interessensvertretung der Nürnbergerinnen und Nürnberger mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte. Insbesondere wirkt er mit, deren Lebensverhältnisse zu verbessern und das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in der Stadt zu fördern. Seine Mitglieder werden in direkter und geheimer Wahl für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt.

Die letzte Wahl fand im Jahr 2022 statt. Im Vorfeld dieser Wahl wurde seitens der Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Integrationsrat wie bei früheren Wahlen die zugrundeliegende Wahlordnung überarbeitet und an aktuelle Gegebenheiten angepasst, um der sich verändernden Bevölkerungszusammensetzung und anderen Aspekten Rechnung zu tragen. Neben der Erhöhung der Wahlbeteiligung (5,7 Prozent bei der Wahl im Jahr 2016) wurde eine Zusammensetzung des Integrationsrates angestrebt, die die Vielfalt der Stadtbevölkerung noch besser abbildet. Während das Ziel der Erhöhung der Wahlbeteiligung verfehlt wurde (von den rund 200.000 Wahlberechtigten machten 7.039 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch, was einer Wahlbeteiligung von 3,5 Prozent entspricht), konnte das Ziel einer noch vielfältigeren Zusammensetzung erreicht werden: Gewählt wurden 16 Männer und 14 Frauen (zuvor zehn Frauen) aus 19 Bezugs- und Herkunftsländern (zuvor zwölf). Deren Verteilung setzte sich hinsichtlich der Herkunftsländer wie folgt zusammen: fünf Personen aus Rumänien, vier aus der Türkei, drei aus Kasachstan, jeweils zwei aus der Ukraine sowie aus Polen und jeweils eine Person aus Afghanistan, Aserbaidschan, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Dschibuti, El Salvador, Griechenland, Italien, Lettland, Moldawien, Montenegro, Russland und Syrien. Der jüngste Gewählte war 23 und der älteste 78 Jahre alt.[14] In seiner Sitzung am 14.12.2022 berief der Stadtrat die gewählten Mitglieder des Integrationsrates sowie ein weiteres Mitglied. Insgesamt gehören dem Integrationsrat damit derzeit 31 Mitglieder an. Die Wahlperiode beträgt sechs Jahre.

Der aktuell amtierende Vorstand setzt sich aus Mitgliedern mit den Herkunftsländern Afghanistan, Türkei, Ukraine und Rumänien zusammen. Hinsichtlich der Zuordnung zu den in der Wahlordnung festgelegten vier Gruppen Europäische Union, Europa ohne EU, Asien, Afrika,

[14] Vgl. Amt für Stadtforschung und Statistik, Berichte aus Stadtforschung und Statistik, Ergebnisse der Integrationsratswahl, M 530, 18.11.2022, Nürnberg 2022

Amerika und Ozeanien sowie Aussiedler/-innen sind im aktuell amtierenden Vorstand alle vier Gruppen abgedeckt.[15]

Der Integrationsrat berät den Stadtrat in allen Fragen, die die Bevölkerung mit Migrationshintergrund betreffen und zum kommunalen Wirkungskreis der Stadt gehören. Dies geschieht durch eigene Anregungen und durch Stellungnahmen auf Anforderung des Stadtrats oder der Stadtverwaltung. Die Mitglieder des erweiterten Vorstands sind auch Mitglieder in der Kommission für Integration. Die Leitung der Geschäftsstelle des Integrationsrates, die beim Bürgermeisteramt angesiedelt ist, ist wiederum Mitglied in der Koordinierungsgruppe Integration.

Der Integrationsrat hat eine wichtige Brückenfunktion zwischen Stadtrat, -verwaltung und der Zivilgesellschaft, hier insbesondere zu den migrantischen Communities, Verbänden und Vereinen, inne. Bestehende Integrationsangebote werden seitens Integrationsrat bei Zielgruppen bekannt gemacht, neue Angebote mittels Zuschussvergabe gefördert und offene Bedarfe an die Stadtverwaltung rückgemeldet. Zudem informiert die Geschäftsstelle des Integrationsrates die Stadtverwaltung über Integrationsangebote von externen Akteurinnen und Akteuren. Nachfolgende Berichte der Geschäftsstelle des Integrationsrates sowie der Geschäftsbereiche zeigen die weitreichenden Kooperationen zwischen Stadt und migrantischen Organisationen und deren maßgeblichen Beitrag zur Integrationsarbeit in Nürnberg auf.

Zusammenfassung

Das Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg fußt inhaltlich und politisch auf den Leitlinien zur Integrationspolitik (siehe nachfolgender Punkt) und besteht aus der Koordinierungsgruppe Integration als kollektiver Integrationsbeauftragten und ressortübergreifender Steuerungseinheit auf Verwaltungsebene und der Kommission für Integration als zuständigem Fachgremium des Stadtrates auf kommunalpolitischer Ebene. Das Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt berät Stadtspitze, Stadtrat und Stadtverwaltung in allen Fragen, die die vielfältige Stadtgesellschaft betreffen. Neben Stadtratsmitgliedern ist der Integrationsrat ebenfalls in der Integrationskommission vertreten, um als kommunalpolitische Vertretung der Nürnberger/-innen mit Zuwanderungsgeschichte deren Interessen und Anliegen einzubringen. Dem wird auch aufgrund der Tatsache besondere Bedeutung zuteil, dass wie eingangs erwähnt 90.446 Nürnbergerinnen und Nürnberger weder die deutsche noch die Unionsbürgerschaft (betrifft die EU-Staaten) besitzen, was einem Anteil von 16,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht: Deren Teilhabe an Wahlen und kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen wird auf diese Weise sichergestellt und ihre politische Einbeziehung durch den Integrationsrat gewährleistet.

Die Struktur des Nürnberger Integrationsprogramms ist bundesweit einmalig und bestimmte Elemente wie die Koordinierungsgruppe Integration, der Rat für Integration und Zuwanderung oder das Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt verfügen in ihrer Verfasstheit und vernetzten Arbeitsweise über eine Sonderstellung bzw. ein Alleinstellungsmerkmal in der regionalen und überregionalen Integrationslandschaft, wie städtische Vertreter/-innen bei nationalen und internationalen Netzwerken und Konferenzen häufig in Erfahrung bringen.

In der Rückschau auf die Entstehung und Entwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg kann einerseits eine hohe Konstanz hinsichtlich Priorisierung, Querschnittsansatz

[15] Siehe hierzu auch https://www.nuernberg.de/internet/integrationsrat/vorstand.html

und ressortübergreifender Arbeitsweise und anderseits die flexible, strukturelle Anpassungsfähigkeit an aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen konstatiert werden.

Weitere Strukturen und Formate

Über die beschriebenen Gremien und Prozesse hinaus gibt es weitere Strukturen und Formate, die wesentlich für die Nürnberger Integrationspolitik und den daran anknüpfenden intersektionalen Ansatz sind, den die Stadtverwaltung im Zuge ihres **Diversity-Ansatzes** verfolgt. Zu nennen ist hier beispielsweise die **AG Diversity**, in der die verschiedenen Koordinierungsgruppen der Stadt vertreten sind (neben Integration auch Inklusion, Gender und Queeres Nürnberg). Weiterhin sind städtische Mitarbeitende vertreten, die weitere Vielfaltsdimensionen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bearbeiten[16] und ebenso die Beauftragten der Stadt für Gleichstellung, Inklusion und Diskriminierungsfragen.

In der AG Diversity werden die Prozesse der verschiedenen Koordinierungsgruppen aufeinander abgestimmt und bestmöglich miteinander verwoben, um Synergien zu erzeugen. Hierfür fand im Jahr 2023 unter Federführung der Koordinierungsgruppe Integration beispielsweise ein erstes Austauschtreffen aller Koordinierungsgruppen statt, bei dem eine verstärkte Zusammenarbeit eingeläutet wurde.
Die Vielfalt der Nürnberger Stadtgesellschaft geht mit einer Vielzahl an Merkmalen einher, über die die einzelnen Bürgerinnen und Bürger verfügen. Der Verschränkung der Vielfaltsdimensionen kommt daher oberste Priorität zu, ohne die Fokussierung auf die besonderen Bedarfe bestimmter Gruppen und Personen (wie zugewanderte Personen oder Menschen mit Behinderung o.a.) zu vernachlässigen. Bei der Stärkung des Diversity-Ansatzes spielt die Koordinierungsgruppe Integration eine tragende Rolle (siehe hierzu auch Punkt III.).

Verschiedene Formate wie bspw. der regelmäßige **Austausch des Oberbürgermeisters mit den im AK Muslime vertretenen muslimischen Moscheegemeinden und Vereinen** oder **Runde Tische des Oberbürgermeisters mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Communities,** auch angesichts weltweiter krisenhafter Entwicklungen und ihrer Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft, ergänzen und flankieren das städtische Integrationsprogramm. Letzteres macht deutlich, dass der Oberbürgermeister und die Stadt Nürnberg jederzeit auch flexibel auf krisenhafte Entwicklungen reagieren, die sich entweder unmittelbar (beispielsweise durch Migration im Zuge kriegerischer Konflikte) oder mittelbar auf die Stadtgesellschaft auswirken, wie zuletzt die erneute Eskalation des Nahost-Konflikts in der Folge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel. Vom Oberbürgermeister einberufene Gesprächsrunden oder thematische Schwerpunktsetzungen im Kuratorium mit nachgelagerten Initiativen und Aktivitäten spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Problematische Aspekte im Zusammenhang mit Zuwanderung und Vielfalt werden dabei nicht ausgeblendet. So wurde, um dem Gefahrenpotenzial einer religiös bedingten Radikalisierung, beziehungsweise den Anwerbeversuchen radikaler Prediger zu begegnen, bereits im Jahr 2016 in der Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle die **Projektstelle für das „Nürnberger Präventionsnetzwerk gegen religiös bedingte Radikalisierung“** etabliert. Als Partnerin des Bayerischen Netzwerks „Antworten auf Salafismus“ und finanziert aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gehört es zu den

[16] Schützenswerte Dimensionen nach dem AGG sind Behinderung, ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, Geschlecht/Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung/Identität, Lebensalter, siehe auch § 1 AGG - Einzelnorm

Hauptaufgaben der Projektstelle, möglichst viele Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich der primären und sekundären Prävention zu gewinnen und zu vernetzen. Zwischenzeitlich gehören dem Netzwerk mehr als fünfzig Partnerorganisationen an – von Moscheegemeinden und Zuwanderervereinen, Schulen und Trägerinnen und Trägern der Jugendarbeit, Vertretungen von Sicherheitsbehörden und Stadtverwaltung bis hin zu vielen anderen Gruppen, die das Interesse an der Verteidigung einer offenen Gesellschaft verbindet. Dabei steht der Schutzgedanke für gefährdete, vor allem junge Menschen und deren Immunisierung gegen extremistische Agitation im Zentrum.

Ein wichtiger Kooperationspartner ist darüber hinaus die im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien angesiedelte **Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention „Radikal informiert“**.[17]Sie hat die Verhinderung, Reduzierung oder Eindämmung von politischen und religiösen Radikalisierungsprozessen junger Menschen in Nürnberg zum Ziel.

Neben der Fallbearbeitung und der Beratung von Betroffenen und deren Angehörigen sowie der Koordination von präventiven Bildungsangeboten für Jugendliche und Erwachsene spielt für die Projektstelle für das Nürnberger Präventionsnetzwerk gegen religiös bedingte Radikalisierung die Dialogarbeit mit Vereinen und Moscheegemeinden im Sinne des Vertrauensaufbaus eine immer größere Rolle. Daneben ist die Projektstelle Ansprechpartnerin für den Rat der Religionen, Politik und Verwaltung in Fragen des multireligiösen Zusammenlebens und bei religiös begründeten Konflikten.

Die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften gehört nicht zu den satzungsgemäß festgelegten Kernaufgaben des Integrationsrates, ein Austausch beispielsweise mit dem Rat der Religionen findet aus verschiedenen Anlässen statt. Der **Rat der Religionen** fördert den Dialog, die Vernetzung und das gegenseitige Verständnis unter den in Nürnberg vertretenen Religionen sowie zwischen den Religionsgemeinschaften und der Stadtgesellschaft.[18]

Die oben skizzierte Struktur des städtischen Integrationsprogramms und seiner Gremien ist wie ausgeführt der Umsetzung der Leitlinien verpflichtet. Exemplarisch seien an dieser Stelle drei Beispiele genannt, wie dieses Zusammenwirken produktiv gelingt: Auf einen Beschluss des Integrationsrates zurück geht das **Kommunale Programm Deutschspracherwerb**, das vom Bildungsbüro entwickelt und in der Kommission für Integration vorgestellt wurde. Diese empfahl dem Stadtrat eine Beschlussfassung über die Etablierung des Programms in Nürnberg, welcher dieser folgte. Umgesetzt wird das Programm nun in enger Zusammenarbeit mit der **Zentralen Anlaufstelle Migration**, deren (Wieder-)Einrichtung wiederum auf einen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und einen Beschluss des Integrationsrates zurückgeht.

Beim **Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Rates für Integration und Zuwanderung** sorgte die transkulturelle Tanzperformance „Nürnberg-Gwand“ für einen krönenden Abschluss: Tradition und Moderne reichten sich hier die Hände und kreierten mit dem „Nürnberg-

[17] Siehe hierzu auch Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention Nürnberg – Jugendamt der Stadt Nürnberg

[18] Im Vorstand des Rates der Religionen sind derzeit das Evang.-Luth. Dekanat Nürnberg (Vorsitz), die Israelitische Kultusgemeinde (stv. Vorsitz), der Mevlana Verein e.V. Nürnberg als Vertretung des AK Muslime (stv. Vorsitz), die Baha´i Gemeinde Nürnberg, die Alevitische Gemeinde und die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage vertreten. Siehe hierzu auch Rat der Religionen Nürnberg - Rat der Religionen Nürnberg

Gwand“ in innovativer Weise etwas völlig Neues. Betreut vom beim KuF angesiedelten Inter-Kultur-Büro fand die Premiere der Tanzperformance im Rahmen der Blauen Nacht 2023 im Heilig-Geist-Saal in der Innenstadt statt. Einmal mehr konnte passend zum feierlichen Anlass der Wertschätzung kultureller Vielfalt als Gewinn für die Stadtgesellschaft mit künstlerischen Mitteln Ausdruck verliehen und der Leitspruch des Oberbürgermeisters „Wir alle sind Nürnberg“ als Botschaft vermittelt werden.

Eine ausführliche Darstellung von ausgewählten Maßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien der Integrationspolitik aller Geschäftsbereiche findet sich im Anhang.

II. Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg und deren Umsetzung

Ausgangslage und Zielsetzung

Die „Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg“ bilden den normativen und strategischen Rahmen für die Umsetzung des städtischen Integrationsprogramms. Ziel ist die chancengerechte und gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen – politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell.

Die Stadt Nürnberg hat sich im Rahmen ihres Leitbilds erstmals im Jahr 2004 Leitlinien zur Integrationspolitik gegeben.[19] Sie wurden unter Berücksichtigung von gesellschaftlichen Entwicklungen und in einem partizipativen Prozess unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zuletzt im Jahr 2018 fortgeschrieben.[20] Angeregt durch einen Beschluss des Integrationsrats im Jahr 2023 wurden sie durch die Koordinierungsgruppe Integration in enger Abstimmung mit dem Integrationsrat nun erneut behutsam in einem ersten Schritt aktualisiert. Die Fortschreibungen und Aktualisierungen sollen dabei stets aktuelle gesellschaftliche Realitäten reflektieren, neue wissenschaftliche Erkenntnisse aufgreifen und einem intersektionalen Ansatz folgen. Entsprechend wurden Formulierungen sprachlich diversitätssensibel überarbeitet.

Die Präambel, die allen städtischen Aktionsplänen vorgeschaltet ist, formuliert dazu eingangs: „Die Stadt Nürnberg sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, in einer vielfältigen Gesellschaft den Zusammenhalt zu wahren, zwischen Einzelinteressen zu vermitteln und Ausgrenzung zu verhindern. Eine wichtige Grundlage kommunalen Handelns sind die Menschenrechte, zu deren aktiven Verwirklichung sich die Stadt in ihrem Leitbild verpflichtet hat, dies auch vor dem Hintergrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung. Die Verwirklichung einer solidarischen Stadtgesellschaft bemisst sich an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund verpflichten wir uns, bei der Erstellung und Umsetzung kommunaler Aktionspläne die Bedürfnisse aller in den Blick zu nehmen.“
Der Begriff einer `solidarischen Stadtgesellschaft´ bedarf hierbei einer Präzisierung. Gemeint ist eine inklusive Stadtgesellschaft, die zusammenhält und in der auch jene eingebunden werden, die erst kürzlich durch Flucht oder Migration Teil unserer Stadt geworden sind. Die Fähigkeit und Bereitschaft, Vielfalt als Ressource zu verstehen und aktiv zu nutzen, stärkt dabei die Resilienz und Innovationskraft urbaner Räume – auch im Hinblick auf wirtschaftliche Herausforderungen wie den Fach- und Arbeitskräftemangel.

[19] Siehe hierzu auch die angehängten Versionen der Leitlinien der Stadt Nürnberg.
[20] Vgl. auch https://www.nuernberg.de/internet/integration/leitlinien.html

Das Fundament allen staatlichen Handelns ist dabei das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es formuliert verbindliche rechtliche Standards für Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden. So stehen auch alle Maßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik im Sinne der Wahrung des demokratischen Zusammenhalts auf dem Boden des Grundgesetzes. Dies schließt die Prüfung von mit städtischen Mitteln geförderten Initiativen und die Vergabe von Zuschüssen für Veranstaltungen, Vereine oder Projekte mit ein.

Der Integrationsrat verabschiedete kurz nach seiner Konstituierung eine „Grundsatzerklärung zum Selbstverständnis und zum Wirkungskreis des Integrationsrates".[21] Hier heißt es unter anderem: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Achtung der Menschenrechte und des Grundgesetzes stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir lehnen Diskriminierung und jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit grundsätzlich ab. Als Integrationsrat leben wir die Demokratie nach innen und nach außen und vertreten mit Nachdruck ein demokratisches Verständnis der Teilhabe. Der Reifegrad einer Demokratie zeigt sich auch an der Einbeziehung von Minderheiten.
Unsere Aufgabe ist es, das friedliche Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt mitzugestalten. Wir fühlen uns für die Arbeits- und Lebensverhältnisse und für die Schaffung bzw. Bewahrung einer offenen, lebenswerten Stadtgesellschaft hier in Nürnberg mitverantwortlich. Wir erwarten von allen Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen, mit denen wir zusammenarbeiten, sowie auch von unseren eigenen Mitgliedern, dass sie einen demokratischen Weg gehen und jeglicher Form von Diffamierung, Hass und Gewalt eine klare Absage erteilen."

Fortschreibung der Leitlinien: Anlass und Inhalte

Die Fortschreibung, angeregt durch den Beschluss des Integrationsrates vom 07.11.2023, stellt keine Neuausrichtung dar, sondern eine konsequente Weiterentwicklung: Sie reagiert auf gesellschaftliche Veränderungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse, Erfahrungen aus der Umsetzung und wird im weiteren Verlauf auch Impulse aus der Stadtgesellschaft integrieren. Gleichzeitig erwiesen sich die zehn formulierten Leitlinien als zukunftsweisend und daher auch heute in gleicher Form relevant.

Besondere Schwerpunkte bei der Überarbeitung in den Leitlinien sind:

- die Anerkennung der gelebten Vielfalt (knapp 52 % der Bevölkerung haben eine Zuwanderungsgeschichte)
- der intersektionale Diversity-Ansatz, der Vielfalt nicht auf Herkunft reduziert sowie die strategische Verzahnung mit anderen Diversity-Handlungsfeldern der Stadt
- die Beachtung diskriminierungssensibler Sprache und inklusiver Formulierungen
- die stärkere Sichtbarmachung der Beiträge von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
- die Ergänzung von Antisemitismus bei Leitlinie 5 als eigenständiges, von Rassismus abgegrenztes Phänomen
- und die explizite Benennung von Vielfalt als Standortvorteil (dies inkludiert insbesondere die Bedeutung von (qualifizierter) Zuwanderung und Qualifizierung von Zugewanderten in Zeiten des Fach- und Arbeitskräftemangels).

[21] Siehe hierzu auch IR-Beschluss: Grundsatzerklärung zum Selbstverständnis und Wirkungskreis

Die aktualisierten Leitlinien im Wortlaut:

„Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten."

Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg

1. Zentrales kommunalpolitisches Thema

Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Weltanschauung auf der Grundlage der Menschenrechte und des Grundgesetzes prägt das Selbstverständnis unserer Stadt. Es zu bewahren und weiter zu gestalten bleibt für die Stadt Nürnberg - Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung - immer eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben.

2. Wertschätzung kultureller Vielfalt

Die Vielfalt der Bevölkerung ist für Nürnberg ein zukunftsweisendes Entwicklungspotenzial. Auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung und der Anerkennung individueller Kompetenzen und Potenziale fördern wir die aktive Zusammenarbeit und Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft und damit die Entwicklung Nürnbergs. Vielfalt ist hierbei ein Standortvorteil.

3. Integration als wechselseitiger Prozess

Integration ist ein wechselseitiger andauernder Prozess. Die Gestaltung des Zusammenlebens ist die Verantwortung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger und keine einseitige Eingliederungsleistung. Wir fördern durch geeignete Maßnahmen Respekt, gegenseitige Akzeptanz sowie einen gleichberechtigten Dialog und die Vernetzung zwischen allen in der Stadt lebenden Menschen, Organisationen, Institutionen und Initiativen.

4. Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel

Wir fördern die gleichberechtigte soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und ermutigen alle unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus zu einer aktiven Beteiligung. Wir setzen uns für gleiche und gerechte Bildungs- und Berufschancen für alle in der Stadt lebenden Menschen ein. Personen mit Benachteiligung und besonderen Bedürfnissen erhalten gezielte Förderung und Unterstützung, zum Beispiel Sprachförderung. Diese ist ein wesentliches und notwendiges, aber nicht ausreichendes Handlungsfeld der Integrationspolitik. Die kommunalen Angebote orientieren sich nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

5. Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung

Allen Formen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung treten wir mit Entschiedenheit entgegen, um Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft und Nationalität, des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, der Religion und Weltanschauung, der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und der psychischen Verfasstheit, des Alters und der sozialen Herkunft zu verhindern oder zu beseitigen. Dabei berücksichtigen wir die Verschränkung dieser Dimensionen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und individuellen Rechte setzen wir uns für die

Achtung der Würde und Orientierungen aller Menschen in der Stadt ein und fördern durch vielfältige Bildungsmaßnahmen demokratische Handlungskompetenz.

6. Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe
Integrationspolitik ist eine Aufgabe, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. Alle Referate und Dienststellen der Stadt sowie die städtischen Unternehmen müssen sie bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Dabei wird die Integrationspolitik mit anderen Querschnittsaufgaben im Sinne eines umfassenden Ansatzes zum Umgang mit Vielfalt („Diversity-Ansatz“) verzahnt.

7. Interkulturelle Orientierung des Personalwesens
Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt der Stadtbevölkerung auch bei den Mitarbeitenden ihrer Verwaltung und der städtischen Unternehmen widerspiegelt. Daher engagieren wir uns aktiv für eine verstärkte und repräsentative Beschäftigung von Mitarbeitenden mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte auf allen Ebenen. Dies liegt im ureigenen Interesse der Stadt. Sie orientiert sich als Arbeitgeberin und Anteilseignerin an der von ihr unterzeichneten Charta der Vielfalt. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz werden folglich auch bei Bewerbungen als wertvolle Qualifikationen angesehen.

8. Förderung und Vernetzung
Wir unterstützen Organisationen, Verbände, Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft bei integrativen und interkulturellen Maßnahmen und Aktivitäten. Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und fördern die Vernetzung der Beteiligten.

9. Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
Zur Gewährleistung gleichberechtigter Teilhabe gehört auch eine Öffentlichkeitsarbeit mit Informationen in leicht verständlicher Sprache und auf zeitgemäßen Kommunikationswegen, um diversitätssensibel unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Dies gilt auch für die allgemeine Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Die in diesen Leitlinien festgelegten Prinzipien sind ein wichtiger Bestandteil der Außendarstellung und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Nürnberg.

10. Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa
Wir setzen uns in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund für die politische Gleichstellung und soziale Teilhabe aller Menschen ein. Wir betonen durch aktive Mitgliedschaft und Mitarbeit in europäischen und weltweiten Netzwerken sowie entsprechende Partnerschaften unsere Identität als internationale europäische Stadt.

Im Kontext der Aktualisierung der Leitlinien überarbeitete die Koordinierungsgruppe Integration gemeinsam mit dem Integrationsrat auch die vorgeschaltete Präambel in sprachlicher Hinsicht und um der vielfältiger gewordenen Realität Rechnung zu tragen:

Präambel

Seit ihrem Entstehen sind Städte Orte der Vielfalt. Die Stadt Nürnberg sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, in einer vielfältigen Gesellschaft den Zusammenhalt zu wahren und dabei zwischen Einzelinteressen zu vermitteln und Ausgrenzungen zu verhindern. Eine wichtige Grundlage kommunalen Handelns sind die Menschenrechte, zu deren aktiven Verwirklichung sich die Stadt in ihrem Leitbild verpflichtet hat, dies auch vor dem Hintergrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung.

Die Verwirklichung einer solidarischen Stadtgesellschaft bemisst sich an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund verpflichten wir uns, bei der Erstellung und Umsetzung kommunaler Aktionspläne die Bedürfnisse aller in den Blick zu nehmen. Entscheidend sind für uns die Verwirklichung der Menschenrechte, die Möglichkeit zur Teilhabe und Partizipation sowie die Verhinderung von Diskriminierung. Dabei finden die Diversity-Dimensionen ethnische Herkunft und Nationalität, Geschlecht, geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung, Religion und Weltanschauung, körperliche und geistige Fähigkeiten und psychische Verfasstheit, Alter und soziale Herkunft Berücksichtigung.

Zum Vergleich sind die ursprünglichen Textfassungen der Leitlinien mit dem Stand von 2004 und 2018 dem Bericht als Anhänge beigefügt.

<u>Umsetzung der Leitlinien durch die Stadtverwaltung</u>
Die Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg ist Kernanliegen und Hauptaufgabe des unter Punkt I. beschriebenen Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg, in der Integration als geschäftsbereichsübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Alle Geschäftsbereiche nehmen diese Querschnittsaufgabe entsprechend ihrer Fachzuständigkeit wahr und leiten ihre spezifischen Maßnahmen aus den Integrationsleitlinien ab. Dabei entstehen keine isolierten Projekte, sondern ineinandergreifende, sich ergänzende Strukturen und Prozesse.

Die Umsetzung der Leitlinien erfolgt anhand vielfältiger, praxisnaher Maßnahmen und Projekte in allen Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung, die bestmöglich aufeinander abgestimmt werden sollen. Die Maßnahmen bilden kein starres Maßnahmenpaket, sondern sind Ausdruck eines dynamischen, an die gesellschaftliche Realität angepassten Prozesses. Das Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg besteht aus unzähligen einzelnen Maßnahmen der verschiedensten Fachbereiche, deren Erfolg auch dadurch bestimmt ist, dass sie ihre Themen vernetzen und vernetzt arbeiten. Entscheidend ist, dass sich entsprechende Maßnahmen stetig weiterentwickeln müssen, um den gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Kennzeichnend für einen erfolgreichen Integrationsprozess sind hierbei nicht die quantitativ durchgeführten Angebote im Sinne von erledigten Aufgaben, sondern der dauerhafte, ineinandergreifende, sich an veränderte Anforderungen anpassende und vernetzte Prozess auf allen Ebenen.

Die Integrationsarbeit erfolgt sowohl in formellen Gremien als auch im informellen Austausch – regelmäßig, anlassbezogen und kontinuierlich. Die kontinuierliche Arbeit der Koordinierungsgruppe Integration, die Abstimmung mit weiteren Koordinierungsgruppen (Gender, Inklusion, Queeres Nürnberg) in der AG Diversity sowie die Einbindung weiterer städtischer Dienststellen und Netzwerke mit Beratungsfunktion wie z.B. des Inter-Kultur-Büros bei KuF oder der Zentralen Anlaufstelle Migration (ZAM), gewährleisten eine stetige Weiterentwicklung und fachliche Verzahnung.

Seit Ende 2024 wurde ebenfalls an der Außendarstellung der Umsetzung der Leitlinien gearbeitet. Um Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern und allen Interessierten die Inhalte der Leitlinien anhand konkreter Maßnahmen und Projekte der Stadt zu vermitteln, werden ausgewählte Beispiele auf der Homepage des Integrationsprogramms unter https://www.nuernberg.de/internet/integration/leitlinien.html veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert.

Die ausführliche Zusammenstellung ausgewählter und den Leitlinien zugeordneten Beispiele von Maßnahmen und Projekten aus allen Geschäftsbereichen ist diesem Bericht als Anhang beigefügt und dokumentiert die Umsetzung.

III. Resümee und Ausblick

Eine systematische Einordnung aktueller und künftiger Herausforderungen wie globaler Migrationsbewegungen aufgrund von Kriegen, Krisen und zunehmend auch des Klimawandels, weltweiter Autoritarismus-Tendenzen und gesellschaftlicher Polarisierung auch hierzulande oder des zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangels zeigt: Die Realität einer superdiversen Stadtgesellschaft erfordert eine konsequente Weiterentwicklung bestehender Strukturen unter Beibehaltung grundsätzlicher integrationspolitischer Prämissen, wie sie in den Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg festgelegt und nun fortgeschrieben worden sind.

Verschiedene Aspekte spielen hierbei eine besondere Rolle:

Ein besonderes Augenmerk ist auf den intersektionalen Diversity-Ansatz zu legen. Querschnittsaufgaben müssen nicht nur theoretisch mitgedacht, sondern praktisch vernetzt umgesetzt werden – durch kurze Kommunikationswege und regelmäßige Abstimmungen der Koordinierungsgruppen, dies geschieht insbesondere im Rahmen der AG Diversity und in den regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen der städtischen Koordinierungsgruppen.

Dabei orientiert sich die Stadtverwaltung an der Definition von Diversity, wie sie von der Charta der Vielfalt formuliert wird, die die Stadt Nürnberg unterzeichnet hat: Vielfalt umfasst die Dimensionen Alter, Geschlecht, geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Nationalität, Religion, Weltanschauung, Behinderung und soziale Herkunft.[22] Menschen lassen sich nicht auf einzelne Merkmale reduzieren, soziale Lage, Biografie, Bildungszugänge und Lebensumstände sind überdies ebenso relevant.

Bereits in den vorherigen Ausführungen wurde deutlich, dass insbesondere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte selbst seit Jahren einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Integrationsangeboten in der Stadt Nürnberg leisten. Analog zum Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung orientiert sich auch die Stadt Nürnberg

[22] Vgl. hierzu https://www.charta-der-vielfalt.de/vielfaltsdimensionen

an den fünf Phasen der Zuwanderung und des Zusammenlebens, um die Integration von Zugewanderten zu fördern. Diese Phasen sind: Vorbereitung, Erstintegration, Eingliederung, Teilhabe und die Phase des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Nürnbergerinnen und Nürnberger mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte spielen in allen fünf Phasen der Zuwanderung eine wichtige und oft tragende Rolle - und übernehmen darüber hinaus später oft wichtige Brücken- und Lotsenfunktionen auf Seiten der Aufnahmegesellschaft für nach ihnen Zugewanderte.

Während der COVID-19-Pandemie wurde zudem überdeutlich, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in systemrelevanten Berufen – insbesondere im Gesundheitswesen, im Handel, in der Logistik und in der Produktion – tragende Rollen in unserer Gesellschaft übernommen haben. Es ist für die Zukunftsfähigkeit und Resilienz unserer Stadtgesellschaft entscheidend, Verzerrungen entgegenzuwirken, die dies ausblenden und zudem suggerieren, dass integrationspolitische Leistungen in staatlicher- oder städtischerseits erbrachten Angeboten bestehen, die von Zugewanderten lediglich angenommen werden müssten. Integration darf nicht nur als Angebot der aufnehmenden Stadtgesellschaft verstanden werden, sondern gemäß Leitlinie 3 als wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten Bereitschaft und Engagement erfordert. Neu zugewanderte Menschen leisten hierbei einen enormen persönlichen Einsatz, während auch die Aufnahmegesellschaft gefordert ist, sich zu öffnen und ihre Entwicklung in einer vielfältigen Gesellschaft aktiv zu gestalten. Darüber hinaus zeigt sich, dass viele Angebote von Anfang an auch von Migrantinnen und Migranten selbst entwickelt und getragen werden. Die vielseitige und zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktivität bildet eine tragende Säule der Integrationsangebote nicht nur in Nürnberg, sondern generell in vielfältigen Gesellschaftssystemen. Aufgabe der Kommunen ist es, diese Aktivitäten durch Förderungen und unterstützende Maßnahmen zu ermöglichen und zu erhalten. Dem tragen die integrationspolitischen Leitlinien Rechnung und dies bleibt fester Bestandteil des integrationspolitischen Auftrags, dem sich die Stadt Nürnberg verpflichtet hat.

Die demografische Entwicklung zeigt: Ohne Migration ist die wirtschaftliche Zukunft Nürnbergs nicht zu sichern. Fach- und Arbeitskräftegewinnung, Innovationskraft, soziale Daseinsvorsorge – all das hängt heute schon maßgeblich vom Beitrag von Menschen mit internationaler Geschichte ab. Dies betonte auch Prof. Dr. Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereichs „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort zugleich Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), in seinem umfassenden Vortrag zur nachhaltigen Migration im 21. Jahrhundert bei der 9. Nürnberger Integrationskonferenz im November 2024, bei dem er den demografischen Wandel, die Bedeutung von Arbeitsmarktpolarisierung und Migrationsbewegungen miteinander in Beziehung setzte. Laut seiner Analyse braucht Deutschland auch künftig Zuwanderung in signifikanter Größenordnung, damit das Erwerbspersonenpotential konstant und unser Wirtschaftswohlstand erhalten bleibt. Nürnberg sei hier gut aufgestellt. Seine Schlussfolgerung: Von der sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Gestaltung unserer vielfältigen Realität hängt unsere Zukunft maßgeblich ab. Er formuliert außerdem konkrete Handlungsempfehlungen für Nürnberg, um Voraussetzungen für eine gelingende und nachhaltige Integration und Teilhabe zu schaffen.[23]

[23] Vgl. hierzu https://www.nuernberg.de/imperia/md/integration/dokumente/vortrag_bruecker_2024.pdf

Integration ist vor diesem Hintergrund nicht allein als aktive Gestaltung des Ankommens zu verstehen, sondern darüber hinaus auch als eine wirtschafts- und zukunftspolitische Kernaufgabe.

Die gemeinsam mit dem Integrationsrat erfolgte Überarbeitung der Leitlinien ist ein erster Schritt, dem eine stete Befassung mit zivilgesellschaftlichen Vertretenden und Interessierten in einem partizipativen Prozess folgen soll. Hierbei gibt es verschiedene Anknüpfungspunkte. So soll, dem Stadtratsauftrag vom März 2024 folgend, in einem abgestuften Prozess eine geschäftsbereichsübergreifende `Gesamtstrategie gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung´ – positiv formuliert: `für demokratischen Zusammenhalt´ erarbeitet werden. Die Strategie verfolgt das Ziel, ein grundsätzliches Commitment der städtischen Akteure zu antirassistischem und diskriminierungsfreiem Handeln entlang der Funktionen einer Stadtverwaltung zur Wirkung zu bringen. Damit soll die Verwaltung auf ihren jeweils spezifischen Arbeitsauftrag hin rassismuskritisch professionalisiert werden und dort, wo Leerstellen identifiziert werden, sollen entsprechende Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden.

Ergänzend sollen bis dahin in aktuell entstehenden Netzwerkformaten die Leitlinien vorgestellt und diskutiert werden, um vorbereitend eine breite Beteiligung sicherzustellen. Bei der 10. Nürnberger Integrationskonferenz im Spätherbst 2026 werden die Leitlinien schließlich ein zentrales Thema darstellen.

Integration ist ein dynamischer, vernetzter und langfristiger Prozess. Dabei müssen auch strukturelle Hürden (z. B. Anerkennungsverfahren, fehlende Angebote im Bereich der Sprachförderung, bürokratische u.a. Hürden beim Zugang zu Bildung und Arbeit) noch stärker berücksichtigt und auf Bundes- und Landesebene adressiert werden. Zugleich stehen europäisch, bundes- oder landesfinanzierte integrationsbezogene Projekte und migrationsspezifische Beratungsangebote (wie beispielsweise die Flüchtlings- und Integrationsberatung) vor wachsenden Herausforderungen, was die Sicherung ihrer Finanzierung betrifft. Begrenzte Fördermöglichkeiten und unsichere Perspektiven erschweren den langfristigen Erhalt bewährter Angebote. Die Stadt Nürnberg tut, was in ihrem Einflussbereich möglich ist, und engagiert sich für gezielte Förderungen – in einem zunehmend enger werdenden finanziellen Rahmen.[24]

Die Nichtberücksichtigung Nürnbergs in der neuen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ab 2025 entzieht der Stadt die Möglichkeit, weiter zivilgesellschaftliche Projekte der Demokratieförderung und der Bekämpfung von Extremismus in einem jährlichen mittleren fünfstelligen Bereich zu fördern.

Gerade vor dem Hintergrund der bereits genannten Herausforderungen wie globaler Migrationsbewegungen, dem steigenden Fach- und Arbeitskräftekräftemangel und der gesellschaftlichen Polarisierung braucht es positive, inklusive und realitätsnahe Narrative. Die Stadt des Friedens und der Menschenrechte steht in besonderer Verantwortung. Am 15. September vor 90 Jahren wurden im Saal des Industrie- und Kulturvereins Nürnberg vom Reichstag die Gesetze verabschiedet, die als „Nürnberger Gesetze“ in die Geschichte eingegangen sind. Heute steht Nürnberg für Menschenrechte. Dieser Auftrag verpflichtet.

[24] Nach einer Pause wird die nationale Antragstellung im Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds voraussichtlich erst ab Dezember 2025 wieder möglich sein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge plant, zu diesem Zeitpunkt eine neue Ausschreibungsrunde zu öffnen.

Die Stadt Nürnberg versteht Integration als eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft und Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stabilität. Sie gelingt nur mit einer offenen, transparenten und an den Menschenrechten orientierten Stadtgesellschaft – und durch das gemeinsame Engagement aller.

Integration ist nicht das Projekt einiger weniger, sondern im besten Falle aller und Grundlage des demokratischen Zusammenhalts. Die Nürnberger Integrationspolitik begreift sich als demokratische Infrastrukturpolitik: Sie schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen dieser Stadt sich als gleichberechtigte Subjekte dieser Gesellschaft verstehen – und aktiv an ihr mitwirken können. Um nicht nur als Stadtverwaltung, sondern auch als vielfältige Stadtgesellschaft zukunftsfähig zu bleiben, brauchen wir Förderungen von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie die Anerkennung der Vorteile von Vielfalt und Zuwanderung, ohne Herausforderungen und Probleme auszublenden. Es braucht Narrative, die sich nicht auf die Gefahren und die Ängste vor Zuwanderung fokussieren, sondern auf das aktive Sichtbarmachen des positiven Potentials und den ehrlichen Umgang mit Versäumnissen, Leerstellen und bestehenden Herausforderungen. So schaffen wir es, ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Stadtgesellschaft zu verankern. Die Stadt Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte hat hier eine besondere Verantwortung. Als Stadt der Menschenrechte ist der Auftrag die Verwirklichung der Menschenrechte aller. Wir alle sind Nürnberg – diesem Leitspruch folgt auch die Integrationspolitik der Stadt Nürnberg.

„Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten.“

Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg

Präambel

Seit ihrem Entstehen sind Städte Orte der Vielfalt. Die Stadt Nürnberg sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, in einer vielfältigen Gesellschaft den Zusammenhalt zu wahren und dabei zwischen Einzelinteressen zu vermitteln und Ausgrenzungen zu verhindern. Eine wichtige Grundlage kommunalen Handelns sind die Menschenrechte, zu deren aktiven Verwirklichung sich die Stadt in ihrem Leitbild verpflichtet hat, dies auch vor dem Hintergrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung. Die Verwirklichung einer solidarischen Stadtgesellschaft bemisst sich an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund verpflichten wir uns, bei der Erstellung und Umsetzung kommunaler Aktionspläne die Bedürfnisse aller in den Blick zu nehmen. Entscheidend sind für uns die Verwirklichung der Menschenrechte, die Möglichkeit zur Teilhabe und Partizipation sowie die Verhinderung von Diskriminierung. Dabei finden die Diversity-Dimensionen ethnische Herkunft und Nationalität, Geschlecht, geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung, Religion und Weltanschauung, körperliche und geistige Fähigkeiten und psychische Verfasstheit, Alter und soziale Herkunft Berücksichtigung.

Im Rahmen ihres allgemeinen Leitbilds hat sich die Stadt Nürnberg 2004 erstmals Leitlinien zur Integrationspolitik gegeben. Diese werden unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen fortgeschrieben.

1. Zentrales kommunalpolitisches Thema

Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Weltanschauung auf der Grundlage der Menschenrechte und des Grundgesetzes prägt das Selbstverständnis unserer Stadt. Es zu bewahren und weiter zu gestalten bleibt für die Stadt Nürnberg - Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung - immer eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben.

2. Wertschätzung kultureller Vielfalt

Die Vielfalt der Bevölkerung ist für Nürnberg ein zukunftsweisendes Entwicklungspotenzial. Auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung und der Anerkennung individueller Kompetenzen und Potenziale fördern wir die aktive Zusammenarbeit und Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft und damit die Entwicklung Nürnbergs. Vielfalt ist hierbei ein Standortvorteil.

3. Integration als wechselseitiger Prozess

Integration ist ein wechselseitiger andauernder Prozess. Die Gestaltung des Zusammenlebens ist die Verantwortung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger und keine einseitige Eingliederungsleistung. Wir fördern durch geeignete Maßnahmen Respekt, gegenseitige Akzeptanz sowie einen gleichberechtigten Dialog und die Vernetzung zwischen allen in der Stadt lebenden Menschen, Organisationen, Institutionen und Initiativen.

4. Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel

Wir fördern die gleichberechtigte soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und ermutigen alle unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus zu einer aktiven Beteiligung. Wir setzen uns für gleiche und gerechte

Bildungs- und Berufschancen für alle in der Stadt lebenden Menschen ein. Personen mit Benachteiligung und besonderen Bedürfnissen erhalten gezielte Förderung und Unterstützung, zum Beispiel Sprachförderung. Diese ist ein wesentliches und notwendiges, aber nicht ausreichendes Handlungsfeld der Integrationspolitik. Die kommunalen Angebote orientieren sich nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

5. Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung
Allen Formen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung treten wir mit Entschiedenheit entgegen, um Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft und Nationalität, des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, der Religion und Weltanschauung, der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und der psychischen Verfasstheit, des Alters und der sozialen Herkunft zu verhindern oder zu beseitigen. Dabei berücksichtigen wir die Verschränkung dieser Dimensionen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und individuellen Rechte setzen wir uns für die Achtung der Würde und Orientierungen aller Menschen in der Stadt ein und fördern durch vielfältige Bildungsmaßnahmen demokratische Handlungskompetenz.

6. Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe
Integrationspolitik ist eine Aufgabe, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. Alle Referate und Dienststellen der Stadt sowie die städtischen Unternehmen müssen sie bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Dabei wird die Integrationspolitik mit anderen Querschnittsaufgaben im Sinne eines umfassenden Ansatzes zum Umgang mit Vielfalt („Diversity-Ansatz“) verzahnt.

7. Interkulturelle Orientierung des Personalwesens
Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt der Stadtbevölkerung auch bei den Mitarbeitenden ihrer Verwaltung und der städtischen Unternehmen widerspiegelt. Daher engagieren wir uns aktiv für eine verstärkte und repräsentative Beschäftigung von Mitarbeitenden mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte auf allen Ebenen. Dies liegt im ureigenen Interesse der Stadt. Sie orientiert sich als Arbeitgeberin und Anteilseignerin an der von ihr unterzeichneten Charta der Vielfalt. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz werden folglich auch bei Bewerbungen als wertvolle Qualifikationen angesehen.

8. Förderung und Vernetzung
Wir unterstützen Organisationen, Verbände, Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft bei integrativen und interkulturellen Maßnahmen und Aktivitäten. Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und fördern die Vernetzung der Beteiligten.

9. Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
Zur Gewährleistung gleichberechtigter Teilhabe gehört auch eine Öffentlichkeitsarbeit mit Informationen in leicht verständlicher Sprache und auf zeitgemäßen Kommunikationswegen, um diversitätssensibel unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Dies gilt auch für die allgemeine Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Die in diesen Leitlinien festgelegten Prinzipien sind ein wichtiger Bestandteil der Außendarstellung und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Nürnberg.

10. Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa

Wir setzen uns in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund für die politische Gleichstellung und soziale Teilhabe aller Menschen ein. Wir betonen durch aktive Mitgliedschaft und Mitarbeit in europäischen und weltweiten Netzwerken sowie entsprechende Partnerschaften unsere Identität als internationale europäische Stadt.

Fraktion der
Christlich-Sozialen Union
im Stadtrat zu Nürnberg

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Marcus König
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Wolff´scher Bau des Rathauses
Zimmer 222
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 231 – 2907
Telefax: 0911 231 – 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

10.03.2025
Antragsteller: Prof. Dr. Scheurlen

Für eine Verbesserung der Integration Zugewanderter nach Nürnberg – Fördern und Fordern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ein friedliches Nebeneinander und Miteinander aller in Nürnberg Lebenden ist eine Grundvoraussetzung für das Gedeihen und die Weiterentwicklung der Nürnberger Stadtgesellschaft. Das Bemühen um eine möglichst rasche und reibungslose Integration der in unsere Stadt Zugewanderten erfordert eine große Anstrengung aller Beteiligten, verbunden mit einer gegenseitigen Toleranz unterschiedlicher Lebensweisen, soweit diese auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland stattfinden.

Werden diese Rahmenbedingungen einerseits nicht bereitgestellt, andererseits aber auch nicht vollumfänglich akzeptiert und eingehalten, kann das – wie in Deutschland geschehen – zu Fehlentwicklungen bis hin zu unkontrollierten Gewalttaten führen, verbunden mit einer zunehmenden Verunsicherung der hier Lebenden. Solche Entwicklungen und die damit einhergehenden Verschiebungen des politischen Spektrums sind deshalb unbedingt zu vermeiden. Nürnberg trägt hierbei als Stadt des Friedens und der Menschenrechte eine besondere Verantwortung.

Integration ist keine Einbahnstraße.

Der Staat, die Stadt Nürnberg und zahlreiche Verbände und Organisationen unterstützen mit einer Vielzahl von Angeboten (finanzielle Unterstützung verschiedenster Art, Wohnungssuche, Sprach- und Integrationskurse, Kinderbetreuung, Bildungsangebote u.v.m.) eine Integration der Zugewanderten. Andererseits ist das Wahrnehmen dieser Angebote und aktives Bemühen darum auch eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Integration. Untrennbar damit verbunden sind aber auch die Kenntnis und die vollständige Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die möglichst rasch und vollumfänglich vermittelt werden müssen.

U.a. um diese Ziele umzusetzen besteht der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung (Integrationsrat). Dort - aber nicht nur dort - sind Interessensgruppen oder landsmannschaftliche Verbände von Zugewanderten aller bzw. vieler Herkunftsländer oder Religionen aktiv vertreten. Zudem ist die Stadt Nürnberg auch auf die Zusammenarbeit und die fachliche Expertise weiterer solcher Gruppen, Vereine oder Organisationen angewiesen, damit eine Integration mit der Vermittlung der oben beschriebenen Werte möglichst rasch gelingt.
Hier bedarf es aktuell einer Nachjustierung unserer gegenseitigen Erwartungen und Aktivitäten.

Um den Kontakt zu den oben beschriebenen Gruppen zu intensivieren und die gemeinsamen Anstrengungen zur reibungslosen Integration voranzubringen, stellt die CSU-Stadtratsfraktion zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

- Die Verwaltung identifiziert gemeinsam mit dem Integrationsrat kompetente Vertreter und Ansprechpartner aus den wichtigsten Regionen bzw. der wichtigsten Religionen der Zuwanderungsländer.

- Mit diesen werden Strukturen entwickelt oder bestehende Strukturen identifiziert, um Zugewanderte aus ihren Heimatregionen weiter wirkungsvoll bei der erfolgreichen Integration zu unterstützen.

- Ein (neuer) Schwerpunkt muss hierbei auch das aktive Einfordern des Bekenntnisses zu den hiesigen Leitplanken gesellschaftlichen Lebens sein, insbesondere des Grundgesetzes und der universellen Menschenrechte, dies unter klarer Distanzierung von radikalen Strömungen.

- Die oben angesprochenen Vertreter und Ansprechpartner aus den wichtigsten Regionen und Religionen berichten, welche Initiativen sie vorhalten, um eine mögliche Radikalisierung von Mitgliedern frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

- Die Verwaltung entwickelt weitere Richtlinien, die eine städtische Unterstützung (u.a. bei o.g. Initiativen) künftig abhängig macht von einer Selbstverpflichtung bzgl. der o.g. Werte.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Krieglstein
Fraktionsvorsitzender

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 07.11.2023

- öffentlich -
- einstimmig angenommen -

Überarbeitung der Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg

Antragstellerin: Betül Özen

Der Integrationsrat regt an, die Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg in der Fassung vom 25.07.2018 zu überarbeiten und auf einen aktuellen Stand zu bringen. Der Integrationsrat ist gerne bereit, diesbezüglich mit Stadtrat und Stadtverwaltung zusammenzuarbeiten und seine eigenen Anregungen und Vorschläge einzubringen.

Begründung:

Wie in den integrationspolitischen Leitlinien der Stadt Nürnberg selbst niedergelegt ist, sollen diese regelmäßig unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen fortgeschrieben werden. Nachdem die letzte Fortschreibung inzwischen wieder mehr als fünf Jahre her ist, halten wir die Zeit für gekommen, uns erneut im Detail damit zu beschäftigen.

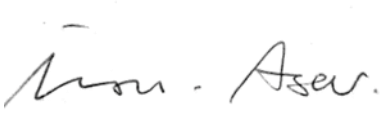
Nürnberg, 08.11.2023

Die Vorsitzende



Betül Özen

Schriftführerin



Gülay Incesu-Asar

Dokumentation der Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik in den Geschäftsbereichen der Stadt Nürnberg anhand ausgewählter Beispiele

1) Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters und Geschäftsstelle des Integrationsrates 2
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters 2
Geschäftsstelle des Integrationsrats (BgA/3) 6
2) Geschäftsbereich Kultur der 2. Bürgermeisterin 9
3) Geschäftsbereich des 3. Bürgermeisters 13
4) Referat für Finanzen, Personal und IT (Ref. I/II) 15
5) Referat für Umwelt und Gesundheit (Ref. III) 18
6) Referat für Schule und Sport (Ref. IV) 20
7) Referat für Jugend, Familie und Soziales (Ref. V) 24
8) Planungs- und Baureferat (Ref. VI) 30
9) Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat (Ref. VII) 32

1) Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters und Geschäftsstelle des Integrationsrates

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters spielt die Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik eine wichtige Rolle. Alle zehn Leitlinien werden im Geschäftsbereich, der neben dem Bürgermeisteramt mit den Stabsstellen Bildungsbüro und dem Stab Stadtentwicklung, dem Menschenrechtsbüro/Gleichstellungsstelle auch die Dienststellen des Direktoriums für Bürgerservices, Digitales und Recht umfasst, umgesetzt. Hinzu kommen das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, das Rechnungsprüfungsamt, das Amt für Kommunikation und Stadtmarketing und das Amt für Internationale Beziehungen.

I. Integration ist bei der Stadt Nürnberg als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung aufgesetzt und als „Chefsache" beim Oberbürgermeister angesiedelt, was in der Umsetzung der 1. Leitlinie „**Integration als zentrales kommunalpolitisches Thema**" seinen Ausdruck findet. Dies zu befördern ist sodann zentrale Aufgabe der geschäftsbereichsübergreifend besetzten Koordinierungsgruppe Integration als kollektive Integrationsbeauftragte der Stadt
Koordinierungsgruppe Integration - Integration und Migration (nuernberg.de).

Auf Initiative des Oberbürgermeisters wurde im Jahr 2002 die Kommission für Integration als zuständiger Fachausschuss des Stadtrats eingerichtet, welche sich aus Stadtratsmitgliedern, Mitgliedern des Rates für Integration und Zuwanderung der Stadt Nürnberg und Sachverständigen zusammensetzt.
Stadtratskommission für Integration - Integration und Migration (nuernberg.de)

Eine Übersicht über die weiteren Gremien der Integrationspolitik der Stadt Nürnberg sind zu finden unter Gremien der Integrationspolitik - Integration und Migration (nuernberg.de).

Die Koordination des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg übertrug der Oberbürgermeister dem Amt für Kultur und Freizeit (KuF). Dort liegt auch die Federführung der Koordinierungsgruppe in enger Abstimmung mit dem Bürgermeisteramt.

II. Das Amt für Internationale Beziehungen pflegt Kontakte zu 14 Partnerstädten, sieben befreundeten Kommunen und eine Projektpartnerschaft mit zwei Kommunen in Togo. Partnerschaftsvereine werden bei ihrer Arbeit unterstützt, internationale Begegnungen gefördert und kulturelle Angebote gemacht. Siehe hierzu Amt für Internationale Beziehungen (nuernberg.de) Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der 2. Leitlinie „**Wertschätzung kultureller Vielfalt"** geleistet. Eine besondere Bedeutung wird der Kommunalen Entwicklungspolitik zuteil, in deren Rahmen Projekte im globalen Süden gefördert werden. Dabei wird insbesondere auch auf die Wechselwirkungen unseres Handelns im Hinblick auf Migrationsursachen aufmerksam gemacht. Koordination kommunaler Entwicklungspolitik - Amt für Internationale Beziehungen (nuernberg.de)

III. Der 3. Leitlinie „**Integration als wechselseitiger Prozess**" in besonderer Weise verpflichtet ist das Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt, welches vom Oberbürgermeister im Jahr 2020 einberufen wurde. Neben den vormaligen Schwerpunkten Integration und Menschenrechte werden seitdem auch weitere Vielfaltsdimensionen (wie Lebensalter, Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion und soziale Lage) in den Fokus gerückt.
In einem breitgefächerten Austausch sollen Impulse für die Kommunalpolitik erarbeitet werden, um die Vielfaltsdimensionen der Stadtgesellschaft abzubilden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Im Kuratorium sind aktuell 70 Mitglieder aus Organisationen und Institutionen folgender Bereiche vertreten: Integration, Menschenrechte, Frauen, LSBTIQ+, sozialer Zusammenhalt und Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Arbeit, Hochschule, Medien, Polizei und Justiz, überregionale Behörden und Ebenen, städtische Räte (Integrationsrat, Behindertenrat und Seniorenrat) und der

Rat der Religionen sowie die Beauftragten der Stadt (Frauenbeauftragte, Inklusionsbeauftragte, Beauftragte für Diskriminierungsfragen).
Die Mitglieder des Kuratoriums beraten die Stadtspitze, den Stadtrat und die Stadtverwaltung in gesellschafts- und kommunalpolitischen Fragestellungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der wachsenden, immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft betreffen. Integration wird hierbei als wechselseitiger Prozess angesehen, der alle gleichermaßen betrifft. Das Kuratorium tagt zweimal im Jahr in großer Runde.
Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt - Integration und Migration (nuernberg.de)

IV. Eine besondere Bedeutung wird der 4. Leitlinie „**Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel**“ im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zuteil. Zu nennen ist hierbei zuvorderst der Rat für Integration und Zuwanderung als kommunale Interessensvertretung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte. Deren Geschäftsstelle ist beim Bürgermeisteramt angesiedelt. Die derzeit 31 Mitglieder wurden in freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen einer Persönlichkeitswahl gewählt (siehe eigener Textteil).
Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung - Integration und Migration (nuernberg.de)

Zahlreiche Projekte und Programme beispielsweise des Bildungsbüros widmen sich der Umsetzung dieser Leitlinie. Zu nennen ist hier u.a. das Kommunale Programm Deutschspracherwerb, das zugewanderten Nürnbergerinnen und Nürnbergern Sprachbildung ermöglicht, die keinen Zugang zu den Integrations- und Sprachkursen des Bundes haben.
Kommunales Programm Deutschspracherwerb - Bildungsbüro (nuernberg.de)

Weitere Projekte des Bildungsbüros, die die gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte befördern und insbesondere gleiche und gerechte Bildungs- und Berufschancen für zugewanderte Nürnbergerinnen und Nürnberger zum Ziel haben, sind das Projekt „Digital Immigrants – digitale Grundbildung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ sowie das Nachfolgeprojekt „Digital im Quartier“, das Projekt „Mind the Gap – Grundbildungspfade, das Bedarfe in der Grundbildung, insbesondere im Bereich der Alphabetisierung, aufspüren und decken will und das Projekt „Nürnberg forscht“.

Letzteres lädt Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte dazu ein, sich als Laienforschende an einem empirischen Sozialforschungsprojekt zum Thema „Migration und Integration in Nürnberg“ zu beteiligen und ihre (Alltags-)Erfahrungen in die Forschung einzubringen. Im Laufe des Forschungsprozesses erlernen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im ersten Schritt Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens. Im zweiten Schritt forschen sie selbst zu gemeinsam entwickelten Forschungsfragen. Zum Abschluss werden die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert. Siehe hierzu auch Projekte – Bildungsbüro

Um die gleichberechtigte Teilhabe zu befördern, wird dem Begrüßungspaket für Neubürgerinnen und -bürger in den Bürgerämtern eine Karte mit Hinweisen auf die Zentrale Anlaufstelle Migration-Beratung und die Integreat-App beigelegt, wenn zugewanderte Personen ihren Wohnsitz anmelden. Hilfreiche Informationen und wichtige Anlaufstellen werden so kommuniziert.

V. Der **Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung** (5. Leitlinie) in besonderer Weise verpflichtet sind das Menschenrechtsbüro, die Gleichstellungsstelle und die Antidiskriminierungsstelle. Sie dienen als Anlaufstelle, unterstützen Betroffene und setzen Schwerpunkte in den Bereichen Menschenrechts-, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit sowie der Demokratieförderung.
Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg (nuernberg.de)
Gleichstellungsstelle der Stadt Nürnberg (nuernberg.de)
Antidiskriminierungsstelle - Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg (nuernberg.de)

Eine herausgehobene Bedeutung wird hierbei der Beauftragten für Diskriminierungsfragen zuteil, die von Diskriminierung betroffene Personen in Einzelgesprächen berät und unterstützt. Die Beratung ist kostenfrei, vertraulich und unterliegt der gesetzlichen Schweigepflicht.

Das Menschenrechtsbüro und die Antidiskriminierungsstelle entwickeln zahlreiche Formate zur Prävention von Diskriminierung und Rassismus wie die Antidiskriminierungsklausel für das Gewerbe und Leitlinien für die Wohnungswirtschaft, den Nürnberger Preis für Diskriminierungsfreie Unternehmenskultur oder Angebote im Bereich der Menschenrechtsbildung.
https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/wohnen.html
https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/unternehmenspreis.html
https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/menschenrechtsbildung.html

Im Arbeitskreis Antidiskriminierung in Nürnberg sind Anlaufstellen aus der Zivilgesellschaft, den Hochschulen und der Verwaltung vertreten, die sich zum Thema Diskriminierung vernetzen. Hier werden Anfragen ausgewertet, Bedarfe besprochen und sichtbar gemacht und gemeinsame Aktivitäten entwickelt.

Die Gleichstellungsstelle betreut den Arbeitskreis Geflüchtete Frauen, der – entstanden aus dem AK Häusliche und sexualisierte Gewalt - ein besonderes Augenmerk auf Problemlagen und Bedarfe geflüchteter Frauen legt und niedrigschwellige Zugänge zu Unterstützungsangeboten sicherstellen soll. Geflüchtete Frauen - Gleichstellung (nuernberg.de).

Eine zentrale Rolle für die Umsetzung der Leitlinie spielen die Nürnberger Wochen gegen Rassismus, die das Menschenrechtsbüro alljährlich im März gemeinsam mit dem Integrationsrat durchführt. Unter dem Motto „Menschenwürde schützen“ standen beispielsweise die „Nürnberger Wochen gegen Rassismus“ vom 17. bis 30. März 2025.
Von Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen oder Zivilcourage-Rollenspielen in einer echten Straßenbahn über antirassistische Lesungen für Jung und Alt bis hin zu großen Kundgebungen – Bürgerinnen und Bürger waren auch in diesem Jahr wieder eingeladen, ein Zeichen gegen Diskriminierung und Rassismus zu setzen. Den Auftakt bildete die 11. Verleihung des „Mosaik-Jugendpreis – Mit Vielfalt gegen Rassismus“, der am 17. März in der Kulturwerkstatt Auf AEG stattfand. Ausgezeichnet wurden einmal mehr vorbildhafte Projekte junger Engagierter aus Nürnberg und München.
https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/wochen_gegen_rassismus.html

Das gemeinsame Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung ist auch zentrales Thema verschiedener Dialogformate des Oberbürgermeisters mit unterschiedlichen Communities wie den Moscheegemeinden, migrantischen Vereinen oder der schwarzen Community.

VI. Die 6. Leitlinie „**Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe**“ manifestiert sich in der Koordinierungsgruppe Integration, die mit Anordnung des Oberbürgermeisters vom 18.06.2010 eingesetzt wurde und die als „kollektive Integrationsbeauftrage“ der Stadt Nürnberg fungiert. Ihre Aufgabe ist die verwaltungsinterne und geschäftsbereichsübergreifende Abstimmung und Koordination aller relevanter Planungen und Grundsatzüberlegungen im Bereich der Integration und des interkulturellen Zusammenlebens. In der Koordinierungsgruppe sind alle Geschäftsbereiche mit Mitarbeitenden auf Leitungsebene vertreten.
Um die in der 6. Leitlinie geforderte Verzahnung der Integrationspolitik mit anderen Querschnittsaufgaben im Sinne eines umfassenden Diversity-Ansatzes zu gewährleisten, wurde ein „Diversity-Check für Stadtratsunterlagen“ eingeführt. Dessen Ziel ist es, deutlich zu machen, inwieweit die unterschiedlichen Belange der vielfältigen Stadtgesellschaft in den Konzepten, Maßnahmen und Angeboten der Stadtverwaltung Berücksichtigung finden.
https://intranet.stadt.nuernberg.de/intranet_2/verwaltungsportal/diversity_check.html

VII. Neben den umfangreichen Bemühungen des Personalamts engagieren sich auch andere Dienststellen und Einheiten für die „**Interkulturelle Orientierung des Personalwesens**“ (7. Leitlinie). Das Bildungsbüro führte beispielsweise das Projekt „Interkulturelle Öffnung in Kommunen“ durch, welches aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU gefördert wurde. IKÖK – Interkulturelle Öffnung in Kommunen - Bildungsbüro (nuernberg.de)

Die Dienstvereinbarung zum Schutz vor Diskriminierung und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz regelt die Vorgehensweise bei entsprechenden Vorfällen. Sie gibt sowohl Beschäftigten als auch Führungskräften Sicherheit beim Umgang mit dem Thema und beinhaltet zudem Schulungsmaßnahmen. Die Beauftragte für Diskriminierungsfragen entwickelte ein Schulungsangebot hierfür, welches im Fortbildungsprogramm der Städteakademie angeboten wird.

VIII. In besonderer Weise ist das vom Oberbürgermeister einberufene Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt ebenfalls der 8. Leitlinie „**Förderung und Vernetzung**“ verpflichtet. Mitglieder sind 70 Vertreter/-innen aus Organisationen und Institutionen unterschiedlichster Bereiche (siehe oben). Die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und die Vernetzung aller Mitglieder im Sinne und im Dienste einer solidarischen Stadtgesellschaft ist oberste Prämisse. Kuratorium für Vielfalt und Zusammenhalt - Integration und Migration (nuernberg.de)

IX. Verschiedene Maßnahmen zielen auf eine **diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit** (9. Leitlinie) ab, für deren Umsetzung insbesondere auch die Verwendung von leichter und leicht verständlicher Sprache sowie der Einsatz von Mehrsprachigkeit relevant sind.

So ist die Online-Terminvereinbarung der Stadt Nürnberg seit April 2025 in 16 Sprachen verfügbar. Bürgerinnen und Bürger können die Terminbuchung fortan neben Deutsch auch in Arabisch, Bulgarisch, Tschechisch, Griechisch, Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Türkisch, Ukrainisch und Chinesisch durchführen. Ziel ist es, sprachliche Barrieren für internationale Bürgerinnen und Bürger in der Stadt zu senken. Die Amtssprache vor Ort ist weiterhin Deutsch.

Mehrsprachigkeit spielt auch eine wichtige Rolle bei der Wohnsitzanmeldung in den Bürgerämtern. Hier werden Übersetzungshilfen in 16 verschiedenen Sprachen vorgehalten.

Mehrsprachige Ansprache verschiedener Zielgruppen ist anlassbezogen (beispielsweise bei den Wahlen zum Integrationsrat), in Krisenzeiten (zum Beispiel mehrsprachige Informationen zu Corona-Impfungen oder bei der hohen Fluchtzuwanderung aus der Ukraine) und darüber hinaus ein relevantes Thema für städtische Dienststellen.

Zur Erhöhung der Wahlbeteiligung und Erleichterung des Wahlvorgangs für wahlberechtigte Menschen mit Migrationshintergrund wird seitens Wahlamt bei Wahlschulungen und Informationen für die Wahlberechtigten vermehrt Leichte Sprache eingesetzt und bei der Einteilung der Wahlvorstände für die Wahllokale Mehrsprachigkeit nach Möglichkeit berücksichtigt, um vor Ort Sprachbarrieren abzubauen.

Im Zuge der Einführung der Leichten Sprache in der Stadtverwaltung wurde beim Amt für Kommunikation und Stadtmarketing eine Stelle für barrierefreie Kommunikation eingerichtet.
Von Leichter Sprache profitieren auch Zugewanderte mit geringen Deutschkenntnissen. Leichte Sprache bei der Stadt Nürnberg (nuernberg.de).

Ratgeber Faire Sprache: Sprache und Gesellschaft beeinflussen einander. Sprache prägt unser Bewusstsein und unsere Wahrnehmung. Wenn Frauen, Männer und Personen, die sich nicht dem binären Schema „weiblich-männlich“ zuordnen, in der Sprache sichtbar sind, werden alle Geschlechter auch gesellschaftlich wahrgenommen. Eine faire, geschlechtergerechte Sprache grenzt niemanden aus. Sie zeigt vielmehr, wer angesprochen ist. Die Stadtgesellschaft ist vielfältig. Dies soll auch in unserer Sprache zum Ausdruck kommen.
Kleiner Ratgeber für geschlechtergerechtes Formulieren (nuernberg.de)

Neben den klassischen Medien ist die Stadt Nürnberg auch auf vielen Social-Media-Kanälen zu finden. Ziel ist, verschiedenste Zielgruppen in der vielfältigen Stadtgesellschaft zu erreichen und über Veranstaltungen, Angebote und Dienstleistungen der Stadt zu informieren.

Social Media: Facebook, Twitter, Instagram & Co. - Amt für Kommunikation und Stadtmarketing (nuernberg.de)

X. Neben der integrationspolitischen Arbeit in den städtischen und lokalen Gremien ist die Stadt Nürnberg auch in überregionalen Gremien vertreten und aktiv. Um eine intensive und kontinuierliche **Zusammenarbeit im Land, Bund und in Europa** (10. Leitlinie) zu gewährleisten, nehmen städtische Vertreter/-innen auch an überregionalen Integrationsgremien teil.

Zu nennen sind hier unter anderem der Bayerische Integrationsrat, die Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten sowie die Working Group Migration & Integration der Eurocities oder die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR).

Integrationsrat – Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
Migration and integration - EurocitiesStädte-Koalition gegen Rassismus – Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
Europäische Netzwerke - Europabüro Nürnberg (nuernberg.de)

Geschäftsstelle des Integrationsrats (BgA/3)

Der Rat für Integration und Zuwanderung und die ihm zuarbeitende Geschäftsstelle als Teil der Stadtverwaltung nehmen insofern eine Sonderstellung im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters ein, als es sich dabei um die von der Bevölkerung gewählte kommunale Repräsentanz der Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Migrationshintergrund handelt. Die übergeordnete satzungsgemäße Aufgabe des Integrationsrates und seiner 31 ehrenamtlichen Mitglieder ist die Vertretung der Belange der in Nürnberg lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gegenüber der Stadt. Der Integrationsrat und seine Geschäftsstelle sind daher nicht nur von allen Aspekten der kommunalen Integrationspolitik betroffen, sondern wirken auch in vielfältiger Weise an ihrer konkreten Ausgestaltung mit. Im Einzelnen lässt sich dies wie folgt den zehn Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg zuordnen:

I. „Zentrales kommunalpolitisches Thema“

Der hohe Stellenwert, den die kommunale Integrationspolitik in Nürnberg als „Chefsache“ genießt, kommt verwaltungsorganisatorisch durch die Ansiedlung des Integrationsrates als Vertretung der direkt von diesen politischen Entscheidungen betroffenen Menschen im Bürgermeisteramt zum Ausdruck. Dadurch ist ein kontinuierlicher Austausch zwischen dem Oberbürgermeister bzw. der Stadt- und Verwaltungsspitze und dem Integrationsrat gewährleistet.

Die große, der Einbindung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zugemessenen Bedeutung in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse zeigt sich auch in zwei weiteren Satzungsbestimmungen: Der Integrationsrat hat die Aufgabe, den Stadtrat in allen Fragen zu beraten, die die Bevölkerung mit Migrationshintergrund betreffen. Zudem sind Planungen der Stadt, die die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in besonderem Maße betreffen, dem Integrationsrat so bald wie möglich vor ihrer Behandlung im Stadtrat vorzulegen. Dies stärkt die Rolle des Gremiums als Expertinnen- und Expertenorgan mit unmittelbarer Alltagsexpertise.

II. „Wertschätzung kultureller Vielfalt“

Größtmögliche kulturelle Vielfalt und somit eine breite Repräsentanz möglichst vieler der in Nürnberg vertretenen migrantischen Communities im Gremium sicherzustellen, ist seit jeher eine der Anforderungen an den Integrationsrat bzw. auch schon an sein Vorläufergremium, den bis 2010 bestehenden Ausländerbeirat. Durch den im Vorfeld der Integrationsratswahl 2022 verabschiedeten neuen

Wahlmodus ist es gelungen, dass in der aktuellen Wahlperiode des Integrationsrates 19 verschiedene Herkunftsländer im Gremium vertreten sind (Afghanistan, Aserbaidschan, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Dschibuti, El Salvador, Griechenland, Italien, Kasachstan, Lettland, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Syrien, die Türkei und die Ukraine). Darüber hinaus sind drei der 2022 in das Gremium eingezogenen Mitglieder ab 2015 nach Deutschland gekommene Geflüchtete und repräsentieren somit die erst kürzlich neu Zugewanderten – darunter auch der aktuelle Vorsitzende des Integrationsrates. Hinzu kommen noch fünf deutschstämmige Aussiedlerinnen und Aussiedler aus verschiedenen Herkunftsregionen (mit den Schwerpunkten Rumänien und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion).

III. „Integration als wechselseitiger Prozess“

Der Integrationsrat nimmt seine Funktion als Multiplikator in die migrantische Stadtgesellschaft hinein sehr ernst und klärt die Bevölkerung im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit über demokratische Rechte und Pflichten auf – etwa im Rahmen von anlassbezogenen Informationskampagnen zur Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahl, aber auch permanent durch die Verteilung mehrsprachiger Ausgaben des Grundgesetzes bei Stadtteilfesten und ähnlichen Gelegenheiten, bei denen der Rat mit Infoständen präsent ist. Eine besondere Herausforderung entstand in der Zeit der Covid-19-Pandemie, in der sich der Integrationsrat aktiv an der kultursensiblen Aufklärung über und an der Werbung für städtische Impfangebote beteiligt hat.

IV. „Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel“

Der Integrationsrat versteht sich selbst als ein wesentliches Instrument zur Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Ein zentraler Beweggrund für die Gründung des Ausländerbeirats im Jahr 1973 durch den Stadtrat war es, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für diese Menschen zu schaffen. Durch die seitdem regelmäßig stattfindenden Wahlen des Integrationsrates garantiert die Stadt Nürnberg auf örtlicher Ebene auch ihren bei sonstigen Wahlen nicht stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund ein Mindestmaß an politischer Partizipation.

Der Rat engagiert sich bereits seit Jahrzehnten für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaften Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt und betont damit den Stellenwert der vollen politischen Partizipation als höchste Form gesellschaftlicher Teilhabe. In Kenntnis der hohen rechtlichen bzw. politischen Hürden hält der Integrationsrat daher auch weiterhin an seinem Fernziel des kommunalen Wahlrechts für sogenannte Drittstaatsangehörige fest.

Daneben setzt sich der Integrationsrat auch in vielfältiger Weise für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe in einem weiteren Sinne ein: Ein konkretes Beispiel für verbesserte Teilhabe ist eine Initiative des Integrationsrates zur Förderung von Sprachkursen für Menschen, die durch das Raster der BAMF-Förderung fallen. Ein solches Angebot wurde mittlerweile vom Bildungsbüro umgesetzt und besteht seit 2020 als „Kommunales Programm Deutschspracherwerb“.

Als Teilprojektvorhabenträger ist der Integrationsrat selbst am aus dem Europäischen Sozialfonds plus geförderten Netzwerk FiBA+ beteiligt, das mit seinem Diversity-Ansatz die Dimensionen Flucht, Behinderung und Geschlecht intersektional verknüpft.

V. „Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung“

Die Antidiskriminierungsarbeit und der Kampf gegen Rassismus bzw. gegen jedwede Art gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind seit jeher zentrale Arbeitsschwerpunkte des Integrationsrates.

Dies kommt unter anderem durch die regelmäßige Teilnahme an den vom Menschenrechtsbüro organisierten „Nürnberger Wochen gegen Rassismus“ rund um den Internationalen Tag gegen Rassismus der Vereinten Nationen am 21. März zum Ausdruck, die in den letzten Jahren immer in Form einer sehr gut besuchten und breit rezipierten Diskussionsveranstaltung erfolgte.

Die Idee zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle beim Menschenrechtsbüro wurde seinerzeit maßgeblich vom Integrationsrat angeregt. Ein weiterer wichtiger Impuls ging kürzlich vom Ratsbeschluss zur Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstruktur für Schulen aus. Dieser wurde 2023 gefasst und inzwischen von mehreren Stadtratsfraktionen aufgegriffen. Aktuell wird dazu eine wissenschaftliche Erhebung vorbereitet, mit der diskriminierende Vorfälle im schulischen Kontext systematisch dokumentiert und analysiert werden sollen.

Der Integrationsrat vertritt darüber hinaus die Überzeugung, dass es in der Gesellschaft keine rassismus- und diskriminierungsfreien Räume gibt. Vor diesem Hintergrund wirkt er nicht nur kontinuierlich auf die Sensibilisierung der Allgemeinheit in Bezug auf alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hin, sondern auch ganz spezifisch auf die entsprechende Qualifizierung seiner eigenen Mitglieder. Dies erfolgt durch interne Schulungen zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Antiziganismus sowie Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung.

VI. „Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe“

Der Integrationsrat sowie seine Geschäftsstelle sind in die relevanten städtischen Querschnittsstrukturen zur Integrationspolitik eingebunden, etwa in die städtische Koordinierungsgruppe zur Umsetzung der Integrationsleitlinien. So nimmt die Geschäftsstelle unter anderem auch an der Vorbereitungsgruppe Integration und an der Arbeitsgruppe „Diversity“ teil. Daneben ist die Geschäftsstelle in projektbezogene Arbeitsgruppen und Gremien mit städtischen und zum Teil externen Akteuren involviert, so etwa in die aktuelle AG zur Entwicklung einer Gesamtstrategie gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus. Damit wird gewährleistet, dass die First-Hand-Perspektiven von Migrantinnen und Migranten systematisch in alle Fachbereiche eingebracht werden.

Die wesentliche Schnittstelle für den Integrationsrat, in dem er die Ergebnisse seiner internen Vorarbeiten und Beratungen an den Stadtrat übermittelt und mit diesem über konkrete Maßnahmen diskutiert, ist die seit 2002 bestehende Kommission für Integration. Hier sind die neun Mitglieder des erweiterten Vorstands des Integrationsrates mit Rederecht und beratender Funktion vertreten.

Durch besondere Formate wie die Nürnberger Integrationskonferenz, die vom Integrationsrat regelmäßig mitveranstaltet wird, wird eine breite Beteiligung wesentlicher für das Feld der Integrationspolitik relevanter gesellschaftlicher Akteure ermöglicht.

VII. „Interkulturelle Orientierung des Personalwesens“

Der Integrationsrat hat die Interkulturelle Öffnung der Nürnberger Stadtverwaltung seit jeher begrüßt und aktiv begleitet. Dies betrifft sowohl die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Verwaltung im Sinne eines kultursensiblen Umgangs mit zugewanderten Menschen, als auch die Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Migrationsgeschichte in den verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung.

Bereits der Ausländerbeirat hatte mehrere Anträge zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung eingebracht. Diese trugen maßgeblich dazu bei, dass das Thema innerhalb der Verwaltung systematisch aufgegriffen wurde. Ein wesentlicher Meilenstein war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe durch den damaligen Stadtkämmerer und Personalreferenten, aus der weitere Strukturen wie etwa der Beirat „Interkulturelle Öffnung“ hervorgingen. Die Geschäftsstelle des Integrationsrates war dabei aktiv beteiligt. In jüngerer Zeit wirkte der Integrationsrat unter anderem im Beirat des 2020-2022 vom Bildungsbüro durchgeführten Projekts „Interkulturelle Öffnung in Kommunen“ (IKÖK) mit.

Aktuell bereitet die Geschäftsstelle des Integrationsrates nach Absprache mit PA und BgA einen Pilotversuch für den Sommer und Herbst 2025 vor, in dessen Rahmen Praktikantinnen und Praktikanten mit geringen Deutschkenntnissen (Sprachniveau A2-B1) in einer städtischen Dienststelle zum Einsatz kommen sollen. Ziel ist es, niedrigschwellige erste Einblicke in den Arbeitsalltag einer Behörde zu ermöglichen und langfristig eine frühzeitige berufliche Orientierung zu fördern, damit die Stadt Nürnberg auf diesem Feld mit gutem Beispiel vorangeht und sich zugleich wichtige personelle Ressourcen für die Personalgewinnung erschließt.

VIII. „Förderung und Vernetzung“

Der Integrationsrat und seine Geschäftsstelle stehen in regelmäßigem Kontakt und Austausch mit zahlreichen migrantischen Vereinen und Initiativen sowie auf fachlicher Ebene mit im Migrations- und Integrationsbereich aktiven Beratungsstellen.

Zudem vergibt der Integrationsrat im Rahmen der dafür zur Verfügung gestellten Mittel regelmäßig Zuschüsse zur Sprachförderung, für interkulturelle Veranstaltungen sowie für Vereine, die das Zusammenleben in Vielfalt fördern.

Ein besonderes, öffentlichkeitswirksames Instrument der Förderung ist dabei der jährlich verliehene, mit einem Geldpreis dotierte Interkulturelle Preis (IKP) des Integrationsrates, mit dem besondere Verdienste um zugewanderte Menschen in den Bereichen Bildung, Kommunalpolitik, Kultur, Sport oder Soziales bzw. herausragendes und nachhaltiges Engagement für eine gelingende Integration und das interkulturelle Zusammenleben gewürdigt und sichtbar gemacht werden.

IX. „Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit“

Eine systematische diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit ist im Tätigkeitsfeld des Integrationsrates bislang nicht institutionalisiert, wird aber im Rahmen einzelner Projekte bereits mitgedacht: Beispielhaft zu nennen sind hier Schulungsformate im Rahmen des Netzwerks FiBA+ wie Empowerment-Workshops für Frauen mit Migrations- und Fluchterfahrung sowie anlassbezogene Informationskampagnen des Rates in verschiedenen Sprachen.

X. „Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa“

Der Integrationsrat ist über seine Geschäftsstelle regelmäßig im Austausch mit landes- und bundesweiten Zusammenschlüssen wie AGABY (der „Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns“), an deren jährlichen Vollversammlungen der Rat über eigens dafür gewählte Delegierte teilnimmt. Indirekt bestehen über das Delegiertensystem auch Verbindungen zum Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Eine besonders enge Kooperation bzw. ein relativ intensiver Austausch besteht mit den benachbarten Integrations- und Migrationsbeiräten in der Metropolregion Nürnberg, insbesondere mit denen in Fürth und Erlangen. Diese Vernetzung ermöglicht den Transfer innovativer Ansätze und dient dem Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen.

2) Geschäftsbereich Kultur der 2. Bürgermeisterin

1. Zentrales kommunalpolitisches Thema

Eine bedeutende Rolle nimmt das Inter-Kultur-Büro (IKB) des Amts für Kultur und Freizeit (KUF) ein, welches der Stadtverwaltung beratend zur Seite steht.[1] Das IKB ist Teil der Abteilung „Kulturelle Vielfalt und Koordination Integrationsprogramm“ des KUF, in der mit der Einheit „Koordination Integ-

[1] Inter-Kultur-Büro - KUF Kultur

rationsprogramm“ gleichzeitig die (mit BgA gemeinsame) Geschäftsführung der Koordinierungsgruppe Integration und die Organisation der integrationspolitischen Gremien der Stadt Nürnberg verankert ist. Zudem setzte das Stadtarchiv (Av) frühzeitig einen Forschungsschwerpunkt auf das Thema der Migration, um zu signalisieren, dass kulturelle Vielfalt tief in den Wurzeln Nürnbergs verankert und untrennbar mit der Stadtgeschichte verbunden ist. Beispielhaft dafür ist das Oral-History-Forschungsprojekt, das sich mit der Zuwanderung nach Nürnberg seit 1945 intensiv auseinandersetzt.[2] Einen weiteren wesentlichen Baustein der Integrationsarbeit in Nürnberg stellen die Integrationskurse der städtischen Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit gGmbH (NOA) dar, die unter anderem im Kulturladen Loni-Übler-Haus des KUF stattfinden. Die durch das BAMF finanzierten Kurse behandeln wichtige Themen aus dem Alltags- und Berufsleben und bieten im Anschluss einen Orientierungskurs als Vorbereitung für den Einbürgerungstest an.[3]

2. Wertschätzung kultureller Vielfalt

Beispielhaft für dieses Konzept ist der Geschäftsbereich Kultur der Bürgermeisterin, welcher sich durch Förderungen und die Organisation mehrerer internationaler Film- und Literaturfestivals daran beteiligt. Veranstaltungen wie „Cine international – Fremdsprachenkino im Filmhaus“[4], „NIHRFF – Nuremberg International Human Rights Film Festival“, die „Kurdischen Filmtage“ und die „Lateinamerikafilmtage“ durch das KunstKulturQuartier (KuKuQ)[5] oder „Akwaba – Afrikanische Kulturtage“ und „Interkultur.Literatur“ durch das IKB des KUF[6] sind nur ein Teil dieser Kulturförderung. Darüber hinaus ist in diesem Kontext das „Internationale Filmfestival Türkei Deutschland“ zu nennen, das jährlich vom „InterForum“, einer Nürnberger Initiative für den interkulturellen Dialog, in Zusammenarbeit mit KuKuQ veranstaltet wird. Es bietet eine wertvolle Plattform für den interkulturellen Austausch und fördert die Wertschätzung der türkischen und deutschen Filmkultur.[7] Auch die Museen der Stadt Nürnberg beteiligen sich durch spezifisch kuratierte Ausstellungen an der Abbildung und Wertschätzung dieser Vielfalt. Die vor Kurzem präsentierte Ausstellung „Spielzeug der Türkei“ durch das Spielzeugmuseum ist ein weiteres markantes Beispiel hierfür.[8]

3. Integration als wechselseitiger Prozess

Ein Beispiel hierfür ist das Projekt „Menschen machen Stadtgeschichte!“ des Stadtarchivs. Es hat die Bürgerinnen und Bürger Nürnbergs eingeladen, das alltägliche Stadtleben zu dokumentieren, wodurch explizit die Vielfältigkeit Nürnbergs in allen Dimensionen abgebildet wurde.[9] Durch die Vermittlung von kunstpädagogischen Angeboten leistet das Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum der Museen in Nürnberg (KPZ) als assoziierte Dienstelle des Geschäftsbereichs Kultur wichtige Arbeit für die Museen der Stadt Nürnberg (KuM). Dabei legt das KPZ das Augenmerk auch auf wechselseitige Eingliederungsprozesse, indem ein Angebot geschaffen wird, welches kulturelle Vielfalt und die Migrationsgeschichte aufarbeitet. Zudem werden mehr Menschen mit Migrationsgeschichte als Kulturvermittler engagiert, um neue, diverse Zielgruppen zu erschließen. Seitens KUF ist ein weiterer wichtiger Baustein der Integrationsarbeit das „NorA Sprachcafé für Zugewanderte“ in Kooperation mit Noris-Arbeit gGmbH (NOA). Hier haben Teilnehmende ohne Anmeldung die Möglichkeit, zu sprechen, zu lernen und sich auf Prüfungen vorzubereiten.[10] Zudem wird von KUF dem „Internationalen Frauencafé in der Villa Leon“ Raum gegeben, bei dem es sich um ein Begegnungscafé für geflüchtete Frauen handelt, das vom Verein „Imedana e. V.“ veranstaltet wird. Es stellt einen „Schutzraum“ ausschließlich für Frauen dar, in dem diese die Möglichkeit haben, etwas Neues zu lernen, Hilfestellung zu erhalten und rechtliche Informationen zu bekommen. Auch hier wird der

[2] Oral History Forschungsschwerpunkt zur Migrationsgeschichte - Stadtarchiv
[3] KUF Veranstaltungen - KUF Kultur
[4] Cine International im Filmhaus Nürnberg: Kunstkulturquartier
[5] Festivals und Veranstaltungsreihen - KunstKulturQuartier Nürnberg: Kunstkulturquartier
[6] Veranstaltungen und -reihen (Auswahl) - KUF Kultur
[7] Festivals und Veranstaltungsreihen - KunstKulturQuartier Nürnberg: Kunstkulturquartier
[8] Spielzeug in der Türkei – Jahresausstellung im Spielzeugmuseum Nürnberg
[9] "Menschen machen Stadtgeschichte!" - Stadtarchiv
[10] KUF Veranstaltungen - KUF Kultur

Dialog und die Integration gefördert, um den Frauen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.[11]

[11] KUF Veranstaltungen - KUF Kultur

4. Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel

Der Bildungscampus Nürnberg (BCN) weist ein reiches Angebot im Bildungszentrum (BZ)[12] und in der Stadtbibliothek (StB)[13] auf, das grundsätzlich allen Menschen zugänglich ist. Als besonders wichtig gelten die außerschulischen Deutsch- und Integrationskurse, da der Erwerb der deutschen Sprache als die fundamentale Basis für die soziale Teilhabe in der Stadtgesellschaft erachtet wird. Weiterhin bietet KuKuQ regelmäßig Schulkinoveranstaltungen an, wodurch ein niederschwelliges Kulturangebot mit internationalen Filmen für ein gleichermaßen junges wie stark von Zuwanderung geprägtes Publikum an Vor- und Nachmittagen geschaffen wird.[14] Vom KPZ wird ein Deutsch- und Integrationsklassenprogramm offeriert**,** das speziell für Kinder und Jugendliche konzipiert wurde, die Deutsch lernen. Die kostenfreien Kurse sind flexibel an das Sprachniveau der Teilnehmenden angepasst und ermöglichen durch handlungsorientierte Methoden eine eigenständige Auseinandersetzung mit den Exponaten in den städtischen Museen. Dabei werden der alltagsbezogene Wortschatz geübt und wichtige Sprachstrukturen trainiert. Zum Abschluss wird das Gesehene mit Hilfe einfacher bildnerischer Mittel kreativ verarbeitet.[15]

5. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

Um dieses Konzept umzusetzen, waren KUF, KuKuQ, mehrere Vertreterinnen und Vertreter der freien Szenen Nürnbergs und der Verein „Nordkurve e. V." an der Entwicklung des „Brandschutzkonzepts Diskriminierung" maßgeblich beteiligt. Dieses Weiterbildungsformat wird Stadtinterne und Externe hinsichtlich des Verhaltens bei Diskriminierung und Übergriffen im Kontext von Veranstaltungen adäquat schulen. Auf dem Konzept basieren auch die erstmals beim Südstadtfest 2024 angewendeten Awareness-Maßnahmen. Das Spielzeugmuseum zeigte bis März 2025 die Sonderausstellung „Spielzeug und Rassismus – Perspektiven, die unter die Haut gehen". Das Ziel dieser Ausstellung war es, grundsätzlich zu sensibilisieren, was genau an Spielzeug rassistisch sein kann, dies wird durch kontextualisierte und kritisch hinterfragte Exponate hervorgehoben. Exponate, in denen Schwarze Menschen herabgewürdigt werden, stehen Spielzeugen gegenüber, die einen spezifisch antirassistischen Anspruch veranschaulichen. Die Ausstellung darf als wegweisend für die Neukonzeption der Dauerausstellung wie für die Präsentation von Sonderausstellungen betrachtet werden.[16]

6. Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe

Das KuF ist mit seiner Abteilung „Kulturelle Vielfalt und Koordination Integrationsprogramm" Teil des stadtübergreifenden Integrationsprogramms, welches mit Hilfe eines speziell gebildeten Teams die Erledigungen dieser Querschnittsaufgabe angeht.[17] KUF ist darüber hinaus aktiv geworden, indem es in wesentlicher Kooperation mit Av und KuKuQ sowie weiteren Dienststellen 2008 das Projekt „da sein. Nürnbergs Wandel durch Migration" ins Leben rief. Dies stellt einen wichtigen Beitrag aller Kulturdienststellen Nürnbergs zur Integrationspolitik der Stadt dar.[18] Ein weiteres Beispiel ist das KUF-Projekt „KunstProstIR – Kunsttreff für ukrainische Künstler und Künstlerinnen". Es bietet geflüchteten Kunstschaffenden, insbesondere Fachleuten, eine Möglichkeit, sich künstlerisch zu betätigen und ihre spezifischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln.[19]

[12] Deutsch und Integration | Bildungszentrum Nürnberg
[13] Deutschlernende - Stadtbibliothek
[14] Schulkino im Filmhaus Nürnberg: Kunstkulturquartier
[15] Nürnberg: Angebote für Deutsch-, Sprint-, InGym- und Berufsintegrationsklassen
[16] Spielzeug und Rassismus | Spielzeugmuseum Nürnberg
[17] Koordination Integrationsprogramm - KUF Kultur
[18] da sein - Nürnbergs Wandel durch Migration
[19] KUF Veranstaltungen - KUF Kultur

7. Interkulturelle Orientierung des Personalwesens

Die Durchführung erfolgt unter anderem, indem die Stellenausschreibungen der KUF-Kulturläden auch über die Kanäle des IKB weitergeleitet werden, um ein möglichst diverses Bewerberfeld zu erreichen. Zusätzlich wurden sowohl bei Av als auch bei KuM Stellen auf Grundlage des Teilhabechancengesetzes geschaffen. Als eine weitere erfolgreiche Umsetzung dient – im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – die Einstellung einer ukrainischen Staatsangehörigen durch das KPZ, welche museumspädagogische Veranstaltungen für ukrainische Flüchtlinge koordiniert.

8. Förderung und Vernetzung

In diesem Kontext kann an erster Stelle die Förderung durch Zuschüsse des IKB an Vereine und gemeinnützige Organisationen, die interkulturelle Arbeit leisten, genannt werden.[20] Ein weiteres Beispiel zur Umsetzung dieser Leitlinie sind die „Türkisch-Deutschen Literaturtage“. Diese werden gemeinsam von der Stadt Nürnberg (KUF/IKB, BCN/Stadtbibliothek, KUF/Villa Leon) in Kooperation mit dem Verein „Junge Stimme e. V.“ veranstaltet und organisiert. Durch die gezielte Kooperation mit dem gemeinnützigen Verein wird bürgerliches Engagement sichtbar gemacht und durch die Kanäle der Stadt eine höhere Reichweite erzielt.[21]

9. Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit

Die Verwendung von Leichter Sprache in der Online-Präsenz von KuKuQ[22] und KuM[23] sowie vermehrt zeitgemäßer Kommunikationswege durch KuKuQ zeigen die erfolgreiche Umsetzung. Zum Abbau von Barrieren werden häufiger Bilder und Piktogramme anstatt Wörter zur Kommunikation auf der Webseite von KuKuQ verwendet.[24]

10. Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa

Die Stadt Nürnberg ist Mitglied im europäischen Städtenetzwerk „Eurocities“, KUF vertritt hier gemeinsam mit BgA die Stadt Nürnberg in der „Working Group Migration & Integration“ und steht außerdem dort über das Kulturforum im Austausch mit knapp 200 Städten aus 38 europäischen Ländern über kulturpolitische Entwicklungen. Des Weiteren vertritt KUF die Stadt Nürnberg im bundesweiten Qualitätszirkel der kommunalen Integrationsbeauftragten und nimmt an zwei jährlichen Netzwerktreffen teil. Außerdem organisiert KuM in Kooperation mit dem Amt für Internationale Beziehungen (IB) das Grenzenlos-Festival der Partnerstädte im Museum Tucherschloss und Hirsvogelsaal.[25]

3) Geschäftsbereich des 3. Bürgermeisters

Der Geschäftsbereich des 3. Bürgermeisters, dem neben der Stabstelle Außendienst Nürnberg, der Feuerwehr, der Tiergarten, die Eigenbetriebe NürnbergBad, Frankenstadion Nürnberg und dem Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) angehören, tragen auf unterschiedliche Weise zur Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik bei.
Gerade der Servicebetrieb Öffentlicher Raum, der sich um die vielfältigen Bereiche des öffentlichen Raumes kümmert und diese gestaltet, berücksichtigt das Zentrale kommunalpolitische Thema der Leitlinie 1. Den öffentlichen Raum und die öffentlichen Einrichtungen des Geschäftsbereiches sollen

[20] Angebote für Migrant*innenvereine & -initiativen - KUF Kultur
[21] Veranstaltungen und -reihen (Auswahl) - KUF Kultur
[22] Information in Leichter Sprache: Kunstkulturquartier
[23] Informationen in Leichter Sprache
[24] Ausstellungen, Tanztheater, Filmkunst, Offene Werkstätten & mehr - KunstKulturQuartier Nürnberg: Kunstkulturquartier
[25] grenzenlos: Nürnberg trifft Krakau | Museum Tucherschloss und Hirsvogelsaal

alle Nürnbergerinnen und Nürnberger nutzen können und nutzen wollen, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und Weltanschauung

Die Wertschätzung kultureller Vielfalt als Leitlinie 2 spielt auf vielen Ebenen des Geschäftsbereichs eine Rolle. Zum einen im täglichen Arbeitsablauf. Eine Vielzahl der Mitarbeitenden der Dienststellen und Geschäftsbereiche besitzt eine Zuwanderungsgeschichte. Ihre Lebenserfahrungen und ihre Kultur bereichern die Arbeitsabläufe, sorgen für ihre starke Präsenz im öffentlichen Raum nach außen und zeigen den Bürgerinnen und Bürgern gelebte Vielfalt und gelebte Integration.

Bei der Gestaltung von Grünanlagen und Spielplätze im Rahmen von Bürgerbeteiligungsformaten versuchen die Fachkolleginnen und Fachkollegen des SÖR die gesamte Bürgerschaft zu erreichen und in die Gestaltung des öffentlichen Raumes mit einzubeziehen. Es sollen alle Wünsche und Vorschläge der Stadtgesellschaft gehört und geprüft werden.

Wie bereits bei der Leitlinie 2 beschrieben, wird im Geschäftsbereich des 3. Bürgermeisters die Leitlinie 3 Integration als wechselseitiger Prozess allein schon durch die Vielzahl von Mitarbeitenden mit Zuwanderungsgeschichte aktiv gelebt. Die Entwicklung der immer vielfältigeren Stadtgesellschaft bildet sich nach und nach auch in den Dienststellen und Eigenbetrieben ab, wird gezielt gefördert und mit Maßnahmen und Programmen bei der Personalgewinnung und bei der Integration in den Arbeitsprozess unterstützt. Denn verschiedene kulturelle Hintergründe werden als Gewinn für die Stadtverwaltung Nürnberg und die Stadt Nürnberg verstanden.

Dieser Umgang mit den eigenen Mitarbeitenden innerhalb der jeweiligen Dienststellen und Geschäftsbereiche spiegelt sich auch im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der Verwaltung. Entsprechend der 4. Leitlinie Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel sind alle Nürnbergerinnen und Nürnberger aufgerufen, sich bei den Beteiligungsprozessen einzubringen und aktiv zu werden. Es werden viele Stimmen, Ideen und Anregungen gesucht, damit das Stadtbild und die Stadtgestaltung auch allen zu Gute kommt und von allen genutzt werden kann.

Die Leitlinie 5 Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung wird durch die Stadt Nürnberg aktiv umgesetzt. Auch der Geschäftsbereich des 3. Bürgermeisters arbeitet aktiv daran. Dies beginnt bei den Auswahlprozessen für neue Mitarbeitende und zeigt sich auch bei den geltenden Regelungen und Verfahren zum Umgang mit diskriminierenden oder rassistischen Erfahrungen.

Die Leitlinie 6 Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe bleibt ein immanenter Punkt der städtischen Verwaltung auf gesamtstädtischer Ebene, aber auch in den jeweiligen Eigenbetrieben und Dienststellen. Die unterschiedlichen Belange der vielfältigen Stadtgesellschaft finden in größeren und kleineren Stufen der Konzepte, Maßnahmen und Angebote Berücksichtigung finden.

Für die Leitlinie 7 Interkulturelle Orientierung des Personalwesens engagiert sich das städtische Personalamt sehr stark. Aber auch alle anderen städtischen Dienststellen und Einheiten mit den eigenen Personalabteilungen unternehmen, wie bereits beschrieben, erfolgreiche Anstrengungen, nicht nur das Personalwesen, sondern auch die Gesamtstadt vielfältiger und offener zu gestalten.

Die Dienststellen und Eigenbetriebe sind auf ihrer jeweiligen fachlichen Ebene vernetzt und suchen je nach Thema und Projekt Kontakt zu den unterschiedlichsten Gruppen, Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft, um gemeinsam Inhalte und Maßnahmen zu entwickeln und zu gestalten. Die Leitlinie 8 Förderung und Vernetzung ist deshalb im praktischen Arbeitsalltag ein wichtiges Element zur Gestaltung und Entwicklung des öffentlichen Raumes.

Die Eigenbetriebe und die Dienststellen des Geschäftsbereiches nutzen vielfältige Kanäle, um alle Nürnbergerinnen und Nürnberger ansprechen zu können. Dabei wird ja nach Bedarf in verschiedenen Sprachen bzw. in leichter Sprache veröffentlicht (Leitlinie 9 diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit).

In Abhängigkeit von der jeweiligen Thematik ist ein Austausch auf weiteren Ebenen sinnvoll und wird genutzt. Die Zusammenarbeit im Land, Bund und in Europa im Sinne der 10. Leitlinie ist so ein möglicher Bestandteil, der dann zum Einsatz kommt.

4) Referat für Finanzen, Personal und IT (Ref. I/II)

Die verschiedenen Organisationseinheiten des Referats für Finanzen, Personal und IT tragen auf vielfältige Weise (mittelbar und unmittelbar) zur Umsetzung der integrationspolitischen Leitlinien bei.

Das **Amt für Informationstechnologie (IT)** stellt als zentraler IT-Dienstleister sicher, dass alle Referate, Dienststellen und Eigenbetriebe mit moderner und leistungsfähiger Technologie ausgestattet sind. Durch die technische Umsetzung der digitalen Transformation trägt das Amt entscheidend dazu bei, dass Verwaltungsleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglicher, verständlicher und einfacher nutzbar werden. Insbesondere die bedarfsorientierte Entwicklung digitaler Servicestrategien ermöglicht es, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnisse einer vielfältigen Stadtgesellschaft zu berücksichtigen.

Digitale Verwaltungsangebote, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen, erleichtern vielen Menschen den Zugang zu Informationen und Leistungen der Stadt. Gerade auch denen, die aufgrund von Sprache, Mobilität oder Arbeitszeiten bisher auf Barrieren gestoßen sind. So wird digitale Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Die Ausstattung der städtischen Mitarbeitenden mit modernen Arbeitsmitteln sowie der Betrieb einer stabilen IT-Infrastruktur sind außerdem grundlegende Voraussetzungen für eine inklusive und effektive Verwaltungsarbeit. Sie ermöglichen mobiles Arbeiten, flexiblere Kommunikation und eine serviceorientierte Arbeitsweise – auch im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher kultureller Hintergründe.

Darüber hinaus schafft die IT-Abteilung durch ihre Beratungskompetenz und den regelmäßigen Austausch mit den Fachbereichen eine Kultur der kontinuierlichen Verbesserung. Dies schafft Raum dafür, dass auch integrationsrelevante Bedarfe frühzeitig erkannt und bei der Weiterentwicklung digitaler Angebote berücksichtigt werden können. Auf diese Weise unterstützt das Amt für Informationstechnologie nicht nur den Zugang zu städtischen Dienstleistungen, sondern fördert auch intern eine diverse, moderne und zukunftsorientierte Verwaltung.

Die **Zentralen Dienste** der Stadt Nürnberg leisten ebenfalls einen bedeutenden Beitrag zur Förderung von Integration und gleichberechtigter Teilhabe im städtischen Kontext. Als zentrale Organisationseinheit für das Gebäudemanagement sorgen sie dafür, dass Verwaltungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen funktional, sicher und zugänglich sind. Auch die Organisation des innerstädtischen Post-, Transport- und Ermittlungsdienstes unterstützt eine zuverlässige Erreichbarkeit und Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung. Dies schafft effiziente Abläufe, die auch integrationspolitische Maßnahmen logistisch möglich machen.

Das Beschaffungsmanagement der Zentralen Dienste wirkt integrationsfördernd, indem es als zentrale Anlaufstelle für Liefer- und Dienstleistungen sicherstellt, dass Produkte und Services unter Einhaltung des Vergaberechts fair, diskriminierungsfrei und transparent eingekauft werden. Gleichzeitig sorgen die Zentralen Dienste mit ihrem Know-how im Bereich der Ausschreibungen und Rahmenvereinbarungen dafür, dass alle innerstädtischen Organisationseinheiten bei der Durchführung ihrer Aufgaben effizient und bedarfsgerecht unterstützt werden. Damit schaffen sie organisatorische und strukturelle Grundlagen für eine Stadtverwaltung, die Vielfalt als Stärke begreift und Integration im Alltag praktisch ermöglicht.

Der Bereich **Kassen- und Steuerwesen** der Stadt Nürnberg trägt auf zentraler Ebene zur Funktionsfähigkeit der Verwaltung und zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei und leistet damit auch einen wichtigen mittelbaren Beitrag zur Förderung von Integration und gleichberechtigter Teilhabe. Zugleich übernimmt das Kassenwesen die Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen. Diese

erfolgt auf Grundlage gesetzlicher Regelungen und unterliegt einem transparenten und rechtsstaatlich abgesicherten Verfahren. In der Umsetzung ist dabei besonders wichtig, dass bürgernahe Kommunikation, nachvollziehbare Prozesse greifen, um niemanden aufgrund sprachlicher oder sozialer Barrieren strukturell zu benachteiligen. Hier trägt der Bereich dazu bei, dass auch vulnerable Gruppen fair behandelt werden.

Das Steuerwesen stellt sicher, dass die kommunalen Steuern korrekt erhoben und verwaltet werden. Es informiert über die steuerlichen Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger und ermöglicht damit eine gleichberechtigte Teilhabe an der Finanzierung der Gemeinschaft. Die Einnahmen aus Grund-, Gewerbe-, Hunde- oder Zweitwohnungssteuer fließen in öffentliche Leistungen, von denen wiederum alle profitieren.

Die **Stadtkämmerei** der Stadt Nürnberg spielt eine zentrale Rolle für die finanzielle Steuerung und Handlungsfähigkeit der gesamten Stadtverwaltung und bildet gemeinsam mit dem Kassen- und Steueramt die kommunale Finanzverwaltung. Ihr Beitrag zur integrationspolitischen Arbeit besteht in erster Linie darin, stabile finanzielle Rahmenbedingungen für eine gerechte, vielfältige und zukunftsorientierte Stadtgesellschaft zu schaffen.

Mit der Aufstellung des städtischen Haushaltsplans setzt die Kämmerei den politischen Willen des Stadtrats in konkrete finanzielle Planungen um. Sie legt damit die Grundlagen für sämtliche städtischen Aktivitäten. Alle integrationsfördernden Projekte und Maßnahmen benötigen eine solide finanzielle Basis.

Die Kämmerei ist darüber hinaus für die Verwaltung von Darlehen und Schulden sowie für das Zuwendungswesen zuständig. Gerade im Bereich der Zuwendungen besteht eine wichtige Schnittstelle zur Integrationspolitik.

Die Stadtkämmerei stellt sicher, dass die Verwaltung nicht nur gesetzeskonform, sondern auch strategisch und nachhaltig wirtschaftet – und schafft damit die finanzielle Grundlage dafür, dass Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in Nürnberg wirksam gelebt werden kann.

Die interkulturelle Öffnung des **Personalmanagements** der Stadt Nürnberg leistet einen zentralen Beitrag zur Umsetzung der integrationspolitischen Leitlinien und spiegelt sich in zahlreichen Maßnahmen und Strategien wider. Im Folgenden wird exemplarisch aufgezeigt, wie sich die zehn Leitlinien in der praktischen Arbeit des Personalbereichs wiederfinden.

Leitlinie 1: Zentrales kommunalpolitisches Thema
Das Motto der Nürnberger Integrationspolitik wird im Personalmanagement konkret gelebt: durch ein wertebasiertes Kompetenzmodell, eine diskriminierungsfreie Personalpolitik und kontinuierliche Qualifizierung. Das gemeinsame Ziel ist eine vielfältige, chancengerechte und zukunftsfähige Verwaltung, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger wiederfinden.

Leitlinie 2: Wertschätzung kultureller Vielfalt
Die Stadt Nürnberg setzt sichtbare Zeichen für eine Kultur der Wertschätzung und Inklusion. So wird in Stellenanzeigen und auf der Karriereseite eine diversitätssensible Bildsprache verwendet. Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund engagieren sich als Markenbotschafterinnen und Markenbotschafter. Ihre Geschichten und Karrierewege machen Vielfalt sichtbar und schaffen Identifikation. Auch das Netzwerk der Mitarbeitenden mit Zuwanderungsgeschichte trägt zur Stärkung einer inklusiven Unternehmenskultur bei.

Leitlinie 3: Integration als wechselseitiger Prozess
Die strategische Personalplanung der Stadt Nürnberg erkennt Integration als beidseitigen Prozess zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft an. Durch die differenzierte Analyse der demografischen Entwicklung – insbesondere des steigenden Anteils von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – wird Integration als aktive und zukunftsorientierte Gestaltungsaufgabe verstanden. Das Personal-

management reagiert mit gezielten Maßnahmen zur Ansprache, Gewinnung und Förderung vielfältiger Bewerbergruppen, wodurch Integration als gegenseitiger Lern- und Veränderungsprozess konkretisiert wird.

Leitlinie 4: Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel
Mit einer freiwilligen Erhebung des Migrationshintergrunds bei Neueinstellungen wird versucht, die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sichtbar zu machen – trotz datenschutzrechtlicher Grenzen. Der steigende Anteil dieser Gruppe an Neueinstellungen zeigt: Die gezielten Maßnahmen zur Förderung chancengleicher Zugänge wirken. Dies gilt auch für Nachwuchskräfte, bei denen 2023 ein Anteil von 36,7 % mit Migrationshintergrund erreicht wurde.

Leitlinie 5: Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung
Die Stadt Nürnberg arbeitet aktiv an der Bekämpfung von Diskriminierung. Auswahlverfahren erfolgen konsequent auf Basis objektiver Kriterien, unterstützt durch strukturierte Interviews und standardisierte Anforderungsprofile. Die Sensibilisierung gegenüber „Unconscious Bias“ ist Bestandteil interner Qualifizierungsangebote. Darüber hinaus stehen Anlaufstellen bei Diskriminierungserfahrungen zur Verfügung. Es besteht ein klares Bekenntnis zu einem diskriminierungsfreien Arbeitsumfeld.

Leitlinie 6: Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe
Die interkulturelle Orientierung ist im gesamten Personalzyklus verankert und das von der Personalplanung über das Recruiting bis hin zur Personalentwicklung. Das Führungsleitbild betont Vielfalt und Inklusion als zentrale Handlungsprinzipien. Auch in der Führungskräfteentwicklung, den Fortbildungsangeboten der Städteakademie sowie im strukturierten Onboarding finden sich diese Leitgedanken wieder.

Leitlinie 7: Interkulturelle Orientierung des Personalwesens
Die Maßnahmen der Stadt Nürnberg zur interkulturellen Orientierung des Personalwesens sind umfassend: interkulturelle Ansprache in der Werbung, Beteiligung von Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund, Anpassung der Personalauswahlverfahren und gezielte Schulungen. Der kontinuierliche Anstieg des Anteils an Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund ist ein Beleg für die Wirksamkeit dieser Strategie. Zudem sind Diversity-Module Teil der Ausbildung sowie der Fortbildung und fördern eine Verwaltung, die Vielfalt aktiv lebt.

Leitlinie 8: Förderung und Vernetzung
Das Netzwerk der Mitarbeitenden mit Zuwanderungsgeschichte ist ein zentraler Bestandteil der internen Integrationsarbeit. Es ermöglicht Austausch, gegenseitige Unterstützung und wirkt als Impulsgeber für Weiterentwicklungen. Darüber hinaus pflegt die Stadt Nürnberg Kooperationen mit lokalen Hochschulen und Schulen, um auch externe Netzwerke einzubeziehen – etwa bei der Gewinnung neuer Mitarbeitenden.

Leitlinie 9: Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit
Die Stadt Nürnberg nutzt vielfältige Kanäle, um Zielgruppen mit Zuwanderungsgeschichte anzusprechen – darunter soziale Medien, mehrsprachige Medienangebote (z. B. Anzeigen in der türkischen Presse) und divers gestaltete Werbematerialien. Die Arbeitgeberin-Broschüre sowie die Karriereseite spiegeln die Vielfalt der Stadtgesellschaft wider. Eine stärkere Präsenz in digitalen Communities ist als Zukunftsperspektive bereits angedacht.

Leitlinie 10: Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa
Das Personalmanagement unterstützt durch seine Aktivitäten die überregionale Positionierung Nürnbergs als Vorreiterin interkultureller Öffnung. Die Ergebnisse des Personalmanagements sind nicht nur lokal bedeutsam, sondern tragen auch zum kommunalen Austausch und zur Weiterentwicklung guter Praxis bei – etwa über Netzwerke des Bayerischen und Deutschen Städtetags.

5) Referat für Umwelt und Gesundheit (Ref. III)

Der Geschäftsbereich umfasst drei Fachdienststellen (Friedhofsverwaltung (Frh), Gesundheitsamt (Gh), Umweltamt (UwA)) und zwei Eigenbetriebe (Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Nürnberg (ASN), Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUN)). Die Darstellung erfolgt auf Grundlage der Angaben zum Jahresbericht 2022 des Geschäftsbereichs in der Koordinierungsgruppe Integration.

Die Umsetzung der Leitlinien wirkt sowohl nach innen in die Dienststellen und Eigenbetriebe hinein als auch nach außen in die Stadtgesellschaft. Bisweilen bedingen sich Personal und Aufgabenerfüllung einander, wenn, wie bspw. bei der Medizinischen Fachstelle mit Fachstelle Trauma, Personal mit Migrationshintergrund und Mehrsprachigkeit essenziell zur Aufgabenerfüllung ist. (Leitlinie 7)

Aus der Abfrage zum Jahresbericht 2022 wurde deutlich, dass die Zuwanderung von Personen aus dem Ausland nach Nürnberg für den Betrieb der Dienststelle unterschiedlich relevant ist. Insbesondere in technisch und analytisch ausgerichteten Aufgabenbereichen wird die Relevanz bisher eher gering eingeschätzt. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gehen die meisten Dienststellen und Eigenbetriebe jedoch von einer langfristig steigenden Relevanz von Zuwanderung auf den Betrieb aus.

Ein über die Dienststellen und Eigenbetriebe hinweg beschriebenes Instrument zur Integration ist der Spracherwerb bzw. die Förderung der Sprachfähigkeit. So weist SUN regelmäßig auf das „Mento“-Programm hin. Zudem gibt es ein Vokabeltraining durch Vorgesetzte. (Leitlinien 3, 4, 7)

Auch im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern ist Sprache ein zentrales Element der Integration. Gh beobachtet, dass insbesondere fehlende Sprachkenntnisse die Kooperation erschweren können. So kann eine gute und sprachlich verständliche Beratung zu Fördermöglichkeiten bei Entwicklungsauffälligkeiten zum Gelingen der Integration beitragen (besserer Schulstart und Schulerfolg). (Leitlinie 4)

UwA, Gh und ASN setzen in der Öffentlichkeitsarbeit einfache und leicht verständliche Sprache ein. Überdies werden bei Gh Informationsmaterialien in unterschiedlichen Sprachen angeboten. ASN nutzt überdies Bildsprache und Instagram. (Leitlinie 9)
In verschiedenen Beratungsbereichen werden bei Gh zur Überwindung von Sprachbarrieren Dolmetscherinnen und Dolmetscher eingesetzt. (Leitlinien 3, 4, 7)

Im Team der ehrenamtlichen Abfallberatung engagieren sich viele Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer, so dass eine Beratung in diversen Muttersprachen möglich ist. Bei der Akquise von weiteren ehrenamtlichen Abfallberaterinnen und Abfallberatern wird Mehrsprachlichkeit explizit gesucht. Darüber hinaus finden Piktogramme und weitere Bilder Anwendung bei der Abfallberatung vor Ort. (Leitlinien 2, 3, 7, 9)

Exemplarisch sollen folgend Herausforderungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien der Integrationspolitik in zwei Dienststellen vorgestellt werden.

<u>Frh</u>
Die Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen ist eine zukunftsweisende Herausforderung für Frh. Die Zuwanderung der Vorjahre insbesondere aus islamisch geprägten Gesellschaften lässt mittelfristig einen steigenden Bedarf an muslimischen Grabfeldern erwarten. Bisher gibt es für den entstehenden Flächenbedarf allerdings noch keine hinreichenden Lösungsansätze.

Sprache ist elementar für eine angemessene Betreuung der Hinterbliebenen in der Bestattungsberatung. Die Betreuung von Trauerfeiern und Beisetzungen ist ein besonders sensibles Aufgabenfeld. Eine nachträgliche Korrektur ist naturgemäß nicht machbar.

Vor diesem Hintergrund ist Frh bei Neueinstellungen darauf angewiesen, dass der Integrationsprozess von Menschen mit Zuwanderungshintergrund bereits im Vorfeld der Einstellung in hohem Maße die Vermittlung sprachlicher Kompetenz vermittelt. (Leitlinien 3, 7)

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderung, die eine sarglose Bestattung zulässt, können auf den Nürnberger Friedhöfen Angehörige muslimischen Glaubens im Tuch beigesetzt werden. Die verstorbene Person wird in einer Moschee gewaschen. Nach einem kurzen Gebet erfolgt die Überführung in einem (Transport-)Sarg zum Grab. Anschließend erfolgt die nach Mekka ausgerichtete Beisetzung lediglich in einem Tuch. Die Beisetzung erfolgt, ohne dass Beschäftigte des Friedhofs in das Grab steigen müssen und sämtliche Anforderungen an den Arbeitsschutz erfüllt werden.
Frh hat diese Art der Beisetzung in engem Kontakt mit muslimischen Gemeinden entwickelt.

Derzeit sollen Merkblätter durch die muslimischen Gemeinden unter anderem ins Türkische und Arabische übersetzt werden, um besser über das Angebot informieren zu können. Auch wird derzeit gemeinsam die Entwicklung/ Aufwertung der muslimischen Grababteilungen diskutiert. (Leitlinie 2)

Gh
Aufgrund des zunehmenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg und der Tatsache, dass bei ihnen häufiger prekäre Lebenslagen vorliegen und Gh diesen Personenkreis als Klientel hat, wird in allen Beratungs- und Untersuchungsleistungen von Gh ein hoher, zunehmender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und oft geringen Deutschkenntnissen vorstellig.
Neben den mangelnden Sprachkenntnissen beobachtet Gh auch defizitäre, aber notwendige, Kenntnisse über das Gesundheitssystem. So ist eine Differenzierung der ambulanten und stationären Versorgung Voraussetzung für eine ressourcenadaptierte Versorgung.

Die Medizinische Fachstelle für Flüchtlinge mit Fachstelle Trauma wurde explizit für die medizinische, psychiatrische und psychologische Betreuung von Geflüchteten eingerichtet. Die gesamte Klientel besteht aus Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund.

Die Arbeit der Fachstelle schafft die Grundlage für eine weitere Integrationsarbeit. (Leitlinien 3, 4, 5, 8):

- Stabilisierungsgruppen für stark traumatisierte Flüchtlinge
- ehrenamtliche Sprachkurse
- Vernetzung mit Einrichtungen und Kulturvereinen
- besonders geschulte Sprachmittlerinnen und Sprachmittler: nicht nur sprachlich, sondern auch kulturell und hinsichtlich Krankheitsbilder, sehr sensibel bei der Übersetzungstätigkeit
- nicht nur reine Anbindung an das Hausarztsystem; Vermittlung in das Gesundheitsregelsystem; in Arztpraxen liegen oft hohe Sprachbarrieren vor, deren Überbrückung nicht regelhaft GKV-finanziert ist. Überdies wenig Kapazitäten zur Auseinandersetzung mit anderen Konzepten von Gesundheit, Krankheit und Kuration.

Das mittlerweile beendete Projekt „Zusammen gesünder sein: Küchen-, Lebensmittel- und Trinkwasserhygiene („Hygieneprojekt“)“ verstand sich mit seiner Aufklärungsarbeit in Einrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften als Brückenbauer in die Zielgesellschaft.
Ziele des Projekts waren die langfristige Vermeidung von Gesundheitsgefahren aufgrund mangelhafter Haushaltshygiene und zur Befähigung zur individuellen Verbesserung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität.
In Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern, deren Muttersprache überwiegende nicht Deutsch war, wurden niedrigschwellige Informationen in der jeweiligen Muttersprache unter anderem zu Prävention, Hygiene, Gesundheitswesen und korrekte Abfallversorgung vermittelt.
Das Projekt wirkte nicht nur auf die angesprochene Zielgruppe, sondern wirkte sich auch auf die Sprachmittlerinnen und Sprachmittler aus. Sie stärkten ihre eigene Gesundheitskompetenz und ei-

genes Selbstwertgefühl. Zudem brachten sie den Wunsch nach weiterer Qualifizierung in dem Bereich zum Ausdruck, um noch mehr gesundheitsbezogenen Themen vermitteln zu können. Überdies hat sich unter den Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern ein Solidaritätsgefühl entwickelt.
(Leitlinien 2, 3, 4, 5, 8)

6) Referat für Schule und Sport (Ref. IV)

Das Referat für Schule und Sport der Stadt Nürnberg engagiert sich auf vielfältige Weise für die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie für die chancengerechte Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Diese Aktivitäten orientieren sich eng an den Leitlinien der städtischen Integrationspolitik, insbesondere am Selbstverständnis Nürnbergs als weltoffene, demokratische und vielfältige Stadt (Leitlinie 1 – Zentrales kommunalpolitisches Thema). Das friedliche Zusammenleben aller Menschen, gleich welcher Herkunft, Religion oder Weltanschauung, bildet dabei das Fundament der pädagogischen und strukturellen Arbeit.

Der Vielfalt der Nürnberger Stadtgesellschaft begegnet das Referat mit unterschiedlichen gezielt koordinierten Programmen und Aktivitäten mit dem Ziel, die Bildungsgerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe zu fördern (Leitlinie 4 – Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel). Beispielhaft zu nennen ist das „Nürnberger Elternbüro - Schulerfolg und Teilhabe“ (NEST), das seit 2009 besteht; seit 2013 ist NEST ein regulärer Arbeitsbereich am IPSN. NEST spricht speziell Familien mit Migrationshintergrund und ihre schulpflichtigen Kinder in Nürnberg an. Das Konzept basiert auf einem Peer-to-Peer-Ansatz, bei dem qualifizierte ehrenamtliche Elternlotsinnen und -lotsen mit eigener Migrationserfahrung Eltern und Erziehungsberechtigte unterstützen, die Fragen im Zusammenhang mit schulischen Themen haben. Diese Unterstützung umfasst u. a. Informationen zum bayerischen Schulsystem, Hilfe bei Eltern-Lehrkräfte- und Lernentwicklungsgesprächen sowie bei Elternabenden. Des Weiteren begleiten sie Familien bei Schulanmeldungen und zu Terminen beim Staatlichen Schulamt in der Stadt Nürnberg. Darüber hinaus organisieren sie Elterncafés und NEST-Sprechstunden an Partnerschulen. Zu den Partnerschulen zählen überwiegend Grundschulen und Mittelschulen, aber auch Förderzentren, Realschulen, Gymnasien und eine Berufsschule. Die Beratung und Begleitung der ca. 50 Elternlotsinnen und -lotsen kann in Deutsch oder in den Familiensprachen erfolgen. Dabei umfasst das Repertoire über 30 Herkunftssprachen. Das Programm NEST trägt dazu bei, Bildungschancen in der Stadt Nürnberg zu stärken und Bildungsungerechtigkeit abzubauen (Leitlinie 4 – Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel), und fördert somit den sozialen Frieden in der Stadtgesellschaft (Leitlinie 1 – zentrales kommunalpolitisches Thema, Leitlinie 2 – Wertschätzung kultureller Vielfalt, Leitlinie 3 – Integration als wechselseitiger Prozess). In einer Zeit des Fachkräftemangels eröffnet Migration neue Chancen; durch gezielte Bildungsförderung mit Unterstützung von NEST können Integration und eine erfolgreiche Schullaufbahn der Zuwandernden verbessert werden. Dies trägt nicht nur zur Fachkräftegewinnung bei, sondern stärkt auch die gesellschaftliche Vielfalt und den Zusammenhalt in Nürnberg.

Ein weiteres Beispiel ist die schulnahe BuT (Bildung und Teilhabe) - Lernförderung am IPSN, die eine qualifizierte Förderung für Schülerinnen und Schüler an Nürnberger Partnerschulen anbietet. Das Ziel ist es, gemeinsam mit den Lehrkräften die Kinder und Jugendlichen bei schulischen Herausforderungen und Schwierigkeiten zu unterstützen, ihre Bildungschancen zu verbessern und damit langfristige Perspektiven für eine erfolgreiche Schullaufbahn zu schaffen (Leitlinie 4 – Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel). Die Förderung richtet sich ausschließlich an leistungsberechtigte Familien und ist auf die Bedürfnisse der jeweiligen Schülerinnen und Schüler abgestimmt. Dabei ist das IPSN im Rahmen des „Runden Tisches BuT und Lernförderung“ gemeinsam mit den verschiedenen Dienststellen (u. a. Schulämter, Sozialamt, Dienststellen der Ministerialbeauftragten und der Regierung von Mittelfranken) im regelmäßigen Austausch, um kontinuierlich die Qualität der Lernförderung zu verbessern.

Darüber hinaus werden verschiedene Fortbildungsangebote des IPSN von Lehrkräften genutzt, um interkulturelle Kompetenzen zu stärken und einen respektvollen, dialogorientierten Umgang im Schulalltag zu fördern (Leitlinie 2 – Wertschätzung kultureller Vielfalt, Leitlinie 3 – Integration als wechselseitiger Prozess, Leitlinie 4 – gleichberechtigte Teilhabe als Ziel, Leitlinie 5 – Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung). Neben diesen spezifischen Fortbildungen ist auch exemplarisch der Qualifizierungskurs „Schule der Vielfalt“ zu nennen. Im Januar 2025 haben die ersten 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus kommunalen Nürnberger Schulen im Rahmen dieses Kurses jeweils fünf Basismodule und drei Wahlmodule innerhalb von zwei Jahren absolviert. Die Inhalte reichten von Demokratietrainings, interkulturellen und Anti-Bias-Trainings bis hin zu Gendervielfalt, Prozessbegleitung und Inklusion. Ergänzt wurden diese durch thematische Schwerpunkte wie Teamarbeit, Radikalisierungsprävention und Antisemitismus. Neben der theoretischen Qualifizierung wurden und werden praxisnahe Projekte und Maßnahmen direkt an den Schulen umgesetzt, um die Themen dauerhaft in den Schulalltag zu integrieren. Die Auszeichnung „Schule der Vielfalt“, die engagierten Schulen im Rahmen des Programms verliehen wird, ist an die kontinuierliche Fortbildung der schulischen Teams sowie deren aktive Begleitung einer diskriminierungskritischen Schulentwicklung geknüpft. Das Bestehen und die Weiterentwicklung dieser Teams sind zentraler Bestandteil der Auszeichnung und fester Bestandteil der Vereinbarung, die teilnehmende (kommunale) Schulen mit dem Programm eingehen. Der Kurs soll aufgrund der Erfolge und der weiteren Nachfrage fortgesetzt werden.

In Bezug auf die vergangenen Fluchtzuwanderungen wurde der Schulbereich vor zusätzliche Herausforderungen gestellt, etwa durch einen steigenden Sprachförderbedarf, psychosoziale Belastungen bei neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen oder durch räumliche Engpässe an Schulen. Das Referat begegnete diesen Entwicklungen mit hoher Flexibilität und durch gezielte Maßnahmen wie Brückenklassen oder zusätzliche Förderangebote. Durch diese Anstrengungen wird deutlich, dass die Integration der Schülerinnen und Schüler mit Fluchterfahrung von hoher Bedeutung ist (Leitlinie 1 – zentrales kommunalpolitisches Thema). Die Wertschätzung kultureller Vielfalt (Leitlinie 2) und die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung (Leitlinie 5) lassen sich auch in den zahlreichen Aktivitäten an den Nürnberger Schulen ablesen. Nur beispielhaft zu erwähnen sind dabei die regelmäßige Teilnahme der Schulen an den Nürnberger Wochen gegen Rassismus, am Jenö-Konrad-Cup oder an Projekten im Rahmen des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder an Präventionsprojekten wie RESPEKT oder WELCOME, aber auch einzelne Maßnahmen wie ein neu geschaffener Raum der Stille zum Beten für alle Glaubensrichtungen, gemeinsames Fastenbrechen, Zeitzeugengespräche, Aktivitäten rund um das Thema Menschenrechte (z. B. Menschenrechtskalender, kreative Erstellung eines Liedes, Theaterstücke oder Visualisierungen wie Verkehrsschilder der Gerechtigkeit, Besuche von Kirchen, Moschen und Synagogen im Sinne des interreligiösen Dialogs usw.). Nicht zu unterschätzen sind die umfassenden Aktivitäten der Schulen im Rahmen von Erasmus+, durch welche persönlichen Begegnungen, der digitale Austausch und gemeinsame Projekte von Schulen aus ganz Europa gefördert werden. Dadurch haben Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Europa neu zu erleben und kennenzulernen (Leitlinie 10 – Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa). Alle diese Schulaktionen dienen nicht nur der Sensibilisierung, sondern fördern auch nachhaltige, strukturelle Veränderungen im Schulalltag.

Daneben legt die Stadt Nürnberg mit ihrem Übergangsmanagement einen großen Wert auf den Berufsorientierungsprozess der Jugendlichen. Beim SCHLAU Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf fußen die bemerkenswerten Erfolge der letzten Jahre wesentlich auf einem gewachsenen, wertschätzenden Vertrauensverhältnis zwischen Teilnehmerinnen sowie Teilnehmern und Beratungsfachkraft. Zentrales Instrument ist dabei der persönliche Kontakt und das gemeinsame Arbeiten an der beruflichen Orientierung und die Gestaltung von erfolgreichen Bewerbungsverfahren für einen qualifizierenden Anschluss nach dem Schulbesuch. Neben Angeboten für die Vorabschluss- und Abschlussklassen der Mittelschulen sowie für Berufsschulen steht "SCHLAU für Geflüchtete & Neuzugewanderte (Ausbildungsakquisition für Flüchtlinge)" anerkannten Flüchtlingen, Geflüchteten und Geduldeten mit guter Bleibeperspektive sowie bei Bedarf Menschen mit Migrationshintergrund und Integrationshindernissen, insbesondere im jungen Alter, kostenfrei offen. Das

Team von SCHLAU bietet wertschätzende Beratung und verlässliche Unterstützung, die auf die besondere Situation eines geflüchteten Menschen eingehen. Die Intensität des Angebots orientiert sich am Bedarf des bzw. der Ratsuchenden. Beratungstermine können sowohl persönlich als auch online stattfinden. Im Zentrum steht die erfolgsorientierte Begleitung auf dem Weg in eine berufliche Ausbildung und Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Anschlussergebnisse im Schuljahr 2023/24 (38 % betriebliche Ausbildung, 24 % vollqualifizierende Berufsfachschule und Fachakademie für Sozialpädagogik, 14 % weiterführende Schule, restliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Einstiegsqualifizierung, Deutschsprachkurs, geförderte Maßnahmen der Agentur für Arbeit, Umzug oder Sonstiges) zeigen die Erfolge des Teams SCHLAU sowie der geflüchteten und neu zugewanderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Leitlinie 4 – gleichberechtigte Teilhabe als Ziel).

Für Integration und Teilhabe in Gesellschaft und Beruf sind Sprache und Kommunikation der Schlüssel. Um zugewanderten Jugendlichen einen möglichst passgenauen Anschluss zu ermöglichen, ist das Berufsintegrationsangebot stark diversifiziert. Über Eingangstestungen zu den Sprachkompetenzen ist es in Nürnberg möglich, Jugendlichen passgenaue Angebote auf ihrem aktuellen Sprachniveau zu machen. Durch die zentrale Ansiedlung der Berufsintegrationsvorklassen am Direktorat 5 ist auch eine unterjährige Durchlässigkeit gegeben, so dass Jugendliche, die ihre sprachlichen Fähigkeiten schneller entwickeln, auch unterjährig in andere Angebote wechseln können. Durch das in Nürnberg sehr gut ausgebaute System der Berufsfachschulen haben Zugewanderte auch im Anschluss an die Berufsintegrationsklassen, die Möglichkeit, ohne den Druck des betrieblichen Kontextes einen Beruf in vollschulischer Betreuung zu erlernen. Zusätzlich unterstützt werden diese Bemühungen durch die konsequente Einrichtung von berufssprachlichem Förderunterricht an den beruflichen Schulen, der in den letzten zwei Jahren von 163 auf 335 Lehrerwochenstunden im aktuellen Schuljahr ausgebaut wurde. Damit werden die Jugendlichen auch nach Beendigung der Berufsintegration weiter gefördert, um ein engmaschiges Unterstützungssystem bereitzustellen, damit jede Schülerin und jeder Schüler an den Nürnberger beruflichen Schulen die bestmögliche Chance auf einen erfolgreichen Abschluss und Eintritt ins Berufsleben erhält.

Institutionenübergreifende Projekte zur Förderung der Integration: Für duale Ausbildungsberufe, die in großer Zahl abgeschlossen werden, können spezielle Fachklassen eingerichtet werden, in welchen ein besonderer Fokus auf intensive berufssprachliche Förderung gelegt wird. Ein Beispiel dafür ist das „Kombi-Modell 2+1“ im Ausbildungsberufe Verkäufer/-in: Es wird aktuell an der Berufsschule 6 in Nürnberg in Kooperation mit der IHK Nürnberg für Mittelfranken angeboten. Die Eckpunkte umfassen eine Verlängerung der Ausbildungszeit von zwei auf drei Jahre, die Einrichtung einer Berufsschulklasse für das Modell sowie zwei Tage Berufsschule im ersten und zweiten Ausbildungsjahr. Die Ausbildungsinhalte werden zugunsten intensiver Sprachförderung auf drei, statt der übliche zwei Jahre aufgeteilt. Voraussetzung ist eine ausreichende Zahl von Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben, die ins „Kombi-Modell 2+1“ einsteigen möchten.

Ein weiterer zentraler Bereich ist die interkulturelle Orientierung des Personalwesens an städtischen Schulen (Leitlinie 7). Das Bayerische Netzwerk Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte (LeMi Bayern) wurde 2010 vom IPSN und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ins Leben gerufen. Etwa hundert Lehrkräfte gründeten das Netzwerk, das seitdem als lebendige Plattform für den Austausch von Erfahrungen und für die Beratung in interkulturellen pädagogischen Fragen dient. Aus dem Netzwerk hat sich inzwischen ein fester Arbeitskreis entwickelt, der in der Grundsatzabteilung des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) verankert ist. LeMi Bayern setzt sich aktiv für die interkulturelle Schulentwicklung und die Integration im Bildungsbereich ein und fördert die interkulturelle Kompetenz in der Bildung. Eines der Projekte ist der sogenannte „Schülercampus“, der speziell darauf abzielt, junge Menschen mit Migrationsgeschichte zu ermutigen, den Lehrerberuf zu ergreifen. Dadurch sollen letztlich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in den Lehrberuf gebracht werden, um die Vielfalt im Bildungssystem zu stärken (Leitlinie 7 – Interkulturelle Orientierung des Personalwesens). Darüber hinaus findet in der Verwaltung des Referats für Schule & Sport eine grundsätzliche Beachtung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilität bei der Neueinstellung und Weiterentwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt.

Im Bereich des Sports ergeben sich im Sinne der Integration große Chancen. Sport ist eine gute und bewährte Möglichkeit, sich in einem neuen Umfeld einzuleben und zu integrieren. Die Regeln des Sports kennen keine Kultur- und Ländergrenzen und werden meist auch ohne gemeinsame Sprache verstanden. Durch den Sport können Begegnungen geschaffen, soziale und kulturelle Grenzen überwunden und der Dialog zwischen einheimischer Bevölkerung, Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten gestärkt werden.

Als herausragendes Beispiel lässt sich das Nürnberger Programm für Geflüchtete „Sport integrativ" nennen (Leitlinie 2 – Wertschätzung kultureller Vielfalt, Leitlinie 3 – Integration als wechselseitiger Prozess, Leitlinie 4 – gleichberechtigte Teilhabe als Ziel, Leitlinie 5 – Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, Leitlinie 8 – Förderung und Vernetzung). "Sport integrativ" stellt durch die Möglichkeiten des Sports Weichen zur mittel- und langfristigen Integration der Neuankömmlinge in die Gesellschaft. Die zentrale Koordinationsstelle dieses Programms liegt beim SportService der Stadt Nürnberg. Hier werden Nürnberger Vereine in der Flüchtlingsarbeit unterstützt und Sportangebote entwickelt, gefördert und koordiniert.

Bei Fragen rund um Sportangebote für Flüchtlinge können sich Verantwortliche in Vereinen ebenso an die Koordinationsstelle wenden wie alle, die Sport im Verein machen und/oder an den bestehenden Sportangeboten teilnehmen wollen oder ein passendes Sportangebot für Neuankömmlinge suchen. „Sport integrativ" umfasst den Sport, die Unterstützung bei alltäglichen Dingen wie zu den Themen Schule, Wohnen, berufliche Ausbildung, sprachliche und schulische Förderung. Daneben wurden im Rahmen des Programms „Sport integrativ" integrative Sportkonzepte für Sportvereine, Sportevents und Spitzensportlerinnen sowie -sportler, „Kein Abseits im Fußball" für Jungen und Mädchen", offene Sportangebote für alle in jedem Stadtteil von Nürnberg sowie Schwimmkursangebote entwickelt. Selbstverständlich sind alle Sportangebote der Nürnberger Sportvereine auch offen für Flüchtlinge. Wer gezielt nach spezifischen Sportarten sucht, kann dies am besten über Sportsuche online – SportService Nürnberg tun, die über Angebote von fast 300 Nürnberger Sportvereinen aus 170 verschiedenen Sportarten verfügt.

Bei dem Projekt „Spitzensport international" kooperiert der SportService mit dem BLSV (Bayerisches Landes-Sportverband), Taekwondo Özer, dem ASC Nürnberg Süd 07, dem Sportclub 04 Nürnberg, dem TSV Altenfurt, der Bayerischen Sportjugend, dem DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund), Bundesstützpunkten und (internationalen) Sportverbänden (Leitlinie 8 – Förderung und Vernetzung, Leitlinie 10 – Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa). Bisher wurden die Sportangebote Taekwondo, Boxen, Judo, Schwimmen sowie Karate aufgegriffen. Dank der Nürnberger Unterstützung innerhalb des Projekts konnten Spitzensportler aus Afghanistan, Burkina Faso, dem Iran und der Ukraine an ihren bisherigen sportlichen Erfolgen anknüpfen und sogar Meisterschaften oder Qualifikation für Olympia erreichen.

Um die Aktivitäten im Rahmen von „Sport integrativ" weiterzuentwickeln, wurde auch ein AMIF (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds)-Antrag durch den SportService gestellt, der bewilligt wurde.

Alles in allem versteht das Referat für Schule und Sport Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe, die alle Ebenen des schulischen Lebens betrifft – von der Unterrichtsgestaltung bis hin zur Personalentwicklung. In enger Vernetzung mit anderen Ämtern, Trägern und zivilgesellschaftlichen Initiativen leistet das Referat so einen aktiven Beitrag zur Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft. Gleiches gilt für den sportlichen Bereich mit seinen spezifischen und zielgruppenorientierten Angeboten. Die Aktivitäten zeigen: Integration ist nicht nur ein Ziel, sondern ein dynamischer, gemeinschaftlich gestalteter Prozess – getragen von dem Anspruch, Vielfalt zu schätzen, Teilhabe zu stärken und Zukunft gemeinsam zu gestalten.

7) Referat für Jugend, Familie und Soziales (Ref. V)

Integration als Querschnittsaufgabe und zentrales fachliches Thema im Referat
Zentrales Anliegen des Referats für Jugend, Familie und Soziales ist es, unsere Stadtgesellschaft und das Miteinander solidarisch, demokratisch und gerecht zu gestalten. Die kommunale Jugend-, Familien-, Senior*innen-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg bereitet dafür den Boden – als Kern der Daseinsvorsorge, als Basis für die Existenzsicherung und als Voraussetzung für Lebensqualität und Zukunftsperspektiven. Das Referat mit seinen Ämtern und Organisationseinheiten handelt dabei nicht allein, sondern gemeinschaftlich mit vielen Akteurinnen und Akteuren, Institutionen und Ressorts.

Wir sehen die Gestaltung des vielfältigen Miteinanders als Daueraufgabe in allen unseren Tätigkeitsbereichen und sind dabei immer wieder aufgefordert, Routinen daraufhin zu überprüfen, ob sie vielfaltssensibel sind, Teilhabe fördern und alle Potenziale zur Geltung bringen. Dies bringt auch unsere erste Leitlinie „Gesellschaftliche Vielfalt gemeinsam leben“ zum Ausdruck, die unserem Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg vorangestellt ist und die Grundlage unseres Handelns bildet. Das Thema Integration sowie die Bedarfe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – von der Kindheit bis ins höhere Alter – werden in den Angeboten und Aktivitäten des Geschäftsbereichs regelhaft mitgedacht und umgesetzt.

Perspektiven nach Flucht und Neuzuwanderung
Mit unseren Angeboten eröffnen wir Perspektiven nach Flucht und Neuzuwanderung. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales ist ein zentraler Akteur bei der Aufgabe, Geflüchtete und Neuzugewanderte durch erste Unterstützungsangebote zu begleiten und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Diese Aufgabe bildet einen wichtigen Baustein innerhalb eines umfassenderen Integrationsprozesses, der nach der ersten Phase der Erstorientierung und des Ankommens auch Bereiche wie die frühkindliche Bildung, Ganztagsbildung, den Übergang von der Schule in den Beruf, die Arbeitsmarktintegration und berufliche Bildung sowie die gleichberechtigte gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe umfasst. Voraussetzung für den Integrationsprozess ist die zügige, diskriminierungsfreie Gewährleistung existenzsichernder Leistungen insbesondere nach dem AsylbLG und dem SGB II.

- Wir stellen koordinierte und stabile Hilfen für Geflüchtete sicher, die auch und gerade in Krisenzeiten schnell und verlässlich funktionieren. Geflüchteten Kindern und Jugendlichen bieten wir besonderen Schutz.
- Der im Sozialamt angesiedelte Bereich „Kommunale Asylunterbringung“ verwaltet im Auftrag des Freistaates Bayern die kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende im Stadtgebiet von Nürnberg. Die Integrationsarbeit muss so früh wie möglich beginnen und zwar bereits in den Unterkünften.
- Neben der Flüchtlings- und Integrationsberatung in Unterkünften übernimmt auch die Zentrale Anlaufstelle Migration (ZAM) - Beratung eine wichtige Lotsenfunktion. Sie bietet Erstberatung, Informationen und Unterstützung, um sich besser in der Stadt zu orientieren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Unterkunftstyp.
- Sprache ist ein Schlüssel zur Integration. Hier sind berufsspezifische und andere Deutschkurse und -angebote (weiter) zu entwickeln. Mit den Sprachkursangeboten der Noris-Arbeit (NOA) gGmbH, der Beratung zum Thema Deutschspracherwerb in der ZAM-Beratung und der Beteiligung beim Kommunalen Programm Deutschspracherwerb (KPDe) gelingt es, passende Angebote zu entwickeln, Lücken zu schließen und neuzugewanderte Menschen in passende Sprachkurse zu vermitteln.
- Hauptamtliche Unterstützungsangebote werden ergänzt durch ehrenamtliches Engagement der vielfältigen Aufnahmegesellschaft, das in Nürnberg seit Jahren eine wichtige Rolle spielt.
- Von Kindertageseinrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit über Beratungsstellen und Begegnungsstätten bis hin zur Pflege – wir stellen sicher, dass unsere vielfältigen

Angebote auch für Neuzugewanderte und Geflüchtete zugänglich sind. In unserer Arbeit reflektieren wir kontinuierlich, wie wir die Brückenfunktion beim Ankommen in unserer Gesellschaft bestmöglich ausfüllen und so eine nachhaltige Integration ermöglichen können.

Integration als wechselseitiger Prozess
Wichtige (Integrations-)Angebote werden einerseits durch die Regelangebote der Stadt und der freier Träger erbracht. In Nürnberg gibt es aber auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine, religiöse Gemeinden und Migrantenorganisationen, die sich für unsere Stadtgesellschaft, ein gutes Miteinander sowie Integration und Zusammenhalt einsetzen. Und sehr häufig engagieren sich in diesen Organisationen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Nur beispielhaft werden im Folgenden Akteure genannt, die die Angebote der Stadt ergänzen, mit dem Referat für Jugend, Familie und Soziales kooperieren, ihre Expertise zur Verfügung stellen oder Brücken und Zugangswege zu neuen Zielgruppen ebnen und sich mit ihrem ehrenamtlichen und hauptamtlichen Engagement für Integration und Teilhabe in unserer Stadt einsetzen:

- DEGRIN e.V. ist eine Integrations- und Bildungseinrichtung mit Angeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene – zum Beispiel dem Projekt „HEROES - gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“, in dem sich junge Männer mit Zuwanderungsgeschichte für Gleichberechtigung einsetzen.
- Der Globalelternverein e.V. ist eine von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte gegründete Bildungsinstitution. Das Angebot reicht von Elternberatung, Nachhilfe und PC-Kursen über Medienkompetenzförderung bis hin zu Projekten zur Prävention von Radikalisierung.
- Helfende Hand International (HeHanI) e.V. wurde von einer internationalen Gruppe Ehrenamtlicher gegründet und bietet Unterstützung und Beratung für ältere pflegebedürftige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, ihre Angehörigen sowie für Menschen mit Behinderung. Zudem setzt der Verein verschiedene Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote um.
- Das Internationale Frauen- und Mädchenzentrum (IFMZ) bietet Frauen und Mädchen ein breites Angebot aus den Bereichen Bildung, Sprachkurse, Beratung sowie Freizeit und Kommunikation.
- Sprachvermittlung vom Zentrum Aktiver Bürger: Sprach- und Kulturvermittlerinnen und -vermittler unterstützen Familien mit Migrationshintergrund, Asylsuchende und Geflüchtete bei der Kommunikation mit Institutionen
- Stadtteilmütter der Stadtmission: Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, die Familien mit Migrationshintergrund helfen, in Nürnberg Fuß zu fassen.
- Start with a Friend e.V.: Bringt Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte in Tandems zusammen. Ziel ist es, durch persönliche Begegnungen Integration auf Augenhöhe zu fördern.
- Stiftung Sozialidee gGmbH: Familienbildungsstätte mit 30 Mitarbeitende und 11 Nationalitäten im Team; Angebot reicht von Ferien- und Kreativangeboten für Kinder hin zu Sprachkursangeboten für Erwachsene und Hilfebüro für neuzugewanderte Menschen
- we integrate e.V.: Der Verein setzt sich u.a. für die Integration von Geflüchteten ein. Zur Verbesserung der Integrationschancen wird die Aufnahmegesellschaft durch Bildungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert; auch Fortbildungsangebote für die Stadtverwaltung sowie für pädagogische Fachkräfte sowie Workshops für junge Menschen werden umgesetzt.
- und viele weitere

Die vielfältige und engagierte Stadtgesellschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, fügt sich in die grundsätzliche Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik der Stadt Nürnberg ein und ergänzt bestehende Regelangebote. Deshalb fördert die Stadt Nürnberg mit dem Integrationsfonds seit 2017 gemeinnützige, nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Projekte und Maßnahmen. Gefördert werden Projekte und Maßnahmen, die einen Beitrag zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, insbesondere von Neuzugewanderten, leisten. Integration ist oft ein mehrjähriger Prozess und erfolgt überwiegend in Regelangeboten. Dennoch sind häufig flankierende Maßnahmen und Projekte notwendig, entwe-

der aufgrund besonderer Unterstützungsbedarfe oder um den Zugang zu Regelangeboten zu erleichtern. Durch den Integrationsfonds können einerseits Integrationsprojekte schnell und flexibel in Nürnberg umgesetzt und Angebotslücken geschlossen werden, andererseits wird auch der Unterfinanzierung bestehender Angebote entgegengewirkt.

Mit dem Nachbarschaftshaus Gostenhof und den Stadtteiltreffs bietet das Referat Orte für die interkulturelle Begegnung, Vernetzung, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, Inklusion und Teilhabe. Es fördert den sozialen Zusammenhalt, indem es Menschen aus unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen zusammenbringt und einen Raum für Begegnung, Austausch und bürgerschaftliches Engagement bietet. Durch vielfältige Angebote für verschiedene Altersgruppen und Lebensphasen stärkt es das Gemeinschaftsgefühl und unterstützt die Integration in die Nachbarschaft.

Zusätzlich trägt die Sozialraum- und Stadtteilkoordination des Referats durch gezielte Maßnahmen zur Vernetzung und Stärkung der Nachbarschaften bei, indem sie lokale Ressourcen bündelt und das Engagement vor Ort in den Stadtteilen fördert.

Wertschätzung kultureller Vielfalt sowie Förderung und Vernetzung
Die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und ‚Corporate Citizenship' im Referat für Jugend, Familie und Soziales ist die zentrale Anlaufstelle zur Förderung von freiwilligem Engagement und Ehrenamt in Nürnberg. Ziel ist es, bürgerschaftliches Engagement durch Information, Wertschätzung, Anerkennung und Vernetzung zu stärken. Die Stabsstelle baut kooperative Strukturen auf, entwickelt neue Formen des Engagements und erleichtert den Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten – auch und gerade für junge Menschen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Migrationsgeschichte.

Unter anderem auch im Bereich Integration zeigt sich dieses Engagement besonders deutlich. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales unterstützt dieses wertvolle Engagement durch Vernetzungsangebote, Beratung sowie die Bereitstellung von Informationen und finanziellen Ressourcen.

Der Freistaat finanziert die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen, die als städtische Mitarbeitende den Ehrenamtlichen hauptamtliche Unterstützung zur Seite stellen. Ehrenamtlich Tätige können sich mit allen Fragen rund um die Themen Integration und Asyl an diese zentralen städtischen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner wenden. Darüber hinaus vernetzten die Integrationslotsinnen Akteure aus der Integrationslandschaft und fördern den Austausch. Sie informieren über den monatlich erscheinenden Newsletter „Integration & Engagement" und bei dem monatlich stattfindenden Netzwerktreffen „Integration & Engagement". Die Organisation von Schulungen und Workshops zu aktuellen Integrationsthemen zählt ebenfalls zum Angebot für Ehrenamtliche im Bereich „Flucht und Zuwanderung". Hierfür werden fallweise Akteure (z. B. der Ausländerbehörde, des Sozialamts oder spezifischer Beratungsstellen) für einen fachlichen Input einbezogen und damit die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt gestärkt. Auch das Forum Willkommenskultur der Stadt Nürnberg bringt haupt- und ehrenamtlich Engagierte aus dem Bereich "Integration und Flucht" zusammen, um sich zu vernetzen, Best Practice Beispiele zu präsentieren und nicht zuletzt, um Ehrenamtlichen Danke zu sagen.

Ein in Nürnberg herausragendes ehrenamtliches Projekt, das maßgeblich durch Personen mit eigener Fluchterfahrung umgesetzt wird, ist das Projekt ist „Refugees for Refugees", das über den Integrationsfonds gefördert wurde. Die Idee hinter dem Projekt ist es, den Neuzugewanderten das Ankommen in Nürnberg zu erleichtern. Damit dies gelingt, werden muttersprachliche Ansprechpersonen (mit eigener Fluchterfahrung in Nürnberg lebend) geschult.

Aber auch in vielen weiteren Initiativen, Vereinen und Helferkreisen setzen sich ehrenamtlich engagierte Personen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte oder Fluchthintergrund ein, um Neuzugewanderte und Geflüchtete in Nürnberg zu unterstützen. Dieses Engagement ist von unschätzbarem Wert für die Menschen, die neu in Nürnberg ankommen, und spielt eine zentrale Rolle für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft.

Ein zentraler Bestandteil der Förderung kultureller Vielfalt und Vernetzung ist zudem die Internationale Jugendarbeit. Sie wird gemeinsam vom Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR) sowie dem Jugendamt und dem Amt für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg und weiteren Partnern getragen. Gemeinsam organisieren sie internationale Jugendbegegnungen und Austauschprogramme, die jungen Menschen vielfältige interkulturelle Erfahrungen ermöglichen. Ein herausragendes Ereignis stellt das Internationale Jugendcamp „Youth United in Peace“ dar, das vom 8. bis 14. Juli 2025 in Nürnberg stattfindet. Rund 200 Jugendliche aus Nürnberg und seinen Partnerstädten kommen zusammen, um sich mit Zukunftsthemen auseinanderzusetzen und voneinander zu lernen. Ziel ist es, den Austausch mit Nürnbergs Partnerstädten zu vertiefen sowie Begegnung, Verständigung und nachhaltigen Frieden über Grenzen hinweg zu fördern. Neben gemeinsamen Aktivitäten und Exkursionen geht es auch um die Stärkung von Mitbestimmung und Beteiligung junger Menschen an Stadtentwicklungsprozessen. Die Programme richten sich an eine vielfältige Zielgruppe von Jugendlichen und stärken den internationalen Dialog sowie die persönliche Entwicklung junger Menschen.

Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel
Das Ziel des Referats für Jugend, Familie und Soziales ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund. Besonders im Bereich Integration bedeutet das, allen die gleichen Chancen auf Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Mitwirkung zu ermöglichen. Integration wird in allen Bereichen des Referats umgesetzt – von der frühkindlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen, der Ganztagsbildung, der Jugendsozialarbeit an Schulen, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration bis hin zur Stadtteil- und Seniorenarbeit wird gleichberechtigte Teilhabe gefördert.

Im Folgenden wird eine **Auswahl** aktueller Projekte und Maßnahmen aufgeführt, die als Regelangebot oder sinnvolle Ergänzung von bestehenden Regelangeboten umgesetzt werden:

- Qualitative Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen:
  Maßnahmen, um Eltern mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang zur frühkindlichen Bildung zu erleichtern und Barrieren im Anmeldeprozess abzubauen:
    - Übersetzung des Kita-Portals der Stadt Nürnberg, in dem Eltern ihre Kinder für eine Kindertageseinrichtung anmelden können, in weitere Sprachen. Das Portal bietet nun neben dem bisherigen Angebot von Deutsch in ‚Einfacher Sprache‘ und Englisch auch Arabisch, Bulgarisch, Persisch (Farsi), Rumänisch, Russisch, Türkisch und Ukrainisch. Die Auswahl der Sprachen orientiert sich an den Nationalitäten der in Nürnberg lebenden Kinder im Alter von 0 bis 11 Jahren.
    - Bereitstellung einer Kita-App, die in städtischen Kindertageseinrichtungen zur Kommunikation mit Eltern eingesetzt wird und es ermöglicht, Informationen über eine automatisierte Übersetzungsfunktion in verschiedenen Sprachen anzuzeigen.
    - Umsetzung des Bundesprogramms Kita-Einstieg: Die Angebote richten sich gezielt an Eltern und Kinder, die bisher nur unzureichend von der Kindertagesbetreuung erreicht werden, z.B. Familien mit Fluchterfahrung und/oder Migrationshintergrund. Diese erhalten einen ersten Einblick in das System der Kindertagesbetreuung und werden über die Möglichkeiten der frühen Bildung in Deutschland informiert.
    - Fachteam Sprache für städtische Kindertageseinrichtungen: Die Sprachberatung begleitet und coacht die pädagogischen Fachkräfte vor Ort bei ihrer fachlichen Weiterentwicklung im Bereich Sprachbildung und -förderung, unterstützt bei der Zusammenarbeit mit den Eltern und Familien und fördert die Kinder mit passgenauen Angeboten. Dabei steht die alltagsintegrierte Sprachbildung im Mittelpunkt, bei der die Situations- und Bedürfnisorientierung und eine hohe Interaktionsqualität maßgeblich sind.
    - "Mama und Papa starten durch" und "Schultüte – Informationen zum Schulstart" sind zwei Projekte des Jugendamts der Stadt Nürnberg zur Unterstützung der Integration zugewanderter Nürnberger Familien.
    - Kita-Projekt „Diversität gemeinsam gestalten“ und Erstellung von Praxishilfe „Gemeinsam für Vielfalt in der Kita“: Das Projekt begleitet Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen

langfristig dabei, eine diversitätsbewusste und rassismuskritische Pädagogik zu entwickeln und umzusetzen.

- Arbeitsmarktintegration und Sprachbildung:
  - Das Jobcenter Nürnberg-Stadt bietet umfassende Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere im Bereich Sprache und Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Ein spezialisiertes Team fördert die Sprachkompetenz von Kundinnen und Kunden und unterstützt bei der Anerkennung internationaler Qualifikationen, um die berufliche Integration zu erleichtern.
  - Kommunales Programm Deutschspracherwerb (KPDe): Kommunales Angebot, das in der Lage ist, flexibel auf sich rasch ändernde Bedarfe zu reagieren und die Lücken zu schließen, die das Sprachbildungssystem des Bundes lässt. Die ZAM-Beratung übernimmt eine wichtige Lotsenfunktion, insbesondere beim Thema Deutschspracherwerb.
  - Sprachkurse und Integrations- und Vermittlungsprojekte der Noris-Arbeit (NOA) gGmbH:
    - Angebot von Integrationskursen, Berufssprachkursen und niedrigschwelligen Sprachkursangeboten
    - Projekt EMMI: Mit EMMI werden Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, eigener Migrationserfahrung und gesichertem Aufenthaltsstatus auf ihrem Weg in Qualifizierung bzw. Beschäftigung unterstützt.
    - Jobbegleiter: Unterstützung bei der Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt durch Sprachförderung, Berufsvorbereitung und Qualifizierung.
    - NOA-Arbeitgeberbörsen: Teilnehmende Betriebe erhalten in regelmäßig stattfindenden Terminen die Gelegenheit, neu zugewanderte Menschen kennenzulernen. Oft ergeben sich bei diesen Börsen erste Vorstellungsgespräche oder konkrete Jobangebote.
  - Vor- und Mitarbeit des Referats am Nürnberger Welcome Center:
    - Mitwirkung an der Projektinitiative „Let's work and live in Nürnberg"/ Welcome Center sowie an dem Workshop „Checkliste – Let's make it in Nürnberg" der IHK Nürnberg für Mittelfranken
    - Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der IHK für Mittelfranken bzgl. der Bereitstellung von digitalen und mehrsprachigen (Informations-)Angeboten für neu zugewanderte Fachkräfte sowie der Mitnutzung der Integreat-Plattform Nürnberg

- Seniorenangebote:
  - Beratung des Pflegestützpunktes in mehreren Sprachen: Der Pflegestützpunkt Nürnberg bietet eine neutrale, umfassende und kostenfreie Beratung zu allen Fragen rund um die Pflege und zu Hilfen im Alter.
  - Organisation einer Veranstaltung zum Thema „Vielfalt im Alter - Aufgaben und Herausforderungen der interkulturellen Arbeit mit Seniorinnen und Senioren" des Seniorenamts
  - Erweiterung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts um das Thema „Vielfalt von Lebenslagen".

Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung
Das Referat für Jugend, Familie und Soziales setzt sich in konkreten Projekten und Programmen, aber auch in der alltäglichen Arbeit mit und für Menschen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, gegen Radikalisierung und für die Teilhabe aller sowie die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein. Unsere Stadtgesellschaft und das Miteinander in Nürnberg solidarisch und demokratisch zu gestalten, sich für mehr Gerechtigkeit und gegen alle Formen von Diskriminierung einzusetzen, ist das Selbstverständnis des Referats.

Ein zentraler Beitrag ist die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements gegen Rassismus und für Diversität. Das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt ist wesentliche Grundlage für das demokratische Zusammenleben in Vielfalt. Das Referat unterstützt Initiativen und Ehrenamtliche bei ihren Vorhaben, schafft eine Anerkennungskultur für engagierte Nürnbergerinnen und Nürnberger und bietet Vernetzungsmöglichkeiten. Ein Beispiel hierfür sind die Veranstaltungen des Referats im Rahmen der Nürnberger Wochen gegen Rassismus, bei denen die Würdigung Nürnberger Initiativen im Mittelpunkt steht und eine Plattform geboten wird, Aktivitäten und Anliegen vorzustellen.

Einen weiteren wichtigen Beitrag leisten die Angebote im Bereich der non-formalen Bildung und Prävention in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit. Die im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien angesiedelte Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention „Radikal informiert“ hat die Verhinderung, Reduzierung oder Eindämmung von politischen und religiösen Radikalisierungsprozessen junger Menschen in Nürnberg zum Ziel. Zudem werden im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung eine Vielzahl an Projekten, Kampagnen sowie Fortbildungsangeboten (häufig auch in Kooperation mit Nürnberger Vereinen und Initiativen) umgesetzt. Aber auch die Jugendsozialarbeit an Schulen bietet im Rahmen der Möglichkeiten neben der Einzelfallhilfe weitere Gruppenangebote zu den Themen Gewalt und Diskriminierung an.

Interkulturelle Orientierung des Personalwesens
Die Dienststellen im Referat für Jugend, Familie und Soziales setzen gezielt auf die Gewinnung von Mitarbeitenden mit vielfältigen Fremdsprachkenntnissen und eigener Zuwanderungsgeschichte. In nahezu allen Bereichen des Referats wird verstärkt mehrsprachiges Personal eingestellt, um Ratsuchenden bei Bedarf eine Beratung in ihrer jeweiligen Muttersprache anbieten zu können. Diese Maßnahme trägt wesentlich dazu bei, Zugangsbarrieren abzubauen und die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu verbessern.

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs werden gezielt Maßnahmen ergriffen, um ausländische Berufsabschlüsse – insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung – anzuerkennen und den Einstieg in eine Beschäftigung in einer Kindertageseinrichtung zu ermöglichen. Im Bereich der Pflege setzt das Referat zusätzlich auf Strategien zur Gewinnung internationaler Fachkräfte, um dem steigenden Personalbedarf langfristig decken zu können.

Die Fachstelle Personalentwicklung & Fortbildung: Soziale Berufe (PEF:SB) bietet ein breites Spektrum an Fortbildungsangeboten – insbesondere auch zu den Themenschwerpunkten Werteorientierung, Diversity und Inklusion. Die Fortbildungen zielen darauf ab, die Qualität der Arbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit zu stärken sowie die Handlungssicherheit und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden zu fördern. Die Fortbildungsangebote unterstützen eine vielfaltsorientierte Sozialarbeit und Pädagogik in den unterschiedlichen Bereichen und fördern ein respektvolles und wertschätzendes Miteinander, indem sie das Verständnis für unterschiedliche Perspektiven und Lebensrealitäten stärken und somit die Zusammenarbeit in Teams bereichern. Dabei sind zum einen die städtischen Fachkräfte sozialer Arbeit, aber auch die freier Träger sowie Interessierte aus verwandten Kontexten angesprochen.

Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit
Im Rahmen der diversitätssensiblen Öffentlichkeitsarbeit setzen die Dienststellen des Referats für Jugend, Familie und Soziales gezielt auf mehrsprachiges Informationsmaterial, um eine breite Zielgruppe anzusprechen und allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu relevanten Informationen zu erleichtern. So werden regelmäßig Informationsmaterialien in mehreren Sprachen bereitgestellt und Informationen im Internet in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt, um die Zugänglichkeit zu erhöhen.

Zudem obliegt dem Referat in Zusammenarbeit mit allen Geschäftsbereichen die redaktionelle und fachliche Betreuung der Integreat-App, eine digitale Plattform, die auf kommunaler Ebene alle relevanten Informationen rund um das Leben in Nürnberg mehrsprachig an Neuzugewanderte vermittelt.

Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa
Das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg ist auf allen Ebenen – Land, Bund und Europa – aktiv vernetzt und in verschiedenen Gremien und Initiativen engagiert. So wirkt die

Referentin Elisabeth Ries aktuell als Vorsitzende des Sozialausschusses des Bayerischen Städtetags und bringt die Nürnberger Perspektive auch in die entsprechenden Fachgremien des Deutschen Städtetags ein. Zudem ist das Referat Mitglied im Social Affairs Forum von Eurocities und beteiligt sich kontinuierlich an der Integrating-Cities-Initiative, zuletzt auch am Projekt „Volunteering Activities to Leverage Urban and European Social Integration of Migrants“ (VALUES).

Einen besonderen Schwerpunkt bildet der Ausbau der internationalen Jugendarbeit, unter anderem über das JoiN-Netzwerk. In diesem kooperieren das Jugendamt und das Amt für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg gemeinsam mit dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, um den internationalen Jugendaustausch zu fördern, interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen und junge Menschen bei ihrer Teilhabe an europäischen Projekten zu unterstützen. Gemeinsam wird auch das Internationale Jugendcamp „United in Peace“ umgesetzt, das im Juli 2025 stattfindet und aus der Kulturhauptstadtbewerbung hervorgegangen ist.

8) Planungs- und Baureferat (Ref. VI)

Dokumentation der Zielsetzungen aus den Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg im Geschäftsbereich des Planungs- und Baureferats (Referat VI mit Bauordnungsbehörde, Hochbauamt, Stadtplanungsamt, U-Bahnbauamt und Verkehrsplanungsamt)

1. Zentrales kommunalpolitisches Thema
Das Planungs- und Baureferat hat zum Ziel, eine diskriminierungsfreie Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, um deren uneingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Dies umfasst den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, die Schaffung sicherer und zugänglicher Fuß- und Radwege sowie die Förderung von inklusiven Mobilitätslösungen. Das Referat stellt sicher, dass alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen, gleiche Chancen haben, sich frei und selbstbestimmt in der Stadt zu bewegen.
Das Planungs- und Baureferat richtet seine Beratungen bei Verfahren stets lösungsorientiert aus. Es legt großen Wert darauf, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern praxisnahe und umsetzbare Lösungen zu erarbeiten. Dabei stehen die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen im Mittelpunkt. Durch eine transparente und kooperative Herangehensweise schafft das Referat Vertrauen und fördert eine konstruktive Zusammenarbeit, um die bestmöglichen Ergebnisse für alle Beteiligten zu erzielen.

2. Wertschätzung kultureller Vielfalt
Das Planungs- und Baureferat setzt sich für ist die Realisierung von Gemeinschaftsräumen und interkulturellen Begegnungsstätten (u.a. Bolzplatz, Aktivspielplatz) in Wohnanlagen ein. Diese Räume fördern den sozialen Austausch und das Zusammenleben verschiedener Kulturen und tragen so zur Schaffung einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft bei. Dadurch wird aktiv die Entwicklung einer lebenswerten und zukunftsfähigen Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger unterstützt.

3. Integration als wechselseitiger Prozess
Das Planungs- und Baureferat verfolgt das Ziel, alle möglichen Betroffenen frühzeitig in die Planung von Neubau- und Bauprojekten einzubeziehen. Dies geschieht durch umfassende Beteiligungsverfahren, die sicherstellen, dass die Anliegen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger von Anfang an berücksichtigt werden. Die Haltung der Stadtverwaltung der Stadt Nürnberg, die auf Offenheit, Respekt und gegenseitiger Akzeptanz basiert, wird im gesamten Geschäftsbereich aktiv gelebt. Zudem wird der Integrationsrat in die Planungen und Vorhaben einbezogen, um sicherzustellen, dass die Perspektiven und Interessen von Menschen z. B. mit Zuwanderungsgeschichte angemessen berücksichtigt werden.

4. Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel

Das Planungs- und Baureferat setzt sich dafür ein, Migrantinnen und Migranten das Verkehrsmittel Fahrrad näher zu bringen, um ihre gleichberechtigte Teilhabe am städtischen Leben zu fördern. Durch gezielte Fahrradkurse (z. B. Neuauflage von "Mobil in der Kita") und die Bereitstellung von Leihfahrrädern (VAG_Rad) sollen Migrantinnen und Migranten die Vorteile des Fahrrads als umweltfreundliches, kostengünstiges und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel kennenlernen. Zudem werden sichere und gut ausgebaute Radwege geplant und umgesetzt, um die Nutzung des Fahrrads für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiver und sicherer zu gestalten. Diese Maßnahmen ermöglichen es, die Mobilität und Integration aller Bevölkerungsgruppen in der Stadt Nürnberg zu verbessern und eine nachhaltige städtische Verkehrsentwicklung zu unterstützen.

5. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung
Im Zuge der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung stellt das Planungs- und Baureferat sicher, dass das Auftragswesen gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfüllt wird. Dazu gehören u. a. die Einhaltung des Mindestlohngesetzes, der Bevorzugten-Richtlinie, des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, der Mittelstandsrichtlinie für das öffentliche Auftragswesen, der Korruptionsbekämpfungsrichtlinien sowie des Gesetzes zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit.
Zusätzlich werden für die Botschafterinnen und Botschafter für Vielfalt Trainings durchgeführt. Diese Trainings zielen darauf ab, das Bewusstsein für Vielfalt zu stärken und die Kompetenzen im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen zu fördern.

6. Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe
Das Planungs- und Baureferat betrachtet Integrationspolitik als eine zentrale Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Stadtverwaltung durchdringt. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Aufgabe ist die Förderung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch gezielte Schulungen und Fortbildungen werden die Beschäftigten für die Vielfalt der städtischen Bevölkerung sensibilisiert und in ihrer Fähigkeit gestärkt, interkulturelle Herausforderungen professionell zu meistern. Diese Maßnahmen fördern eine offene und respektvolle Arbeitskultur, die den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht wird und die Integration in städtischen Projekten und Planungen unterstützt.

7. Interkulturelle Orientierung des Personalwesens
Das Planungs- und Baureferat legt Wert auf eine interkulturelle Orientierung im Personalwesen. Ziel soll es sein, dass der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund den Bevölkerungsanteil der Stadt Nürnberg widerspiegelt. Dies fördert nicht nur die Vielfalt innerhalb der Belegschaft, sondern auch eine bessere Repräsentation und Verständnis der vielfältigen Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung.
Grundsätzlich erfolgt die Auswahl neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anhand ihrer fachlichen und persönlichen Kompetenz. Dabei wird sichergestellt, dass alle Bewerberinnen und Bewerber fair und gleichberechtigt behandelt werden. Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden jedoch Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund bevorzugt eingestellt. Diese Praxis unterstützt die Chancengleichheit und trägt dazu bei, bestehende Ungleichheiten abzubauen. Durch dieses Vorgehen wird nicht nur die interkulturelle Kompetenz innerhalb des Geschäftsbereiches gestärkt, sondern auch ein Arbeitsumfeld geschaffen, das von Offenheit und Respekt geprägt ist. Die interkulturelle Orientierung des Personalwesens ist somit ein wichtiger Bestandteil der Integrationspolitik im Referat und trägt zur Förderung einer inklusiven und vielfältigen Stadtgesellschaft bei

8. Förderung und Vernetzung
Die Vernetzung aller Beteiligten sowie die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements prägen das Wirken des Planungs- und Baureferats. Durch die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Bauprojekte wird nicht nur deren Mitbestimmung gefördert, sondern auch das Vertrauen in die städtischen Institutionen gestärkt.
Um dieses Engagement zu unterstützen, nimmt das Planungs- und Baureferat regelmäßig an Bürgerversammlungen teil und führt unterschiedliche Beteiligungsformate durch, in denen die Bevölkerung über aktuelle Projekte informiert und zur aktiven Teilnahme ermutigt wird. Diese Plattformen

bieten die Möglichkeit, Ideen und Anregungen einzubringen, die in die Planungsprozesse einfließen können. Durch die Schaffung dieser Austauschmöglichkeit wird eine partizipative Stadtentwicklung unterstützt.

9. Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit
Das Planungs- und Baureferat legt Wert auf eine diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit, die die Vielfalt der städtischen Bevölkerung widerspiegelt und alle Bürgerinnen und Bürger erreicht. Ein zentrales Ziel ist es, die Reichweite der Öffentlichkeitsarbeit zu erhöhen, um u.a. auch Menschen mit Migrationshintergrund besser erreichen zu können, sowohl online als auch offline.
Um dieses Ziel zu erreichen, werden u.a. mehrsprachige Flyer bzw. Informationsmaterialien erstellt, die in einfacher Sprache verfasst sind. Dies erleichtert das Verständnis und den Zugang zu wichtigen Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihren sprachlichen Fähigkeiten. Die Verteilung dieser Materialien erfolgt u. a. über migrantische Infrastrukturen, z. B. soziale Einrichtungen, die direkten Kontakt zu den verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben.
Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Nutzung elektronischer Übersetzungsdienste, um sicherzustellen, dass digitale Inhalte in mehreren Sprachen verfügbar sind. Dies umfasst insbesondere die Übersetzung von Social-Media-Beiträgen und E-Mail-Kommunikation. Durch den Einsatz moderner Technologien können Barrieren reduziert und die Belange aller Beteiligten besser berücksichtigt werden.

10. Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa
Das Planungs- und Baureferat engagiert sich aktiv in der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen, um die städtische Entwicklung voranzutreiben. Durch die Mitarbeit in verschiedenen Gremien auf nationaler Ebene trägt das Referat dazu bei, wichtige Themen und Anliegen der Stadt Nürnberg in übergeordnete Entscheidungsprozesse einzubringen.
Ein wesentlicher Bestandteil dieser Zusammenarbeit ist die aktive Beteiligung am Deutschen Städtetag. Hierbei arbeitet das Planungs- und Baureferat der Stadt Nürnberg eng mit anderen Städten zusammen, um gemeinsame Interessen zu vertreten und „Best Practices“ auszutauschen. Diese Kooperation ermöglicht es, innovative Lösungen für städtische Herausforderungen zu entwickeln und umzusetzen.
Darüber hinaus ist das Planungs- und Baureferat im DIN-Ausschuss vertreten, wo es an der Entwicklung und Überarbeitung von Normen und Standards im Bauwesen mitwirkt. Diese Mitarbeit stellt sicher, dass die neuesten technischen und rechtlichen Anforderungen in die städtischen Bauprojekte einfließen und somit höchste Qualitäts- und Sicherheitsstandards gewährleistet werden.

9) Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat (Ref. VII)

Der Geschäftsbereich des Wirtschafts- und Wissenschaftsreferats der Stadt Nürnberg umfasst folgende Dienststellen und Stäbe: Amt für Geoinformation und Bodenordnung (Geo), Liegenschaftsamt (LA), Nürnberger Märkte (ML), Stab Innenstadt (Ref. VII / SI), Stab Internationale Wirtschaftsbeziehungen (Ref. VII / AL), Europabüro mit EUROPE DIRECT (Ref. VII / AL / EU-Büro), Stab Wohnen (Ref. VII / SW) und die Wirtschaftsförderung Nürnberg (WiF). Alle tragen auf unterschiedliche Weise und Tiefe zur Umsetzung der Leitlinien zur Integrationspolitik bei. Die vorliegende Übersicht basiert auf den Grundlagen der Abfragen und der Kurzberichte vom Juni 2022 und September 2024, die in den Sitzungen der Koordinierungsgruppe Integration vorgestellt wurden. Maßnahmen und Tätigkeiten sowie eine Auswahl an Beispielen der konkreten Umsetzung einiger Leitlinien im Geschäftsbereich werden nachfolgend beschrieben.

Zentrales kommunalpolitisches Thema (Leitlinie 1)

Die Nürnberger Integrationspolitik wird im gesamten Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat gelebt und umgesetzt. Das gemeinsame Ziel ist eine vielfältige, chancengerechte und zukunftsfähige Verwaltung, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger – aber auch Unternehmen und Arbeitnehmer/innen sowie Studierende, Auszubildende und Mitarbeitende in wissenschaftlichen Einrichtungen aus dem Ausland in Nürnberg – wiederfinden.

Wertschätzung kultureller Vielfalt (Leitlinie 2)

Das Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat hat dies in zweierlei Hinsicht im Fokus: Zum einen haben viele Mitarbeitende einen Migrationshintergrund, was durch die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen die kulturelle Vielfalt aller stärkt. Zudem sind in den Unternehmen in Nürnberg internationale Stakeholder, Shareholder, CEOs und Mitarbeiter/innen tätig, die als Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern Teil der gelebten Vielfalt und gelebten Integration sind. Das zeigt sich auch in der Wissenschaft, da hier der Anteil an internationalen Studierenden an Nürnberger Hochschulen seit Jahren sehr hoch ist.

Integration als wechselseitiger Prozess (Leitlinie 3)

Das Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat der Stadt Nürnberg fördert Integration als beidseitigen Prozess zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft. Vor allem die Unterstützung von Unternehmen und Hochschulen in Nürnberg ist hier – gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel – ein besonderer Schwerpunkt. Die Ansiedelung von Fachkräften, Studierenden und Auszubildenden aus dem Ausland für Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen ist von zentraler Bedeutung für einen zukunftsfähigen Standort.

So führt beispielsweise die Wirtschaftsförderung Nürnberg seit 2027 in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsring ausländischer Unternehmer (AAU) e.V. niederschwellige zielgruppenspezifische Seminare „Systemisches Wissen des Marktes in Deutschland“ um grundlegende Informationen zum Wirtschaftsleben und der Existenzgründung in Deutschland durch. Zudem bietet die Broschüre „Willkommen in Nürnberg – Informationen für Fachkräfte aus dem Ausland“ eine Orientierungs- und Starthilfe für internationale Fachkräfte (in deutscher, englischer, französischer, spanischer und arabischer Sprach per Download verfügbar).

Auch das Liegenschaftsamt der Stadt Nürnberg genehmigt jährlich über 20 relevante Veranstaltungen im öffentlichen Raum, die entweder einen offenkundigen landsmannschaftlichen Hintergrund haben (also z. B. von der türkischen Community in Nürnberg getragen werden) oder durch Ausrichtung und Aussteller erkennbar interkulturell ausgerichtet sind (z. B. Südstadtfest).

Das Europabüro mit EUROPE DIRECT bietet sowohl Publikationen der Europäischen Union als auch eigene Publikationen mit einem konkreten EU-Bezug zu Nürnberg an (kostenlos gedruckt als auch als Download), die niederschwellige Bezüge und die Einflüsse der EU auf das Leben aller EU-Bürgerinnen und -bürger aufzeigen.

Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel (Leitlinie 4)

Beispielsweise beantwortet allein das Europabüro mit EUROPE DIRECT jährlich deutlich über 3.000 Bürger/innen-Anfragen und gibt Informationen für (ausländische) EU-Bürgerinnen und -Bürger (über europäische Richtlinien und Vorgaben, Fragen zur Unionsbürgerschaft, usw.) – per E-Mail, telefonisch, Online, Social Media und persönlich. Dazu werden Seminare, Besuchergruppen und Veranstaltungen mit mehr als 2.500 Teilnehmer/innen (auch mit Migrationshintergrund) jährlich durchgeführt. Darunter ist jährlich auch mindestens ein Seminar, das gezielt für Personen mit Migrationshintergrund (sowohl EU-Bürgerinnen und -Bürger als auch an Drittstaatsangehörige) angeboten wird (oftmals zielgruppengerecht in Leichter Sprache).

Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe (Leitlinie 6)

Die interkulturelle Öffnung findet sich gesamten Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat wieder – je nach Dienststelle und Stab in unterschiedlichen Ausprägungen. Beispielsweise spielt die Integrationspolitik für die Wirtschaftsförderung Nürnberg das Europabüro zentrale Rolle. Beide Stellen engagieren sich mit Integrationsangeboten und bieten mehrsprachige Informationsmaterialien an –

insbesondere bei der Ausbildung von Fachkräften und einer erfolgreichen Integration in den Studienbetrieb in Nürnberg.

Interkulturelle Orientierung des Personalwesens (Leitlinie 7)

Das Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat der Stadt Nürnberg fördert mit seinen Dienststellen und Stäben die interkulturelle Vielfalt im Personalwesen. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind vielseitige Migrationshintergründe und Fremdsprachenkenntnisse vorhanden (u.a. englisch, französisch, italienisch, iranisch, polnisch, russisch, rumänisch, schwedisch, spanisch, tschechisch). Dazu wird die Teilnahme an Seminaren mit Bezug zu Integration, Sensibilisierung zur Verbesserung der Sprachkenntnisse etc. gefördert. Um viele Bürger/innen zu erreichen werden Webseiten in englischer Sprache (WiF und Europabüro) als auch in Leichter Sprache (Europabüro) angeboten. EU-Publikationen können in allen 24 EU-Amtssprachen kostenfrei bezogen werden.

Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit (Leitlinie 9)

Das Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat und seine Dienststellen und Stäbe nutzen vielfältige Kanäle im Rahmen der diversitätssensiblen Öffentlichkeitsarbeit. Von Informationen in mehreren Sprachen (Broschüren, Online, Newsletter, Social Media, Integreat-App, usw.) bis hin zu Angeboten in Leichter Sprache und zielgruppenspezifischen Publikationen um die individuelle Zugänglichkeit zu erhöhen.

Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa (Leitlinie 10)

Das Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat ist in vielen Netzwerken, Zusammenschlüssen und Vereinigungen in allen Ebenen (Europa, Bund, Land) aktiv. Die Dienststellen und Stäbe sind in verschiedenen Netzwerken und Arbeitskreisen vertreten und stehen mit diversen Kooperationspartnern auf allen drei Ebenen in Kontakt. Diese reichen von Schulen, Hochschulen, Vereinen, Akademien, HWK, IHK und Landesbehörden, -ministerien über Bundesbehörden (z.B. Agentur für Arbeit), - ministerien. Städtetag, Rat der Gemeinden und Regionen Europas bis hin zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Institutionen (Kommission, Parlament, Abgeordnete) und Netzwerken (EUROCITIES, Council of European Cities and Regions, usw.).

VIELFALT SCHÄTZEN. TEILHABE STÄRKEN. ZUKUNFT GESTALTEN.

Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg

Vom Stadtrat am 25.07.2018 beschlossen.

Seit dem Beginn der städtischen Zivilisation sind Städte Orte der Vielfalt. Ihre Weiterentwicklung durch den Zuzug von Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten ist ein wesentlicher Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Die Stadt Nürnberg sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft den Zusammenhalt zu wahren und dabei zwischen Einzelinteressen zu vermitteln und Ausgrenzungen zu verhindern. Eine wichtige Grundlage kommunalen Handelns der Stadt Nürnberg sind die Menschenrechte, zu deren aktiven Verwirklichung sich die Stadt Nürnberg aufgrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung in ihrem Leitbild verpflichtet hat. Die Realisierung einer solidarischen Stadtgesellschaft bemisst sich am Umgang mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Dies schließt auch diejenigen ein, die noch keine lange und kontinuierliche Verwurzelung in der Stadt haben oder infolge von Flucht und Vertreibung auf der Suche nach einer neuen Heimat sind. Je offener eine Stadt mit der Vielfalt ihrer Bürgerinnen und Bürger umgeht, desto besser wird sie sich den Herausforderungen im globalisierten Kontext stellen können.

Im Rahmen ihres allgemeinen Leitbilds hat sich die Stadt Nürnberg 2004 erstmals Leitlinien zur Integrationspolitik gegeben. Diese werden unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen fortgeschrieben.

1. **Zentrales kommunalpolitisches Thema**
   Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Weltanschauung auf der Grundlage der Menschenrechte und des Grundgesetzes prägt das Selbstverständnis unserer Stadt. Es zu bewahren und weiter zu gestalten wird für die Stadt Nürnberg – Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung – immer eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben sein.

2. **Wertschätzung kultureller Vielfalt**
   Die Vielfalt der Bevölkerung ist für Nürnberg ein zukunftsweisendes Entwicklungspotenzial. Auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung und der Anerkennung individueller Kompetenzen und Potenziale fördern wir die Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft und damit die Entwicklung Nürnbergs.

3. **Integration als wechselseitiger Prozess**
   Integration ist ein wechselseitiger andauernder Prozess. Die Gestaltung des Zusammenlebens ist Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger und keine einseitige Eingliederungsleistung. Wir fördern durch geeignete Maßnahmen Respekt, gegenseitige Akzeptanz sowie einen gleichberechtigten Dialog zwischen allen in der Stadt lebenden Menschen.

4. **Gleichberechtigte Teilhabe als Ziel**
   Wir fördern die gleichberechtigte soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und ermutigen alle unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus zu einer aktiven Beteiligung. Wir setzen uns für gleiche Bildungschancen für alle in der Stadt lebenden Menschen ein. Personen mit Benachteiligung erhalten besondere Förderung und Unterstützung, zum Beispiel Sprachförderung. Diese ist ein wesentliches und notwendiges, aber nicht ausreichendes Handlungsfeld der Integrationspolitik. Die kommunalen Angebote orientieren sich nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

5. **Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung**
   Allen Formen von Rassismus und Diskriminierung treten wir mit Entschiedenheit entgegen, um Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und individuellen Rechte setzen wir uns für die Achtung der Orientierungen aller Menschen in der Stadt ein und fördern durch vielfältige Bildungsmaßnahmen demokratische Handlungskompetenz.

6. **Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe**
   Integrationspolitik ist eine Aufgabe, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. Alle Referate und Dienststellen der Stadt sowie die städtischen Unternehmen müssen sie bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Dabei wird die Integrationspolitik mit anderen Querschnittsaufgaben im Sinne eines umfassenden Ansatzes zum Umgang mit Vielfalt („Diversity-Ansatz") verzahnt.

7. **Interkulturelle Orientierung des Personalwesens**
   Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt der Stadtbevölkerung auch in der Mitarbeiterschaft ihrer Verwaltung und der städtischen Unternehmen widerspiegelt. Daher bemühen wir uns aktiv um eine verstärkte Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Zuwanderungsgeschichte. Die Stadt orientiert sich als Arbeitgeberin und Anteilseignerin an der von ihr unterzeichneten Charta der Vielfalt. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz werden folglich auch bei Bewerbungen als wertvolle Qualifikationen angesehen.

8. **Förderung und Vernetzung**
   Wir unterstützen Verbände, Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft bei integrativen und interkulturellen Maßnahmen und Aktivitäten. Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und fördern die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure.

9. **Diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit**
   Zur Gewährleistung gleichberechtigter Teilhabe gehört auch eine Öffentlichkeitsarbeit mit Informationen in leicht verständlicher Sprache und auf zeitgemäßen Kommunikationswegen, um diversitätssensibel unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Die in diesen Leitlinien formulierten Haltungen sind ein wichtiger Bestandteil der Außendarstellung und der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Nürnberg.

10. **Zusammenarbeit im Land, im Bund und in Europa**
    Wir setzen uns in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund für die politische und soziale Gleichstellung aller Menschen ein. Wir betonen durch aktive Mitgliedschaft in europäischen und weltweiten Netzwerken sowie entsprechende Partnerschaften unsere Identität als internationale europäische Stadt.



Impressum:
Herausgeber: Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Kontakt: Thomas Müller, Amt für Kultur und Freizeit, Koordination Integrationsprogramm, Telefon: 09 11 / 2 31-85 23, thomas.müller@stadt.nuernberg.de
Gestaltung: Stadtgrafik Nürnberg, Foto: Peter Roggenthin

Bitte nutzen Sie auch die im Internet unter www.integration.nuernberg.de bereitgestellten Informationen.

Leitlinien des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg Ö 1

Mit 68 : 1 Stimmen vom Stadtrat am 24.11.2004 beschlossen

Seit dem Beginn der städtischen Zivilisation vor fast fünf Jahrtausenden ist die kulturelle Vielfalt der Städte, die Weiterentwicklung der Kultur durch die Integration von Menschen, die andere kulturelle Kontexte mit sich bringen, wesentlicher Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Einlösung des Ziels einer Solidargesellschaft zeigt sich gerade auch daran, wie mit Menschen umgegangen wird, die noch keine lange und kontinuierliche Verwurzelung in einer Stadt haben. Je offener eine Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern umgeht, desto innovativer wird sie sich im globalisierten Kontext zeigen können. Eine Stadt lebt von der positiven Spannung, die die verschiedenen Kulturen mit sich bringen.

Nürnberg hat vor dem Hintergrund seiner Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und der daraus abgeleiteten Selbstverpflichtung als „Stadt der Menschenrechte" unmittelbaren Anlass, das Thema Menschenrechte auch im Alltag der Stadt umzusetzen – insbesondere auch im Hinblick auf die Würde von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund. Auf der Basis des allgemeinen Leitbilds der Stadt Nürnberg gibt sich die Stadt deshalb in Weiterentwicklung ihrer bisher formulierten integrationspolitischen Ziele folgende Leitlinien für ihre künftige kommunale Integrationspolitik:

1. **Integration als zentrales Thema der Kommunalpolitik**
   Die Integration aller Menschen mit Migrationshintergrund ist für die Stadt Nürnberg eine ihrer zentralen kommnalpolitischen Aufgaben. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung soll auch weiterhin das Selbstverständnis unserer Stadt prägen.

2. **Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe**
   Integrationspolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe begriffen, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von allen Referaten und Dienststellen der Stadt sowie den städtischen Unternehmen bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss.

3. **Orientierung an der Lebenslage**
   Sie orientiert sich dabei nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen. Sie bezieht deshalb alle Menschen mit Migrationshintergrund ein, die auf längere Zeit hier ihren Lebensmittelpunkt haben – ob mit oder ohne deutschen Pass, ob „Ausländer/innen" oder „Aussiedler/innen".

4. **Angebote unabhängig der Aufenthaltsdauer**
   Angebote der Integrationspolitik richten sich dabei nicht nur an Neu-Zuwanderer, sondern grundsätzlich auch an Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits hier leben.

5. **„4-Säulen-Prinzip" der Integration**
   Die kommunale Integrationspolitik lässt sich wie die bundespolitische Integrationspolitik vom „4 Säulen-Prinzip" der Integration (sprachliche Integration, gesellschaftliche Integration, berufliche Integration, soziale Beratung und Betreuung) leiten. Sprachförderung ist dabei ein wesentliches und notwendiges, aber kein ausreichendes Handlungsfeld der Integrationspolitik.

6. **Integration als wechselseitiger Prozess**
   Integration ist keine einseitige Eingliederungsleistung der Menschen mit Migrationshintergrund, sondern verlangt allen in der Stadt lebenden Menschen Annäherungsprozesse ab. Die Stadt Nürnberg fördert durch geeignete Maßnahmen gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie den interkulturellen Dialog.

7. **Wertschätzung kultureller Vielfalt**
   Wo das Zusammenleben Probleme und Konflikte mit interkulturellen Ursachen oder Folgen schafft, bemüht sich die Stadt offensiv um Lösungen. Gleichzeitig sieht sie in der kulturellen Vielfalt der Stadtbevölkerung ein zukunftsweisendes positives Entwicklungspotential für unsere Stadt.

8. **Gleichberechtigte Teilhabe**
   Die in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sollen gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben können. Die Stadt Nürnberg sieht sich in all ihren Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Orientierung verpflichtet. Die bestehenden Angebote und Einrichtungen sollen dazu, wo nötig, zielgruppengerecht verändert und ergänzt werden. Die Vielschichtigkeit der Migrantenbevölkerung ist dabei zu berücksichtigen.

9. **Interkulturelle Öffnung und Kompetenz**
   Die Stadt Nürnberg strebt in ihrer Verwaltung und in den städtischen Unternehmen eine verstärkte Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund an und will damit auch eine Vorbildfunktion als Arbeitgeber/innen übernehmen. Die Mehrsprachigkeit und die Kenntnisse anderer Sprachen und Kulturen sind bei Bewerbungen als wichtige Zusatzqualifikationen anzusehen. Generell wird interkulturelle Kompetenz als wichtige Schlüsselqualifikation städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrachtet.

10. Breite Beteiligung am Integrationsprozess

Die Stadt Nürnberg ist bestrebt, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen aktiv in den Integrationsprozess einzubeziehen. Dabei soll auch bürgerschaftliches Engagement im Bereich integrativer Maßnahmen gefördert werden.

11. Unterstützung nicht-städtischer Akteure

Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Stadt Nürnberg Verbände, Vereine und Initiativen bei integrativen und interkulturellen Maßnahmen und Aktivitäten. Dabei wird eine verstärkte Vernetzung der unterschiedlichen Angebote verschiedener Anbieter angestrebt und seitens der Stadt unterstützt.

12. Menschenrechte als Maßstab

Allen Formen von Rassismus und Diskriminierung tritt die Stadt Nürnberg mit Entschiedenheit entgegen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und individuellen Rechte garantiert sie allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Orientierungen.

13. Öffentlichkeitsarbeit

Eine offensive Öffentlichkeitspolitik ist wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik.

14. Verknüpfung der Querschnittsthemen

Die Verknüpfung der Integrationspolitik mit anderen Querschnittsaufgaben der Kommunalpolitik ist sicherzustellen.

15. Zusammenarbeit mit Land und Bund

Die Stadt Nürnberg setzt sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände gegenüber Land und Bund für die politische und soziale Gleichstellung aller Menschen mit Migrationshintergrund ein. Außerdem sucht die Stadt die enge Zusammenarbeit mit dem in Nürnberg ansässigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



Foto: Peter Roggenthin

Impressum:

Herausgeberin: Stadt Nürnberg

Kontakt: Amt für Kultur und Freizeit, Koordination Integrationsprogramm, Thomas Müller

Telefon: 0911 231-8523, thomas.müller@stadt.nuernberg.de

Weitere Informationen: www.integration.nuernberg.de

Gestaltung: Herbert Kulzer, Stadtgrafik Nürnberg

Bitte nutzen Sie auch die im Internet unter www.integration.nuernberg.de bereitgestellten Informationen.

Leitbild der Stadt Nürnberg

Die Stadt ist als Solidargemeinschaft Grundlage demokratischen Lebens in unserer Gesellschaft. Sie regelt in kommunaler Selbstverwaltung die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft.

Die Stadt Nürnberg – Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung – gibt sich folgendes Leitbild:

Wir verpflichten uns auf Grund der besonderen geschichtlichen Verantwortung Nürnbergs zur aktiven Verwirklichung der Menschenrechte.

Wir berücksichtigen die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Frauen, Männern und Kindern und fördern die Gleichberechtigung.

Wir setzen uns ein für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen und ermöglichen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben.

Unsere Arbeit dient der Sicherung der Lebensqualität und der Daseinsvorsorge.

Wir entwickeln und gestalten zusammen mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern Leben, Arbeiten und Wohnen in einer zukunftsfähigen und innovativen Stadt.

Wir unterstützen diejenigen, die Verantwortung übernehmen und schützen die sozial oder wirtschaftlich Schwachen.

Durch Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligungsangebote fördern wir die Identifikation mit der Stadt.

Wir sind moderne Dienstleister/innen und Partner/innen in allen kommunalen Angelegenheiten.

Wir bieten persönliche Beratung zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten oder individuellen Terminvereinbarungen. Dabei setzen wir auch moderne Informationstechnologien ein und entwickeln unser Leistungsangebot auch im Internet.

Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten erschließen wir Handlungsspielräume im Interesse der Menschen. Unser Handeln ist transparent, unser Service zuvorkommend und unsere Sprache verständlich. Das gilt gerade auch dann, wenn den Interessen einzelner Beteiligter nicht entsprochen werden kann.

Wir orientieren die städtischen Angebote am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger. Wir beziehen die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung der Verwaltungsabläufe ein, u.a. durch Kundenbefragungen, Beschwerdemanagement und Qualitätsmanagement.

Wir gehen mit unseren Ressourcen verantwortungsbewusst, wirtschaftlich und nachhaltig um.

Wir überprüfen und optimieren kontinuierlich unsere Leistungen im Hinblick auf das Verhältnis von Ressourceneinsatz und Ergebnis.

Wir setzen auf hohe Fachkompetenz und Qualitätsstandards.

Wir passen die Steuerungsfunktionen den sich verändernden Rahmenbedingungen an und setzen hierzu verstärkt betriebswirtschaftliche Instrumente ein.

Bei unseren Entscheidungen berücksichtigen wir nicht nur die aktuellen Bedürfnisse, sondern auch die Interessen künftiger Generationen.

Unsere Leistungsfähigkeit und Innovationskraft baut auf motivierte, qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir fördern Motivation und Eigenverantwortung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und sorgen für eine fortlaufende Weiterbildung.

Wir streben eine Vertrauenskultur zwischen allen Akteuren und eine von Teamgeist und Transparenz geprägte Führungskultur an. Dazu trägt die mit den Arbeitnehmervertretungen abgeschlossene Rahmenvereinbarung zur Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform entscheidend bei.

Wir setzen die Gleichberechtigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um.

Die Stadt Nürnberg versteht sich als soziale Arbeitgeberin, die auf die jeweiligen Lebensverhältnisse der Beschäftigten Rücksicht nimmt und für humane Arbeitsbedingungen sorgt.

Im Bewusstsein der unterschiedlichen Funktionen des Stadtrates als Vertretung der Bürgerschaft einerseits und der Verwaltung andererseits arbeiten wir vertrauensvoll zusammen.

Die Verwaltung sorgt gegenüber dem Stadtrat für Transparenz und Nachvollziehbarkeit ihres Handelns.

Der Stadtrat unterstützt eine größere Eigenverantwortlichkeit von Dienststellen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie eine ergebnisorientierte Steuerung.

Das Leitbild der Nürnberger Stadtverwaltung wurde am 18. Juli 2001 vom Stadtrat beschlossen.

Berichtsvorlage
MI/001/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	24.07.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:

Statistischer Jahresbericht für 2024 des Amtes für Migration und Integration und des Amtes für Stadtforschung und Statistik über ausländische Staatsangehörige und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg

Anlagen:
Statistischer Jahresbericht für 2024

Bericht:

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer werden mit ihrem Aufenthaltsstatus im Ausländerzentralregister (AZR) zentral statistisch erfasst. Das AZR wird für Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführt und stellt den Ausländerbehörden jeweils im Februar für ihren örtlichen Zuständigkeitsbereich die Statistik zum Stichtag 31.12. des Vorjahres zur Verfügung.

Daneben gibt das Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg (StA) statistische Monatsberichte ("Nürnberger Statistik aktuell") heraus, die sich u.a. auf den Anteil der in Nürnberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer am Bevölkerungsstand und an der Bevölkerungsbewegung in Nürnberg beziehen. Erweitert wird diese Betrachtung durch eine Auswertung der in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund und Bezugsland). Zusätzlich führt das innerhalb der Stadtverwaltung Nürnberg für den Vollzug des Ausländerrechts zuständige Amt für Migration und Integration (MI) für bestimmte Ausländergruppen und über die Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger interne Statistiken.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Unterschiedliche Betroffenheit aufgrund Nationalität, Aufenthaltsdauer und Lebensalter infolge gesetzlicher Festlegungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **StA**

☒ **Koordinierungsgruppe Integration**

☐

Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg
(Stand 31.12.2024)

Vorbemerkung

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit werden mit ihrem Aufenthaltsstatus im Ausländerzentralregister (AZR) zentral statistisch erfasst. Das AZR wird für Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführt und stellt den Ausländerbehörden jeweils im Februar für ihren örtlichen Zuständigkeitsbereich die Statistik zum Stichtag 31.12. des Vorjahres zur Verfügung.

Daneben veröffentlicht das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) Berichte aus Stadtforschung und Statistik sowie weitere Sonderberichte, die u.a. Informationen über den Anteil der in Nürnberg lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit enthalten. Diese Informationen werden aus dem Bevölkerungsbestand zum Ende des Jahres (Stichtag: 31.12.) sowie aus den Bevölkerungsbewegungen innerhalb eines Jahres gewonnen. Daraus lässt sich auch der Anteil der in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund und Bezugsland) ableiten.

Zusätzlich führt das innerhalb der Stadtverwaltung Nürnberg für den Vollzug des Ausländerrechts zuständige Amt für Migration und Integration (MI)

- für bestimmte Gruppen von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und
- über die Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger

interne Statistiken.

Die nachstehenden Zahlen sind diesen drei Quellen entnommen; sie beziehen sich auf den Stand

31.12.2024.

Um Missverständnisse zu vermeiden, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in diesem Bericht genannten Zahlen – Kapitel „G.“ ausgenommen – sich nur auf Ausländer „im rechtlichen Sinne“ und nicht insgesamt auf Menschen mit Migrationshintergrund, wie z. B. Aussiedler und Eingebürgerte, beziehen.

A. Bevölkerungsstand (Quelle: AZR)

Zum 31.12.2024 lebten in Nürnberg insgesamt	**149.645**
Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
aus über 170 Ländern, davon	
Männer	75.770
Frauen	73.737
divers	6
Unbekannt	132

Dies entsprach zum 31.12.2024 einem Anteil von **27,39 %** der Gesamtbevölkerung (Stand Melderegister zum 31.12.2024: **546.397**) und bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Stand vom 31.12.2023 (146.625) um **3.020** Personen (**+ 2,06 %).** Es ist anzumerken, dass im Jahr 2024 insgesamt **3.837** Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingebürgert wurden. Doppelstaater sind in der Gesamtzahl der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nicht enthalten. In dieser Gesamtzahl sind dagegen ca. **1.585** Asylbewerber und ca. **682** Ausreisepflichtige einbezogen.

A.1 In Nürnberg lebende Personen in der Zuständigkeit der ABH Nürnberg (MI)

Gliederung nach Nationalitäten (ab 25 Personen) – Absteigend nach Anzahl (Quelle: AZR)

Länder	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Gesamt	**123.287**	**129.190**	**133.491**	**132.571**	**133.163**	**141.713**	**146.625**	**149.645**
Türkei	17.885	17.701	17.408	16.984	16.635	16.498	16.748	16.072
Rumänien	11.802	13.539	14.903	14.747	15.037	14.424	14.163	14.638
Ukraine	4.275	4.246	4.201	4.178	4.077	11.739	12.192	13.169
Griechenland	11.581	12.016	12145	12.114	12.038	11.736	11.542	11.534
Syrien	3.979	4.268	4.710	5.000	5.323	5.852	6.396	7.098
Italien	7.029	7.186	7.232	6.983	6.862	6.631	6.540	6.470
Bulgarien	4.713	5.336	5.801	5.875	6.152	6.017	5.896	6.314
Kroatien	4.985	5.547	5.893	5.969	6.056	5.885	5.793	5.738
Polen	5.943	6.051	6.070	5.853	5.696	5.424	5.169	4.910
Indien	1.265	1.523	1.730	1.677	1.826	2.374	3.270	4.249
Irak	4.497	4.645	4.745	4.727	4.658	4.269	4.412	4.195
Bosnien und Herzegowina	2.773	2.993	3.137	3.292	3.422	3.654	3.901	3.885
Russische Föderation	3.534	3,572	3.617	3.588	3.500	3.640	3.946	3.746
Serbien	2.838	2.904	3.027	3.096	3.185	3.280	3.348	3.346
Kosovo	2.271	2.355	2.456	2.450	2.555	2.710	2.873	2.888
Nordmazedonien	1.068	1.131	1.286	1.380	1.426	1.554	1.738	1.760
Vietnam	1.241	1.256	1.299	1.295	1.330	1.437	1.623	1.747

Länder	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Spanien	1.811	1.855	1.866	1.788	1.739	1.678	1.646	1.686
Ungarn	1.907	2.083	2.142	2.037	1.833	1.747	1.711	1.684
Äthiopien	1.277	1.282	1.315	1.355	1.423	1.401	1.544	1.654
Iran	1.219	1.265	1.306	1.320	1.346	1.456	1.544	1.629
China	1.297	1.316	1.341	1.300	1.281	1.312	1.487	1.624
Albanien	356	457	591	729	851	1.069	1.434	1.538
Österreich	1.590	1.589	1.574	1.553	1.510	1.446	1.431	1.413
Afghanistan	466	493	535	482	610	954	1.303	1.393
Vereinigte Staaten von Amerika	1.295	1.286	1.327	1.278	1.278	1.251	1.298	1.249
Aserbaidschan	1027	990	944	908	930	1.001	1.038	1.056
Tschechien	1.139	1.182	1.234	1.171	1.135	1.092	1.072	1.041
Moldau	543	618	722	745	793	853	896	852
Pakistan	416	423	425	427	438	506	635	848
Frankreich	936	1.001	945	890	845	813	815	792
Portugal	670	729	695	667	665	656	678	676
Nigeria	543	550	592	599	579	607	632	648
Großbritannien mit Nordirland	940	933	834	767	706	712	708	644
Brasilien	456	516	566	530	524	560	588	614
Eritrea	329	360	402	429	438	525	578	597
Georgien	394	442	495	511	496	530	579	550
Lettland	549	571	606	604	602	569	553	541
Kasachstan	521	528	512	514	518	528	563	535
Armenien	495	507	478	482	486	534	541	531
Tunesien	275	289	294	321	358	402	482	530
Thailand	517	516	534	533	529	543	543	507
Marokko	200	215	247	237	263	290	396	486
Slowakei	504	509	525	548	521	504	476	458
Montenegro*)	358	368	418	423	437	449	457	458
Algerien	137	138	148	153	147	169	234	451
Sri Lanka	408	410	401	389	378	384	410	442
Ägypten	199	222	255	260	294	355	405	389
Weißrussland	375	367	368	375	358	397	427	387
Slowenien	448	449	439	447	421	409	383	379
Kamerun	338	367	389	365	357	330	344	358
Litauen	416	446	467	447	430	402	383	345
Niederlande	360	376	378	348	350	341	337	342
Somalia	130	154	180	185	214	271	309	334
Japan	292	326	318	286	268	267	305	333
Ghana	266	272	271	266	280	285	313	321
Korea Republik	268	297	316	281	275	274	300	318
Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt)*)			289	310	358	364	342	307
Philippinen	178	195	213	222	240	261	270	295

Länder	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Kolumbien	185	194	213	216	223	239	272	280
Mexiko	241	256	264	238	239	258	292	277
Bangladesch	99	115	124	130	155	163	198	248
Staatenlos*)	232	251	268	257	253	237	232	227
Indonesien	167	169	161	173	178	195	207	222
Usbekistan	182	176	180	180	202	202	219	220
Kuba	114	119	115	117	125	154	248	216
Schweden	195	205	199	197	192	190	192	212
Togo	164	163	171	166	164	163	168	190
Kanada	181	196	179	160	170	193	181	179
Kirgisistan	89	89	120	110	104	129	152	165
Ungeklärt*)	133	137	138	141	141	150	151	157
Schweiz	174	180	178	167	161	154	155	142
Irland	163	165	153	151	145	127	139	132
Jordanien	96	94	102	102	113	108	124	126
Tadschikistan **)			34	42	56	71	112	123
Kenia	133	135	141	138	129	126	124	121
Taiwan	73	90	103	90	88	97	105	117
Mongolei	88	89	89	89	88	100	112	116
Argentinien	44	60	64	75	69	96	114	114
Libanon	104	112	111	102	97	107	103	106
Sudan (ohne Südsudan)	45	59	60	58	60	74	96	105
Peru	80	91	91	93	94	97	104	104
Israel	101	102	99	96	100	107	118	102
Venezuela	73	68	84	86	90	99	118	101
Belgien	110	124	119	112	108	88	102	101
Chile	71	85	87	88	76	81	98	100
Serbien und Montenegro (ehemals)	250	233	197	175	160	159	155	92
Australien	105	111	119	114	114	108	99	91
Estland	93	105	97	90	93	90	90	89
Südafrika	65	65	78	75	76	74	83	87
Nepal	53	49	50	52	55	61	72	86
Malaysia	76	81	88	86	80	87	83	82
Jemen **)					42	53	66	77
Finnland	122	120	129	107	95	88	94	74
Ecuador	38	44	49	46	46	54	61	72
Kongo, Dem. Rep.	57	56	55	58	62	61	68	67
Uganda	70	66	71	69	56	64	58	67
Mosambik	80	79	80	73	65	65	64	63
Gambia **)			35	39	40	43	57	62
Angola	72	73	75	74	75	74	70	60
Norwegen	52	56	54	60	58	65	69	59

Länder	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Dänemark u. Färöer	71	81	88	85	76	63	62	57
Jugoslawien (ehemals)*)	62	70	71	57	56	57	56	55
Dominikanische Republik	42	54	62	58	54	53	55	54
Burkina Faso	39	36	40	45	43	48	56	52
Sierra Leone **)						38	46	50
Honduras **)						29	40	45
Simbabwe **)							33	44
Turkmenistan	33	29	30	27	29	45	49	42
Elfenbeinküste (Cote d´Ivoire)	27	29	29	30	28	31	37	42
Madagaskar **)						28	35	42
Benin **)						31	53	37
Libyen **)						27	30	37
Senegal **)						30	34	36
China (Hongkong) **)						29	35	35
Guinea **)							27	32
Ohne Angabe*)	256	35	39	32	29	31	29	31
Luxemburg	28	30	31	30	30	30	27	29
Zusammenfassung Sonstige Staaten	491	763	518	638	671	431	330	500

) Bisher ohne konkrete Zuordnung geführt* *) Nationalitäten zuvor unter „Sonstige“ geführt*

A.2 In Nürnberg lebende Personen mit Zuständigkeit der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Mittelfranken

Alphabetisch nach Staatsangehörigkeiten, Stichtag: 31.12.2024 (Quelle: ZAB Mittelfranken)

Staatsangehörigkeit	Anzahl
Afghanistan	60
Algerien	2
Angola	1
Argentinien	1
Armenien	28
Aserbaidschan	51
Äthiopien	34
Bangladesch	1
Belarus	65
Benin	82
China	1
Cote d´Ivoire	2
Dschibuti	14
Eritrea	3
Eswatini	1
Gambia	3

Georgien	6
Ghana	7
Grenada	1
Guinea	3
Guinea Bissau	1
Irak	129
Iran	75
Jemen	1
Kamerun	1
Kasachstan	25
Kolumbien	60
Kongo, Dem. Republik	1
Kosovo	12
Kuba	50
Libanon	1
Libyen	1
Marokko	9
Moldau	28
Mongolei	1
Nigeria	30
Nordmazedonien	1
Ohne Angabe	3
Pakistan	2
Palästinens. Gebiete	2
Peru	1
Russische Föderation	49
Sambia	6
Senegal	1
Serbien	5
Sierra Leone	1
Somalia	9
Staatenlos	9
Syrien	384
Tadschikistan	79
Timor Leste	2
Tunesien	6
Türkei	311
Ukraine	11
Ungeklärt	69
Venezuela	194
Vereinigte Staaten	1
Vietnam	1
Gesamtzahl	**1.938**

B. Aufenthaltsstatus (Quelle: AZR)

Status	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Gesamtzahl	**129.190**	**133.491**	**132.571**	**133.163**	**141.713**	**146.625**	**149.645**
EU-Bürger	62.409	64.737	63.752	62.850	61.631	59.464	59.768
Drittausländer	66.781	68.754	68.819	70.313	80.082	87.161	89.877
Daueraufenthaltstitel (Niederlassungserl. etc.)	38.805	38.629	37.900	37.591	38.292	36.749	35.331
Befristeter Aufenthaltstitel	19.227	20.771	19.193	18.746	23.688	28.862	30.120
Asylbewerber (inkl. Asylgesuche)	2.604	2.207	1.681	959	1.107	1.133	890
davon Asylgestattung	1.990	1.685	1.162	929	830	821	581
Duldung	1.162	1.221	1.516	1.472	1.031	856	682

C. Wechsel in die deutsche Staatsangehörigkeit 2024

C.1 Einbürgerungen (Quelle: MI)

Gliederung nach Anspruchs- und Ermessenseinbürgerung, sowie neu gestellte Einbürgerungsanträge

Jahr	Anspruchs-einbürgerungen	Ermessens-einbürgerungen	**Einbürgerungen (Gesamtzahl)**	**Einbürgerungs-anträge**
2008	875	255	**1130**	1434
2009	850	673	**1523**	1768
2010	754	923	**1677**	1656
2011	737	727	**1464**	1670
2012	896	691	**1587**	1586
2013	793	612	**1405**	1484
2014	732	639	**1371**	1436
2015	837	462	**1299**	1522
2016	1136	300	**1436**	1511
2017	977	180	**1157**	1609
2018	883	125	**1008**	1295
2019	1054	149	**1203**	1677
2020	1453*	225*	**1678***	2399
2021	1687*	293*	**1890***	2813
2022	1637	186	**1823**	3215
2023	2210	234	**2444**	4310
2024	3528	309	**3837**	7118

* In den Jahren 2020 und 2021 wurden versehentlich falsche Werte in den Spalten 2 und 3 (Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen) übermittelt.

C.2 Wechsel der ausländischen Staatsangehörigkeit in die deutsche nach Staaten

(Quelle: StA, Melderegisterabzug)

Aufgrund eines Softwareproblems konnten die Staatsangehörigkeitswechsel bei StA im Jahr 2023 gar nicht und im Jahr 2024 nur im Zeitraum von Februar bis Dezember ausgewertet werden. Die Differenz zwischen „Einbürgerungen in 2024“ (C.1: 3.837) und „Wechsel in die deutsche Staatsangehörigkeit“ (Summe C.2: 3642) ist auf diesen Umstand zurückzuführen.

Herkunftsland Vorherige 1. Staatsangehörigkeit	Anzahl
Syrien	530
Türkei	356
Irak	268
Russische Föderation	256
Ukraine	226
Rumänien	147
Iran	107
Griechenland	82
Serbien	82
Bosnien und Herzegowina	80
Kosovo	78
Polen	68
Bulgarien	67
Italien	63
Mazedonien	57
Indien	55
Ungarn	54
Ägypten	52
Aserbaidschan	48
Weißrussland	46
Albanien	40
Afghanistan	40
Vietnam	40
Tunesien	35
Kroatien	32
ungeklärt	32
Moldau	31
Vereinigte Staaten	29
Pakistan	27
Nigeria	26
Armenien	26
Marokko	25
Äthiopien	24
Brasilien	24

Mexiko	23
Georgien	23
staatenlos	20
Spanien	19
Eritrea	19
Kamerun	16
Togo	16
Kolumbien	16
Kasachstan	16
Bangladesch	16
Lettland	15
Usbekistan	15
Venezuela	13
Ghana	12
Philippinen	11
China	11
Frankreich	10
Tschechische Republik	10
Somalia	10
Vereinigtes Königreich	9
Jordanien	9
Thailand	8
Portugal	7
Taiwan	7
Kenia	6
Kuba	6
Montenegro	5
Uganda	5
Peru	5
Jemen	5
Sri Lanka	5
Israel	5
Korea, Republik	5
Österreich	4
Slowakei	4
Algerien	4
Angola	4
Sudan (ohne Südsudan)	4
Ecuador	4
Kanada	4
Laos	4
(Palästinensische Gebiete)	4
Tadschikistan	4
Weitere 35 Herkunftsländer mit drei oder weniger Eingebürgerten in 2024	71
Gesamtsumme	**3642**

D. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Nürnberg am 31.12.2024

(Quelle: StA, Melderegisterabzug)

Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen

Ausländerzentralregister und Einwohnermelderegister sind eigenständige Verwaltungsregister mit unterschiedlichen Rechtsgrundlagen. So werden im Ausländerzentralregister alle ausländischen Personen erfasst, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. I. d. R. ist ein Aufenthalt bis zu drei Monaten möglich ohne Erfassung im allgemeinen Bestand des Ausländerzentralregisters. Die dem Melderegister zugrundeliegenden Datenquellen erfassen jedoch alle Personen, die sich gemäß den Meldevorschriften der Bundesländer anmelden, auch bei vorübergehendem Aufenthalt.

Während das Ausländerzentralregister zentral für Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführt wird, werden die Melderegister auf Basis der Meldegesetze i.d.R. von den einzelnen Kommunen mit jeweils unterschiedlichen Melde- und Berichtswegen selbst gepflegt. Deshalb können Veränderungen bei Nichtdeutschen (z.B. Zuzug, Fortzug, Einbürgerung) bei den örtlich zuständigen Ausländerbehörden und damit im Einwohnermelderegister bereits registriert worden sein, während diese Daten noch nicht an das Ausländerzentralregister übermittelt wurden. Zudem muss berücksichtigt werden, dass das Melderegister alle nichtdeutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Nürnberg ausweist, die ausländerrechtliche Zuständigkeit zum Teil aber bei der Zentralen Ausländerbehörde Mittelfranken liegt. Aus diesem Grund weichen die Zahlen von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in beiden Registern voneinander ab. In Nürnberg liegen die Bestandszahlen der ausländischen Bevölkerung im Melderegister um **2.933** über den Zahlen des Ausländerzentralregisters für die Stadt Nürnberg.

D.1 Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen am 31.12.2024

(Quelle: StA, Melderegisterabzug)

	Geschlecht		Altersgruppen (MI)				Gesamt
Staatsang. (Dtsch, MH, EU)	männlich	weiblich	bis u. 18	18 bis u. 40	40 bis u. 60	60 und älter	
Deutsch ohne Migrationshintergrund	128670	135659	26479	73623	69580	94737	264419
Deutsch mit Migrationshintergrund	63239	66161	36410	35732	30329	26929	129400
Ausländer (EU)	32346	29786	9981	22170	20649	9332	62132
Ausländer (nicht-EU)	45426	45020	13422	37987	25211	13826	90446
Gesamt	269771	276626	86292	169512	145769	144824	546397

D.2 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen am 31.12.2024

(Quelle: StA, Melderegisterabzug)

Altersgruppen (MI) / Nationalität	bis u. 18	18 bis u. 40	40 bis u. 60	60 und älter	Gesamt
Deutschland	62889	109355	99909	121666	393819
Albanien	307	863	345	25	1540
Bosnien und Herzegowina	505	1345	1208	773	3831
Belgien	5	50	32	19	106
Bulgarien	1623	2566	2142	392	6723
Dänemark	5	22	21	14	62
Estland	8	46	32	8	94
Finnland	6	34	23	17	80
Frankreich	100	377	220	138	835
Kroatien	872	1842	1959	1239	5912
Slowenien	45	106	107	128	386
Serbien oder Kosovo	-	3	-	-	3
Griechenland	1970	3523	3839	2426	11758
Irland	11	79	38	22	150
Island	-	7	4	1	12
Italien	660	2049	2107	1666	6482
Lettland	93	205	212	57	567
Montenegro	52	150	191	78	471
Litauen	45	112	151	49	357
Luxemburg	-	20	3	7	30
Nordmazedonien	307	756	502	187	1752
Malta	-	-	2	-	2
Moldau	235	282	168	128	813
Niederlande	38	137	108	68	351
Norwegen	13	24	14	9	60
Kosovo	420	1191	1007	217	2835
Österreich	50	382	440	580	1452
Polen	557	1506	1975	843	4881
Portugal	92	278	260	112	742
Rumänien	3159	6752	5085	779	15775
Slowakei	72	200	165	43	480
San Marino	-	1	-	-	1
Schweden	72	97	61	22	252
Schweiz	10	42	37	52	141
Russische Föderation	372	1212	1246	868	3698
Spanien	165	741	567	334	1807
Türkei	486	4407	6628	4607	16128
Tschechische Republik	121	333	430	180	1064
Ungarn	209	705	664	189	1767
Ukraine	2638	3828	3465	3109	13040
Vereinigtes Königreich	41	315	163	100	619
Weißrußland	70	169	150	66	455
Serbien	353	1064	1217	724	3358
Zypern	3	8	6	-	17
Britisches Überseegebiet ausserhalb Europas	-	4	3	1	8
Algerien	22	352	66	16	456

Angola	14	20	20	4	58
Eritrea	142	316	105	39	602
Äthiopien	676	757	239	15	1687
Botsuana	1	1	1	-	3
Benin	23	74	19	-	116
Dschibuti	15	21	9	-	45
Cote d'Ivoire	8	23	11	3	45
Nigeria	165	243	244	15	667
Simbabwe	5	37	1	-	43
Gabun	-	-	1	-	1
Gambia	13	38	11	-	62
Ghana	40	119	108	53	320
Mauretanien	-	1	-	-	1
Kap Verde	-	-	1	-	1
Kenia	10	64	33	5	112
Kongo, Republik	-	4	8	-	12
Kongo, Dem. Rep.	7	25	19	12	63
Liberia	-	3	2	1	6
Libyen	13	19	5	1	38
Madagaskar	3	35	3	-	41
Mali	1	7	4	-	12
Marokko	22	371	78	11	482
Mauritius	-	11	2	2	15
Mosambik	2	7	39	12	60
Niger	1	7	6	-	14
Sambia	3	17	2	-	22
Burkina Faso	13	24	11	4	52
Guinea-Bissau	-	4	-	-	4
Guinea	10	20	1	2	33
Kamerun	35	265	45	2	347
Südafrika	12	39	31	3	85
Ruanda	2	7	2	-	11
Namibia	3	5	3	-	11
Senegal	2	22	12	-	36
Seyschellen	-	-	2	-	2
Sierra Leone	18	24	6	-	48
Somalia	99	239	14	4	356
Sudan (f. Altfälle)	2	1	-	-	3
Sudan	36	41	28	4	109
Südsudan (Republik Südsudan)	2	3	-	-	5
Swasiland	1	1	1	-	3
Tansania	4	6	6	-	16
Togo	17	96	54	15	182
Tschad	-	2	-	1	3
Tunesien	59	334	114	24	531
Uganda	8	35	15	5	63
Ägypten	63	245	64	13	385
Zentralafrikanische Republik	-	1	-	-	1
Antigua und Barbuda	-	1	-	-	1
Argentinien	9	61	34	5	109
Bahamas	-	-	-	1	1
Bolivien	-	15	4	1	20
Brasilien	48	313	193	36	590
Guyana	-	1	-	-	1
Chile	4	65	21	10	100

Dominica	-	2	1	-	3
Costa Rica	-	10	1	1	12
Dominikanische Republik	3	24	18	2	47
Ecuador	-	57	10	2	69
El Salvador	-	16	2	2	20
Grenada	-	-	1	-	1
Guatemala	-	5	3	-	8
Haiti	-	2	-	-	2
Honduras	2	40	4	-	46
Kanada	17	78	56	21	172
Kolumbien	15	192	52	7	266
Kuba	33	140	77	20	270
Mexiko	17	194	54	4	269
Nicaragua	-	10	5	-	15
Jamaika	-	5	6	1	12
Panama	2	7	8	-	17
Paraguay	3	4	3	1	11
Peru	4	59	31	8	102
Uruguay	-	9	2	1	12
St. Lucia	-	-	1	-	1
Venezuela	39	162	51	17	269
Vereinigte Staaten, auch USA	61	451	363	330	1205
St. Kitts und Nevis	-	2	1	-	3
Trinidad und Tobago	-	-	3	-	3
Sonderverwaltungsregion Hongkong	3	15	14	2	34
Jemen	13	55	7	1	76
Armenien	90	199	188	75	552
Afghanistan	460	810	137	54	1461
Bahrain	-	1	-	-	1
Aserbaidschan	227	445	272	159	1103
Bhutan	-	1	-	-	1
Myanmar	3	10	4	1	18
Georgien	47	248	189	72	556
Sri Lanka	30	133	169	112	444
Vietnam	148	886	468	220	1722
Korea, Dem. Volksrepublik	-	-	-	1	1
Indien	541	3185	441	45	4212
Indonesien	7	130	63	15	215
Irak	1077	1781	1060	380	4298
Iran	218	946	424	103	1691
Israel	9	38	39	11	97
Japan	43	140	114	36	333
Kasachstan	45	138	226	121	530
Jordanien	14	79	25	6	124
Kambodscha	1	10	9	-	20
Laos	-	5	11	3	19
Kirgisistan	1	108	19	32	160
Libanon	5	46	32	23	106
Malediven	-	-	1	-	1
Mongolei	14	59	35	3	111
Nepal	2	69	13	-	84
Palästinensische Gebiete	26	51	12	5	94
Bangladesch	18	186	33	9	246
Pakistan	78	626	120	19	843

Philippinen	26	130	117	23	296
Taiwan	2	74	30	6	112
Korea, Republik	36	183	85	7	311
Vereinigte Arabische Emirate	-	1	-	-	1
Tadschikistan	40	122	21	2	185
Turkmenistan	8	22	7	8	45
Saudi-Arabien	-	5	1	-	6
Singapur	-	13	9	-	22
Syrien	2272	3990	1058	206	7526
Thailand	11	125	250	115	501
Usbekistan	18	91	36	63	208
China	129	914	455	92	1590
Malaysia	6	52	17	4	79
Australien	5	44	26	13	88
Neuseeland	-	9	2	-	11
staatenlos	41	76	87	62	266
ungeklärt	70	162	86	36	354
Gesamt	**86292**	**169512**	**145769**	**144824**	**546397**

E. <u>Geburten und Sterbefälle von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2024 (Quelle: StA, Melderegisterabzug)</u>

Bevölkerungsbewegung	**Geburt (HW)**			**Sterbefall (HW)**			**Geburten-überschuss oder -verlust insgesamt**
Geschlecht / **Erste Staatsangehörigkeit**	**männlich**	**weiblich**	**Summe**	**männlich**	**weiblich**	**Summe**	
Albanien	12	25	37	-	-	-	37
Bosnien und Herzegowina	18	33	51	12	13	25	26
Bulgarien	46	43	89	5	4	9	80
Estland	-	-	-	-	1	1	-1
Finnland	-	-	-	-	1	1	-1
Frankreich	3	5	8	1	3	4	4
Kroatien	34	21	55	26	13	39	16
Slowenien	1	2	3	2	3	5	-2
Griechenland	65	65	130	26	20	46	84
Irland	1	1	2	-	-	-	2
Italien	27	27	54	28	9	37	17
Lettland	3	1	4	-	-	-	4
Montenegro	4	2	6	2	1	3	3
Litauen	2	-	2	5	1	6	-4
Nordmazedonien	13	14	27	-	3	3	24
Moldau	11	18	29	-	5	5	24
Niederlande	1	1	2	1	-	1	1
Norwegen	1	-	1	-	-	-	1
Kosovo	23	15	38	2	-	2	36
Österreich	1	2	3	16	9	25	-22
Polen	16	16	32	10	11	21	11
Portugal	4	3	7	2	2	4	3
Rumänien	115	99	214	18	11	29	185
Slowakei	2	5	7	1	1	2	5

Schweden	1	2	3	1	1	2	1
Schweiz	1	-	1	-	1	1	0
Russische Föderation	12	8	20	14	15	29	-9
Spanien	3	7	10	6	3	9	1
Türkei	24	30	54	63	58	121	-67
Tschechische Republik	1	2	3	-	2	2	1
Ungarn	9	8	17	2	-	2	15
Ukraine	29	32	61	45	57	102	-41
Vereinigtes Königreich	3	2	5	-	-	-	5
Weißrußland	-	2	2	2	2	4	-2
Serbien	9	12	21	12	16	28	-7
Algerien	3	2	5	-	-	-	5
Eritrea	8	9	17	1	-	1	16
Äthiopien	13	19	32	1	1	2	30
Benin	1	3	4	-	-	-	4
Cote d'Ivoire	1	1	2	-	-	-	2
Nigeria	9	4	13	1	-	1	12
Ghana	5	1	6	-	1	1	5
Kongo, Dem. Rep.	1	-	1	-	-	-	1
Libyen	1	1	2	-	-	-	2
Madagaskar	1	2	3	-	2	2	1
Marokko	4	-	4	-	-	-	4
Burkina Faso	1	-	1	-	-	-	1
Guinea	2	-	2	-	-	-	2
Kamerun	5	-	5	-	-	-	5
Südafrika	-	2	2	1	-	1	1
Ruanda	1	-	1	-	-	-	1
Sierra Leone	1	1	2	-	-	-	2
Somalia	3	-	3	-	-	-	3
Sudan	1	1	2	-	-	-	2
Togo	-	1	1	-	-	-	1
Tunesien	4	3	7	-	-	-	7
Ägypten	3	3	6	1	-	1	5
Argentinien	-	1	1	-	-	-	1
Brasilien	2	-	2	-	-	-	2
Kanada	1	1	2	1	-	1	1
Kolumbien	-	1	1	-	-	-	1
Kuba	1	-	1	-	-	-	1
Vereinigte Staaten, auch USA	2	2	4	13	-	13	-9
Armenien	1	2	3	2	1	3	0
Afghanistan	9	14	23	-	1	1	22
Aserbaidschan	1	2	3	7	4	11	-8
Georgien	1	3	4	-	1	1	3
Sri Lanka	1	-	1	1	-	1	0
Vietnam	8	5	13	1	-	1	12
Indien	23	21	44	-	-	-	44
Indonesien	-	-	-	-	1	1	-1
Irak	28	40	68	4	7	11	57
Iran	8	5	13	-	-	-	13
Japan	-	1	1	-	-	-	1
Kasachstan	-	2	2	1	2	3	-1
Kirgisistan	-	-	-	-	1	1	-1
Libanon	-	-	-	1	-	1	-1

Nepal	2	-	2	-	-	-	2
Palästinensische Gebiete	1	1	2	-	-	-	2
Bangladesch	2	-	2	1	-	1	1
Pakistan	2	3	5	1	-	1	4
Philippinen	1	-	1	-	-	-	1
Tadschikistan	-	4	4	1	-	1	3
Turkmenistan	-	-	-	1	-	1	-1
Syrien	63	66	129	1	4	5	124
Thailand	-	-	-	-	1	1	-1
Usbekistan	1	2	3	-	-	-	3
China	2	3	5	-	1	1	4
Malaysia	2	-	2	-	-	-	2
staatenlos	-	1	1	2	1	3	-2
ungeklärt	-	4	4	1	-	1	3
Gesamt	**725**	**740**	**1465**	**346**	**295**	**641**	**824**

F. Zu- und Fortzüge von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2024 (Quelle: StA, Melderegisterabzug)

Staatsangehörigkeit (Herkunftsland)	Zuzüge aus ...			Fortzüge nach ...		
	insgesamt	Deutschland	Ausland	insgesamt	Deutschland	Ausland
	1	2	3	4	5	6
121 Albanien	372	106	266	243	164	79
122 Bosnien und Herzegowina	369	137	232	310	175	135
124 Belgien	20	5	15	23	10	13
125 Bulgarien	1219	256	963	1420	204	1216
126 Dänemark	10	1	9	13	6	7
127 Estland	14	5	9	13	2	11
128 Finnland	12	1	11	19	5	14
129 Frankreich	133	30	103	149	34	115
130 Kroatien	314	158	156	487	157	330
131 Slowenien	24	10	14	28	11	17
132 Serbien und Montenegro	2	1	1	-	-	-
133 Serbien	44	2	42	1	-	1
134 Griechenland	891	343	548	1055	268	787
135 Irland	29	5	24	22	5	17
136 Island	3	-	3	1	-	1
137 Italien	528	189	339	624	175	449
139 Lettland	54	20	34	63	21	42
140 Montenegro	35	15	20	24	7	17
142 Litauen	46	14	32	65	16	49
143 Luxemburg	7	4	3	9	3	6
144 Nordmazedonien	229	62	167	178	94	84
145 Malta	1	1	-	4	2	2
146 Republik Moldau	122	28	94	153	36	117
148 Niederlande	37	11	26	45	12	33
149 Norwegen	7	1	6	11	-	11
150 Kosovo	328	120	208	234	148	86
151 Österreich	94	44	50	105	45	60
152 Polen	442	132	310	717	162	555
153 Portugal	115	35	80	93	36	57
154 Rumänien	4769	645	4124	5516	724	4792
155 Slowakei	63	15	48	64	10	54
157 Schweden	77	12	65	50	15	35
158 Schweiz	15	6	9	19	5	14

160 Russische Föderation	340	195	145	256	138	118
161 Spanien	257	87	170	200	44	156
163 Türkei	1052	549	503	1133	525	608
164 Tschechien	110	22	88	158	53	105
165 Ungarn	257	99	158	284	77	207
166 Ukraine	2274	1065	1209	1094	327	767
168 Vereinigtes Königreich	77	18	59	95	24	71
169 Belarus	77	52	25	141	39	102
170 Serbien	285	116	169	238	89	149
181 Zypern	6	1	5	3	1	2
185 Britische Überseegebiete	2	1	1	-	-	-
221 Algerien	298	24	274	69	54	15
223 Angola	3	2	1	7	3	4
224 Eritrea	61	46	15	30	15	15
225 Äthiopien	168	156	12	53	30	23
229 Benin	33	31	2	41	25	16
230 Dschibuti	12	12	-	16	7	9
231 Côte d’Ivoire	15	9	6	10	6	4
232 Nigeria	115	62	53	71	36	35
233 Simbabwe	13	10	3	-	-	-
237 Gambia	11	10	1	3	1	2
238 Ghana	45	20	25	18	11	7
243 Kenia	10	3	7	5	3	2
245 Kongo	1	1	-	1	1	-
246 Demokratische Republik Kongo	4	1	3	4	3	1
247 Liberia	1	1	-	1	1	-
248 Libyen	15	8	7	7	6	1
249 Madagaskar	11	8	3	6	5	1
251 Mali	3	2	1	2	1	1
252 Marokko	195	64	131	90	54	36
253 Mauritius	8	4	4	4	2	2
254 Mosambik	1	1	-	4	1	3
255 Niger	1	1	-	-	-	-
257 Sambia	11	9	2	3	-	3
258 Burkina Faso	3	3	-	2	2	-
261 Guinea	13	6	7	10	7	3
262 Kamerun	93	58	35	58	54	4
263 Südafrika	23	6	17	18	12	6
265 Ruanda	5	-	5	5	2	3
267 Namibia	8	4	4	2	-	2
269 Senegal	5	4	1	1	-	1
272 Sierra Leone	13	7	6	7	3	4
273 Somalia	70	56	14	37	23	14
276 Sudan	1	1	-	-	-	-
277 Sudan	29	20	9	9	7	2
281 Eswatini	1	1	-	-	-	-
282 Vereinigte Republik Tansania	2	1	1	4	2	2
283 Togo	37	10	27	9	6	3
285 Tunesien	153	65	88	56	42	14
286 Uganda	22	15	7	8	4	4
287 Ägypten	86	44	42	50	40	10
289 Zentralafrikanische Republik	1	-	1	1	-	1
320 Antigua und Barbuda	1	-	1	-	-	-
323 Argentinien	34	7	27	24	8	16
326 Plurinationaler Staat Bolivien	5	2	3	3	2	1
327 Brasilien	181	68	113	118	59	59
332 Chile	36	14	22	27	12	15
333 Dominica	2	-	2	2	-	2
334 Costa Rica	4	2	2	2	2	-
335 Dominikanische Republik	11	8	3	9	8	1
336 Ecuador	31	19	12	15	6	9
337 El Salvador	7	5	2	-	-	-

345 Guatemala	2	1	1	4	2	2
346 Haiti	1	1	-	1	1	-
347 Honduras	12	5	7	5	3	2
348 Kanada	42	9	33	36	7	29
349 Kolumbien	72	36	36	47	24	23
351 Kuba	42	34	8	82	30	52
353 Mexiko	59	35	24	48	24	24
354 Nicaragua	2	1	1	-	-	-
355 Jamaika	1	1	-	-	-	-
359 Paraguay	3	-	3	2	1	1
361 Peru	23	17	6	15	9	6
365 Uruguay	4	-	4	2	-	2
366 St. Lucia	1	-	1	-	-	-
367 Bolivarische Republik Venezuela	93	89	4	71	39	32
368 Vereinigte Staaten	193	52	141	156	50	106
370 St. Kitts und Nevis	2	1	1	-	-	-
411 Hongkong	7	2	5	7	5	2
421 Jemen	19	12	7	3	3	-
422 Armenien	52	31	21	36	24	12
423 Afghanistan	205	183	22	123	78	45
425 Aserbaidschan	137	61	76	122	42	80
426 Bhutan	1	1	-	-	-	-
427 Myanmar	6	-	6	-	-	-
430 Georgien	85	32	53	88	22	66
431 Sri Lanka	48	22	26	13	10	3
432 Vietnam	334	162	172	147	117	30
434 Demokratische Volksrepublik Korea	1	1	-	-	-	-
436 Indien	1763	715	1048	736	589	147
437 Indonesien	39	20	19	15	12	3
438 Irak	295	248	47	351	202	149
439 Islamische Republik Iran	384	184	200	187	131	56
441 Israel	19	7	12	22	12	10
442 Japan	99	16	83	61	15	46
444 Kasachstan	51	41	10	58	27	31
445 Jordanien	37	26	11	27	17	10
446 Kambodscha	1	-	1	3	1	2
450 Kirgisistan	67	16	51	51	14	37
451 Libanon	17	6	11	10	7	3
457 Mongolei	13	10	3	6	4	2
458 Nepal	23	14	9	6	6	-
459 Palästinensische Gebiete	9	4	5	6	4	2
460 Bangladesch	99	22	77	30	21	9
461 Pakistan	414	199	215	165	136	29
462 Philippinen	52	27	25	10	8	2
465 Taiwan	34	8	26	17	8	9
467 Republik Korea	94	33	61	72	39	33
469 Vereinigte Arabische Emirate	3	-	3	2	-	2
470 Tadschikistan	35	27	8	61	19	42
471 Turkmenistan	3	3	-	6	2	4
472 Saudi-Arabien	1	1	-	4	3	1
474 Singapur	10	7	3	5	1	4
475 Arabische Republik Syrien	1705	1306	399	615	490	125
476 Thailand	36	11	25	44	26	18
477 Usbekistan	34	22	12	19	14	5
479 China	392	207	185	238	160	78
482 Malaysia	14	7	7	15	11	4
523 Australien	14	2	12	15	4	11
536 Neuseeland	3	1	2	2	1	1
staatenlos	28	14	14	18	4	14
ungeklärt	75	65	10	85	30	55
ohne Angabe	4	3	1	-	-	-
Gesamt	**24388**	**9591**	**14797**	**20261**	**6946**	**13315**

G. Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg (Quelle StA, Melderegisterabzug)

Der Migrationshintergrund wird im Amt für Stadtforschung und Statistik mit Hilfe des Programms MigraPro aus den Daten des Melderegisters abgeleitet, da es sich nicht um ein Merkmal handelt, das aus den Meldedaten direkt hervorgeht. Die Ableitung ist eine Annäherung an die Definition des Statistischen Bundesamts, welche besagt, dass eine Person einen Migrationshintergrund hat, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit einer deutschen Staatsangehörigkeit geboren wurde.

Die Ableitung erfolgt anhand der Informationen zur Staatsangehörigkeit, Zuzugsherkunft und Lage des Geburtsortes sowie der Staatsangehörigkeit der Eltern. Sie ermöglicht die Unterscheidung nach Deutschen ohne Migrationshintergrund, Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländerinnen und Ausländern, die der Definition nach alle einen persönlichen Migrationshintergrund haben.

Kindern unter 18 Jahren, die keinen eigenen Migrationshintergrund haben, wird der Migrationshintergrund der im gleichen Haushalt lebenden Eltern zugeordnet. Der so ermittelte familiäre Migrationshintergrund entspricht weitestgehend der Definition des Statistischen Bundesamtes, richtet sich aber nach dem Alter der Kinder, d.h. Kinder ohne eigenen Migrationshintergrund verlieren den über die Eltern zugeordneten Migrationshintergrund, sobald sie 18 Jahre alt sind.

Personen, die während oder unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Deutschland zugezogen sind, gelten nicht als Menschen mit Migrationshintergrund. Zur Abgrenzung hierfür stehen neben dem Geburtsort keine Angaben zum Zeitpunkt der erfolgten Zuwanderung zur Verfügung, sondern nur Informationen zum - eventuell erst später - erfolgten Zuzug nach Nürnberg. Aus diesem Grund dürften die Zahlen mit Bezugsland Polen und ehemalige Tschechoslowakei leicht überhöht sein.

Ergänzende Informationen sind der Sonderveröffentlichung 274 von 2019 „Zuwanderung aus dem Ausland und Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg“ zu entnehmen.

G.1 Bevölkerung mit Hauptwohnung nach Migrationshintergrund und Bezugsland am 31.12.2024 (Quelle: StA, Melderegisterabzug)

Bezugsland von Personen mit Migrationshinter-grund (aus MigraPro)	Deutsch ohne Migrations-hintergrund	Deutsch mit Migrations-hintergrund	Nichtdeutsche	Gesamt
Gesamt	**264419**	**129400**	**152578**	**546397**
Deutschland	264419	-	-	264419
Türkei	-	15652	16132	31784
Rumänien	-	15255	15813	31068
Ukraine	-	4260	13050	17310
Polen	-	11061	4881	15942
Griechenland	-	3713	11761	15474
Russische Föderation	-	10964	3714	14678
Italien	-	3484	6483	9967
Syrien	-	2076	7800	9876
Kasachstan	-	8917	535	9452
Irak	-	4064	4312	8376
Bulgarien	-	1100	6723	7823
Kroatien	-	1528	5913	7441

ohne Angabe	-	6238	39	6277
Bosnien und Herzegowina	-	1440	3833	5273
Indien	-	845	4213	5058
Serbien	-	1421	3360	4781
Tschechische Republik	-	3591	1067	4658
Kosovo	-	1161	2835	3996
Vereinigte Staaten, auch USA	-	2054	1206	3260
Iran	-	1402	1693	3095
Spanien	-	1044	1807	2851
Vietnam	-	1119	1722	2841
Österreich	-	1387	1453	2840
Ungarn	-	1028	1767	2795
Nordmazedonien	-	629	1752	2381
Äthiopien	-	645	1697	2342
China	-	622	1590	2212
Afghanistan	-	456	1461	1917
Albanien	-	218	1540	1758
Frankreich	-	817	837	1654
Aserbaidschan	-	517	1122	1639
Moldau	-	740	814	1554
Nigeria	-	834	667	1501
Pakistan	-	536	844	1380
Vereinigtes Königreich	-	681	619	1300
Tunesien	-	732	531	1263
Brasilien	-	626	590	1216
Sri Lanka	-	692	444	1136
Marokko	-	607	484	1091
Eritrea	-	428	608	1036
Jugoslawien	-	974	3	977
Portugal	-	207	742	949
Thailand	-	393	501	894
Tadschikistan	-	704	187	891
Georgien	-	321	557	878
Usbekistan	-	632	210	842
Weißrußland	-	359	459	818
Lettland	-	208	597	805
Algerien	-	331	457	788
Slowakei	-	286	480	766
Armenien	-	206	557	763
Philippinen	-	440	296	736
Ägypten	-	342	389	731
Ghana	-	399	320	719
Montenegro	-	218	471	689
Niederlande	-	317	352	669
Kirgisistan	-	507	160	667
Kamerun	-	292	347	639
Slowenien	-	174	386	560
Schweiz	-	415	141	556
Litauen	-	190	359	549
Libanon	-	409	138	547
Mexiko	-	275	269	544
Kolumbien	-	225	266	491
Togo	-	300	182	482
Serbien und Montenegro	-	447	2	449

Kuba	-	166	270	436
Bangladesch	-	176	247	423
Japan	-	89	333	422
Somalia	-	56	356	412
Korea, Republik	-	90	311	401
Venezuela	-	111	269	380
Schweden	-	102	253	355
Kenia	-	216	112	328
Indonesien	-	109	215	324
Kanada	-	134	172	306
Sowjetunion	-	283	1	284
Peru	-	169	102	271
Argentinien	-	158	109	267
Irland	-	71	150	221
Jordanien	-	94	126	220
Chile	-	114	100	214
Angola	-	155	58	213
Estland	-	114	97	211
Südafrika	-	125	85	210
Israel	-	101	104	205
Sudan	-	92	109	201
Belgien	-	88	106	194
Australien	-	94	88	182
Mongolei	-	66	111	177
Taiwan	-	65	112	177
Finnland	-	94	80	174
Ecuador	-	105	69	174
Palästinensische Gebiete	-	28	131	159
Uganda	-	94	63	157
Dominikanische Republik	-	107	47	154
Benin	-	28	116	144
Kongo, Dem. Rep.	-	80	63	143
Mosambik	-	77	60	137
Nepal	-	44	84	128
Cote d'Ivoire	-	82	45	127
Dänemark	-	63	62	125
Jemen	-	40	76	116
Gambia	-	46	63	109
Malaysia	-	27	79	106
Turkmenistan	-	55	45	100
Weitere (Fälle < 100)	**-**	**1237**	**959**	**2196**

G.2 Bevölkerung in der Hauptwohnung mit Migrationshintergrund seit 2014 (Quelle: StA, Melderegisterabzug)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Insgesamt	218.349	230.765	236.297	242.428	248.361	251.744	252.623	255.309	270.835	277.649	281.978
nach dem Geschlecht											
männlich	108.121	115.894	118.213	121.477	124.736	126.523	126.726	128.062	134.707	138.511	141.011
weiblich	110.228	114.871	118.084	120.951	123.625	125.221	125.897	127.247	136.128	139.138	140.967
nach Altersgruppen											
unter 3	8.550	9.086	9.755	9.984	10.387	10.208	9.933	9.971	10.068	9.845	9.573
3 bis unter 6	8.080	8.559	8.793	9.158	9.384	9.734	9.818	10.064	10.272	10.460	10.479
6 bis unter 10	10.560	11.074	11.318	11.352	11.567	11.753	11.832	12.070	13.036	13.489	13.786
10 bis unter 15	12.472	13.067	13.526	14.087	14.390	14.467	14.633	14.638	15.613	15.718	16.100
15 bis unter 18	7.280	7.922	7.925	8.068	8.227	8.487	8.595	8.797	9.529	9.816	9.875
18 bis unter 25	18.896	20.750	21.209	21.392	21.540	21.540	20.972	21.257	23.290	24.470	25.562
25 bis unter 45	71.243	75.908	77.296	79.417	81.512	82.064	81.456	81.605	86.994	89.385	91.597
45 bis unter 65	50.412	52.680	54.061	55.926	57.815	59.310	60.606	61.846	65.072	66.974	68.120
65 bis unter 80	24.210	24.755	25.015	25.143	25.073	25.065	25.039	24.946	25.873	26.125	26.190
ab 80	6.646	6.964	7.399	7.901	8.466	9.116	9.739	10.115	11.088	11.367	10.696
nach dem Familienstand											
ledig	95.204	102.787	106.356	109.712	112.808	114.796	115.656	118.467	129.345	135.034	139.485
verheiratet	95.156	98.988	100.495	102.902	105.219	106.173	105.781	105.516	108.664	109.681	110.069
verwitwet	10.290	10.560	10.820	10.921	11.065	11.164	11.294	11.421	12.270	12.248	11.612
geschieden	17.699	18.430	18.626	18.893	19.269	19.611	19.892	19.905	20.556	20.686	20.812
nach der Religionszugehörigkeit											
evangelisch	27.401	27.189	26.780	26.370	25.938	25.183	24.370	23.520	23.301	22.700	21.381
katholisch	51.417	52.177	51.515	51.047	50.666	49.496	48.179	46.605	45.618	44.321	42.342
sonstige/keine	139.531	151.399	158.002	165.011	171.757	177.065	180.074	185.184	201.916	210.628	218.255
nach dem Bezugsland											
Europa (ohne Deutschl.)	166.753	172.913	174.692	178.548	182.116	183.691	183.799	184.157	195.127	198.102	196.974
dar. Türkei	31.674	31.486	31.354	31.473	31.507	31.329	31.089	30.897	30.913	31.821	31.784
Rumänien	24.972	26.737	27.604	28.802	29.901	30.596	30.702	30.878	31.535	31.863	31.068
Polen	19.541	19.709	19.457	19.117	18.837	18.450	18.053	17.667	17.567	17.134	15.942
ehem. Jugoslawien	18.811	20.116	20.532	21.390	22.532	23.512	24.093	24.738	25.793	26.363	26.582
Russland	14.223	14.364	14.538	14.598	14.554	14.474	14.433	14.395	14.589	14.709	14.678
Griechenland	13.071	13.666	13.942	14.407	14.814	14.941	15.087	15.154	15.357	15.411	15.474
Italien	8.802	9.136	9.145	9.458	9.733	9.799	9.773	9.763	9.819	9.967	9.967
Tschechien	6.657	6.533	6.415	6.292	6.093	5.931	5.666	5.432	5.535	5.330	4.658
Ukraine	7.756	8.089	8.087	8.038	8.074	8.057	8.053	7.937	15.783	16.227	17.310

Afrika	8.000	8.808	9.476	9.611	10.049	10.530	10.716	11.095	11.712	12.615	13.708
Asien	32.883	37.786	40.822	42.344	43.736	44.776	45.228	46.778	50.100	52.499	56.651
dar. Kasachstan	9.575	9.639	9.705	9.751	9.856	9.853	9.777	9.686	9.627	9.604	9.452
Irak	5.370	6.651	7.447	7.714	8.082	8.082	8.087	8.184	8.256	8.282	8.376
Amerika, Australien, sonstige	10.713	11.258	11.307	11.925	12.460	12.747	12.880	13.279	13.896	14.433	14.645

H. Amtsinterne Statistik des MI für (2015-2024)

		Personen/Fälle									
		2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
1.a	**Aufenthaltstitel (AufenthG) erteilt,**	**10.179**	**11.965**	**12.098**	**12.641**	**15.542**	**9.994**	**11.687**	**16.620**	**14.354**	**13.433**
	davon										
	Niederlassungserlaubnis (AufenthG)	1.437	1.054	855	976	1.189	824	1.550	1.323	1.061	1.354
	Daueraufenthaltserlaubnis-EG	36	34	60	36	37	36	61	78	89	142
	Aufenthaltserlaubnis (AufenthG)	8.390	10.521	10.851	11.240	13.922	8.878	9.775	14.878	12.802	11.142
	Blaue Karte EU	316	356	332	389	394	256	301	341	402	795
1.b	Fiktionsbescheinigung (MI/1 & MI/3)	3.957	7.704	11.189	13.814	16.861	13.649	15.058	26.696	21.456	20.745
2.	**Ausstellung neuer eAT-Kartenkörper** (früher Übertrag Aufenthaltstitel in neuen Pass)	**5.129**	**3.842**	**4.010**	**4.291**	**4.617**	**3.205**	**5.733**	**5.401**	**5.496**	**5.084**
3.	**eAT-Produkte** (Summen 1a & 2)	**15.308**	**15.807**	**16.108**	**16.932**	**20.159**	**13.199**	**17.420**	**22.021**	**19.850**	**18.517**
4.	**Aufenthaltskarte & Daueraufenthalts-Karte-EU**	**302**	**360**	**336**	**536**	**670**	**374**	**443**	**391**	**405**	**528**
5.	**Integration**										
5.1	Anspruchsbescheinigungen	62	75	89	133	100	163	137	100	224	208
5.2	Verpflichtungsbescheinigungen	1.043	1.616	1.241	756	742	334	505	261	470	527
5.3	Beratungsgespräche	85	60	89	116	12	0	werden seit 2020 nicht mehr erfasst			
6.	**Zulassung zum Arbeitsmarkt**										
6.1	- positive Entscheidung	337	443	420	449	577	706	1.023	---	---	---
6.2	- negative Entscheidung	29	34	36	55	102	176	143	---	---	---
6.3	- Entscheidungen insgesamt (ab 2022 keine Unterscheidung mehr mögl.)	366	477	456	504	679	882	1.166	1.426	2.041	1.650
7.	**Einreisevorgänge (Beteiligung im Visumsverfahren)**	828	929	1.066	1.071	1.041	903	999	1.424	1.680	2.369
8.	**Duldungen erteilt/erneuert (MI/1 + MI/3)**	3.073	3.287	4.301	4.415	4.838	4.100	3.667	2.312	1.986	1.460
9.	**Aufenthaltsgestattungen für Asylbewerber**	5.819	8.851	4.897	3.926	3.601	2.855	1.934	1.751	1.885	1.287
10.	**Passausstellungen**										
10.1	Reiseausweis für Flüchtlinge	951	2.577	1.684	1.771	3.111	1.380	1.549	3.328	1.991	1.377
10.2	Reiseausweis für Staatenlose	42	25	40	72	46	27	47	33	30	37
10.3	Reiseausweis für Ausländer	166	165	110	195	251	136	185	181	268	196
11.	**Verpflichtungserklärungen (positiv)**	3.514	2.922	2.817	2.553	2.919	726	807	1.868	2.584	2.485
12.	**Versagungsbescheide Einbürgerung**		27	14	17	5	8	17	18	117	124
13.	**Ausweisungen**	136	183	223	214	252	146	206	197	219	200

		Personen/Fälle									
		2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
14.	**EU-Verlustfeststellungen (§ 6 FreizügG/EU)**	52	64	53	46	41	27	48	35	34	37
15.	**Versagung von Aufenthaltsgenehmigungen** (MI/1 &MI/3)	472	475	406	635	650	306	321	336	369	520
16.	**Sicherheitsrechtliche Überprüfungen**	2.409	3.748	2.487	1.093	1.409	1.382	1.352	1.379	1.663	1.385
17.	**Abschiebungen**	179	133	87	71	80	23	61	43	46	61
18.	**Abschiebehaftanträge**	29	25	25	35	19	17	27	6	23	37
19.	**Termine beim VG Ansbach (MI/1 & MI/3)**	66	37	96	92	125	93	94	94	100	84

20. Ausbildung und Beschäftigung von Asylbewerbern und Geduldeten

	2017*)	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Anträge auf Ausbildung von Asylbewerbern, Geduldeten	**29**	**52**	**73**	**72**	**59**	**44**	**27**	**56**
- Genehmigte Ausbildungsanträge	8	19	56	49	36	31	25	33
- Erteilte Ausbildungsduldungen (§ 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG, § 60c AufenthG)	2	5	6	32	22	21	3	3
- Abgelehnte Ausbildungsanträge	34	64	11	6	7	5	6	2
Anträge auf Beschäftigung von Asylbewerbern, Geduldeten	**212**	**479**	**790**	**647**	**229**	**191**	**202**	**158**
- Genehmigte Beschäftigungsanträge	70	167	368	316	157	134	202	153
- Abgelehnte Beschäftigungsanträge	93	268	136	86	46	20	31	22
Anträge auf Beschäftigungsduldung	**0**	**0**	**0**	**9**	**51**	**5**	**19**	**3**
- Erteilte Beschäftigungsduldung	0	0	0	4	9	2	4	0
- Abgelehnte Beschäftigungsduldung	0	0	0	4	10	6	0	0

*) ab 01.08.2017

Berichtsvorlage
OBM/016/2025

NÜRNBERG

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	24.07.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:

Vorstellung des Projekts "Nürnberg forscht - Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft" am Beispiel der Forschungsgruppe "Politische Teilhabe"

Anlagen:
Projektüberblick und Zusammenfassung
Nürnberg forscht Ergebnisbericht

Bericht:

Das Projekt „Nürnberg forscht – Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft“ wird vom Bildungsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus durchgeführt und aus Mitteln des vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) administrierten Asyl-, Migration- und Integrations-Fonds (AMIF) der Europäischen Union kofinanziert. Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte erforschen als Laienforschende migrations- und integrationsbezogene Fragestellungen. Die dritte Forschungsgruppe befasst sich mit der politischen Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg. Erste Ergebnisse aus Interviews und einer quantitativen Befragung geben Einblick in Beteiligungserfahrungen und mögliche Hürden auf kommunaler Ebene und verdeutlichen den Mehrwert des Citizen-Science-Ansatzes.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Beim Projekt „Nürnberg forscht“ sind insbesondere Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte eingeladen, als Laienforschende aktiv mitzuwirken, um ihre Perspektive einzubringen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Koordinierungsgruppe Integration**

☐

☐

Projekt „Nürnberg forscht“ – Projektüberblick und Zusammenfassung der Ergebnisse der 3. Forschungsgruppe[1]

1. Einleitung und Projektüberblick

Im Januar 2023 startete das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus das dreijährige Projekt „Nürnberg forscht – Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft“. Es zielt darauf ab, neue Erkenntnisse zu Migration und Integration in Nürnberg zu gewinnen – und zwar durch den innovativen Ansatz der Bürgerwissenschaft (Citizen Science). Das Projekt ist Teil des EU-finanzierten Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021–2027.

Während Citizen Science in den Naturwissenschaften bereits etabliert ist, steckt sie in den Sozialwissenschaften noch in den Anfängen. Gerade in gesellschaftlich relevanten Themenfeldern wie Migration bietet dieser partizipative Forschungsansatz jedoch großes Potenzial: Bürgerinnen und Bürger können ihre Alltagsperspektiven einbringen und so neue Impulse für Wissenschaft und Gesellschaft liefern.

Im Mittelpunkt von „Nürnberg forscht“ steht die aktive Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Unabhängig von Bildungsgrad oder beruflichem Hintergrund bringen sie ihre persönlichen Erfahrungen in den Forschungsprozess ein. Dabei werden sie wissenschaftlich vom Bildungsbüro und pädagogisch von der Akademie Caritas Pirckheimer-Haus begleitet.

Das Projekt verfolgt mehrere Ziele: Es will das Wissen von Bürgerinnen und Bürgern sichtbar machen und dadurch neue Perspektiven auf Integration eröffnen, die Teilnehmenden in ihren Kompetenzen stärken und langfristig einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen – etwa durch Sensibilisierung für Migrationsthemen, den Abbau von Vorurteilen und die Förderung von Vielfalt. Darüber hinaus soll das Projekt auch andere Citizen Science Initiativen durch seine Methoden und Erfahrungen inspirieren und zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Nürnberg beitragen.

2. Projektaufbau und partizipative Umsetzung

Das Projekt „Nürnberg forscht“ besteht aus einer zweijährigen Forschungsphase mit vier eigenständigen Forschungsgruppen, in denen Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte als Laienforschende (Citizen Scientists oder Mitforschende genannt) an sozialwissenschaftlichen Themen zu Integration und Vielfalt in Nürnberg forschen. Jede Forschungsgruppe umfasst etwa sechs Monate und berücksichtigt bewusst die vielfältigen Lebensrealitäten der Citizen Scientists, wie Herkunft, Sprache, Alter und Geschlecht.

Vor Beginn der Forschung werden die Mitforschenden in wissenschaftlichem Arbeiten geschult, entwickeln gemeinsam Forschungsfragen und wählen geeignete Methoden zur Datenerhebung. Die Forschungsmethoden reichen von klassischen Ansätzen wie Interviews und Fragebögen bis hin zu kreativen und partizipativen Formaten wie Photovoice oder Community Mapping. Der Grad der Beteiligung reicht je nach Gruppe von kollaborativ bis ko-kreativ – basierend auf einem dreistufigen Beteiligungsmodell nach Bonney et al. (2009).

[1] Ein ausführlicher Forschungsbericht wird zusätzlich im Rahmen der Vorstellung des Projekts „Nürnberg forscht“ in der Kommission für Integration bereitgestellt.

Ein Netzwerk aus städtischen und migrantischen Organisationen sowie ein vielfältig besetzter Projektbeirat begleiten die Arbeit fachlich und kritisch-konstruktiv. Die Ergebnisse jeder Forschungsgruppe werden dokumentiert, veröffentlicht und in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten öffentlich präsentiert. Zusätzlich werden alle Schritte über eine Projektwebseite und einen Instagram-Kanal kommuniziert, um eine breite Sichtbarkeit und nachhaltige Wirkung über Nürnberg hinaus zu ermöglichen.

3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe „Politische Teilhabe“

Die dritte Forschungsgruppe des Projekts „Nürnberg forscht“ widmet sich der politischen Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Vor dem Hintergrund empirisch belegter Teilhabelücken – wie geringer Wahlbeteiligung, struktureller Unterrepräsentation und rechtlicher Ausschlüsse – untersuchte das Projekt, inwieweit politische Beteiligung auf lokaler Ebene möglich ist, und welche Barrieren bestehen.

Die Forschungsgruppe bestand aus 14 Teilnehmenden mit diversen Migrationsbiografien. Von November 2024 bis Juli 2025 traf sich die Gruppe regelmäßig, entwickelte gemeinsam die Forschungsfrage **„Welche Faktoren beeinflussen politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg?“** und führte eine quantitative Online-Befragung unter Nürnbergerinnen und Nürnbergern mit Zuwanderungsgeschichte sowie qualitative leitfadengestützte Interviews mit Personen aus der Kommunalpolitik und überregionalen Beratungspraxis durch. Die Mitforschenden waren aktiv in alle Phasen eingebunden – von der Konzeption bis zur Interpretation und Präsentation der Ergebnisse.

Die Analyse erfolgte mithilfe klassischer sozialwissenschaftlicher Methoden. Die qualitativen Interviews wurden transkribiert und anhand eines Codiersystems in vier Hauptkategorien ausgewertet: individuelle, strukturelle, gesellschaftliche und politische Faktoren. Die statistischen Daten aus der Online-Umfrage ergänzen – trotz ihrer eingeschränkten Aussagekraft – das durch die Einzelinterviews gewonnene Bild zur politischen Teilhabe. Insgesamt spiegeln die Ergebnisse Befunde aus der aktuellen Forschung wider

Die Ergebnisse wurden im Sinne des Citizen-Science-Ansatzes sowohl vom Projektteam als auch von den Mitforschenden selbst interpretiert, wodurch unterschiedliche Perspektiven einflossen. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammengefasst dargestellt.

Individuelle Faktoren

Die politischen Wege der Befragten in den Einzelinterviews sind geprägt von vielfältigen Biografien, Migrationserfahrungen und persönlichem Engagement. Oft beginnt ihr politisches Handeln im zivilgesellschaftlichen Raum – ausgelöst durch erlebte Ungerechtigkeit, Anerkennung oder den Wunsch nach Teilhabe. Migration wird dabei sowohl als Herausforderung als auch als Ressource begriffen, die politische Sensibilität und Perspektivvielfalt fördert. Politische Kompetenz entsteht weniger durch klassische Karrieren als durch persönliche Erfahrungen, lokale Themen und alltägliches Engagement. Trotz struktureller Barrieren setzen sich die Interviewten mit unterschiedlichen Zielen für eine gerechtere Gesellschaft ein – von konkreten Projekten bis hin zu umfassende Visionen.

Strukturelle Faktoren

Die im Rahmen der Analyse ausgewerteten Aussagen zeichnen ein differenziertes Bild der politischen Teilhabechancen in Nürnberg. Sie verweisen auf eine Vielzahl von Engagementformen – unter anderem in Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen, migrantisch geprägten Organisationen sowie im

öffentlichen Raum. Zugleich verdeutlichen sowohl qualitative Rückmeldungen als auch Ergebnisse der Online-Befragung, dass politische Teilhabe wohl nicht für alle gleichermaßen zugänglich ist.

Dabei werden insbesondere strukturelle Rahmenbedingungen thematisiert, die als hemmend oder ausschließend erlebt werden. Genannt werden etwa das eingeschränkte kommunale Wahlrecht, mangelnde Informationsangebote, formale Eintrittshürden in parteipolitische Strukturen sowie institutionell verankerte kulturelle Selbstverständnisse. Diese Faktoren wirken sich nach Einschätzung einzelner Beteiligter negativ auf Teilhabechancen aus.

Die Auswertung gibt zudem Hinweise darauf, unter welchen Bedingungen politisches Engagement als unterstützend und wirksam erlebt wird. Wiederholt wird hervorgehoben, wie bedeutsam persönliche Ansprache, biografische Anknüpfungspunkte, sichtbare Repräsentation und niedrigschwellige Beteiligungsformate für eine gelingende Teilhabe sein können. Migrantisch geprägte Organisationen nehmen dabei häufig eine vermittelnde Rolle ein – sowohl gegenüber politischen Institutionen als auch in Richtung Stadtgesellschaft. Besonders positive Erfahrungen werden dort benannt, wo politische Strukturen offen für Diversität sind und diese aktiv einbinden – etwa durch transparente Auswahlprozesse, gezielte Nachwuchsförderung, Empowerment-Ansätze oder eine inklusive Kommunikationskultur.

Gesellschaftliche Faktoren

Die Interviewten kommen zu der Einschätzung, dass die gesellschaftlichen Einflussfaktoren auf politische Teilhabe komplex sind und oft widersprüchlich wirken. Vertrauen müsse aufgebaut, Repräsentanz sichtbar gemacht und gesellschaftliche Kommunikation aktiv gestaltet werden. Nürnberg wird in vielen Aussagen als Stadt mit vergleichsweiser guter Infrastruktur, engagierter Verwaltung und mutigen Initiativen wahrgenommen. Dennoch erkennen die Befragten auch, dass politische Apathie, Angst vor Anfeindung und mangelnde Sichtbarkeit migrantischer Stimmen Herausforderung darstellen – insbesondere in einer zunehmend polarisierten Medienlandschaft. Eine nachhaltige Stärkung von Teilhabe könnte durch eine verstärkte Öffnung politischer Räume, eine breite gesellschaftliche Anerkennung sowie durch digitale Strategien unterstützt werden, die sowohl den Zugang erleichtern als auch verantwortungsvolles Handeln fördern.

Politische Faktoren

Zusammengefasst kommen die Befragten in den Interviews zu folgenden Einschätzungen in Bezug auf die politischen Faktoren: Ob in Nürnberg, Bamberg oder im Rahmen bundesweiter Programme – die Beispiele zeigen, dass politische Teilhabe durch gezielte Maßnahmen nachhaltig gestärkt werden kann. Als besonders wirkungsvoll erachten die Befragten die niedrigschwelligen Beteiligungsformate vor Ort, die eine direkte und unkomplizierte Mitwirkung ermöglichen. Ergänzend dazu spielen ihrer Einschätzung nach individuelle Förderangebote – etwa in Form von Schulungen, Mentoring oder Empowerment-Programmen – eine wichtige Rolle. Auch institutionalisierte Programme mit professioneller Begleitung könnten einen zentralen Beitrag leisten. Darüber hinaus wirke sich eine aktive migrantische Selbstorganisation sowie ein starkes zivilgesellschaftliches Netzwerk förderlich auf politische Mitgestaltung aus. Schließlich trage auch die strukturelle Öffnung politischer Räume – etwa durch Mehrsprachigkeit oder die Einführung von Quotenregelungen – dazu bei, mehr Vielfalt in Entscheidungsprozesse zu bringen.

Fazit und Empfehlung aus den Ergebnissen der 3. Forschungsgruppe

Die Auswertung im Projekt „Nürnberg forscht“ zeigt, dass politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für demokratische Gerechtigkeit und kommunale Integration bedeutend ist. Trotz Fortschritten bestehen weiterhin Barrieren, die eine gleichberechtigte Mitgestaltung erschweren.

Lokale Integrationspolitik, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung sind wichtige Faktoren zur Verbesserung.

Die Studie weist darauf hin, dass symbolische Repräsentation und punktuelle Fördermaßnahmen allein begrenzt wirken. Stattdessen sind strukturelle Offenheit, gezielte Ansprache, faire Ressourcenverteilung und transparente Verfahren erforderlich. Der Zugang zu Teilhabe hängt derzeit noch stark von individuellem sozialem Kapital, Sprachkenntnissen und Netzwerken ab.

Empfohlen werden unter anderem der Ausbau politischer Bildung, mehrsprachige Informationsangebote, niedrigschwellige Beteiligungsformate sowie Maßnahmen zur Förderung unterrepräsentierter Gruppen. Ziel ist, politische Vielfalt dauerhaft als festen Bestandteil kommunaler Demokratie in Nürnberg zu etablieren.

4. Potenziale von Citizen Science für Forschung, Verwaltung und Stadtgesellschaft

Das Projekt „Nürnberg forscht“ zeigt exemplarisch das Potenzial von Citizen Science in der Sozialforschung, insbesondere in den Bereichen Migration, Teilhabe und Integration. Durch die aktive Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wurden nicht nur Daten erhoben, sondern auch neue Perspektiven sichtbar gemacht und gesellschaftliche Relevanz anerkannt. Der partizipative Ansatz trug zur Stärkung des Vertrauens in kommunale Prozesse bei und regte eine lebensnahe Weiterentwicklung von Maßnahmen an. Auch die Teilnehmenden profitierten durch Kompetenzzuwachs und ein gestärktes Gefühl von Selbstwirksamkeit. Insgesamt macht das Projekt deutlich, dass Citizen Science nicht nur ein methodischer Zugang ist, sondern einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Teilhabe und diversitätssensiblen Verwaltung leisten kann.

NÜRNBERG FORSCHT

Partizipative Forschung mit zugewanderten Menschen zu Integrationsthemen in Nürnberg

Ergebnisbericht

„Einflussfaktoren auf die politische Teilhabe von Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte“

Projekt „Nürnberg forscht“

Inhalt

1. Einleitung und Projektüberblick 3
2. Projektaufbau und partizipative Umsetzung 4
3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe 3 „Politische Teilhabe“ 9
Individuelle Faktoren 14
Strukturelle Faktoren 26
Gesellschaftliche Faktoren 44
Politische Faktoren 55
Fazit und Empfehlung aus den Ergebnissen der 3. Forschungsgruppe 59
4. Potenziale von Citizen Science für Forschung, Verwaltung und Stadtgesellschaft 60
Literaturverzeichnis 61
Anhang 63

1. Einleitung und Projektüberblick

Im Januar 2023 startete das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus das auf drei Jahre angelegte Projekt „Nürnberg forscht – Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft“. Ziel des Projekts ist es, neue Erkenntnisse über Migration und Integration in Nürnberg zu gewinnen – und zwar durch den innovativen Ansatz der Bürgerwissenschaft, auch bekannt als Citizen Science. Das Projekt ist Teil des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021–2027 und wird von der Europäischen Union kofinanziert.

Citizen Science – Forschung durch Laien

Citizen Science ist insbesondere in den Naturwissenschaften etabliert: Dort engagieren sich interessierte Bürgerinnen und Bürger beispielsweise beim Zählen von Insekten oder Sternen. In den Sozial- und Geisteswissenschaften hingegen steckt dieser Ansatz noch in den Anfängen. Bürgerwissenschaftliche Aktivitäten in der Sozialforschung eignen sich aber sehr gut, um das Wissen von Bürgerinnen und Bürger für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu gewinnen. Gerade in gesellschaftsbezogenen Themenfeldern wie Migration bietet der partizipative Ansatz großes Potenzial: Das Alltagswissen von Bürgerinnen und Bürgern stellt eine wertvolle Ressource dar, die durch Social Citizen Science systematisch erschlossen werden kann. Die Teilnehmenden beobachten gesellschaftliche Entwicklungen in ihrem direkten Umfeld und können auf dieser Basis neue Impulse für die Forschung liefern.

Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Im Rahmen von „Nürnberg forscht“ sind insbesondere Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte[1] eingeladen, als Laienforschende aktiv am Projekt mitzuwirken. Unabhängig von Bildungsstand oder beruflichem Hintergrund bringen sie ihre persönlichen Erfahrungen in die Forschung ein. Sie werden dabei vom Bildungsbüro wissenschaftlich und von der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus pädagogisch begleitet.

Ziele und Nutzen des Projekts

Das Projekt verfolgt mehrere zentrale Ziele:

- **Gesellschaftliches Wissen sichtbar machen**: Das migrationsspezifische Vorwissen der Mitforschenden wird in den Forschungsprozess eingebunden, um neue Perspektiven auf Integration in Nürnberg zu gewinnen.
- **Stärken entdecken und Kompetenzen fördern**: Die Teilnehmenden entwickeln durch ihre aktive Rolle neue Fähigkeiten, lernen wissenschaftliches Arbeiten kennen und reflektieren ihre eigenen Integrationserfahrungen.
- **Gesellschaftlichen Mehrwert schaffen**: Die Forschungsergebnisse sollen zu einer höheren Sensibilität für Migrationsthemen, dem Abbau von Vorurteilen und einer größeren Akzeptanz von Vielfalt in Nürnberg beitragen.

Langfristig soll das Projekt nicht nur die Nürnberger Integrationspolitik mit neuen Impulsen unterstützen, sondern auch Wissenschaft und Öffentlichkeit inspirieren – etwa durch die Weitergabe von Erfahrungen und Methoden an vergleichbare Citizen Science Projekte.

[1] Die Begrifflichkeiten Zuwanderungsgeschichte, Zuwanderungsbiografie, Migrationserfahrung, Migrationshintergrund usw. bringen verschiedene Konnotationen mit sich und werden abhängig von Kontext und Akteur verwendet. In diesem Bericht werden daher kontextbezogen unterschiedliche Begriffe verwendet.

2. Projektaufbau und partizipative Umsetzung

Citizen Science in vier Forschungseinheiten – Aufbau und Durchführung

Das Projekt **„Nürnberg forscht“** gliedert sich in eine zweijährige Forschungsphase, die aus vier eigenständigen Forschungsgruppen besteht. Jede Gruppe umfasst rund sechs Monate und bietet Laienforschenden, die hier als Mitforschende oder Citizen Scientists bezeichnet werden, die Möglichkeit, sozialwissenschaftlich zur Integration und Vielfalt in Nürnberg zu forschen. Die Projektstruktur ermöglicht eine thematische und methodische Vielfalt, wobei die individuellen Lebensrealitäten der Teilnehmenden – insbesondere ihre Zuwanderungsgeschichte, Sprache, Geschlecht oder ihr Alter – gezielt berücksichtigt werden.

Vorbereitung und Qualifizierung

Bevor die eigentliche Forschung beginnt, durchlaufen die Mitforschenden eine Vorbereitungsphase, in der sie grundlegende Kenntnisse des wissenschaftlichen Arbeitens erlernen. Ziel ist es, gemeinsam eine Forschungsfrage zu entwickeln und darauf aufbauend geeignete Methoden zur Datenerhebung auszuwählen. In dieser Phase wird das Projektteam aus Bildungsbüro und der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus von externen Expertinnen und Experten unterstützt, die zusätzlich Fachimpulse zu wissenschaftlichen Themen geben.

Abbildung 1: Aufbau einer Forschungseinheit



Methodenvielfalt im Forschungsprozess und Beteiligung

Die konkreten **Untersuchungsmethoden** und der **Grad der Partizipation** variieren je nach Forschungsgruppe und hängen unter anderem von **Zeitressourcen, Sprachkenntnissen und Vorerfahrungen** der Mitforschenden ab. Eingesetzt werden klassische sozialwissenschaftliche Methoden wie:

- **Gruppendiskussionen**
- **Interviews**
- **Fragebögen**
- **…**

Daneben kommen auch **partizipative und kreative Methoden** zum Einsatz, etwa:

- **Photovoice**
- **Community Mapping**
- **…**

Diese breite Methodenpalette ermöglicht einen flexiblen und praxisnahen Zugang zur Forschung.

Wie die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Forschung grundsätzlich gestaltet sein kann, zeigt ein dreistufiges Modell nach Bonney et al. (2009): **Kontributive** Forschungsprojekte werden von Berufswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern verantwortet, während Citizen Scientists vorrangig als Datensammelnde partizipieren und nur selten Aufgaben der Analyse oder der Weiterverwendung der Ergebnisse übernehmen. In **kollaborativen** Projekten wird das Forschungsdesign zwar hauptsächlich von Berufswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern formuliert, aber Mitforschende sind an der Spezifizierung des Forschungsdesigns beteiligt sowie mit Datenanalyse und Auswertungsverfahren betraut. Dagegen sind Citizen Scientists in **ko-kreativen** Projekten in nahezu allen Schritten des Forschungsprozesses involviert.

Tabelle 1: Modell zu den Graden der Beteiligung in Citizen Science[2]

Aufgaben der Ko-Forscher.innen (KF) im Forschungsprozess	Kontributive Projekte	Kollaborative Projekte	Ko-kreative Projekte
Forschungsfrage(n) auswählen oder formulieren			●
Informationen und Materialien sammeln			●
Hypothesenentwicklung			●
Empirisches Forschungsdesign		◐	●
Datenerhebung oder Stichprobensammlung	◐	●	●
Stichprobenanalyse		●	●
Datenanalyse	◐	●	●
Interpretation der Daten und Ergebnisformulierung		◐	●
Veröffentlichung/Umsetzung der Ergebnisse	◐	◐	●
Diskussion der Ergebnisse und Entwicklung weiterer Forschungsfragen			●

Tabelle: Modell zu Graden der Beteiligung in Citizen Science (Legende: heller Kreis = KF involviert; dunkler Kreis = KF manchmal involviert), Quelle: Göbel et al. 2020: 16, nach Bonney et al. 2009

Die Beteiligungsgrad der Forschungsgruppen von „Nürnberg forscht“ reichte von kollaborativ bis ko-kreativ.

Projektsteuerung

Die Forschungsarbeit wurde von einem im Vorfeld aufgebauten **Netzwerk aus städtischen Institutionen, migrantischen Organisationen, Beratungsstellen und wissenschaftlichen Einrichtungen** begleitet. Diese Akteure haben ihre Perspektiven in den Forschungsrahmen mit eingebracht. Ein **Projektbeirat**, der sowohl die **vielfältige Stadtgesellschaft** als auch die **Wissenschaft** repräsentiert, unterstützt das Projekt mit **kritisch-konstruktiver Beratung** über den gesamten Projektverlauf hinweg.

Ergebnisse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Ergebnisse jeder Forschungsgruppe werden **dokumentiert, veröffentlicht** und der **Stadtgesellschaft sowie der interessierten Öffentlichkeit** zugänglich gemacht. Die Forschungsergebnisse werden aufbereitet und in unterschiedlichen **Veranstaltungsformaten öffentlich präsentiert**. Je nach

[2] Zur möglichen Aufgabenverteilung innerhalb eines Citizen Science Projekts s. Hippler 2021, S. 10.

Thema und Art der Ergebnisse variiert die Form der Darstellung, um die Inhalte möglichst anschaulich und zielgruppengerecht zu vermitteln.

Beispiel Forschungsgruppe 2 – Frauengesundheit

Die zweite Forschungsgruppe hat ihre Ergebnisse unter anderem in Form eines visuellen Plakats aufbereitet. Dieses Plakat fasst zentrale Erkenntnisse übersichtlich zusammen und ermöglicht so eine leicht verständliche Vermittlung der Inhalte. Das Beispiel zeigt, wie das Projekt die Forschungsergebnisse mit unterschiedlichen Präsentationsformaten abwechslungsreich und verständlich darstellt.

Abbildung 2: Schaubild der wichtigsten Ergebnisse aus der zweiten Forschungsgruppe



Darüber hinaus wird der gesamte Forschungsprozess regelmäßig über die eigenen **Kommunikationskanäle des Projekts** – eine Projektwebseite sowie einen Instagram-Kanal – dokumentiert. Diese digitalen Plattformen ermöglichen es, das Projekt über die Stadtgrenzen Nürnbergs hinaus bekannt zu machen, Anknüpfungspunkte für zukünftige Entwicklungen zu schaffen und einen nachhaltigen fachlichen Wissenstransfer zu fördern.

Alle Ergebnisse und weiterführende Informationen sind auf der Internetseite und im Instagram-Kanal von „Nürnberg forscht“ verfügbar:

- Projektwebseite "Nürnberg forscht"
- Instagram-Kanal "Nürnberg forscht"

Forschungsgruppen im Überblick – Themen & Methoden

Die vier aufeinanderfolgenden Forschungsgruppen arbeiten unabhängig voneinander an einem Schwerpunktthema rund um Integration und Vielfalt in Nürnberg. Die Mitforschenden bringen ihre individuellen Perspektiven und Erfahrungen aktiv ein.

1. Forschungsgruppe (Juli 2023 – Februar 2024): Rassismuserfahrungen in Nürnberg

Die erste Forschungsgruppe (12 Mitforschende) untersuchte **Verhaltensstrategien von Menschen, die in Nürnberg Rassismus erleben**. Die Gruppe erarbeitete folgende Forschungsfrage: **„Welche Verhaltensstrategien entwickeln Menschen in Nürnberg, die von Rassismus betroffen sind?“**

Ziel der Studie war es, zu analysieren, wie Betroffene Rassismus wahrnehmen, wie sie damit umgehen, und welche Formen von Unterstützung sie vor Ort suchen oder erhalten. Besonders interessierte dabei

die Frage nach kurzfristigen und langfristigen individuellen Reaktionen auf Diskriminierungserfahrungen.

Methodisches Vorgehen:

- In der Vorbereitungsphase wurden die Mitforschenden in die sozialwissenschaftliche Forschung eingeführt.
- Die Gruppe entschied sich in einem partizipativen Prozess für **leitfadengestützte Interviews** als Erhebungsmethode.
- Insgesamt wurden **sechs Interviews mit Betroffenen** sowie **fünf Interviews mit Fachpersonen** aus dem Bereich Migration und Integration geführt.
- Die Daten wurden mittels **qualitativer Inhaltsanalyse** ausgewertet: Die Mitforschenden codierten die Transkripte und analysierten sie im Hinblick auf zentrale Themen wie Bewältigungsstrategien, Unterstützungsstrukturen und Handlungsspielräume.
- Ergänzend übernahm das Projektteam weiterführende Codierungs- und Analyseaufgaben.

Abbildung 3: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung

	Forschungsgruppe	Projektteam
Textarbeit	Überarbeitung des eigenen Transkripts & eines gemeinsamen Transkripts	Ergänzende Überarbeitung aller Transkripte
Entwicklung des Kategoriensystem	Erstellung der Hauptkategorien	Weiterentwicklung der Hauptkategorien und Ergänzung der Unterkategorien
Codierprozesse	Deduktives Vorgehen mit vier Hauptkategorien (händisch)	Ergänzendes deduktives & induktives Vorgehen (MAXQDA)
Analysen	Auswertung entlang vier Hauptkategorien	Kategorienbasierte Auswertung & Gruppenvergleiche
Interpretation	Gruppendiskussionen & Ableitung von Empfehlungen	Ergänzende Einordnung (Studien, Fachliteratur)

2. Forschungsgruppe (Februar – Oktober 2024): Frauengesundheit in Nürnberg

Die zweite Gruppe (18 Frauen) widmete sich dem Thema **Frauengesundheit** mit Fokus auf die Lebenslagen von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg. Sie ging der folgenden Forschungsfrage nach: **„Welche Faktoren beeinflussen die seelische Gesundheut von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg? Welche Strategien der Stressbewältigung wenden sie an?“**

Zentrale Themen der Gruppe umfassten:

- Psychischer Stress und mentale Gesundheit
- Familiäre Belastungen
- Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe
- Zugang zu Freizeit, Bildung und kulturellen Angeboten

Methodisches Vorgehen:

- Die Gruppe nutzte **Community Mapping**, um Erfahrungen und Strukturen sichtbar zu machen.
- Zudem fanden **Fokusgruppen** statt, um die individuellen Perspektiven der Teilnehmerinnen in einem geschützten Raum zu diskutieren und zu analysieren.

Die Ergebnisse sollten Einblicke in Lebensrealitäten geben, die bisher in der kommunalen Gesundheitsdebatte zu wenig berücksichtigt werden.

Abbildung 4: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung

	Forschungsgruppe	Projektteam
Datenerhebung	Durchführung einer externen Fokusgruppe, Community Mapping	Durchführung von zwei internen Fokusgruppe, ein Expert*innen-Interview
Datenauswertung		Qualitative Inhaltsanalyse, Auswertung der Community Map
Interpretation	Gruppendiskussionen & Ableitung von Empfehlungen	Ergänzende Einordnung (Studien, Fachliteratur)
Präsentation	Vorstellung des Schaubilds	Formulierung des Forschungsberichts

3. Forschungsgruppe (November 2024 – Juli 2025): Politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte > s. Kapitel 3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe 3 „Politische Teilhabe“

4. Forschungsgruppe (ab Mai 2025): Wahrnehmung kultureller Angebote in Nürnberg

Die vierte und aktuell laufende Forschungsgruppe befasst sich mit Kulturangeboten und kultureller Teilhabe in Nürnberg auseinander. Sie geht der folgenden Forschungsfrage nach: **„Wie werden kulturelle Angebote in Nürnberg von Menschen wahrgenommen?“**

Im Zentrum stehen dabei:

- **Zugänglichkeit und Barrieren** im Kulturbereich
- **Repräsentation und kulturelle Vielfalt** in bestehenden Angeboten

Die Gruppe befindet sich noch in der Vorbereitungsphase. Mit einer quantitativen Umfrage auf unterschiedlichen Nürnberger Kulturveranstaltungen sollen Einblicke in die Wahrnehmung, Funktion und Nutzung von lokalen Kulturangeboten gewonnen werden, um damit Aspekte der kulturellen Teilhabe näher zu beleuchten. Die Umfrage richtet an alle Menschen, die in Nürnberg Kulturangebote nutzen.

Empowerment und pädagogische Begleitung

Die pädagogische Begleitung stellte während der gesamten Forschungsarbeit einen zentralen Baustein im Projekt „Nürnberg forscht“ dar. Mitforschenden sollen nicht nur fachlich, sondern auch persönlich in ihrer Rolle als aktive Forschende gestärkt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit waren **strukturierte Einstiege in nahezu jedes Forschungstreffen**, sogenannte *Warm-ups*. Diese kurzen Übungen dienten nicht nur der Auflockerung, sondern erfüllten gezielt pädagogische Funktionen. Sie halfen dabei, einen Übergang vom Alltag in die gemeinsame Arbeit zu schaffen, die Konzentration zu fördern und ein positives Gruppenerlebnis zu ermöglichen.

Bei der pädagogischen Begleitung stand die **Förderung des Gemeinschaftsgefühls** dabei im Vordergrund. Durch gemeinsame Aktivitäten entstand ein Raum des Vertrauens, in dem sich alle Beteiligten sicher und wertgeschätzt fühlen konnten. Gerade bei sensiblen Themen, bei denen persönliche Erfahrungen und Emotionen eine Rolle spielten, war dieser **geschützte Rahmen** entscheidend, um Offenheit und Reflexion zu ermöglichen.

Darüber hinaus stärkten gezielte Übungen **das Selbstvertrauen und die Ausdrucksfähigkeit** der Teilnehmenden. In einem wertschätzenden Umfeld wurde ermutigt, eigene Gedanken und Erkenntnisse zu teilen, sich in Präsentationssituationen auszuprobieren und Verantwortung im Forschungsprozess zu übernehmen. Diese Erfahrungen führten zu einer sichtbaren Entwicklung bei den Mitforschenden – sei es in Form von wachsendem Engagement, steigender Selbstsicherheit oder der Bereitschaft, eigene Ideen und Formate in das Projekt einzubringen.

Im Verlauf der Forschungstreffen war zu beobachten, wie die Teilnehmenden zunehmend **aktive Rollen im Projekt übernahmen**, bis hin zur eigenständigen Durchführung einzelner Forschungsschritte wie z. B. einer Fokusgruppe. Damit leistete die pädagogische Begleitung einen wichtigen Beitrag zum Empowerment der Mitforschenden – sowohl im Hinblick auf die Forschung als auch auf ihre persönliche Entwicklung.

3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe 3 „Politische Teilhabe“

3.1. Einleitung

Die politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Diskussionen gerückt. Angesichts einer Gesellschaft, in der rund 29 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund aufweist (Statistisches Bundesamt 2023), stellt sich die Frage nach gleichberechtigtem Zugang zu politischen Gestaltungsräumen mit besonderer Dringlichkeit. Der aktuelle Forschungsstand zeigt jedoch deutlich: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestehen weiterhin erhebliche Teilhabelücken.

Zentral ist hierbei die Differenzierung zwischen elektoraler und nicht-elektoraler Partizipation. Während sich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte seltener an Wahlen beteiligen – etwa lag die Wahlbeteiligung 2017 laut dem SVR[3] bei Personen mit Migrationshintergrund nur bei 65 % gegenüber 86 % bei Personen ohne Migrationshintergrund –, sind sie im Bereich nicht-elektoraler politischer Aktivitäten (z. B. Demonstrationen, Petitionen, Engagement in Initiativen) oftmals gleich aktiv oder sogar überdurchschnittlich engagiert. Insbesondere die zweite Generation zeigt hier vergleichbare Beteiligungsraten wie die Mehrheitsgesellschaft (SVR-Forschungsbereich 2020).

Ein zentrales Problem bleibt jedoch die strukturelle Unterrepräsentation: Im Bundestag wie in den meisten Landesparlamenten sind Menschen mit Migrationsgeschichte weiterhin deutlich unterrepräsentiert (ca. 12 % Mandatsträgerinnen und -träger im Bundestag gegenüber 29 % Bevölkerungsanteil) (Bergmann; Çelik; Wüst 2024). Auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder

[3] Sachverständigenrat für Integration und Migration

Parteien sind ihre Teilhabechancen oft durch institutionelle Barrieren, Diskriminierungserfahrungen und mangelnde Repräsentanz in Entscheidungsstrukturen eingeschränkt (Dege, Nicke 2022).

Nicht zuletzt wird politische Partizipation durch rechtliche Ausschlüsse erschwert: Rund die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland besitzt keine deutsche Staatsbürgerschaft und ist somit von Bundestags- und Landtagswahlen ausgeschlossen (SVR-Forschungsbereich 2020). Gerade auf kommunaler Ebene, wo politische Entscheidungen unmittelbar die Lebensrealität betreffen, kommt der Beteiligung von zugewanderten Menschen daher besondere Bedeutung zu. Hier bestehen – zumindest für EU-Bürgerinnen und -Bürgern – eingeschränkte Wahlrechte; für Drittstaatsangehörige bleiben jedoch auch kommunale Mitbestimmungsmöglichkeiten formal begrenzt.

Gleichzeitig zeigen Studien, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte ihr politisches Engagement gerade auf der lokalen Ebene ausleben – etwa über Selbstorganisationen, Beiräte, Nachbarschaftsinitiativen oder Beteiligungsgremien. Nicht-elektorale Partizipationsformen gewinnen hier an Relevanz und verweisen auf ein erweitertes Verständnis politischer Teilhabe jenseits klassischer Wahlbeteiligung (European Commission 01.04.2025, Wallis 17.09.2018). Dennoch sind auch kommunalpolitische Strukturen häufig durch Exklusionsmechanismen geprägt und reproduzieren gesellschaftliche Ungleichheiten.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die vorliegende Untersuchung der 3. Forschungsgruppe von „Nürnberg forscht“ der politischen Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsbiografie. Die Stadt Nürnberg bietet sich als Untersuchungsfeld in besonderer Weise an: Mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichte und einer vielfältigen politischen Landschaft stellt sich die Frage, inwieweit bestehende Beteiligungsstrukturen tatsächliche Teilhabe ermöglichen – oder bestehende Exklusionsmuster fortschreiben. Ziel der Citizen-Science-Studie ist es, über die mit den Forschungsbeteiligten erarbeiteten qualitativen wie quantitativen Zugänge (Interviews und Befragung unter zugewanderten Nürnbergerinnen und Nürnbergern) Einblicke in Erfahrungen, Motive und Hürden politischer Beteiligung auf kommunaler Ebene zu gewinnen und diese vor dem Hintergrund des bundesweiten Forschungsstandes und gemäß des gewählten Forschungsansatzes mit den aktiv beteiligten Mitforschenden kritisch zu reflektieren.

3.2. Forschungsdesign

Das folgende Kapitel stellt den partizipativen Prozess innerhalb des Citizen-Science-Projekts, die Forschungsgruppe der dritten Forschungseinheit sowie das methodische Vorgehen vor.

3.2.1. Partizipative Forschungseinheiten

Entlang des bereits beschriebenen Citizen Science Ansatzes *(s. Kapitel 2)* wurden die Mitforschenden auch in dieser Gruppe eng in die Forschungsarbeit eingebunden. Der Grad der Partizipation lässt sich daher als kollaborativ bezeichnen.

3.2.2. Forschungsgruppe und -treffen

Im Vorfeld der dritten Forschungseinheit fand eine intensive Akquise durch das Projektteams statt, um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg über das Forschungsprojekt zu informieren und für eine Beteiligung zu gewinnen. Die Bewerbung des Projekts erfolgte über verschiedene migrantische Organisationen, Vereine und Netzwerke sowie öffentliche Internetaufrufe.

An dieser Forschungsgruppe beteiligten sich insgesamt 14 Frauen und Männer im Alter von 21 bis 70 Jahren mit unterschiedlichen beruflichen Werdegängen. Die Teilnehmenden hatten unterschiedliche

Migrationsbiografien. Viele lebten bereits seit Jahrzehnten in Nürnberg, während einige erst vor ein paar Jahren zugewandert sind. Einige haben vor kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Die Forschungsgruppe kam von November 2024 bis Juli 2025 insgesamt zu 18 Forschungstreffen im zweiwöchentlichen Rhythmus zusammen.

Tabelle 2: Forschungsetappen

Nov. 2024 – Feb. 2025	• Allgemeiner Einblick in sozialwissenschaftliche Forschung • Begriffsbestimmung „Politische Teilhabe“ • Vortrag „Kommunalpolitik und Wahlrecht: Rechte und Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte • Erarbeitung möglicher Fragestellungen zum Thema „Politische Teilhabe“ • Grundlagen der Methoden der quantitativen und qualitativen Forschung und Wahl der Methoden.
Feb./März 2025	• Erstellung Interview-Leitfaden & Umfragebogen • Schulung der Mitforschenden zur selbstständigen Durchführung von leitfadengestützten Interviews • Verbreitung der Online-Umfrage in persönlichen Netzwerken und Communitys

April/Mai 2025	• Datenerhebung
	  ○ Durchführung der quantitativen Online-Befragung
	  ○ Durchführung der leitfadengestützten Einzelinterviews

Mai - Juli 2025	• Datenanalyse • Reflexion der Ergebnisse und Entwicklung von Empfehlungen • Präsentation der Ergebnisse

Nach einem grundlegenden Einblick in sozialwissenschaftliche Methoden und Arbeitsweisen erarbeitete die Gruppe ein gemeinsames Verständnis zum Begriff „Politische Teilhabe“ und beantwortete die Fragen, was darunter zu verstehen ist und welche Formen der Beteiligung es gibt. Im nächsten Schritt sammelten die Mitforschenden sämtliche Fragen, die sie im Kontext einer wissenschaftlichen Untersuchung zur politischen Teilhabe Zugewanderter interessieren würden und ordneten sie einem möglichen Erhebungsverfahren zu. Zur Wahl standen die klassischen Methoden der Sozialforschung: eine quantitative Untersuchung in Form einer standardisierten Befragung oder ein qualitatives Verfahren in Form eines offenen Interviews mit Expertinnen und Experten.

Das Projektteam wertet die von der Gruppe eingebrachten Fragen im Hinblick auf Machbarkeit und passende Methoden aus, um im nächsten Schritt gemeinsam ein leitfadengestütztes Interview und eine Befragung zu entwickeln und die Erhebungen durchzuführen.

Im Anschluss wurden die Daten in den jeweiligen Programmen vom Projektteam ausgewertet und analysiert. Die Mitforschenden erhielten dabei einen detaillierten Einblick in die jeweiligen Auswertungsverfahren und waren vor allem, bei der qualitativen Datenanalyse stärker involviert.

3.2.3. Methodisches Vorgehen

Aufgrund des beteiligungsorientierten Forschungsansatzes und der Gruppenstruktur entschied sich das Projektteam in der dritten Forschungseinheit für einen Methodenmix aus zwei Ansätzen der Sozialforschung:

- quantitative Befragung
- Leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Experten

Diese beiden Methoden bilden die Datenbasis der Studie, die die Forschungsfrage nach den ***Einflussfaktoren auf die politische Teilhabe von Nürnbergerinnen und Nürnbergern mit Zuwanderungsgeschichte auf kommunaler Ebene*** beantworten soll. Im Folgenden werden diese Methoden genauer beschrieben.

Tabelle 3: Übersicht über die quantitative und qualitative Datenerhebung und Auswertung

Zeitraum der Datenerhebung	31. März bis 9. Mai 2025
Art der Datenerhebung	1 Online-Befragung in Lime Survey (2 Pretests) 6 leitfadengestützte Einzelinterviews
Stichprobe	**Online-Umfrage:** Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus Nürnberg. N = 123 *Hinweis: aufgrund der limitierten Rahmenbedingungen im Projekt ist die Stichprobe selektiv und nicht repräsentativ, die Distribution der Umfrage erfolgte gezielt über lokale migrantische Organisationen, Vereine, Netzwerke und persönliche Kontakte; keine Kontrollgruppe* **Interviews:** 5 Personen aus der Nürnberger Stadtpolitik und 1 Person aus der überregionalen Beratungspraxis • Marcus König in seiner Funktion als Oberbürgermeister und leitende kommunalpolitische Instanz • Réka Lörincz, Dr. Nasser Ahmed und Werner Henning als aktive Personen im Stadtrat mit eigener Zuwanderungsbiografie • Sorush Mawlahi, Vorsitzender des Integrationsrates Nürnberg • Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der AGABY[4] als externe Expertin zu integrationspolitischen Fragen
Art der Auswertung	Auswertung der Umfrage mit SPSS[5] / Excel Digitale Codierung der Interviews und Auswertung nach Kategorien in MAXQDA[6]

[4] Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns e.V
[5] Software für statistische Datenanalyse
[6] Software zur computergestützten qualitativen Datenanalyse

Abbildung 5: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung

	Forschungsgruppe	Projektteam
Datenerhebung	Entwicklung Interview-Leitfäden und Online-Befragung	Ergänzende Überarbeitung
Entwicklung des Kategoriensystem	Ableitung aus Leitfäden	Weiterentwicklung der Haupt und Unterkategorien
Codierprozesse	Deduktives Vorgehen mit zwei Hauptkategorien (händisch) bei ausgewählten Interviews	Ergänzendes deduktives & induktives Vorgehen (MAXQDA)
Analysen	Reflexionsrunden	Kategorienbasierte und statistische Auswertung
Interpretation	Gruppendiskussionen & Ableitung von Empfehlungen	Ergänzende Einordnung (Studien, Fachliteratur)

Datenerhebung

Die Entwicklung der Online-Umfrage und der Interview-Leitfänden erfolgte in enger Abstimmung mit den Mitforschenden, die auch die Interviews eigenständig führten. Das Projektteam übernahm im Anschluss die Aufbereitung und Auswertung der quantitativen und qualitativen Daten, bei der die Mitforschenden punktuell durch Feedbackrunden zu Zwischenergebnissen eingebunden wurden.

Analyse

Für die Auswertung der Interviews wurden die Audioaufnahmen der Interviews transkribiert. Auf Grundlage der verschriftlichen Gesprächsprotokolle konnte eine inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse angelehnt an Kuckartz; Rädiker 2024 durchgeführt werden.

Anhand der Leitfadenstruktur, die eine Auswahl und Abfolge von Themen für die Gespräche vorsah, wurde ein Codiersystem entwickelt. Nach Import in das qualitative Auswertungsprogramm MAXQDA wurden Textabschnitte der Transkripte markiert und folgenden Hauptkategorien codiert, die weitere Subcodes enthalten[7]:

1. Individuelle Faktoren
2. Strukturelle Faktoren
3. Gesellschaftliche Faktoren
4. Politische Faktoren

Die Daten aus der in der Software Lime Survey erstellten Online-Befragung wurden bereinigt und in SPSS, einer Software zur statistischen Datenanalyse, importiert und ausgewertet. Die statistischen Daten aus der Online-Umfrage ergänzen trotz ihrer eingeschränkten Aussagekraft das durch die Einzelinterviews gewonnene Bild zur politischen Teilhabe und deuten mitunter Befunde aus der aktuellen Forschung an.

Interpretation der Ergebnisse & Ableitung von Empfehlungen

Die aus der Analyse gewonnenen Ergebnisse wurden vom Projektteam wieder in die Forschungstreffen hineingetragen und transparent gemacht, wie diese zustande gekommen waren. Anschließend setzte sich die Forschungsgruppe in Gruppendiskussionen mit den Ergebnissen auseinander und

[7] Das vollständige Codiersystem s. Anhang 2

interpretierten sie aus ihrer eigenen lebensweltlichen Perspektive. Dieser Schritt, der in der klassischen Sozialforschung meist nicht erfolgt, ist ein zentrales Merkmal des Citizen-Science-Ansatzes. Auf diese Weise wurden die Ergebnisse nicht nur aus einer wissenschaftlichen Perspektive vom Projektteam interpretiert, sondern auch von den Mitforschenden selbst, die aufgrund ihrer eigenen Zuwanderungsbiografie einen wertvollen Blickwinkel einbringen.
Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen aus den Erhebungen lassen sich Empfehlungen ableiten, die in der Schlussbetrachtung am Ende des Kapitels erläutert werden.

3.3. Aktueller Stand der Datenerhebung & erste Beobachtungen

In diesem Kapitel werden exemplarisch zentrale Ergebnisse vorgestellt, um den Mehrwert des Citizen-Science-Ansatzes zu verdeutlichen. Es ist zu beachten, dass die Ergebnisse aufgrund des nicht-repräsentativen Studiendesigns keine statistisch verallgemeinerbaren Aussagen erlauben. Dennoch zeigen sie zentrale Themen, Herausforderungen und Potenziale auf, die als Grundlage für weiterführende Diskussionen und Maßnahmen dienen können.

Die gemeinsame Erarbeitung der Interviewleitfänden und des Umfragebogens verdeutlichen, wie durch die aktive Beteiligung von Laienforschenden mit eigener Zuwanderungsgeschichte relevante Perspektiven sichtbar gemacht und neue Fragestellungen zur Diskussion gestellt werden können.

Die Auswertung des Datenmaterials gibt aufschlussreiche Einblicke darin, wie sich politische Teilhabe auf kommunaler Ebene gestaltet, welche Barrieren bestehen und welche allgemeinen sowie konkreten Maßnahmen zur Förderung des Engagements – auch jenseits der Wahlkabine – als zielführend erachtet werden können.

3.3.1. Einflussfaktoren auf die politische Teilhabe

Im folgenden Abschnitt werden Faktoren dargestellt, die besonders häufig und auch unabhängig von mehreren interviewten Personen (im Folgenden mit „IP“ abgekürzt) benannt wurden. Einige Aussagen aus den geführten Interviews wurden paraphrasiert und zur besseren Lesbarkeit sprachlich geglättet. Inhalt und Aussagekraft bleiben dabei unverändert. Ergebnisse aus der Online-Befragung werden an entsprechenden Stellen ergänzt.

Individuelle Faktoren

Politische Teilhabe der Befragten beginnt nicht erst in Ämtern und Gremien – sie beginnt bei den Menschen selbst: mit ihren Biografien, Erfahrungen, Ressourcen und dem Wunsch, etwas zu bewegen. Gerade für die Studienteilnehmenden mit Zuwanderungsgeschichte ist dieser Weg oft mit besonderen Herausforderungen verbunden. Sie bringen vielfältige Perspektiven, Kompetenzen und Motivation mit, stoßen jedoch in ihrem politischen Alltag immer wieder auf Barrieren, die weit über individuellen Hürden hinausgehen.

Individuelle Faktoren wie Resilienz, soziale Herkunft, Bildung, Sprache, Diskriminierungserfahrungen oder auch die Sichtbarkeit der eigenen Biografie werden als maßgeblich dafür gesehen, ob und wie politische Teilhabe gelingt. Wer sich engagiert, braucht nicht nur Zugang zu Informationen und politischen Strukturen, sondern auch die Kraft, mit Ausgrenzung, Enttäuschung und unausgesprochenen Regeln umzugehen – so die Einschätzung in den Interviews. Die persönlichen Geschichten zeigen, wie politische Beteiligung trotz – oder gerade wegen – dieser Hürden gelingen kann.

Dieser Abschnitt widmet sich den individuellen Perspektiven kommunalpolitisch und zivilgesellschaftlich engagierter Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Er beleuchtet,

welche Faktoren sie motivieren, was sie herausfordert und wie sie ihren Platz in der politischen Landschaft gestalten. Die Einblicke machen deutlich: Politische Teilhabe ist keine rein formale Frage – sie ist zutiefst persönlich und zugleich von gesellschaftlicher Relevanz.

Persönliche Erlebnisse und Hintergründe

Die persönlichen Erlebnisse und biografischen Hintergründe der interviewten Personen zeigen, wie vielfältig die Wege in politisches Engagement sein können – beeinflusst von Herkunft, Zuwanderungserfahrungen, beruflichen Werdegängen, familiären Situationen oder auch von spezifischen Schlüsselereignissen. Sie geben Einblicke in Motivationen, Hürden, Wendepunkte und Lebensentscheidungen, die zur politischen Beteiligung geführt haben oder sie geprägt haben.

1. Biografische Vielfalt als Ressource und Ausgangspunkt

Die Wege in das politische Engagement sind vielfältig – ebenso wie die Hintergründe der Befragten. Einige wurden in Deutschland geboren, andere kamen als Geflüchtete, Ausgesiedelte oder Migrierte aus Ländern wie Eritrea, Iran, Rumänien oder Ungarn. Auch beruflich bringen sie unterschiedliche Perspektiven ein: Sie arbeiten etwa in Wissenschaft, Energie, Verwaltung, Handwerk oder sozialen Projekten.

Der Einstieg in ihr politisches Engagement erfolgte zumeist über zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Besonders häufig wurde die Vereinsarbeit als Ausgangspunkt genannt:

> *„(…) ich bin Mitglied in 14 Vereinen. (…) Und genau dieses war eins der großen Initiativen, warum ich mich in die Stadtpolitik eingebracht habe. Weil ich das erfahren wollte. Wie läuft denn das überhaupt?“ (IP 1)*

Auch der berufliche Hintergrund der Befragten wird als identitätsstiftend und politisierend beschrieben. Eine Befragte berichtet etwa:

> *„Ich bin Vorsitzende der AGABY (…) Beruflich bin ich an der Universität Bamberg bei den Iranisten und Sprachenzentrum.“ (IP 3)*

Ebenso prägt die eigene Migrationsgeschichte ihr politische Selbstverständnis– etwa durch den Wunsch nach Teilhabe oder Reaktion auf Ausschluss:

> *„Ich bin im Nürnberger Stadtrat in der zweiten Wahlperiode (…) Ich habe eine abgeschlossene Berufsausbildung als Handwerksmeister und (…) Diplomingenieur (…) Ich bin auch sehr viel unterwegs bei den kulturellen Veranstaltungen von allen Bevölkerungsgruppen.“ (IP 1)*

2. Der lange Weg zum politischen Systemverständnis

Insbesondere die neu zugewanderten Personen schildern, dass es Jahre gedauert hat, die politischen Strukturen in Deutschland zu verstehen. Das betrifft sowohl formale Abläufe (z. B. welche Ebenen gibt es?) als auch strategische Prozesse innerhalb von Parteien:

> *„Wo ich neu nach Deutschland kam, ich habe zwei, drei Jahre gebraucht, bis ich dann das politische System erstmal verstanden habe. Wie wird gewählt, wofür wird man gewählt und in welchen Ebenen ist man beteiligt und wie groß ist dein Spielraum?“ (IP 5)*

Diese strukturellen Barrieren können zu Selbstschutzstrategien führen. Eine befragte Person lehnte politische Ämter bewusst ab – nicht aus Desinteresse, sondern aus Überforderung oder mangelnder Vorbereitungszeit:

„Ich wurde auch nominiert für die Bundestagswahl, ich habe es abgelehnt, weil ich wusste, ich will mich ja nicht verbrennen, weil bis ich mich innerhalb einer Partei jetzt durchboxe, für den Listenplatz und so weiter (…) die Wahlen sind sehr schnell als gedacht da gewesen." (IP 5)

3. Migrationshintergrund, Diskriminierung – und Widerstandskraft

Einige Befragte berichten von Diskriminierung – direkt, subtil oder digital. Die Erfahrungen reichen von pauschalen Zuschreibungen („Rucksackdeutsche" oder „Bombenleger") über Unwissenheit bis zu massiver Hassrede:

„Ich habe letztes Jahr ein Video geteilt (…) das haben inzwischen fast eine Million Menschen gesehen. (…) Aber es gibt halt nicht nur 15.000 Likes, sondern halt auch irgendwie fast 10.000 Kommentare. Und davon (…) 7.000 Hasskommentare. (…) 40 dieser schlimmsten Fälle wurden zur Anzeige gebracht. (…) 25 davon waren Bots." (IP 4)

Auch subtile Unwissenheit über Herkunft hinterlässt Spuren:

„Fragt mich (…) Wo kommst du denn her? Sag ich: „Aus Siebenbürgen komme ich her" „Da fährst du aber nicht jeden Abend heim?" (IP 1)

Umso bemerkenswerter ist die Widerstandskraft vieler Befragter. Sie lassen sich nicht entmutigen und engagieren sich weiterhin aktiv – oft mit langjährigem Einsatz in kommunalen Gremien oder Initiativen. Dies deckt sich mit Befunden der aktuellen Forschung: Die quantitativen Daten des Integrationsbarometers des SVR aus dem Jahr 2024 weisen auf einen positiven Zusammenhang von Diskriminierungserfahrungen und politischem Engagement hin[8].

4. Identität und politische Rollenvielfalt

Die Mehrheit der Interviewten berichtet, dass sie mehrere Rollen in sich vereinen: als Eltern, Berufstätige, Aktivistinnen, Stadträtinnen oder Parteivorsitzende:

„Ich bin Stadträtin, Mutter, Zuwanderin, Ungarin, Europäerin, Politikwissenschaftlerin, Diversity-Trainerin und Gleichstellungsbeauftragte." (IP 2)

Diese Vielfachidentitäten ermöglichen ihnen eine breite Perspektive auf politische Themen – von Gleichstellung über Teilhabe bis zu struktureller Diskriminierung.

5. Motivation und Engagement: Zwischen Frust und Leidenschaft

Frust über gesellschaftliche Missstände, der Wunsch nach Veränderung oder die Erfahrung von Anerkennung stellen in den Interviews eine zentrale Motivation dar, in die Politik zu gehen:

„Ich mache Politik, weil ich Leidenschaft habe, was zu verändern. Und ich bin jetzt motivierter denn je." (IP 4)

„Für mich ist es eine große Ehre, dass ich hier eine Chance in der Stadt bekommen habe." (IP 4)

Selbst im hohen Alter bleibt der Antrieb bei einem Interviewpartner stark:

„Ich bin 70 Jahre und lasse mich noch einmal aufstellen für die Stadtratsliste. (…) Ich freue mich, dass ich was machen kann für die Bürger, für die Stadt." (IP 1)

[8] vgl. SVR-Bericht 2024

Zusammenfassung

Biografische Vielfalt, Zuwanderungserfahrungen, beruflicher Hintergrund und individuelle Haltungen prägen den Weg der Interviewten in die Politik auf ganz unterschiedliche Weise. Ihr Engagement entstand häufig im zivilgesellschaftlichen Raum – genährt durch persönliche Betroffenheit, strukturelle Hürden und den Wunsch nach Veränderung.

Erfahrungen von Ausschluss oder Diskriminierung können also ebenso Antrieb für politisches Engagement sein wie Anerkennung und Verantwortung. Das politische Handeln wird dabei weniger als das Ergebnis einer klassischen Karriere als vielmehr Ausdruck gelebter Teilhabe und biografisch gewachsener Kompetenz beschrieben.

Rolle der eigenen Zuwanderungsgeschichte

Die Zuwanderungsgeschichte der Befragten prägt ihr politisches Denken und Handeln auf ganz unterschiedliche Weise. Für einige ist sie der entscheidende Wendepunkt – ein Auslöser für politisches Bewusstsein, für andere eher ein Hintergrundfaktor unter vielen. Dabei reicht das Spektrum von biografischer Selbstermächtigung über das Erleben von Systemwechseln bis hin zur bewussten Abgrenzung gegenüber migrationsbezogener Zuschreibung. Ob als konkrete Motivation oder impliziter Erfahrungshorizont – die eigene Migration wirkt bei den Befragten als stiller Motor politischen Engagements.

1. Migration als biografischer Wendepunkt

Zuwanderungserfahrung wird als gravierenden biografischen Einschnitt, der mit Identitätsfragen, ökonomischen Brüchen und institutionellen Hürden verbunden war, wahrgenommen. Zuwanderung bedeutete oft den Verlust von Sicherheiten – aber auch den Beginn eines neuen, selbstgestalteten Weges:

> *„Diesen Weg zu gehen, hierher zu kommen mit zwei Masterabschlüssen, mit Berufserfahrung, und dann als Praktikantin anzufangen. (…) Dann ging ich in die Gastronomie jobben nach Feierabend. (…) Ich war einfach so fertig am Feierabend, ein Sprachkurs hätten keinen Sinn gemacht.“ (IP 2)*

Auch das Bedürfnis nach Stabilität kann am Anfang von Migrationsbiografien stehen:

> *„Ich bin ja zugewandert (…) dass man sich erst einmal ein gewisses Polster, ein gewisses Standbein aufbaut. (…) Da sind, glaube ich, fünf, sechs, zehn Jahre vielleicht vergangen.“ (IP 1)*

Ein anderer Befragter formuliert die Phase nach der Ankunft als eine Zeit zwischen Ablehnung und Resilienz:

> *„Ich habe in den letzten zwei, drei Jahren wirklich (…) die A[…]karte gehabt. Über meine Herkunft wurde geredet, über mein Telefon (…) ich war als Bombenleger da. (…) Ich bin hier, hier ist mein neues Zuhause. (…) Und ich bin jetzt der Vorsitzende und vertrete diese über 50 % Menschen in Nürnberg.“ (IP 5)*

2. Politische Sensibilität durch Herkunft aus Diktatur oder Einparteiensystem

Einige Befragte betonen, dass ihr politisches Engagement wesentlich durch die Herkunft aus autoritären oder einparteilichen Systemen geprägt sei. Die Konfrontation mit Repression, Zensur oder mangelnder Meinungsfreiheit habe ein starkes Bewusstsein für demokratische Rechte und Freiheiten geschaffen:

„Ja, also meine Einwanderungsgeschichte spielt eine sehr große Rolle. Ich bin aus einem Land gekommen, wo es nur eine Partei gab. Quasi aus einer Diktatur. Und mir war schon immer wichtig, dass man mehrere Meinungen hat." (IP 1)

Diese Herkunftserfahrungen führen bei der befragten Person zu einer besonderen politischen Wachsamkeit – sowie zu der Motivation, demokratische Räume aktiv mitzugestalten und gegen deren Gefährdung einzutreten.

3. Migration als Motor für Engagement

Die meisten Befragte schildern, dass sie gerade wegen ihrer Zuwanderungsgeschichte politisch aktiv wurden. Die eigene Erfahrung mit gesellschaftlicher Marginalisierung oder mit Integrationshürden wurde zum Antrieb für Engagement in Vereinen, Beiräten oder Parteien:

„Meine Idee mit dem Verein war, dass ich ein kleines Projekt da etabliere (…) Und das Projekt wurde so groß, dass ich dieses Jahr einen Mosaik-Preis bekommen habe (…) Es fing immer klein an. (…) Ich will Menschen helfen, engagieren, motivieren." (IP 5)

Eine andere Person beschreibt die persönliche Erfahrung als Schlüssel zur politischen Glaubwürdigkeit:

„Was ich versuche (…) tatsächlich durch meine eigene Zuwanderung (…) hier die ganzen Schwierigkeiten mit der Integration zu erleben. (…) Es macht einen Unterschied, ob man das selbst erlebt hat oder ob man es nur erzählt bekommt." (IP 2)

Diese Form der biografischen Politisierung gehe mit einem tiefen Verständnis für gesellschaftliche Teilhabeprozesse einher – und stärkt das Bedürfnis, selbst strukturelle Barrieren abzubauen.

4. Strategien der Abgrenzung oder Integration: Zwischen Herkunft und gesellschaftlicher Agenda

Während Zuwanderungserfahrungen häufig prägend für den politischen Weg waren, betonen einige Befragte auch eine bewusste Abgrenzung von einer rein herkunftsbezogenen Zuschreibung. Statt sich ausschließlich als „migrantisch" positionieren zu lassen, betonen sie universelle politische Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Bildung:

„Ich habe eigentlich immer tunlichst vermieden, mich zu reduzieren auf das Thema Migration. (…) Mir ging es immer um eine Agenda: Chancen für alle. (…) Weil mein Ansatz immer auch eher ein sozialer oder sozialdemokratischer, im besten Wortsinne war." (IP 4)

In dieser Haltung zeigt sich auch eine strategische Selbstverortung: Die Migrationserfahrung ist Teil der Biografie – aber nicht das Zentrum ihrer politischen Identität:

„Auf jeden Fall. (…Es ist nicht selbstverständlich mit meiner Geschichte, dass ich da bin, wo ich heute stehe. Und dennoch stehe ich hier." (IP 4)

Zusammenfassung

Die Interviewaussagen verdeutlichen die Vielschichtigkeit individueller Zuwanderungserfahrungen und deren Bedeutung für politisches Engagement. Für einige stehen migrationsbedingte Erfahrungen im Zentrum ihres Engagements, für andere sind sie Teil einer komplexen Identität, in der Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Bildungschancen im Vordergrund stehen. Migration wird dabei nicht ausschließlich als Herausforderung beschrieben, sondern vielfach auch als Ressource – etwa im Sinne einer erweiterten Perspektivenvielfalt, einer erhöhten politischen Sensibilität sowie eines vertieften Verständnisses für Teilhabe und Mitbestimmung. In mehreren Schilderungen wird deutlich, wie aus

persönlichen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Ausschlüssen ein starkes demokratisches Selbstverständnis und Verantwortungsgefühl erwachsen kann.

Zugänge zur Politik: Einstiegspunkte und erste Erfahrungen

Die Wege in politisches Engagement der Befragten sind vielfältig – von frühzeitiger Mitbestimmung in der Schule über zivilgesellschaftliche Vereinsarbeit bis hin zu biografischen Auslösern. Es wird größtenteils von einem schrittweisen, oft ungeplanten Einstieg, der über persönliche Erfahrungen, gesellschaftliche Themen oder Anerkennung im Ehrenamt verlief, berichtet. Parteipolitisches Engagement erfolgte häufig später – auf der Grundlage zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, beruflicher Netzwerke oder konkreter Anliegen.

1. Einstieg durch Schule und Jugendorganisationen

Für einige Interviewte begann das politische Interesse bereits in der Schulzeit – über Rollen wie Klassensprecher oder die Mitwirkung in Schülervertretungen. Diese Erfahrungen wurden im Rückblick als prägend beschrieben, da sie demokratische Prozesse erfahrbar machten und erste Selbstwirksamkeit vermittelten:

> *„Der Funke, der mein politisches Engagement entzündet hat, war tatsächlich, als ich zum Kollegstufensprecher bei mir am Gymnasium gewählt wurde. [...] Da gab es ein Thema, was uns sehr bewegt hat, und zwar gab es Klassenfahrten zu einem Atomkraftwerk. (…) eine kleine Initiative in der Schule gestartet, dass es keine Fahrten mehr an Kernkraftwerke gibt. Wir haben eine Podiumsdiskussion veranstaltet (…) und dann hat das funktioniert. Seitdem gab es das nicht mehr.“ (IP 4)*

> *„Wir waren eine der ersten Schüler*innen-Mitverwaltung, die wir gegründet haben in meiner Heimatstadt. Und wir haben uns tatsächlich organisiert mit möglichst allen Schulen (…) Wir sind in andere Schulen gegangen und haben sie unterstützt (…) Und im Nachhinein, also, das war für mich mega prägend: Also, diese Art zu denken, auch sich zu trauen, sich zu organisieren“ (IP 2)*

2. Engagement über zivilgesellschaftliche Vereine

Aber auch ein Ehrenamt kann in die Politik führen insbesondere durch das Engagement in migrantischen, kulturellen oder sozial engagierten Vereine. In diesen Strukturen lassen sich eigene Projekte umsetzen, Sichtbarkeit schaffen und erste politische Wirksamkeit erleben, wie ein Befragter aufzeigt:

> *„Meine Idee mit dem Verein war, dass ich ein kleines Projekt da etabliere und dann initiiere und dann über meinen Werdegang rede. Das Projekt wurde so groß, dass ich dieses Jahr den Mosaik-Preis bekommen habe. Es fing immer klein an (…) Ich will Menschen helfen, engagieren, motivieren.“ (IP 5)*

Viele Studien weisen ebenfalls einen positiven Effekt des Ehrensamtes bzw. des Engagements in zivil- oder gesellschaftlichen Vereinen auf die politische Teilhabe nach. Van Deth 2001, S. 214 weist darauf hin, dass auch explizit nichtpolitisches Engagement – z.B. in einem Sportverein – mit politischer Partizipation positiv zusammenhängen kann.[9] Auch die Autoren der Studie des SVR kommen in ihrer Zusammenfassung zu dem Schluss, dass „wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, auch politisch aktiv(er) (ist)“ und fordern zugleich, dass im Interesse der demokratischen Bürgergesellschaft und des

[9] Für einen Überblick vgl. van Deth 2001, S. 200–202; im Hinblick auf die kommunale Ebene vgl. van Deth 2016

sozialen Zusammenhalts dies im Rahmen der politischen Bildung, der Integrationspolitik sowie der Engagementpolitik berücksichtigt werden (sollte)". (SVR-Forschungsbereich 2020, S.4)

3. Biografiebezogene Themen als Auslöser

Das politische Engagement der Befragten wurzelt auch in persönlicher Betroffenheit – etwa durch Diskriminierung, Migrationserfahrungen oder mangelnde gesellschaftliche Anerkennung. Diese Erfahrungen führten zur bewussten Entscheidung, aktiv zu werden und Strukturen zu verändern:

> *„Über meine Herkunft wurde geredet (…) ich wurde als Bombenleger bezeichnet (…) Hier ist mein neues Zuhause und hier will ich Fuß fassen (…) Ich bin jetzt der Vorsitzende und vertrete diese über 50% Menschen in Nürnberg und versuche für die Regularien zu vereinfachen und für deren Interesse die Stadtverwaltung und den Stadtrat beraten." (IP 5)*

> *„Ich hatte dann schon gehört, dass also Vertriebenen-Politik und Aussiedler-Politik in der Stadt eher wenig, auch in der Gesellschaft eher weniger Gehör fand (…) haben wir es zustande gebracht, dass im Lehrplan der Schulen auch die Vertriebenen- und Aussiedler-Politik mitberücksichtigt wird."* (*IP 1)*

4. Parteipolitischer Einstieg – spät, aber engagiert

Die Mehrheit der Interviewten trat erst nach längerer zivilgesellschaftlicher oder beruflicher Aktivität in eine Partei ein. Häufig ging es dabei weniger um Karriereplanung, sondern um gezielten Einfluss auf politische Entscheidungen:

> *„Ich war nicht gleich nach der Aussiedlung in der politischen Partei. Irgendwann bin ich einem Ortsverband eingetreten und habe mich mehr mit Politik beschäftigt (…) Die erste Kandidatur war 2008 (…) da bin ich nicht reingekommen (…) 2014 bin ich dann in den Rat reinkommen." (IP 1)*

> *„Ich bin 2010 bei den Jusos eingetreten. Ein Jahr später war ich Vorsitzender (…) Das war so ein Generationswechsel (…) Und zwei wollten, also ein Kollege und ich, und danach gab es eben eine Kampfkandidatur darüber." (IP 4)*

5. Erfahrungen im Herkunftsland als Ressource

Einige Befragte brachten bereits politische Erfahrungen aus ihrem Herkunftsland mit – etwa durch Schülervertretungen, NGO-Arbeit oder Tätigkeiten in staatlichen Institutionen. Diese Erfahrungen wirkten bewusstseinsbildend und unterstützten spätere Aktivitäten in Deutschland:

> *„In Ungarn war ich Klassensprecherin in der Schüler*innen-Selbstverwaltung. [...] Wir haben uns organisiert, andere Schulen unterstützt, eine Dachorganisation gegründet. Im Nachhinein war das mega prägend." (IP 2)*

> *„In Ungarn habe ich im Außenministerium gearbeitet, ich war Beamtin (…) das war hochpolitisch, gerade in der Umbruchszeit von 2008 bis 2012." (IP 2)*

6. Bedeutung zivilgesellschaftlicher Anerkennung

Nicht selten war es eine konkrete Auszeichnung, ein Vorbild oder ein Netzwerk, das den Übergang vom zivilgesellschaftlichen Engagement zur formellen politischen Rolle der Interviewten markierte. Diese Anerkennungen stärkten Selbstvertrauen und Legitimitätsgefühl:

> *„Also ich habe 2016, 17, 18 oder 19, sogar 2020 nicht die Idee gehabt, was aus meiner Zukunft wird oder wie das Ganze weitergeht. Aber klein angefangen und irgendwann Step by Step größer geworden (…) Jetzt bin ich Vorsitzender." (IP 5)*

Zusammenfassung:

Das politische Engagement der befragten Personen entwickelte sich in vielen Fällen nicht aus langfristigen Plänen, sondern aus konkreten Alltagserfahrungen: dem Erleben gesellschaftlicher Missstände, persönlicher Betroffenheit oder dem Wunsch, das direkte Lebensumfeld mitzugestalten. Institutionen wie Schule, Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden dabei wiederholt als bedeutende Orte politischer Sozialisation benannt. Sie bieten niedrigschwellige Mitbestimmungsmöglichkeiten, fördern Verantwortungsübernahme und stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit.

Anerkennung – etwa in Form von Auszeichnungen, durch Vorbilder oder über bestehende Netzwerke – wird von mehreren Befragten als förderlicher Impuls beschrieben, um politische Verantwortung zu übernehmen. Parteipolitisches Engagement setzt bei vielen Interviewten erst zu einem späteren Zeitpunkt ein und gründet häufig auf individuellen biografischen sowie gesellschaftlichen Erfahrungen.

Die Vielfalt der beschriebenen Einstiegswege verdeutlicht: Politische Handlungsfähigkeit entsteht nicht ausschließlich im Rahmen klassischer Karrierepfade, sondern vielfach durch persönliche Geschichten, lokale Anliegen und aktives Engagement im Alltag

Herausforderungen im politischen Alltag

Der politische Alltag stellt die engagierten interviewten Personen vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Diese reichen von strukturellen und kommunikativen Hürden über Rollenkonflikte bis hin zu Frustration durch institutionelle Trägheit. Besonders sichtbar werden in den Interviews die Spannungen zwischen Idealismus und Realpolitik, zwischen Partizipationsanspruch und Machtdynamiken sowie zwischen persönlicher Betroffenheit und systemischer Resistenz gegenüber Veränderung.

1. Themenzugang, Repräsentation und strukturelle Hürden

In den Interviews zeigt sich, dass bestimmte lebensnahe Themen wie Bildungsbenachteiligung, überlastete Verwaltungsstrukturen oder Herausforderungen im Bereich Digitalisierung aus Sicht einiger Befragter in politischen Gremien nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es entsteht der Eindruck, dass Anliegen, die für viele Menschen im Alltag eine zentrale Rolle spielen, im öffentlichen Diskurs nicht die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Parallel dazu werden bürokratische und digitale Hürden als erschwerend erlebt. Online-Verwaltungsangebote gelten teils als wenig benutzerfreundlich oder schwer auffindbar, insbesondere für Personen mit eingeschränkten Sprachkenntnissen oder ohne institutionelle Vorerfahrung.

> *„Wie könnten die politischen Parteien sich öffnen für die Menschen? Die sagen immer wieder, uns fehlen diese Menschen. Aber die Menschen sind da. Man muss nur über die Themen reden, wovon die betroffen sind, und deren Themen auf die Tagesordnung bringen und darüber mit denen zusammen zu einer Entscheidung kommen." (IP 5)*

„Aber Klima, Wirtschaft, Schulsystem, Behörden – wie überlastet die Stadtverwaltung ist –, darüber redet keiner. Digitalisierung, wo sind wir hängen geblieben? [...] allein mein Nürnberg, wie man schafft, einen Antrag zu finden, puh, kann man stundenlang drüber reden." (IP 5)

„Weil wir wissen ja, das führt zu dauerhaften Problemen in deren Leben. Zu Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Gewalt. Das alles kenne ich aus meinem Umfeld. [...] Aber es ist für mich weniger meine Herkunft, sondern eher die soziale Realität." (IP 4)

2. Politische Kultur und interne Machtverhältnisse

Besonders deutlich treten Probleme in der politischen Kultur zutage. Neue Akteure berichten von „ungeschriebenen Regeln", die ihnen nicht bekannt sind, aber von langjährigen Mitgliederinnen und Mitgliedern eingefordert werden. Diese informellen Strukturen wirken ausgrenzend:

„Eigentlich habe ich nichts anderes gemacht als mein Mandat ausgeübt, zum Beispiel das Rederecht Gebrauch gemacht. Aber es gibt die geschriebenen und die ungeschriebenen Regeln. Und die ungeschriebenen Regeln wussten wir nicht – und sie waren uns auch egal. [...] Dann kamen halt diese alten, langjährigen, nicht nur Männer, die uns erklärten, wie wir uns zu verhalten hätten. Das hat die Situation nur weiter eskaliert." (IP 2)

Diese paternalistischen Dynamiken verstärkt das Gefühl von struktureller Ungleichheit – insbesondere für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte:

„Also es ist schwer als Frau in der Politik, es ist schwer als migrantische Person in der Politik und als Migrantin ist das nicht doppelt, [...] es multipliziert sich." (IP 2)

3. Emotionale Belastung und Erwartungsdruck

Politik wird nicht nur als sachlich herausfordernd, sondern auch emotional belastend erlebt. Der Umgang mit Widerständen, die Notwendigkeit strategischer Zurückhaltung sowie die Spannung zwischen öffentlicher Wirkung und innerer Überzeugung erfordern viel emotionale Arbeit:

„Ich setze mich für meine Ziele ein und lasse mich nicht mit jedem Nein abspeisen. Ich komme dann vielleicht noch einmal – und noch einmal. [...] Aber man kann nicht jedes Ziel erreichen. [...] Irgendwann muss man halt auch akzeptieren, dass es nicht möglich ist." (IP 1)

„Auch das respektvolle Miteinander ist eine Herausforderung." (IP 1)

Besonders Frauen beschreiben den Druck, gleichzeitig konfrontativ und deeskalierend auftreten zu müssen – was viel Selbstkontrolle verlangt.

4. Spannung zwischen Machtanspruch und Gemeinwohlorientierung

Einige Befragte thematisieren die Ambivalenz von Macht: Sie sei notwendig für Veränderung, werde aber auf kommunaler Ebene häufig überhöht wahrgenommen. Kommunalpolitik wird hier als „Politik für Menschen" und nicht als Karrieresprungbrett beschrieben. Die Herausforderung besteht darin, Gestaltungsspielräume auszuschöpfen, ohne zynisch oder machtfixiert zu agieren:

„Geht es nicht um Macht? Ja, wahrscheinlich schon, aber ganz ehrlich: das wird, finde ich, total überbewertet [...], weil gerade hier auf der kommunalen Ebene geht es um die Menschen." (IP2)

5. Fraktionslogik und strategische Positionierung

Ein weiterer Aspekt des politischen Alltags ist die Notwendigkeit, sich innerhalb der eigenen Fraktion und im interfraktionellen Raum strategisch zu positionieren. Die Gestaltungsspielräume variieren je

nach Fraktionsgröße, parteipolitischem Kontext und Legislaturphase. Erfolgreiches politisches Handeln wird als das Beherrschen politischer „Spielzüge“ beschrieben – was wiederum ein hohes Maß an Erfahrung, Analyse und Taktik voraussetzt:

> *„Es gibt natürlich politische Strategien, Fraktionsstrategien, Verhaltensweisen. Es ist unterschiedlich am Anfang der Legislatur, in der Mitte und jetzt ein Jahr vor der Kommunalwahl [...] Und da muss ich auch auf meine Fraktion achten. Meine Fraktion ist schon sehr vielfältig, und das ist auch bereichernd, aber auch herausfordernd.“ (IP 2)*

> *„Da auch zu experimentieren: Welchen Ton schlägt man ein? Wann haue ich drauf? oder wann versuche ich verständnisvoll jemanden abzuholen? [...] am Ende bleibt Politik ein Spiel [...] Was heute so groß zu sein scheint, ist morgen kein Thema mehr.“ (IP 2)*

Fazit

Der politische Alltag ist geprägt von strukturellen Barrieren, informellen Ausschlussmechanismen und emotionaler Belastung. Besonders für neue Akteurinnen und Akteure ist das politische Feld ein komplexes Terrain voller unausgesprochener Regeln, Machtansprüche und systemischer Trägheit.

Und dennoch: Die interviewten Personen zeigen bemerkenswerte Resilienz, strategische Klugheit und ein starkes Verantwortungsgefühl. Gerade in der bewussten Auseinandersetzung mit diesen Hürden entsteht politische Handlungsfähigkeit – getragen von Erfahrung, Idealismus und dem festen Willen zur Veränderung.

Ziele und gewünschte Veränderungen

Die Interviewten formulieren ein breites Spektrum an persönlichen Zielen, politischen Anliegen und Veränderungswünschen – von struktureller Gleichberechtigung bis hin zur kommunalpolitischen Detailverbesserung. Getragen wird dies von einem klaren Willen, Verantwortung zu übernehmen, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und Vielfalt auf allen Ebenen aktiv mitzugestalten:

> *„Mir hat es nie gereicht, einfach nur einem Job nachzugehen und Geld zu verdienen – ich wollte tatsächlich mal einen Unterschied machen, etwas bewegen.“ (IP 4)*

1. Ziel: Gleichberechtigte Teilhabe aller in der Stadtgesellschaft

Der Wunsch nach einer „Stadt für alle“ zieht sich wie ein roter Faden durch viele Aussagen. Es geht dabei nicht nur um formale Gleichstellung, sondern um das aktive Mitgestalten der Stadt – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Aufenthaltsstatus. Die Befragten fordern eine Stadtgesellschaft, in der Vielfalt nicht nur anerkannt, sondern politisch und strukturell abgebildet wird:

> *„Alle, die hier leben, egal woher sie kommen, egal welche Hautfarbe, egal welche sexuelle Orientierung – alle sind Nürnbergerinnen und Nürnberger. Und jeder hat die Möglichkeit – und das erwarte ich auch –, seine Stadt mitzugestalten. Das ist keine Einbahnstraße.“ IP 6)*

2. Wunsch nach strukturellen Veränderungen – Parteien müssen sich öffnen

Ein wiederkehrendes Anliegen der Befragten ist die strukturelle Öffnung politischer Parteien für bisher unterrepräsentierte Gruppen. Die Haltung, Diversität entstehe „von selbst“, wird dabei als unzureichend kritisiert. Stattdessen brauche es aktive Strategien – von gezielter Ansprache über Mentoring bis hin zu verbindlichen Quoten. Sichtbare Vielfalt in Parteien gilt nicht nur als Repräsentationsfrage, sondern als Bedingung für glaubwürdige demokratische Teilhabe:

„Ich werbe dafür, aber auch meine Partei hat da sicherlich noch Nachholbedarf. [...] Wir müssen alle mit abdecken. Wenn wir ein Nürnberg für alle sein wollen, müssen auch alle in den Parteien willkommen sein.“ (IP 6)

„Mir als Parteivorsitzender ist es dann zum Beispiel auch für Listenaufstellungen jetzt wichtig, dass wir gezielt Menschen [...] mit bestimmtem Hintergrund ansprechen. Also das heißt nicht warten, bis die kommen, sondern auch gezielt ansprechen.“ (IP 4)

Einige gehen noch weiter und fordern verbindliche Quotenregelungen – nicht als Einschränkung, sondern als Ermöglichung von Teilhabe:

„Meine feste Überzeugung: Quoten funktionieren. [...] Das ist der einzige Grund, warum wir jetzt überhaupt ein Drittel Frauen in Parlamenten haben.“ (IP 4)

Daraus ergeben sich konkrete Maßnahmenvorschläge wie strategisch divers besetzte Listen, Mentoring-Programme oder Quoten nach dem Vorbild der Frauenförderung. Ziel ist eine Parteistruktur, die gesellschaftliche Realität widerspiegelt – und nicht von ihr abgekoppelt bleibt.

3. Ziel: Demokratie stärken – Integrationspolitik als Querschnitt

Einige Befragte formulieren den Wunsch nach einer politischen Kultur, die nicht nur Vielfalt zulässt, sondern sie aktiv fördert. Migration soll nicht länger nur in Krisen oder unter Problemdruck thematisiert werden, sondern als selbstverständlicher Bestandteil demokratischer Stadtpolitik verstanden werden. Gefordert wird ein Perspektivwechsel – weg von punktueller Integrationspolitik, hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Verständnis von Teilhabe, Repräsentation und politischer Verantwortung:

„In Allgemeinheit würde ich mir wünschen, dass Migration nicht als Nischenthema gilt – so nach dem Motto: Wir reden darüber, sobald es ein Thema wird. Sondern man muss es aktuell auf die Tagesordnung setzen.“ (IP 5)

„Vielfaltsgestaltung, wo Integrationspolitik, wo Flüchtlingspolitik ein Teil davon ist. Aber es ist eigentlich viel mehr […] dass es ein gesamtgesellschaftliches Thema ist.“ *(IP 2)*

In diesem Verständnis der Befragten bedeutet Demokratie nicht nur freie Wahlen, sondern auch eine dauerhafte Beziehungsarbeit – in Stadtteilen, Vereinen und Alltagskontexten. Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik müssen enger zusammenwirken, um Beteiligung tatsächlich wirksam und inklusiv zu gestalten.

4. Migration als Querschnittsthema – kein Nischenanliegen

Einzelne Befragte fordern, Migration nicht länger als isoliertes Thema zu behandeln, sondern als festen Bestandteil aller kommunalen Politikbereiche zu verankern. Es gehe um Empowerment, Gleichstellung und Menschenrechte – als verbindende Leitlinien für die Gestaltung einer inklusiven Stadt. Integrationspolitik sei nicht mehr nur ein „Themenfeld“, sondern eine Querschnittsaufgabe, die Arbeit, Bildung, Wohnen, Kultur und Beteiligung gleichermaßen betreffe:

*„Ob das meine Arbeit gegen Rechtsextremismus ist oder Empowerment für Migrant*innen oder Gleichstellungsarbeit, das sind alles Menschenrechte. Mir ist es wichtig, dass wir diesen Titel Stadt des Friedens und der Menschenrechte wirklich glaubwürdig vorantreiben.“ (IP2)*

„Integrationspolitik ist Stadtpolitik. […] Migration ist kein Sonderthema.“ (IP 5)

5. Ziel: Zugänge erleichtern – politische Bildung & aktive Ansprache

Einige Befragte weisen darauf hin, dass gute Ansätze wie Welcome Center oder Beteiligungsformate nur dann Wirkung entfalten, wenn sie mit echter Vernetzung, praktischer Unterstützung und langfristigem Engagement verbunden sind. Informationsangebote allein reichen nicht – gefragt ist ein aktives Zugehen auf Menschen, politische Bildung auf Augenhöhe und konkrete Hilfestellung beim Einstieg in Beteiligungsprozesse:

> *„Allerdings nützt uns nicht, wenn wir irgendwo ein Büro machen und schön Welcome Center draufschreiben und 25 Flyer verteilen." (IP 1)*

> *„Dieser Ansatz, wir gehen jetzt in die Stadtteile, was jetzt auch die Stadtspitze macht, ist richtig. Mir fehlt aber noch das konkrete Konzept dazu, wie wir das auch rückbinden mit der Politik, die wir in der Stadt machen." (IP 4)*

6. Ziel: Empowerment und Sichtbarkeit durch eigene Biografie

Manche der Befragten setzen bewusst ihre persönliche Geschichte und gesellschaftliche Positionierung als politisches Werkzeug ein. Ihre eigene Biografie – etwa als Frau, als Mensch mit Zuwanderungserfahrung oder ohne deutschen Pass – wird zur Brücke zwischen Institutionen und unterrepräsentierten Gruppen. Sie nutzen ihre Sichtbarkeit, um politische Teilhabe greifbar zu machen, Irritationen produktiv zu wenden und neue Zielgruppen authentisch anzusprechen:

> *„Ich bin keine deutsche Staatsbürgerin – und habe ein Mandat […] Lebensrealitäten durch meine Person sichtbar zu machen […] Viele sind verblüfft […] das bewirkt einfach viel mehr, als wenn man das abstrakt erzählt." (IP 2)*

> *„Das zur Verfügung zu stellen, dadurch tatsächlich auch Zielgruppen besser, schneller, authentischer ansprechen zu können." (IP 2)*

7. Ziel: Vertrauen aufbauen statt Politik verkaufen

Politisches Engagement lebt von Glaubwürdigkeit. Mehrere Befragte betonen, dass es nicht darum gehe, politische Entscheidungen rhetorisch zu verpacken oder zu „verkaufen", sondern darum, Vertrauen in demokratische Prozesse aufzubauen. Gerade in einer vielfältigen Stadtgesellschaft brauche es ehrliche Kommunikation, die auf Dialog, Transparenz und echtes Zuhören setzt – statt auf PR und Imagepflege:

> *„Und da ist es mir wichtig, nicht um die Entscheidungen der Stadt schönzureden und zu verkaufen, sondern Vertrauen zu bilden, dass wir darauf Einfluss nehmen können und dass wir das auch tun." (IP 2)*

8. Vielfalt soll sich auch im Stadtrat spiegeln:

Der Wunsch nach gerechter politischer Repräsentation steht für viele Befragte nicht nur symbolisch, sondern ganz praktisch im Zentrum ihrer politischen Ziele. Wenn über die Zusammensetzung demokratischer Gremien gesprochen wird, geht es den Interviewten längst nicht mehr nur um einzelne Stimmen, sondern um die Frage, ob politische Institutionen die tatsächliche Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln:

„Mein Traum ist eigentlich irgendwann, dass wir fast schon gar keinen Integrationsrat mehr brauchen, außer natürlich für die, die jetzt kein direktes Wahnsinnrecht haben, weil der Stadtrat ein Spiegelbild der Stadtgesellschaft ist“ (IP 1)

„Unsere Bevölkerung, unsere Stadtbevölkerung ist Vielfalt pur […] das müssen Parteien und der Stadtrat widerspiegeln.“ (IP 1)

Zusammenfassung

Die individuellen Ziele der Befragten zeigen eine große Spannbreite – von konkreten Veränderungsvorhaben in der Kommunalpolitik bis hin zu strukturellen und kulturellen Visionen für eine gerechtere Stadtgesellschaft.

Zukunftsvision

Ein Nürnberg, in dem Vielfalt Alltag ist – und sich in der Repräsentation, in Parteien, in der Verwaltung und in politischen Entscheidungsprozessen konsequent abbildet:

„Ich denke, das sind wichtige Investitionen in die Zukunft. Jeder Cent, den wir in Teilhabe und politische Bildung stecken, kommt vielfach zurück.“ (IP 3)

Zusammenfassung der individuellen Faktoren

Die politischen Wege der Befragten sind geprägt von vielfältigen Biografien, Zuwanderungserfahrungen und persönlichem Engagement. Oft beginnt ihr politisches Handeln im zivilgesellschaftlichen Raum – ausgelöst durch erlebte Ungerechtigkeit, Anerkennung oder den Wunsch nach Teilhabe. Migration wird dabei sowohl als Herausforderung als auch als Ressource begriffen, die politische Sensibilität und Perspektivvielfalt fördert. Politische Kompetenz entsteht weniger durch klassische Karrieren als durch persönliche Erfahrungen, lokale Themen und alltägliches Engagement. Trotz struktureller Barrieren setzen sich die Interviewten mit unterschiedlichen Zielen für eine gerechtere Gesellschaft ein – von konkreten Projekten bis hin zu umfassende Visionen.

Strukturelle Faktoren

Politische Teilhabe ist für die Befragten ein zentraler Maßstab für demokratische Gleichstellung – doch ihrer Einschätzung nach ist sie in Deutschland stark an rechtliche, institutionelle und kulturelle Voraussetzungen gebunden. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gebe es in diesem Kontext besondere Herausforderungen: Nicht alle hätten Zugang zu Wahlen oder Parteistrukturen, nicht alle würden angesprochen oder vertreten, und nicht alle fänden in etablierten Institutionen Räume für ihre Themen.

Die Interviews mit den Expertinnen und Experten sowie Ergebnisse aus der Online-Befragung geben Einblick in strukturelle Faktoren, die politische Beteiligung ermöglichen oder begrenzen können – auf kommunaler Ebene, in Parteien, zivilgesellschaftlichen Räumen oder durch das Wahlrecht. Anhand ausgewählter Aussagen aus den Interviews werden Barrieren und Potenziale sichtbar: Von fehlender Ansprache in Parteien oder Informationen über Beteiligungsformate über die Wirkung des kommunalen Wahlrechts bis hin zu biografisch motiviertem Engagement in zivilgesellschaftlichen Kontexten. Dabei wird deutlich: Politische Teilhabe scheint kein automatischer Prozess, sondern ein Zusammenspiel aus rechtlichen Rahmenbedingungen, kultureller Offenheit und gezielter Unterstützung zu sein.

Hürden für politische Partizipation

Der Zugang zur politischen Teilhabe ist nach Einschätzung der Befragten für viele Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung durch vielfältige strukturelle Barrieren erschwert. In den Interviews werden institutionelle, soziale, sprachliche, rechtliche und kulturelle Barrieren, die den Zugang zu politischen Gremien, Parteien und Ehrenämtern erschweren, beleuchtet. Die Aussagen weisen auf individuelle Erfahrungen, systemische Defizite sowie gesellschaftliche Ausschlüsse, die selbst bei hohem Engagement spürbar bleiben, hin. So wurde zum Beispiel von einer Befragten beschrieben:

> *„Mandatsträgerin zu werden – da ist dann die Decke sehr schnell da. Ich bin zumindest halb privilegiert. Ich bin nur zweiter Klasse, nicht dritter Klasse, weil ich EU-Bürgerin bin und somit ist für mich zumindest der Weg in die Kommunalpolitik offen.“ (IP 2)*

1. Rechtliche und institutionelle Zugangshürden

Ein wiederkehrender Punkt, der von den Interviewten angeführt wird, ist der Ausschluss nicht eingebürgerter drittstaatsangehöriger Personen vom politischen Mandat. Während EU-Bürgerinnen und Bürger zumindest auf kommunaler Ebene mitwirken können, bleibe der Zugang zu Landes- und Bundespolitik ohne deutsche Staatsbürgerschaft dauerhaft versperrt – selbst bei politischem Engagement oder fundierter fachlicher Kompetenz:

> *„Ich habe im Landtagswahlkampf programmatisch mitgearbeitet – das darf ich. Aber Mandatsträgerin zu werden, das geht nicht.“ (IP 2)*

Die politischen Rechte hängen wohl nicht vom Engagement oder der Kompetenz ab, sondern seien allein vom Aufenthaltsstatus abhängig – eine Regelung, die als unzeitgemäß empfunden wird.

2. Parteistrukturen und interne Barrieren

Einige Befragte thematisieren die Schwierigkeit, in politischen Parteien Fuß zu fassen – besonders ohne langjähriges Engagement im Vorfeld oder parteinahe Netzwerke. Parteiinterne Prozesse gelten hier als schwer zugänglich und wenig unterstützend. Neue Mitglieder, insbesondere Neuzugewanderte oder Menschen mit Fluchterfahrung, erleben Konkurrenzdruck, Intransparenz und mangelnde Orientierung:

> *„Wenn man nicht in der Jugendpartei war, ist der Einstieg sehr schwer – vor allem als neues Gesicht ohne Netzwerk.“ (IP 5)*

> *„Ohne Support, ohne Rückenstärkung – sehr schwierig.“ (IP 5)*

Hinzu kommen nach Ansicht der Befragten Hürden durch informelle Machtstrukturen. So schilderte eine Person:

> *„Ich glaube, […] der Zugang ist nicht immer einfach […] da muss man sich auch behaupten.“ (IP 6)*

3. Sprachliche und kommunikative Barrieren

Sprachkenntnisse wurden wiederholt als entscheidende Zugangsvoraussetzung benannt – nicht nur für die alltägliche Teilhabe, sondern auch für politisches Engagement. Die rein deutschsprachige Kommunikation in Verwaltung, Gremien oder Anträgen wirke für viele abschreckend:

„Alles ist auf Deutsch […] Aber muttersprachliche Angebote sind auch wichtig.“ (IP 5)

Kritisch wurde zudem die Kürzung von Sprachförderangeboten angesprochen:

„Sprachförderung werden gekürzt. Das verschärft das Problem.“ (IP 5)

4. Diskriminierung und soziale Exklusion

Einzelne Befragte schildern direkte und indirekte von Diskriminierungserfahrungen in politischen Kontexten – sei es durch Geringschätzung, Mikroaggressionen oder „Mansplaining“. Besonders betroffen scheinen sich junge, migrantische und weibliche Personen zu fühlen:

„Wir wurden einfach bloßgestellt […] „Ihr seid neu, ihr seid jung, ihr seid weiblich, migrantisch“. Und dann: „Okay, jetzt erkläre ich das mal, wie das hier läuft.“ (IP 2)

Solche Erfahrungen werden nicht nur verletzend beschrieben, sondern könnten auch dazu führen, dass sich engagierte Menschen aus politischen Prozessen zurückziehen oder gar nicht erst einbringen.

5. Lebensrealitäten und fehlende Ressourcen

Politisches Engagement erfordere Zeit, Stabilität und mentale Kapazität – Voraussetzungen, die vielen Menschen mit prekären Lebenslagen verwehrt bleiben. Wer Care-Arbeit leiste, mehrere Jobs habe, mit Wohnungssuche oder psychischen Belastungen kämpfe, habe oft keinen Raum für ehrenamtliche oder politische Arbeit:

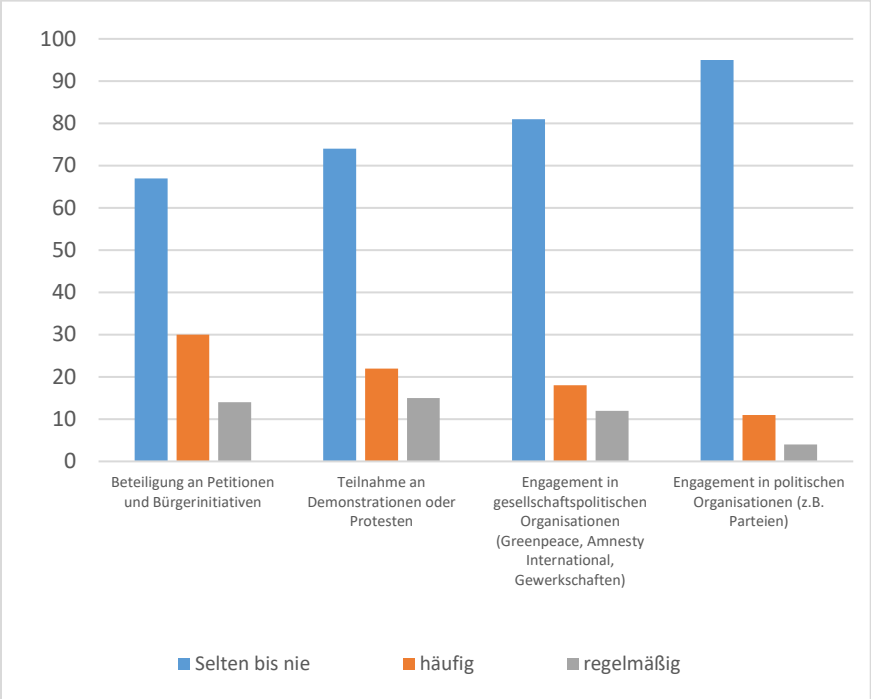
„Solange ich nicht weiß, wie ich über die Runden komme, ist kein Ehrenamt möglich – und auch kein politisches.“ (IP 2)

Ein weiterer Punkt stelle der zusätzliche Aufwand, den Ehrenamt im politischen Bereich bedeute, dar:

„Politisches Ehrenamt erfordert nicht nur Zeit für das Tun, sondern auch Zeit zum Nachdenken.“ (IP 2)

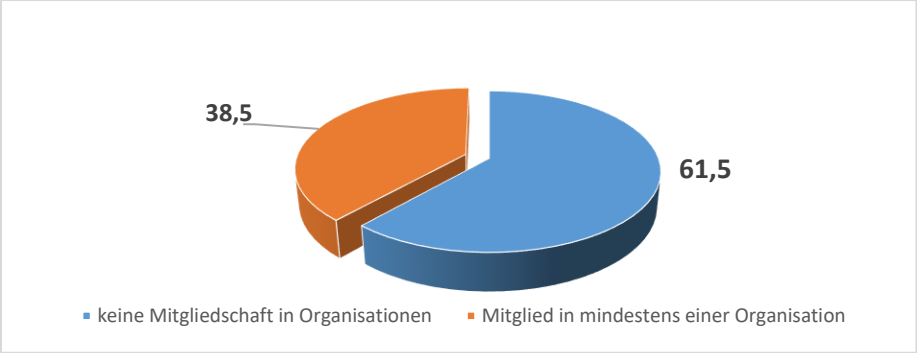
Die aus der Online-Umfrage gewonnenen Daten zeigen, dass die Häufigkeit des politischen oder zivilgesellschaftlichen Engagements der Studienteilnehmenden offenbar von der Art des Engagements abhängt. Ein Großteil der Befragten gab an, sich selten bis nie aktiv zu beteiligen. Höhere Beteiligungsraten wurden bei unverbindlicheren Formen wie Petitionen, Bürgerinitiativen sowie Demonstrationen und Protesten genannt. Demgegenüber war das Engagement in formelleren Strukturen – etwa in gesellschaftlichen Organisationen oder politischen Parteien – deutlich seltener.

Abbildung 6: Engagement außerhalb von Wahlen, N = 111



Zwei Drittel der Online-Befragten haben weder eine Mitgliedschaft in einer Partei noch Organisation.

Abbildung 7: Mitgliedschaften in Organisationen, Parteien Vereinen, o.ä., in Prozent, N = 109



Neben dem zeitlichen und persönlichen Aufwand könnten auch bürokratische oder andere Hürden eine Rolle spielen.

6. Misstrauen, mangelnde Erfahrung und Informationsdefizite

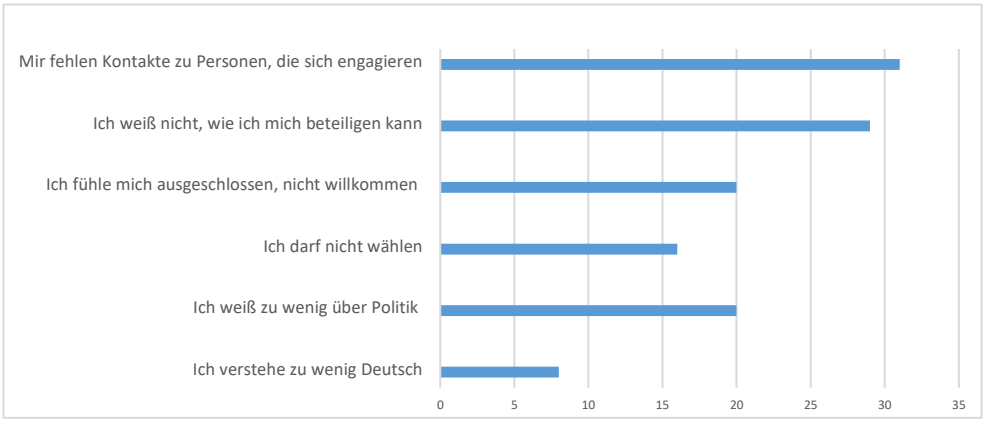
Menschen, die aus autoritär geprägten Ländern stammen oder negative Verwaltungserfahrungen gemacht haben, können laut Interview-Aussagen ein Grundmisstrauen gegenüber staatlichen Strukturen mitbringen. Dieses Misstrauen könne mit fehlendem Wissen über politische Prozesse einhergehen:

> *„Wenn man die Parteien nicht kennt, wenn man die Programme nicht kennt, wenn man das politische Geschehen insgesamt nicht kennt, auch aufgrund von sprachlichen Barrieren zum Teil, oder weil man einfach neu ist und dann einfach keine Informationen hat. Das kann dazu führen, dass man eben auch sich nicht daran beteiligt?“ (IP 3)*

„Natürlich verstehe ich auch, wenn man jahrelang aus einem System kommt, wo der Staat eher Bedrohung darstellt und nicht die schützende Hand“ (IP 6)

Ein weiterer Faktor, der politische Distanz verstärken kann, ist der Mangel an leicht zugänglicher politischer Bildung sowie an erreichbaren Ansprechpersonen. Auch die Ergebnisse der Online-Umfrage deuten darauf hin: Auf die Frage nach Hürden für politisches Engagement außerhalb von Wahlen nannten die Befragten am häufigsten fehlende Kontakte zu engagierten Personen und mangelndes Wissen über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten.

Abbildung 8: Was erschwert Ihnen die Teilnahme an Wahlen oder anderen politischen Aktivitäten (Demonstrationen, Petitionen, Bürgerinitiativen, Gemeinde-/Vereinsarbeit, o.ä.) in Nürnberg? (Mehrfachantworten möglich)



Für die Befragten der Online-Umfrage stellen ein fehlendes Wahlrecht und Sprachbarrieren als eher nachrangige Hürden für politisches Engagement dar. Eine Erklärung hierfür könnte die Zusammensetzung der (nicht repräsentativen) Stichprobe sein: 85 Prozent der 123 Befragten sind selbst (oder mindesteins ein Elternteil) vor 2016 zugewandert, 65 Prozent besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (davon 29 Prozent mit einer doppelten) und 62 Prozent haben einen Hochschul-/Universitätsabschluss (s. Anhang 2: Soziodemographie).

Hervorzuheben ist, dass der Großteil der von der Umfrage erreichten Personen politisch hoch interessiert ist und die meisten der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht bei den letzten Wahlen Gebrauch gemacht haben.

Abbildung 9: Generelles Interesse an Politik oder politischen Themen, N = 123

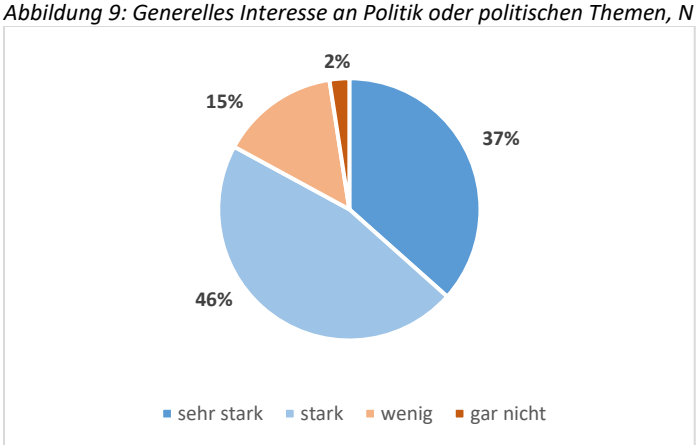


Tabelle 4: Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestags-, EU und Kommunalwahlen

		Häufigkeit	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Bundestagswahl 2025				
Gültig	Wählende	77	64,7	64,7
	Nicht Wählende	4	3,4	68,1
	Nicht wahlberechtigt	34	28,6	96,6
	Keine Angabe/Weiß Nicht	4	3,4	100,0
	Gesamtsumme	119	100,0	
Fehlend	-99,00	4		
Gesamtsumme		123		
EU_Wahl 2024				
Gültig	Wählende	67	59,8	59,8
	Nicht Wählende	11	9,8	69,6
	Nicht wahlberechtigt	28	25,0	94,6
	Keine Angabe/Weiß Nicht	6	5,4	100,0
	Gesamtsumme	112	100,0	
Fehlend	-99,00	11		
Gesamtsumme		123		
Kommunalwahl 2020				
Gültig	Wählende	64	56,1	56,1
	Nicht Wählende	11	9,6	65,8
	Nicht wahlberechtigt	28	24,6	90,4
	Keine Angabe/Weiß Nicht	11	9,6	100,0
	Gesamtsumme	114	100,0	
Fehlend	-99,00	9		
Gesamtsumme		123		

Nichtsdestotrotz lassen sich mögliche Gründe für eine geringe nicht-elektoralen Partizipation der Befragten erkennen. Eine Ursache dürfte in der oben bereits erwähnten Unkenntnis darüber liegen, auf welche Weise ein politisches Einbringen möglich ist. Zudem zeigen die Daten, dass vielen Befragten nicht bekannt ist, welche Unterstützungsangebote es gibt, die politisches Engagement erleichtern könnten (s. dazu Grafik „Kenntnis über Hilfen“ in Kapitel „Unterstützungsmaßnamen“).

7. Zivilgesellschaft unter Druck

In den Interviews wird herausgestellt, dass viele politisch aktive Menschen ihren Einstieg in die Politik über zivilgesellschaftliche Organisationen finden. Doch gerade diese Strukturen stehen laut den Befragten zunehmend unter Druck – etwa durch veränderte Förderlogiken, politische Skepsis oder Angriffe auf ihre Gemeinnützigkeit:

> *„Die Gemeinnützigkeit wird in Frage gestellt […] Verfahren werden komplizierter – das trifft migrantische Vereine besonders hart.“ (IP 3)*

> *„Wenn wir hier sparen, verlieren wir langfristig viel mehr […] Das sind Investitionen in unsere Demokratie.“ (IP 3)*

Ohne stabile zivilgesellschaftliche Strukturen seien viele Brücken zur politischen Partizipation nicht tragfähig.

Fazit

Die strukturellen Hürden für politische Teilhabe werden in den Interviews als komplex und ineinander verschränkt beschrieben – sie können hiernach von rechtlichen Ausschlüssen über sprachliche und

parteiinterne Barrieren bis zu sozialen Ausschlüssen, Ressourcenmangel, Informationsdefizite und einer unter Druck stehenden Zivilgesellschaft reichen.

Unterstützungsmaßnahmen für politische Teilhabe in Nürnberg

In diesem Abschnitt werden Aussagen zusammengefasst, die sich mit strukturellen Bedingungen und Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung politischer befassen. Der Fokus liegt auf formellen und informellen Zugängen, institutionellen Strukturen, Barrieren sowie gezielten Empowerment-Maßnahmen. Die Aussagen aus den Einzelinterviews geben Einblicke in aktuelle Entwicklungen und bestehende Herausforderungen in Nürnberg.

1. Kommunale Beteiligungsformate

Aus den Interviews gehen einige Beteiligungsformate hervor, die die Stadt Nürnberg anbietet und sich auf die Einbindung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger – unabhängig vom Einbürgerungsstatus – anzielen. Niederschwellige Angebote wie Bürgerversammlungen, digitale Dialogformate oder mobile Beteiligung durch Stadtteilrundgänge mit politischer Begleitung werden als innovative Zugänge wahrgenommen:

> *„Wir haben mobile Bürgerversammlungen – man kann mit dem Fahrrad durch die Stadt fahren und direkt sagen: Hier fehlt ein Kindergarten, hier ein Nahversorger. Auch digitale Beteiligung gibt es – für alle, die wenig Zeit haben.“ (IP 6)*

Solche Formate werden als Möglichkeit gesehen, konkrete Anliegen direkt an Entscheidungsträgerinnen und -trägern heranzutragen und die lokale Identifikation mit demokratischen Prozessen zu stärken.

2. Sprachliche und kulturelle Barrierefreiheit

Mehrsprachigkeit und interkulturelle Öffnung sind für die interviewten Personen grundlegende Voraussetzungen für inklusive politische Beteiligung. Im Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung (kurz: Integrationsrat) werde beispielsweise gezielt darauf geachtet, Informationen in mehreren Sprachen bereitzustellen:

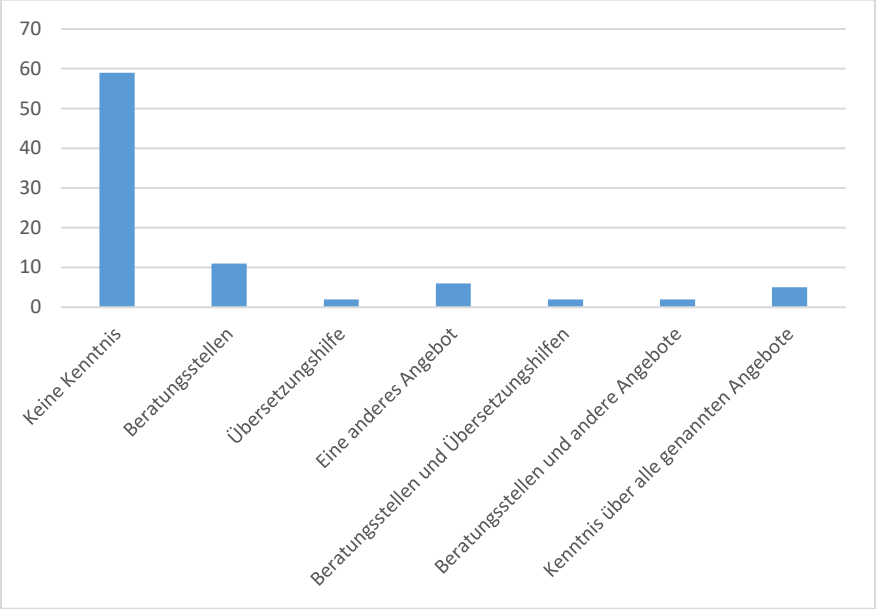
> *„Bei uns im Integrationsrat versuchen wir alles auf mehrere Sprachen anzubieten – das merkt man auch, weil die Menschen werden dann dadurch mehr aktiver.“ (IP 5)*

Darüber hinaus wird die Wichtigkeit betont, bei Informationsangeboten auch migrantische Perspektiven einzubeziehen und bewusst sprachliche Barrieren zu abzubauen:

> *„Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten selbst, in diesen Prozessen der Informationsangebote könnte wichtig sein – nicht nur als Zielgruppe, sondern auch als Mitgestaltende.“ (IP 3)*

Einen Anhaltspunkt liefern die Daten aus der Online-Umfrage: Den Befragten waren Angebote, die helfen würden, sich zu engagieren, kaum bekannt.

Abbildung 10: Kenntnis über unterstützende Angebote, N = 87



In den offenen Antworten gaben viele Befragte an, dass sie sich mehr Informationen und eine gezieltere Ansprache wünschen würden, um sich politisch beteiligen zu können:

- *„Explizite Einladungen, damit ich weiß, dass ich erwünscht bin. Vielleicht auch Informationen über die Möglichkeiten, die es gibt."*
- *„Ein Aufruf bzw. Werbung wäre durchaus angebracht"*
- *„Mehr unparteiische Informationen, Flyer über Demokratie, Wahlen, Bürger-Engagement"*
- *„Grundinformationen über die Parteien, ihre Agenda, ihre Rolle usw. in einfacher Form sollen allen zur Verfügung gestellt werden."*
- *„Mehr Zeit und tatsächlich mehr (proaktiv zugestellte) Informationen zur Kommunalpolitik"*
- *„Über Briefe informieren. Zum Beispiel Einladungen etc."*
- *„Wenn ich regelmäßig und rechtzeitig Informationen darüber erhalten würde."*
- *„Mehr verständliche Infos zu Politik und Entscheidungen, Einfache Mitmachmöglichkeiten (z. B. online) Weniger Parteienstreit, mehr Sachlichkeit [,] Vertrauenswürdige Politiker[innen und Politiker]"*

3. Formale Rahmenbedingungen und rechtliche Entwicklungen

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – insbesondere die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Verkürzung von Wartezeiten – wird als wichtiger struktureller Fortschritt für politische Teilhabe benannt. So wird hervorgehoben:

> *„Durch die Annahme der doppelten Staatsbürgerschaft und kürzere Wartezeiten gibt es neue Möglichkeiten. Damit entstehen auch Beteiligungsrechte – das ist eine positive Entwicklung." (IP 3)*

Diese rechtlichen Entwicklungen stärken laut den Befragten die Grundlage für politische Mitwirkung – auf kommunaler ebenso wie auf Landes- und Bundesebene.

4. Empowerment und Mentoring

Persönliche Förderung, Vorbilder und politische Bildungsprogramme wurden mehrfach als Schlüssel für nachhaltige Teilhabe benannt. Ein Beispiel ist hier das Mentoring durch erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politikern:

> *„Unser jetziger Bürgermeister […] war mutig genug, um zu sagen, er möchte auf junge Kräfte setzen. Da war ich noch 25 alt […] und habe damals einen sehr, sehr guten Listenplatz bekommen." (IP 4)*

Programme wie *Young Up*[10] oder die *Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie* [11] gelten als gelungene Formate zur Nachwuchsförderung. Eine befragte Person erläutert:

> *„Young Up war explizit für Bayern – weil man gemerkt hat: Im Landtag fehlen junge Stimmen, migrantische Stimmen […] und vom Verein aus konnten wir zwei, drei Menschen hinschicken." (IP 5)*

5. Zugang zu Parteien und Repräsentation

Die Erfahrungen mit Parteizugängen sind unterschiedlich: Einige schildern positive Erfahrungen mit gezielter Förderung, andere berichten von wenig Unterstützung und fehlender Relevanz ihrer Themen. So sagt eine Person:

> *„Ich habe Glück, dass ich in einer Partei bin, die sich Vielfalt auf die Fahne geschrieben hat […] Und zum anderen müssen die Parteien tatsächlich dran. Und nicht nur mit Statuten, sondern tatsächlich auch mit Listenplätzen." (IP 2)*

Eine andere interviewte Person beschreibt, wie politische Chancen durch persönliche Ansprache möglich wurden:

> *„Menschen haben mir Chancen gegeben – mich unterstützt. Ich habe Nürnberg immer als Stadt kennengelernt, in der man eine zweite oder dritte Chance bekommt." (IP 4)*

Gleichzeitig wird thematisiert, dass manche Anliegen als „nicht aktuell" abgewertet werden:

> *„Sobald ich mich bewerbe, heißt es: Deine Themen sind gerade nicht so heiß. Migration ist im Trend, aber über Klima, Wirtschaft, Schulsystem, Verwaltung […] darüber redet keiner." (IP 5)*

Fazit

Die Auswertung der vorliegenden Studie zeigt, dass die Stadt Nürnberg über ein vielfältiges Spektrum an Beteiligungsformaten verfügt, die politische Teilhabe grundsätzlich fördern können. Besonders positiv bewertet werden kommunale Beteiligungsangebote, jüngste rechtliche Entwicklungen im Staatsangehörigkeitsrecht sowie überregionale Empowerment-Programme. Gleichzeitig machen die Ergebnisse deutlich, dass strukturelle Barrieren fortbestehen – etwa beim Zugang zu politischen

[10] Bei „Young Up" handelt es sich um ein Projekt des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI). Es unterstützt junge BIPoC, sich politisch zu beteiligen (BZI 2022).
[11] „Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie" ist ein weiteres Projekt des BZI, das darauf abzielt, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Politik näher zu bringen (BZI 2021).

Parteien, in der Sichtbarkeit migrantischer Perspektiven sowie bei der thematischen Repräsentation in politischen Diskursen:

> *„Ich glaube, wir müssen viel mehr informieren – über Möglichkeiten, sich einzubringen […] Und Vorurteile abbauen. Parteien in Deutschland sind anders, als viele sie aus Herkunftsländern kennen.“ (IP 2)*

Wahrnehmung von Vielfalt in politischen Strukturen

Die Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt in politischen Strukturen ist laut den Interviews ein Gradmesser für demokratische Teilhabe und Gleichwertigkeit. Besonders auf kommunaler Ebene – etwa in einer Stadt wie Nürnberg, in der über 50 % der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte haben – stelle sich die Frage, ob sich diese Diversität in politischen Gremien, Verwaltung und Parteien angemessen widerspiegelt. Die vorliegenden Aussagen thematisieren, wie Vielfalt aktuell wahrgenommen wird, welche Fortschritte es gibt, aber auch, wo strukturelle und kulturelle Hürden weiterhin bestehen.

1. Fortschritte bei Diversität in politischen Gremien

Einige Stimmen würdigen positive Entwicklungen – insbesondere auf kommunaler Ebene. So wird etwa die Zusammensetzung der Nürnberger Grünen-Stadtratsfraktion explizit als Beispiel hervorgehoben:

> *„Die Hälfte hat Zuwanderungsgeschichte – und die Hälfte sind auch Frauen. Das war ganz bewusst so gewollt.“ (IP 2)*

Auch in der Stadtverwaltung werde seit Jahren strukturiert an migrationsbezogenen Themen gearbeitet:

> *„Ich beobachte, dass die Stadtverwaltung an den Themen, die mit Migration zu tun haben, seit Jahren sehr gute Arbeit leistet.“ (IP 3)*

Diese Entwicklungen werden insgesamt als positives Signal gewertet, wobei gleichzeitig betont wird, dass weitere Schritte notwendig sind:

> *„Haben wir wirklich da eine sehr gute Entwicklung, wobei Luft nach oben immer da ist […] damit man sieht, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch an der Leitungsposition dann irgendwann vertreten sind.“ (IP 5)*

2. Wahrnehmung von Vielfalt als Anspruch und Spiegel der Realität

Vielfalt wird zunehmend als demokratischer Anspruch verstanden. Bei einer Stadtbevölkerung mit über 50 % Zuwanderungsgeschichte sei es nicht nur wünschenswert, sondern notwendig, dass sich dies auch in politischen Entscheidungsstrukturen widerspiegelt:

> *„Unsere Stadtbevölkerung ist Vielfalt pur […] und das muss sich auch im Stadtrat widerspiegeln.“ (IP 6)*

Dabei wird auch angemerkt, dass sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von Vielfalt insgesamt gewandelt habe:

„Ich fühle selbst, dass in der Gesellschaft dieses Thema diskutiert wird […] anders angekommen ist, wie ich es damals empfunden habe.“ *(IP 1)*

3. Unterschiede zwischen Parteien

In den Aussagen der befragten Personen zeigen sich Unterschiede im Engagement der Parteien für strukturelle Vielfalt. Einzelne Parteien werden dabei als aktiver in der Umsetzung entsprechender Maßnahmen wahrgenommen. So werden beispielsweise die Grünen von einer interviewten Person als besonders engagiert beschrieben – unter anderem aufgrund bestehender Empowerment-Strukturen, geschützter Räume innerhalb der Partei und spezifischer Vielfaltsregelungen:

„Ich sag mal, die Grünen sind da Vorreiter […] Wir haben Empowerment-Netzwerke, wir haben Safer Spaces innerhalb der Partei […], aufgrund von Vielfaltsstatut, Frauenstatut […] unsere Ansprüche […] durchsetzen.“ (IP 2)

Gleichzeitig wird betont, dass diese Entwicklungen verstetigt und langfristig verankert werden müssten:

„Aber jetzt kommt es darauf an, ob wir das wirklich so nachhaltig installieren können. […] Das sei jetzt erstmalig, aber hoffentlich nicht einmalig.“ (IP 2)

4. Fehlende Teilhabe bei relevanten Diskursen

Trotz erkennbarer Fortschritte werden weiterhin Defizite in der tatsächlichen politischen Teilhabe gesehen – insbesondere im Kontext migrationsbezogener Themen. Eine Interviewaussage bringt diese Einschätzung deutlich zum Ausdruck:

„Es wurde über Menschen mit Migrationsbezug geredet – aber nicht mit ihnen.“ (IP 5)

Ein anderer Beitrag verweist auf problematische Diskursmuster in Parteien:

„Dass auch in allen demokratischen Parteien […] Thema Migration […] in einen sehr schwierigen, problematischen Diskurs eingebettet ist, das mir wirklich große Sorgen macht.“ (IP 3)

5. Fehlende Anerkennung spezifischer Perspektiven

Obwohl Diversität stärker wahrgenommen wird, erfahren die spezifischen Anliegen einiger Gruppen, darunter queere Menschen, junge Erwachsene und Menschen mit Fluchterfahrung, weiterhin nicht immer die gebührende Beachtung:

„Am Landtag sehen wir 53 Prozent Menschen sind über 45 bis 60 Jahre alt […] Es gibt Menschen mit Migrationsbezug, Fluchterfahrung, queere Menschen […] warum fehlt die Beteiligung? Weil deren Themen wird nicht ernst genommen.“ (IP 5)

Ein anderer Fokus richtet sich auf Themen wie Bildung und soziale Teilhabe:

„Der Fokus muss klar auf Zukunftsinvestitionen liegen, auf Bildung […] auf dem Thema Jugend […] Obdachlosigkeit, Thema Menschen mit Fluchtgeschichte […]“ (IP 4)

Fazit

Die Wahrnehmung von Vielfalt in politischen Strukturen ist differenziert: Einerseits zeigen sich positive Entwicklungen, wie vielfältigere Fraktionen, Empowerment-Initiativen innerhalb der Parteien und eine erhöhte Sensibilität gegenüber migrationspolitischen Themen. Andererseits werden weiterhin Herausforderungen herausgestellt: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte seien nach wie vor unterrepräsentiert, würden häufig auf spezifische Themenfelder beschränkt, und ihre Perspektiven würden nicht immer umfassend berücksichtigt. Zudem bleibe die strukturelle Verankerung von Vielfalt – beispielsweise in der Verwaltung oder in Führungspositionen – hinter den gesellschaftlichen Gegebenheiten zurück.

Anteil von Politikerinnen und Politikern mit Zuwanderungsgeschichte

Die Interviewaussagen weisen darauf hin, dass trotz einzelner Fortschritte weiterhin strukturelle Hürden bestehen könnten und die politische Teilhabe möglicherweise nicht vollständig dem gesellschaftlichen Potenzial entspricht.

1. Unterrepräsentation trotz Fortschritten

Einige Befragte betonen, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Nürnberger Politik – insbesondere in Führungspositionen – weiterhin vergleichsweise selten vertreten sind. Positive Entwicklungen, etwa im Stadtrat, werden zwar wahrgenommen, doch insgesamt wird die Repräsentation als noch unausgewogen eingeschätzt:

> *„Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert, sind außen vor in manchen Bereichen, aber fehlen auch einfach in diesem Diskurs, weil sie nicht selbst teilnehmen.“ (IP 5)*

Ein anderer Beitrag stellt fest:

> *„Es ist Realität, dass in den Spitzenfunktionen in der Nürnberger Stadtverwaltung oder in der Nürnberger Stadtpolitik eigentlich der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund viel niedriger ist als der an der Stadtgesellschaft.“ (IP 4)*

Gleichzeitig wird anerkannt, dass es durchaus Fortschritte gibt, etwa bei der Zusammensetzung des aktuellen Stadtrats:

> *„Wir sind 14 Stadträtinnen und Stadträte – und die Hälfte hat Zuwanderungsgeschichte.“ (IP 2)*

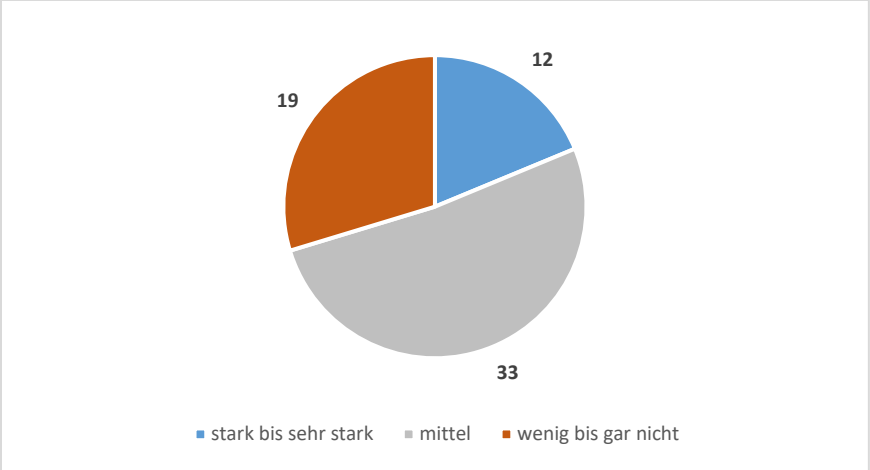
2. Repräsentation stärkt politische Beteiligung

Sichtbare Vorbilder in der Politik können als identitätsstiftend wahrgenommen werden und das politische Engagement fördern – insbesondere für Personen, die sich bisher nur wenig repräsentiert fühlten:

> *„Wir beobachten, dass Wahlbeteiligung steigt, wenn Menschen bei Wahlen Kandidatinnen und Kandidaten sehen, mit denen sie sich identifizieren – etwa aus der eigenen Community.“ (IP 3)*

Die Befragten der der Online-Umfrage, die bei der letzten Kommunalwahl gewählt haben (N=64), sehen ihre Interessen durch den Nürnberger Stadtrat mittelmäßig bis gut vertreten.

Abbildung 11: Haben Sie das Gefühl, dass die Stadträtinnen und Stadträte in Nürnberg Ihre Interessen ausreichend vertreten? N = 64



Auch die Anerkennung als gleichwertiger Teil einer politischen Bewegung kann zur Beteiligung motivieren.

Fazit

In Nürnberg zeigen sich Ansätze zur politischen Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – insbesondere auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig weisen die Aussagen auf bestehende Herausforderungen hin: Eine Unterrepräsentation in Führungspositionen, eine thematisch eingeschränkte Wahrnehmung sowie strukturelle Hürden können nach wie vor eine gleichberechtigte Teilhabe erschweren.

Auswirkungen des Wahlrechtes auf die politische Partizipation

Das Wahlrecht wird als ein zentrales Instrument demokratischer Teilhabe wahrgenommen und definiere die Grenze zwischen aktiver Mitbestimmung und passiver Beobachtung. Für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sei die politische Beteiligung in Deutschland maßgeblich vom rechtlichen Status abhängig – insbesondere von der Staatsangehörigkeit. Die folgenden Aussagen verdeutlichen, inwieweit das geltende Wahlrecht die Möglichkeiten politischer Partizipation strukturiert, einschränkt oder eröffnet. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem kommunalen Wahlrecht als unmittelbarem Zugang zur Beteiligung im Lebensumfeld.

1. Kommunales Wahlrecht als Chance – aber nicht für alle

Das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus EU-Mitgliedstaaten wird vereinzelt als Fortschritt wahrgenommen, da es eine politische Mitbestimmung ermöglicht – wenn auch begrenzt auf diese spezifische Gruppe:

> *„Die Möglichkeit, dass alle, die aus der Europäischen Union erstmal zu uns kommen, die haben automatisch das Wahlrecht.“ (IP 6)*

Gleichzeitig wird auf die strukturelle Ungleichheit verwiesen, da Drittstaatsangehörige nach wie vor ausgeschlossen sind:

> *„Die haben bestimmte Möglichkeiten, die einem anderen Teil der Migrantinnen und Migranten komplett verwehrt bleiben.“ (IP 3)*

Diese rechtliche Grenze wird als nicht mehr zeitgemäß empfunden – insbesondere angesichts der langjährigen Verwurzelung vieler Betroffener in den Kommunen:

> *„Wahlrecht für alle ist die Lösung – zumindest auf kommunaler Ebene." (IP 5)*

2. Einbürgerung als Voraussetzung – Fortschritte und Frustration

Reformen im Staatsangehörigkeitsrecht, etwa durch kürzere Wartezeiten oder die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, werden von einzelnen Stimmen als Fortschritt anerkannt:

> *„Durch die Verkürzung der Einbürgerungsfristen […] sind für bestimmte Gruppen neue Möglichkeiten der Einbürgerung entstanden […] da wird man mit politischen Rechten praktisch ausgestattet, mit Beteiligungsrechten. Das ist eine positive Entwicklung." (IP 3)*

Gleichzeitig wird deutlich, dass viele aus der sogenannten „Gastarbeiter"-Generation über Jahrzehnte hinweg auf diese Möglichkeit gewartet haben – oft vergeblich. Die Folge: ein schleichender Verlust an politischem Interesse:

> *„Viele von diesen Menschen haben das Interesse verloren – weil es nicht ein Jahr, zwei Jahre ist, sondern sie seit 20, 30, 40 Jahren warten." (IP 5)*

Demgegenüber erscheinen den Befragten neu Zugewanderte als politisch wacher und interessierter:

> *„Die, die neu gekommen sind – die treffe ich oft. Sie sind hoch politisiert und wollen mitgestalten." (IP 5)*

3. Ausschluss führt zu politischer Frustration und Ohnmacht

Die Beiträge verdeutlichen, wie stark das Fehlen des Wahlrechts als Form des Ausschlusses erlebt wird – selbst bei langjähriger gesellschaftlicher Integration:

> *„Man sieht die Probleme, weiß, woran es hängt, hat Ideen – aber darf sich nicht beteiligen. Man bleibt Zuschauer." (IP 5)*

Dieses Gefühl politischer Ohnmacht treffe nicht nur das Individuum, sondern auch dessen Vertrauen in demokratische Prozesse:

> *„Wenn dann mit dem Finger auf dich gezeigt wird, bleibst du Zuschauer – egal wie stark du dich engagierst." (IP 5)*

4. Identifikation mit der Kommune als Schlüssel zur Integration

Die starke emotionale und soziale Bindung an den Wohnort wird als wichtiger Faktor für politische Zugehörigkeit beschrieben – häufig noch vor einer Identifikation mit dem Nationalstaat:

> *„Für viele Migrantinnen und Migranten ist es einfacher zu sagen: ‚Ich bin Nürnbergerin' als zu sagen: ‚Ich bin eine Deutsche'." (IP 3)*

Ein kommunales Wahlrecht für alle würde daher nicht nur formale Teilhabe ermöglichen, sondern auch die Identifikation mit der Stadtgesellschaft stärken:

„Ich glaube, mit kommunalem Wahlrecht könnte man […] genau diese Selbstwahrnehmung verbessern.“ (IP 3)

5. Politisches Engagement wird durch rechtliche Hürden gehemmt

Selbst engagierte oder gut integrierte Menschen stoßen nach Einschätzung der Befragten auf rechtliche Grenzen, wenn ihnen das Wahlrecht fehlt. Dies erschwere politisches Engagement und könne entmutigen:

„Da bleibt einem oft nur, sich mit jemandem zu vernetzen, der dann für einen spricht – aber selbst gestalten ist schwer.“ (IP 5)

„Selbst wenn man Verantwortung übernehmen will – ohne Wahlrecht bleibt das sehr schwer.“ (IP 5)

Die Folge kann ein Rückzug aus politischer Aktivität sein - nicht aus mangelndem Interesse, sondern wegen fehlender Rechte. Die Studienlage dazu ist konsistent.[12]

Fazit

Die Interviewaussagen verdeutlichen, dass das Wahlrecht ein entscheidender Hebel für politische Zugehörigkeit und tatsächliche Teilhabe sein kann. Während Reformen im Staatsangehörigkeitsrecht laut den Befragten neue Möglichkeiten eröffnen, bleibe der Ausschluss vom kommunalen Wahlrecht für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine bedeutende Hürde. Insbesondere auf kommunaler Ebene – wo politische Entscheidungen den Alltag direkt beeinflussen – habe dieser Ausschluss große Auswirkungen. Eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts könne daher nicht nur die politische Beteiligung fördern, sondern auch Integration und gesellschaftliche Zugehörigkeit langfristig stärken.

Politische Präferenzen und Engagement außerhalb von Wahlen

Die Interviews thematisieren die gesellschaftliche Teilhabe sowie Zugänge zu politischer Repräsentation, zivilgesellschaftlichem Engagement sowie individuellen Motivationen für Beteiligung – und machen deutlich, dass politische Teilhabe über das Wahlrecht hinausgehe.

1. Zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe

Ein häufig genanntes Thema ist das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in der Nürnberger Stadtgesellschaft. Besonders als niedrigschwellige Form gesellschaftlicher Teilhabe werden überparteiliche Bürgervereine hervorgehoben, die in zahlreichen Stadtteilen aktiv sind:

„Wir haben viele Bürgervereine in Nürnberg, die überparteilich arbeiten. Da kann man einfach mitmachen, egal woher man kommt – ob in Gleishammer, Großgründlach oder Mögeldorf.“ (IP 6)

Auch Sportvereine werden als zentrale Orte sozialer Integration beschrieben, die generationen- und herkunftsübergreifende Begegnungen ermöglichen:

[12] Vgl. dazu u.a. Diehl; Urhahn 1998, Vierus et al. 2023, Wilmes 2018, Caballero; Diehl 2020

„Im Sportbereich […] auch ein Bereich, wo es viele Kontakte gibt. Das ist oft ein Raum, in dem Interkulturalität ganz selbstverständlich gelebt wird.“ (IP 3)

Neben institutionalisierten Formen finden sich auch viele Beispiele außerparlamentarischer Beteiligung, etwa durch Protestaktionen, öffentliche Stellungnahmen oder kulturelle Veranstaltungen in den Interviews:

„Demonstrationen, öffentliche Präsenz, sich zivilgesellschaftlich zeigen – das ist wichtig, gerade für Migrantinnen und Migranten. Damit wird deutlich: Wir gehören dazu.“ (IP 3)

2. Politisches Engagement und Repräsentation

Einige Beiträge thematisieren parteipolitisches Engagement – sowohl im Stadtrat als auch in politischen Jugendorganisationen und Parteien. Dabei wird vereinzelt deutlich, dass persönliche Erfahrungen das Engagement beeinflussen und mit dem Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung verbunden sein können:

„Kurz vor dem Abi wollte ich auch in andere Felder […] mich für soziale Themen einsetzen – und bin dann zu den Jusos gegangen.“ (IP 4)

„Ausschlaggebend für mein Engagement war beispielsweise die hohe Schulabbrecherquote in Nürnberg.“ (IP 4)

Die Repräsentation wird nicht als Ziel, sondern als Verantwortung verstanden – insbesondere in der Verbindung persönlicher Erfahrungen mit gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen:

„Ich werde regelmäßig angerufen, angefragt von meinen Nachbarn, Nachbarinnen und vertrete deren Interessen im Nürnberger Stadtrat […] engagiere mich in der Sportpolitik und setze mich für soziale Mobilität ein. Denn Mobilität […] ist für mich auch ein Stück Sozialpolitik.“ (IP 4)

Thematisch fokussieren sich die Aussagen auf soziale Gerechtigkeit, Bildung, Integration und städtische Infrastruktur:

„Meine Leidenschaft gilt der Verkehrs- und Mobilitätspolitik – weil sie auch über Teilhabe und Chancen entscheidet.“ (IP 4)

3. Integrations- und Vielfaltsgestaltung

Ein zentrales Anliegen einiger Befragter ist die bewusste Gestaltung von Vielfalt. Dabei wird der klassische Begriff „Integration“ zunehmend kritisch gesehen – als einseitig und defizitorientiert. Stattdessen wird das Konzept der Vielfaltsgestaltung bevorzugt, das unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven mitdenkt:

„Ich bin Sprecherin für Vielfaltsgestaltung, nicht für Integration. Es geht mir um Menschenrechte, Antirassismus und intersektionales Denken – nicht um Anpassung.“ (IP 2)

Zivilgesellschaftliches Engagement wird nicht als bloßer Ausdruck individueller Initiative verstanden, sondern als politische Arbeit im besten Sinne:

„Es war halt diese wirklich sehr starke zivilgesellschaftliche Perspektive […] aber auch politische Fürsprache, Empowerment, Advocacy.“ (IP 2)

Fazit

Die Aussagen spiegeln vielfältige Formen des Engagements wider, die vom lokalen Vereinsleben über institutionelle Politik bis hin zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten reichen. Dabei fällt die Verbindung zwischen biografischer Reflexion und politischem Handeln auf. Die Themen Integration, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Vielfalt sind dabei auf allen Ebenen präsent. Nürnberg wird als ein Raum beschrieben, in dem demokratische Teilhabe aktiv gestaltet werden kann – unter der Voraussetzung, dass politische und gesellschaftliche Strukturen zugänglich bleiben und Offenheit für Vielfalt zeigen.

Rolle von migrantischen Organisationen

Die Interviews stellen heraus, dass sich in Nürnberg seit vielen Jahren verschiedene migrantische Organisationen sowie selbstorganisierte Gruppen mit Zuwanderungsgeschichte für die Stärkung politischer Teilhabe und gesellschaftlicher Inklusion engagieren. In unterschiedlichen Funktionen – etwa als Vermittler zwischen institutionellen Akteuren und migrantischen Lebensrealitäten, als Plattformen für Austausch und Interessenvertretung oder als Orte der Selbstermächtigung – gestalten sie das kommunale Miteinander aktiv mit. Einzelne Erfahrungsberichte veranschaulichen dabei die vielfältigen Perspektiven auf ihre Rolle und Wirkung.

1. Politische Aktivierung und Empowerment durch gezielte Projekte

Vereinzelt berichten Befragte von Projekten, die gezielt politische Bildung fördern und Beteiligung vorbereiten – insbesondere für unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen mit Zuwanderungsgeschichte:

> *„Wir hatten mal ein Projekt mit Kooperationspartnern, wo wir ganz direkt Frauen angesprochen haben, die Interesse an Kommunalpolitik hatten – mit Schulungen und Unterstützung, auch zur Kandidatur.“ (IP 3)*

Diese Art von Projektarbeit zeigt exemplarisch, dass politische Teilhabe aktiv vorbereitet und gestärkt werden kann.

2. Migrantische Organisationen als politische Akteure auf mehreren Ebenen

Organisationen wie AGABY sehen sich nicht nur als migrantische Organisation, die nur innerhalb der Communities arbeiten, sondern auch als strukturierte Interessenvertretungen gegenüber Politik und Öffentlichkeit:

> *„Die dritte Zielgruppe ist die Politik und Institutionen auf der bayerischen Ebene […] über Briefe, Resolutionen, Stellungnahmen, Veranstaltungen.“ (IP 3)*

> *„Unsere Formate reichen von Vollversammlungen über Online-Treffen bis hin zu direkter Pressearbeit.“ (IP 3)*

Dieses mehrschichtige Wirken – intern wie extern – macht die Organisationen zu relevanten Akteuren politischer Kommunikation und Einflussnahme.

3. Brückenfunktion und lokale Verankerung

Migrantische Vereine seien an vielen Orten als „Vertrauensorte“ etabliert – Räume, in denen politischer Austausch stattfinde, Anliegen formuliert werde und informelle Mobilisierung erfolge.

Einige Interviewte berichten, dass in diesen Kontexten Menschen zur politischen Kandidatur ermutigt wurden:

> *„Das hört man ja im Hintergrund in den Vereinen: ‚Stell dich doch auf, dann haben wir unsere Anliegen auch im Stadtrat.'" (IP1)*

> *„Ich gehe gerne zu diesen Vereinen – ich merke, dass ich dort gerne gesehen werde, und das ist mir ein großes Anliegen." (IP 1)*

Diese lokale Verbundenheit zwischen Community und Politik unterstreicht die Bedeutung direkter Ansprache.

Auch bei der Online-Umfrage wurden migrantische Vereine und Initiativen sowie Kulturläden und weitere Beratungsstellen als Ermöglichungsräume beziehungsweise Hilfe für politisches Engagement genannt, unter anderem: IMEDANA[13] e.V., Bayerischer Flüchtlingsrat, AWO[14] Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte, ZAM[15]-Beratung, Jugendmigrationsdienst bei EJN[16], We integrate e.V., Stabstelle Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg.

4. Zugang zu spezifischen Lebensrealitäten

Die verschiedenen Erfahrungsberichte deuten darauf hin, dass migrantische Organisationen häufig über einen engen Bezug zu den Lebensrealitäten ihrer Mitglieder verfügen. Dieses Wissen aus erster Hand könne insbesondere bei der differenzierten Erfassung von Bedarfen sowie bei Rückmeldungen zu politischen Maßnahmen hilfreich sein:

> *„Wie ticken die Menschen? Damit man das Uhrwerk einstellen kann, brauchen wir diese Verbindung." (IP 1)*

> *„Jede Community ist ein wichtiger Beitrag – sie geben uns einen Zugang zu ganz unterschiedlichen Perspektiven." (IP 6)*

Dieses Erfahrungswissen macht sie zu wichtigen Dialogpartnerinnen und -partnern für Verwaltung, Parteien und Beiräte.

5. Repräsentation und strukturelle Beteiligung

Einige Aussagen betonen, dass migrantische Verbände nicht nur beratend wirken, sondern auch strukturell in politische Prozesse eingebunden sind – etwa bei Wahllisten oder der Organisation von Beteiligungsformaten:

> *„Wir fragen euch als migrantische Verbände, zum Beispiel wenn es um Listenaufstellungen geht." (IP 5)*

> *„Heute haben wir Stammtisch – kommt rein, redet über eure Themen, dann schauen wir, wie wir die Themen lösen." (IP 5)*

[13] Institut für Medien- und Projektarbeit
[14] Arbeiterwohlfahrt
[15] Zentrale Anlaufstelle Migration
[16] Evangelische Jugend Nürnberg

„Für Integrationsratswahlen haben wir vom Verein aus auch Listen aufgestellt.“ (IP 5)

Diese Beispiele zeigen: Beteiligung findet nicht nur informell statt, sondern kann auch strukturell verankert werden.

Fazit

In Nürnberg übernehmen migrantische Organisationen vielfältige Funktionen in der Förderung politischer Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie bieten Räume für Empowerment und politische Bildung, vertreten Interessen nach außen und sind in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden. Damit tragen sie nach Einschätzung der Befragten zur Verbindung zwischen gesellschaftlicher Alltagserfahrung und institutionellen Strukturen bei. In Fachkreisen und Praxisberichten wird ihre Rolle zunehmend nicht nur als symbolisch, sondern als strukturell bedeutsam für eine demokratisch und diversitätsorientiert gestaltete Stadtgesellschaft beschrieben.

Zusammenfassung der strukturellen Faktoren

Die im Rahmen der Analyse ausgewerteten Aussagen zeichnen ein differenziertes Bild der politischen Teilhabechancen in Nürnberg. Sie verweisen auf eine Vielzahl von Engagementformen – unter anderem in Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen, migrantisch geprägten Organisationen sowie im öffentlichen Raum. Zugleich verdeutlichen sowohl qualitative Rückmeldungen als auch Ergebnisse der Online-Befragung, dass politische Teilhabe wohl nicht für alle gleichermaßen zugänglich ist.

Dabei werden insbesondere strukturelle Rahmenbedingungen thematisiert, die als hemmend oder ausschließend erlebt werden. Genannt werden etwa das eingeschränkte kommunale Wahlrecht, mangelnde Informationsangebote, formale Eintrittshürden in parteipolitische Strukturen sowie institutionell verankerte kulturelle Selbstverständnisse. Diese Faktoren wirken sich nach Einschätzung einzelner Beteiligter negativ auf Teilhabechancen aus.

Die Auswertung gibt zudem Hinweise darauf, unter welchen Bedingungen politisches Engagement als unterstützend und wirksam erlebt wird. Wiederholt wird hervorgehoben, wie bedeutsam persönliche Ansprache, biografische Anknüpfungspunkte, sichtbare Repräsentation und niedrigschwellige Beteiligungsformate für eine gelingende Teilhabe sein können. Migrantisch geprägte Organisationen nehmen dabei häufig eine vermittelnde Rolle ein – sowohl gegenüber politischen Institutionen als auch in Richtung Stadtgesellschaft. Besonders positive Erfahrungen werden dort benannt, wo politische Strukturen offen für Diversität sind und diese aktiv einbinden – etwa durch transparente Auswahlprozesse, gezielte Nachwuchsförderung, Empowerment-Ansätze oder eine inklusive Kommunikationskultur.

Gesellschaftliche Faktoren

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben nach Einschätzung der Befragten einen maßgeblichen Einfluss darauf, ob und wie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte politische Teilhabe erleben. Dabei stellen die Interviews ein Zusammenwirken individueller Erfahrungen, struktureller Gegebenheiten und gesellschaftlicher Dynamiken heraus. Die Aussagen im Rahmen dieser Forschung zeigen, wie Vertrauen, Repräsentation und mediale Einflussnahme den Zugang zu demokratischen Prozessen mitbestimmen können. Während kommunale Strukturen in Nürnberg vielfach als offen und zugänglich beschrieben werden, bleiben Skepsis, Unsicherheiten und digitale Desinformation als reale Herausforderungen für die Interviewten bestehen. Die Vergleiche mit anderen Städten und politischen

Ebenen unterstreichen, dass lokale Integrationspolitik im gesamtgesellschaftlichen Spannungsfeld operiert – mit Potenzial, aber auch klaren Grenzen.

Besondere Herausforderungen oder Chancen in Nürnberg

Die Interviews zeigen exemplarisch Beispiele die Wahrnehmung der Befragten, dass Nürnberg sowohl vor spezifischen Herausforderungen als auch vor besonderen Chancen im Kontext gesellschaftlicher Integration steht. Mit einem Anteil von über 50 % der Stadtgesellschaft, sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein wichtiger Teil von Nürnberg und tragen zu einer hohen Diversität bei. Dies schaffe besondere Voraussetzungen für eine lokale Integrationspolitik, die Barrieren abbaue und neue Wege zur Teilhabe eröffnen müsse. Nürnberg wird als weltoffene „Stadt der Chancen" beschrieben – gleichzeitig werden strukturelle und kommunikative Hürden hervorgehoben, die politische und gesellschaftliche Partizipation einschränken.

1. Nürnberg als „Stadt der Chancen" – Ein positives Fundament

Nürnberg wird vereinzelnd als ein Ort wahrgenommen, an dem gesellschaftliche Teilhabe grundsätzlich möglich ist. So wurde hervorgehoben, dass die Stadt früh Beiratsstrukturen eingeführt, diverse Projekte initiiert und niedrigschwellige Beteiligungswege etabliert habe. Auch persönliche Erfolgsgeschichten spiegeln sich in dieser Einschätzung wider. So wird betont:

> *„Ich habe Nürnberg immer kennengelernt als Stadt, in der man eine Chance bekommen kann und auch eine zweite oder dritte." (IP 4)*

> *„Es ist eine Stadt, die nicht nur ein Label ‚Stadt der Menschenrechte' hat, sondern es auch wirklich die Mehrheit lebt." (IP 4)*

Die vielfältige Vereinslandschaft wird ebenfalls als Ressource für Teilhabe betont:

> *„Überall, wo ich hingekommen bin – vom Trachtenverein bis zum Sportverein – wurde ich mit meiner Geschichte als waschechter Nürnberger immer anerkannt." (IP 4)*

2. Hürden und Herausforderungen – Beteiligung bleibt ausbaufähig

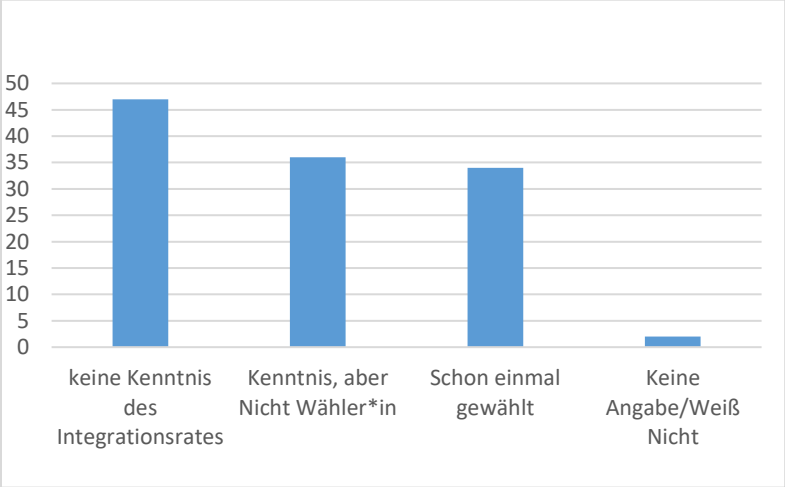
Trotz dieser positiven Grundlage sehen die Interviewten klare Herausforderungen. Ein häufig genanntes Thema ist die geringe Wahlbeteiligung beim Integrationsrat, die bei ihren letzten Wahlen bei rund 3,5 % lag. Dies wird wie folgt kommentiert:

> *„3,5 % ist nicht gut. Viele wissen nicht einmal, dass wir einen Integrationsrat haben." (IP 6)*

Diese geringe Sichtbarkeit wird als strukturelles Kommunikationsdefizit mit Folgen für die politische Teilhabe bewertet.

Die Daten aus der Online-Umfrage schienen dies zu bestätigen: Knapp 40 % der Befragten kennen den Integrationsrat nicht, ein Drittel kennt ihn zwar, hat ihn aber nicht gewählt und lediglich ein knappes Drittel der Befragten gibt an, den Integrationsrat schon einmal gewählt zu haben

Abbildung 12: Wahl des Integrationsrates, N = 119



Den Nicht-Wählenden (N=32) fehlte es vor allem an Informationen über Parteien, Kandidierenden und deren Themen sowie an Informationen darüber, was die Aufgaben eines Integrationsrates sind. (s. Tabelle im Anhang 2).

Auch die Komplexität digitaler Verwaltungsprozesse wird kritisch angesprochen:

> *„Allein auf der Plattform ‚Mein Nürnberg' einen Antrag zu finden – puh, da kann man stundenlang drüber reden." (IP 5)*

3. Gesellschaftliche Vielfalt als Herausforderung und Chance

Die gesellschaftliche Vielfalt Nürnbergs wird als Realität anerkannt – verbunden mit der Erwartung, dass Politik und Verwaltung ihre Zugänge kontinuierlich anpassen müssen:

> *„Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verändern sich, auch die Gründe einer Zuwanderung verändern sich. Wir müssen immer wieder evaluieren: Sind wir noch richtig unterwegs?" (IP 6)*

Auch wird auf eine politische Verantwortung hingewiesen, aktiv mit Frustration und politischer Entfremdung umzugehen:

> *„Wie schaffen wir es, Prioritäten richtig zu setzen – auch für die, die frustriert sind oder extreme Parteien wählen?" (IP 4)*

4. Potenziale aktiver Teilhabe – neue Gruppen und Impulse

Viele Interviewpartnerinnen und -partner sehen in der Stadt weiterhin große Potenziale für stärkere politische Teilhabe – insbesondere durch gezielte Ansprache bislang unterrepräsentierter Gruppen:

> *„Ich werbe aktiv für die Kommunalwahl und sage zu BIPoCs[17], queeren Menschen, Geflüchteten: Kommt, bewerbt euch, lasst euch aufstellen." (IP 5)*

[17] Black, Indigenous, and People of Color

Auch wird betont, dass in Nürnberg bereits politische Teilhabe für Menschen ohne deutschen Pass über beratende Gremien möglich sei:

> *„Man kann sich im Integrationsrat engagieren und somit auch in der Integrationskommission mitwirken – auch ohne deutschen Pass.“ (IP 6)*

Die Bedeutung von Bürgervereinen und lokaler Netzwerkarbeit wird ebenfalls hervorgehoben:

> *„Die Bürgervereine haben direkten Kontakt ins Rathaus. Wenn sich eine Gruppe zusammentut, wird sie gehört – da fehlt oft nur der Mut, sich zu zeigen.“ (IP 6)*

Fazit

Nürnberg wird als offene, strukturstarke Stadt beschrieben, die gute Voraussetzungen für Integration und Teilhabe bietet. Gleichzeitig machen die Aussagen deutlich: Die Aktivierung und Ansprache migrantischer und marginalisierter Gruppen bleibt nach Einschätzung der Befragten eine zentrale Herausforderung.

Bedeutung lokaler Integrationspolitik

Lokale Integrationspolitik ist für die Befragten ein zentrales gesellschaftliches Gestaltungsfeld, das die soziale Bindekraft, Teilhabe und demokratische Identifikation einer pluralen Stadtgesellschaft wie Nürnberg unmittelbar beeinflusst. Einzelne Aussagen aus den Interviews stellen heraus, dass kommunale Handlungsspielräume, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie eine strategische Öffnung institutioneller Strukturen entscheidend seien, um das Potenzial von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu aktivieren und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

1. Der Integrationsrat als lokalpolitisches Instrument

Der Integrationsrat wird als tragende Säule lokaler Integrationspolitik beschrieben. Besonders hervorgehoben wird seine Funktion als niedrigschwelliger Zugang zur politischen Partizipation für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit:

> *„Also der Integrationsrat ist für uns eine wichtige Säule […] weil man muss ja auch eins feststellen: Das deutsche System ist ja nicht einfach.“ (IP 6)*

Die beratende Rolle gegenüber Stadtrat und Verwaltung wird ebenfalls als wesentlich betrachtet:

> *„Man kann sich eben im Integrationsrat engagieren und auch da ein Mandat anstreben und somit auch in der Integrationskommission mitwirken, um auch hier wieder direkt Einfluss zu nehmen auf die Stadträtinnen und Stadträte.“ (IP 6)*

Dies ermögliche eine sichtbare Beteiligung und trage zu einer demokratischen Repräsentation in einer Stadt mit über 50 % Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei. Der Integrationsrat werde dabei als Plattform gesehen, die politische Teilhabe auch für Menschen ohne Wahlrecht eröffnet:

> *„Der Integrationsrat ist für uns ein Instrument, wo wir die Menschen einladen, mitzugestalten – auch die Stimme des Integrationsrats zu nutzen.“ (IP 6)*

2. Relevanz der Zivilgesellschaft – Anerkennung, Ressourcen, Schutz

Zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Communities und migrantischen Organisationen werden als unverzichtbar für die Umsetzung lokaler Integrationspolitik hervorgehoben. Zugleich werden Gefährdungen wie politische Beobachtung oder rechtliche Unsicherheiten benannt:

> *„Da gibt es wirklich problematische Diskussionen, dass man die politische Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisch beobachtet oder die Gemeinnützigkeit infrage stellt." (IP 3)*

Mehrere Befragte betonen die Notwendigkeit struktureller Förderung und langfristiger Ressourcen:

> *„Für den Erhalt der Demokratie ist die Zivilgesellschaft wichtig – und sie muss migrantische Teile einbeziehen und stärken." (IP 3)*

3. Interkulturelle Öffnung als institutionelles Ziel

Die Öffnung institutioneller Strukturen wird als ein Schlüssel zur gleichberechtigten Repräsentation wahrgenommen. Dies betreffe nicht nur symbolische Akte, sondern konkrete Veränderungen in Verwaltung und Politik:

> *„Wir reden immer wieder, dass Nürnberg über 50 % Menschen mit Migrationsgeschichte hat – aber man sieht sie kaum in der politischen Ebene." (IP 5)*

Einzelne Stimmen fordern eine stadtweite Willkommenskultur – auch jenseits spezialisierter Stellen:

> *„Willkommenskultur […] nicht nur im Bildungsbüro oder Interkulturbüro […] in allen Ämtern, auch in der Ausländerbehörde. Das ist praktisch das Aushängeschild der Stadt." (IP 2)*

Auch die gezielte Repräsentation durch Namen, Bilder und Ämter wird als Mittel zur Identifikation benannt:

> *„Da kommt es auch drauf an, wen sehe ich auf dem Plakat. Ist es eine Person, mit der ich mich vielleicht besser identifizieren kann als mit einem Stefan Müller?" (IP 2)*

Ein aktueller Bericht zur interkulturellen Öffnung wurde in der Integrationskommission positiv bewertet, wenngleich Luft nach oben gesehen wird:

> *„Damit man sieht, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch an Leitungspositionen vertreten sind." (IP 5)*

4. Partizipation durch gezielte Projekte und Mentoring

Neben institutionellen Wegen werden konkrete Projekte und Programme als wichtiger Zugang zur politischen Teilhabe genannt. Bespielhaft werden Schulungen und Mentoringprogramme für Menschen mit Migrationsgeschichte genannt:

> *„Wir hatten mal ein Projekt, bei dem Frauen gezielt angesprochen wurden, die Interesse an Kommunalpolitik hatten – inklusive Schulungen, Sprachförderung und Mentoring." (IP 3)*

Solche Maßnahmen unterstützen nach Einschätzung der befragten Person Selbstwirksamkeit und politische Sprachfähigkeit. Besonders niedrigschwellige Projekte könnten ein Einstieg in die Beteiligung sein:

> *„Wenn man gefragt wird, dann denkt man: Aha, da kenne ich mich vielleicht nicht aus – und muss mich doch mal damit auseinandersetzen.“ (IP 3)*

Auch Listenaufstellungen durch Vereine oder Stammtische in migrantischen Communities werden von den Befragten als Beteiligungsform genannt:

> *„Die Beteiligung und dieser Wunsch, sich zu öffnen […] das geht bis hin zu Listenaufstellungen, damit man auch nach außen zeigt: Diese Partei oder die Institution steht für Vielfalt.“ (IP 5)*

5. Lokale Integrationspolitik als Motor für Identifikation und Demokratieerleben

Ein wiederkehrendes Motiv innerhalb der Interviews ist, dass die lokale Integrationspolitik für viele Menschen der erste Ort gelebter Demokratie sei. Die Kommune spiele dabei eine Schlüsselrolle – nicht nur in politischen Gremien, sondern im Alltag:

> *„Das ist das Aushängeschild der Stadt […] dort entscheidet sich, wie man rausgeht, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.“ (IP 2)*

Die Möglichkeit zur Teilhabe fördere Identifikation mit dem Gemeinwesen – und wirke Politikverdrossenheit entgegen:

> *„Ich denke, Identifikationsangebote sind wichtig […] damit Migrantinnen und Migranten ihre Rolle in der Demokratie erkennen und Wirkungsmöglichkeiten sehen.“ (IP 3)*

Langfristige Bindung und demokratische Integration hängen nach Einschätzung der Interviewten eng mit Anerkennung und Mitsprache zusammen.

Fazit

Die Aussagen kommen zu folgenden Einschätzungen: Eine moderne, wirksame Integrationspolitik auf lokaler Ebene ist weit mehr als Sozialpolitik – sie ist Demokratiepolitik. Kommunen wie Nürnberg verfügen über erheblichen Handlungsspielraum, um durch strukturelle Öffnung, zivilgesellschaftliche Stärkung und echte Repräsentation den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv mitzugestalten.

Bildungsniveau und politische Bildung (Zugangsfaktoren)

Politische Bildung und das allgemeine Bildungsniveau sind für die Befragten zentrale Zugangsfaktoren für gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Engagement. Der Zugang zu Information, das Verständnis demokratischer Prozesse sowie sprachliche und kulturelle Kompetenzen beeinflussen hiernach maßgeblich, wie Menschen sich in demokratische Strukturen einbringen können. Die Interviews unterstreichen die Rolle politischer Bildung als Schlüsselfaktor – gerade im Kontext von Migration, Heterogenität und Chancengleichheit.

1. Politische Bildung als Schlüssel zur Teilhabe

Ein wiederkehrendes Motiv in den Aussagen der Befragten ist die Erkenntnis, dass Demokratie kein selbstverständlicher Erfahrungsraum für alle sei – insbesondere für Menschen, die aus Ländern kommen, in denen demokratische Strukturen wenig ausgeprägt sind:

> *„Also auch eine Demokratie ist ja nicht einfach. Man muss ja das verstehen – oft kommen ja Menschen aus Ländern und aus Gebieten, da kennt man keine Demokratie."* *(IP 6)*

Politische Bildung müsse daher mehrdimensional verstanden werden – über reines Wissen hinaus. Sprachliche Kompetenzen, Medienzugang und Vertrautheit mit demokratischer Kultur seien entscheidend, um Hürden zu überwinden:

> *„Erst mal muss man das System schon verstehen, […] da muss man sich auch damit beschäftigen, das muss man auch oft erklären."* *(IP 6)*

Gerade bei jungen Menschen könne politische Bildung eine wichtige Motivation zur Mitgestaltung wecken:

> *„Ich denke, informiert sein, sich ein bisschen auskennen, zum Beispiel Unterschiede zwischen Parteien wahrnehmen […] das kann schon dazu beitragen, dass man aktiver an Wahlen teilnimmt."* *(IP 3)*

2. Informationslücken und unsichtbare Strukturen

Trotz vorhandener Angebote bestehen in den Augen der Befragten große Informationsdefizite. Ein genanntes Beispiel ist, dass vielen Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern laut den Interviewten die Existenz und die Funktion des Integrationsrats nicht bekannt sei:

> *„Also oftmals wissen ja Leute, die bei uns in Nürnberg leben […] gar nicht, dass wir einen Integrationsrat haben."* *(IP 6)*

3. Geringe Bildung ≠ politisches Desinteresse – aber Bildung als Hebel

Die Interviewten stellen heraus: Geringes formales Bildungsniveau bedeute nicht automatisch politische Gleichgültigkeit. Vielmehr erschwere der fehlende Zugang zu Information die aktive Teilhabe:

> *„Viele meiner Freunde kommen gar nicht auf die Idee, einen Leserbrief zu schreiben, weil sie gar keine Zeitung abonniert haben."* *(IP 5)*

Auch der Kontakt zu politischen Institutionen – etwa Abgeordneten oder Parteien – bleibe häufig aus, weil schlicht das Wissen über Zugangswege fehle. Politische Bildung kann nach Einschätzung der Befragten genau hier ansetzen, insbesondere in Jugendhäusern, Vereinen und schulischen Kontexten.

Fazit

Politische Teilhabe setzt für die Befragten Wissen, Verstehen und Erleben voraus. In einer pluralen Stadtgesellschaft wie Nürnberg dürfe politische Bildung nicht als Folgeaspekt betrachtet werden, sondern müsse als zentrales Element lokaler Integrationspolitik verstanden werden. Ein Handlungsimpuls, der sich aus den Interviews ergibt, ist: Mit gezielten, respektvollen und inklusiven

Bildungsangeboten lasse sich das politische Potenzial der Stadtgesellschaft aktivieren – unabhängig vom formalen Bildungsgrad.

Vertrauen in das politische System

1. Ambivalente Wahrnehmung: Zwischen Vertrauen und Skepsis

Das Vertrauen in das politische System unter Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nehmen die Befragten als ambivalent wahr: Einerseits werden positive Erfahrungen mit kommunaler Politik und individueller Anerkennung beschrieben. Andererseits bestehe Skepsis, Enttäuschung oder politische Apathie – insbesondere als Folge von Erfahrungen mit autoritären Regimen oder strukturellen Barrieren:

> *„Manche Leute sind alarmiert und beteiligen sich, andere haben durch ihre Herkunft oder Erfahrung ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber politischen Systemen."* *(IP 3)*

> *„Ich beobachte zum Teil auch politische Apathie in dem Sinne, dass die Leute sagen: ‚Ich traue keiner Partei mehr. Niemand mehr vertritt meine Positionen.'"* *(IP 3)*

Einzelne Stimmen machen zudem deutlich, dass negative politische Prägungen oder ein Gefühl des Abgehängtseins das Vertrauen zusätzlich untergraben können:

> *„Dass man Zweifel hegt – was ist das jetzt für eine Demokratie? Ich kriege gar nichts mit, ich bin abgehängt vom System."* *(IP 6)*

2. Kommunalpolitik als Chance für Vertrauensbildung

Im Vergleich zu Landes- oder Bundespolitik wird die Kommunalpolitik von den Interviewten als nahbarer, pragmatischer und bürgernäher erlebt. Diese Nähe kann ihrer Einschätzung nach Vertrauen fördern – vor allem, wenn politische Arbeit sichtbar wird:

> *„In der Kommunalpolitik – nennen Sie mich Idealist – […] da macht es wenig Unterschied, wo man herkommt. Es zählt, wie man mit Menschen umgeht."* *(IP 4)*

> *„Und das zeigt mir auch, wenn man vor Ort ist, wenn man engagiert ist, wenn man Volksvertretung macht, also sich für die Anliegen der Bürger einsetzt, dann honorieren das Menschen."* *(IP 4)*

Vereinzelnd werden konkrete Erlebnisse beschrieben, bei denen Engagement zu spürbaren Erfolgen geführt hat – etwa bei Infrastruktur, Stadtentwicklung oder Sportförderung. Diese positiven Erfahrungen stärkten das Vertrauen der Befragten:

> *„Die Dinge, die ich mit auf den Weg bringen durfte – die Königstraße, die Radwege oder die größte Erhöhung der Sportfördermittel seit Jahrzehnten – habe ich nie allein gemacht, sondern immer gemeinsam mit Mitstreitern."* *(IP 4)*

3. Angst, Rückzug und Anfeindungen als demokratiegefährdende Faktoren

Zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, Rassismus und digitale Anfeindungen können laut den interviewten Personen auch bei engagierten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu Unsicherheit und Rückzug führen:

„Ich beobachte, dass Ängste wachsen […] dass politische Betätigung zum Teil mit Anfeindungen verbunden ist.“ (IP 3)

„Einmal, dass die Leute sich ein bisschen zurückziehen und sagen: ‚Okay, das ist alles zu gefährlich, zu heiß. Ich will damit nichts zu tun haben.‘“ (IP 3)

Diese Rückzugsbewegungen können ihrer Einschätzung nach auch zur politischen Radikalisierung beitragen – etwa dann, wenn berechtigte Anliegen nicht gehört oder anerkannt werden:

„Ich sehe auch eine Problematik, weil solche Tendenzen zur Radikalisierung führen können. Menschen werden zur leichten Beute zweifelhafter Gruppierungen.“ (IP 3)

4. Politische Sozialisation und Herkunft als Einflussfaktor

Das Vertrauen in demokratische Prozesse wird als ein Ergebnis der politischen Sozialisation beschrieben. Wer autoritäre Regime oder ein repressives Parteiensystem erlebt hat, bringt nach Erfahrung der Befragten häufig Skepsis mit:

„Viele Menschen stammen aus Ländern, in denen es keine echte Demokratie gab – da fehlt das Vertrauen.“ (IP 6)

Zudem beschreiben die Befragten, dass Erfahrungen aus der eigenen Biografie oder aus kollektiven historischen Zusammenhängen nachwirken können:

„Es gab ja in Europa viele Länder, die noch vor wenigen Jahren autoritär regiert wurden. Das hinterlässt Spuren – zum Beispiel auch Angst, sich parteipolitisch zu engagieren.“ (IP 6)

Fazit

Zusammenfassend kommen die Befragten zu folgenden Einschätzungen: Das Vertrauen in das politische System unter Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sei kein Automatismus – es entstehe aus persönlicher Erfahrung, gesellschaftlichem Klima und gelebter Teilhabe. Kommunale Strukturen wie in Nürnberg können dieses Vertrauen stärken – wenn sie sichtbar, offen und dialogorientiert arbeiten. Gleichzeitig bleibe der Vertrauensaufbau eine kontinuierliche Aufgabe, insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung und zunehmender Polarisierung.

Vergleiche mit anderen Städten und Bundesländern

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass Städte in ihrer Integrations- und Repräsentationspolitik sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Nürnberg wird von den Befragten im Bereich lokaler Integrationspolitik und Teilhabestrukturen in einer vergleichsweise starken Position gesehen – insbesondere im Vergleich zur Landes- und Bundesebene sowie zu anderen Kommunen.

1. Starke kommunale Repräsentanz im Vergleich zur Landes- und Bundespolitik

Die politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist aus Sicht von einzelnen Interviewten auf kommunaler Ebene sichtbarer und besser etabliert als auf höheren politischen Ebenen. Besonders kritisch wird dabei die Landespolitik beurteilt:

„Ich denke auch, dass wenn man sich das anschaut, die politische Repräsentanz in den Kommunen zum Teil besser ist als auf Landes- und Bundesebene. Landesebene ist[…] ganz katastrophal – zum Teil – und Bundesebene auch.“ (IP 3)

Darin wird ein zentrales Spannungsfeld gesehen: Während vor Ort teilweise bereits Strukturen bestehen, fehlen vergleichbare Entwicklungen auf höheren Ebenen.

2. Nürnbergs Vorreiterrolle

Es wird hervorgehoben, dass Nürnberg eine Vorreiterrolle bei der strukturellen Verankerung von Teilhabe und Repräsentation eingenommen habe – sowohl historisch als auch in Bezug auf aktuelle Projekte:

„Nürnberg gehört zu Städten, die da sehr früh, muss man sagen, Schritte gemacht haben. Wenn man bedenkt, dass Nürnberg eine der ersten Beiräte bundesweit hatte.“ (IP 3)

„Ich finde, dass die Stadtverwaltung da an den Themen, die mit Migration zu tun haben, seit Jahren sehr gute Arbeit leistet. Die Projekte, die da laufen […] ich kenne viele der Aktivitäten, die jetzt in Nürnberg stattfinden, aus anderen Städten nicht.“ (IP 3)

Besonders hervorgehoben wird, dass die Stadt kontinuierlich Strukturen zur Integration aufgebaut habe, was Nürnberg im bundesweiten Vergleich positiv dastehen lasse.

3. Herausforderungen bleiben – auch in Nürnberg

Trotz dieser positiven Einschätzungen bleibe auch in Nürnberg die strukturelle Repräsentation hinter der demografischen Realität zurück. So fehlen nach Einschätzung der Befragten etwa valide Vergleichszahlen über die Entwicklung der Repräsentanz migrantischer Stimmen im Stadtrat über die Jahre hinweg:

„Ich denke auch, die Präsenz der Migrantinnen und Migranten in dem Nürnberger Stadtrat – ich weiß nicht, ob das im Vergleich zu früheren Perioden gesunken oder gestiegen ist. Da habe ich keine statistischen Zahlen. Aber das ist, glaube ich, nicht so ganz schlecht im Vergleich zu manchen anderen Städten.“ (IP 3)

Die Befragten kommen zu folgender Einschätzung: Auch in Nürnberg sind die bestehenden Strukturen ausbaufähig – es bleibt die Herausforderung, Vielfalt nicht nur symbolisch zu repräsentieren, sondern auch strukturell zu verankern.

Fazit

Die Befragten stellen heraus, dass die kommunale Integrationspolitik – insbesondere in Nürnberg – häufig innovativer, näher an der Lebensrealität der Menschen und sichtbarer als die Politik auf Landes- oder Bundesebene sei. Die Stadt Nürnberg biete Beteiligungsformate, institutionelle Öffnung und praktische Integrationsarbeit, wie sie in vielen anderen Städten noch nicht umgesetzt werde.

Einfluss von Medien und sozialen Netzwerken

Die Befragten stellen heraus, dass in einer zunehmend digitalen Gesellschaft soziale Medien und Online-Plattformen zu zentralen Informations- und Beteiligungskanälen geworden seien – auch und gerade für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Einzelne Interviewaussagen machen deutlich,

dass diese Kanäle sowohl Chancen als auch Risiken für politische Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt bergen würden.

1. Reichweite und Relevanz sozialer Netzwerke

Dir Befragten beschreiben, dass für viele Menschen – unabhängig von Herkunft – soziale Medien heute eine dominierende Rolle bei der Informationsbeschaffung spielen. Klassische Nachrichtenformate wie Printmedien oder Fernsehen würden dabei zunehmend in den Hintergrund treten:

> *„Ja, da würde ich sagen, wie bei den Einheimischen: ein kleiner Teil über Printmedien – Zeitung und Fernsehen […], aber ein großer Teil über die sozialen Medien."* *(IP 5)*

> *„Aber das haben inzwischen fast eine Million Menschen gesehen. Ist auch ein Erfolg. Ist toll […] Stichwort Social Media. Aber es gibt halt nicht nur 15.000 Likes, sondern auch fast 10.000 Kommentare."* *(IP 4)*

Formate wie Instagram, TikTok oder YouTube wirkten dabei nicht nur als Kanäle der Unterhaltung, sondern würden zu politischen Bühnen und Informationsräumen, die Zielgruppen direkter und emotionaler ansprechen.

2. Muttersprache als Zugang – soziale Medien als Brücke

Besonders für Menschen mit wenig Deutschkenntnis bieten laut den Interviewten soziale Netzwerke eine niedrigschwellige Möglichkeit, gesellschaftliche und politische Informationen zu rezipieren – oft in der eigenen Muttersprache:

> *„Die Rolle der sozialen Netzwerke wächst, weil sie zum Teil sprachliche Barrieren überwinden. Ich beobachte, dass manche Inhalte sehr schnell in den Muttersprachen kommuniziert werden. Dadurch haben auch Leute, die nicht gut Deutsch sprechen oder keine deutschen Zeitungen lesen, Zugang zu Informationen."* *(IP 3)*

> *„Wenn es auf meiner Muttersprache erklärt wird, nehme ich das schnell auf und kann damit auch was anfangen."* *(IP 5)*

Diese kulturelle Nähe schaffe einen Zugang, könne aber gleichzeitig zu Abschottungstendenzen führen, wenn Informationsräume kaum noch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen geteilt werden.

3. Risiken: Echokammern und Desinformation

Neben positiven Effekten wurden auch problematische Entwicklungen benannt. Einzelne Interviewte beobachten, dass Filterblasen, populistische Narrative und zweifelhafte Quellen in sozialen Medien zunehmen – gerade auf Plattformen mit hoher Reichweite unter jungen Menschen:

> *„Da wachsen natürlich auch diese allgemeinen Entwicklungen, die die Leute dann in Blasen halten. Oder sie bekommen Informationen durch zweifelhafte Quellen – das ist auch gewachsen."* *(IP 3)*

Solche Dynamiken können laut den Befragten politische Polarisierung fördern und die Anschlussfähigkeit an seriöse, demokratische Diskurse untergraben.

4. Reaktion der Stadt – digitale Präsenz und Angebote

Die Stadt Nürnberg reagiere proaktiv auf diese Entwicklungen. Laut einer befragten Person ist Nürnberg digital gut aufgestellt:

> *„Ich denke, dass wir auf Social Media gut vertreten sind – weil natürlich auch viele Zugewanderte technisch gut versiert sind. Die Stadt ist digital auf allen Kanälen präsent: Instagram, Telegram, Facebook, YouTube. Man kann sie dort wahrnehmen – und ich hoffe, man macht da gerne mit." (IP 6)*

Diese digitale Sichtbarkeit solle nicht nur über kommunalpolitische Themen informieren, sondern auch zur Beteiligung einladen, Gegenöffentlichkeiten stärken und direkte Kommunikationswege öffnen.

Fazit

Soziale Medien werden von den Befragten als entscheidende Kanäle gesellschaftlicher Teilhabe – insbesondere für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gesehen. Sie überbrücken ihrer Ansicht nach Sprachbarrieren, schaffen neue Öffentlichkeiten und ermöglichen niedrigschwellige politische Bildung. Gleichzeitig bestehe die Herausforderung, digitale Medienkompetenz zu stärken, kritisches Denken zu fördern und Desinformation aktiv entgegenzuwirken.

Zusammenfassung der gesellschaftlichen Faktoren

Die Befragten kommen zu der Einschätzung, dass die gesellschaftlichen Einflussfaktoren auf politische Teilhabe komplex sind – und sie oft widersprüchlich wirken. Vertrauen müsse aufgebaut, Repräsentanz sichtbar gemacht und gesellschaftliche Kommunikation aktiv gestaltet werden. Nürnberg werde in vielen Aussagen als Stadt mit vergleichsweise guter Infrastruktur, engagierter Verwaltung und mutigen Initiativen wahrgenommen. Dennoch sehen die Befragten auch, dass politische Apathie, Angst vor Anfeindung und mangelnde Sichtbarkeit migrantischer Stimmen als Herausforderung auftreten – gerade in einer zunehmend polarisierten Medienlandschaft. Um Teilhabe nachhaltig zu stärken, brauche es eine konsequente Öffnung politischer Räume, gesamtgesellschaftliche Anerkennung und eine digitale Strategie, die Zugang mit Verantwortung verbindet.

Politische Faktoren

Politische Teilhabe ist ein zentrales Element demokratischer Gesellschaften – doch sie entsteht nicht von allein. Die Aussagen der Interviewten zeigen deutlich: Es braucht gezielte politische Bildungsangebote, sichtbare Beteiligungsformate und strukturelle Offenheit, um insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte wirksam einzubeziehen. In Nürnberg gibt es hierzu bereits wichtige Ansätze, doch auch Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten und bundesweiten Programmen verdeutlichen, wie Teilhabe gefördert und demokratische Strukturen gestärkt werden können.

Politische Bildung und Aufklärungsarbeit

Demokratie ist kein Selbstläufer – das betonen die interviewten Personen in ihrer Analyse der gegenwärtigen politischen Herausforderungen. Politische Bildung und Aufklärungsarbeit werden als zentrale Stellschrauben benannt, um eine inklusive, widerstandsfähige und zukunftsfähige Demokratie in einer vielfältigen Stadt wie Nürnberg zu gestalten. Dabei fordern die Befragten nicht nur Information über politische Prozesse, sondern auch gezielte Ansprache, Aktivierung und Empowerment bislang unterrepräsentierter Gruppen, insbesondere von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. So formuliert eine interviewte Person:

„Auch eine Demokratie ist ja nicht einfach. Man muss das verstehen […] oft kommen ja Menschen aus Ländern und aus Gebieten, da kennt man keine Demokratie.“ (IP 6)

1. Politische Bildung als Fundament für demokratische Teilhabe

Ein zentrales Thema für die Interviewten stellt der Zusammenhang zwischen politischer Bildung und demokratischer Beteiligung dar. In den Interviews wird hervorgehoben, dass das politische System – insbesondere die föderale Struktur Deutschlands – für neu Zugewanderte schwer verständlich sei:

„Ich habe zwei, drei Jahre gebraucht, um das politische System zu verstehen.“ (IP 5)

„Ich habe Anträge im Stadtrat gestellt, bekam aber oft zur Antwort: ‚Dafür sind wir nicht zuständig – das ist Bund oder Land.‘“ (IP 5)

„Ich denke, es spielt auch eine große Rolle, dass wir erklären, welche Parteien es gibt und was sie vertreten.“ (IP 6)

2. Demokratische Kompetenz durch praktische Zugänge – Formate der Aufklärung

Politische Bildung muss nicht nur theoretisch, sondern praktisch und alltagsnah stattfinden. In den Interviews wird betont, wie wichtig niederschwellige Begegnungsformate sind:

„Das Format ‚Lass uns reden‘ […], damit wir in den Stadtteilen mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen.“ (IP 6)

„Wir waren in Wohnheimen, Wohngruppen, bei verschiedenen Kulturvereinen […] und haben mit Menschen gesprochen.“ (IP 5)

„Ich finde es wichtig, dass wir ansprechbar sind, dass man den Oberbürgermeister, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die berufsmäßigen Stadträte auch draußen, egal wo, auch ansprechen kann.“ (IP 6)

3. Empowerment und Ansprache unterrepräsentierter Gruppen

Politische Bildung ist im Verständnis der Befragten nicht nur eine Hol-, sondern auch eine Bringschuld. In ihrer Wahrnehmung wissen viele Menschen nicht, wie sie sich politisch einbringen können:

„Man darf nicht warten, bis sie kommen – wir müssen zu ihnen gehen.“ (IP 4)

„Empowerment heißt, nicht nur erklären, sondern Zutrauen schaffen und Brücken bauen.“ (IP 4)

4. Schulen als Schlüsselorte demokratischer Bildung

Eine interviewte Person hebt die besondere Rolle von Schulen hervor, warnt aber auch vor verpassten Chancen:

„Ich finde, in Schulen ist Demokratie immer noch zu wenig erlebbar – besonders für Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte. Wenn wir Rassismuserfahrungen nicht ernst nehmen und die Betroffenen alleinlassen, fehlt die Grundlage für Identifikation und Motivation zur Teilhabe. Dabei sind die Schulen genau der Ort, an dem wir eine gute Basis schaffen könnten, damit Kinder sich als Teil der Gesellschaft fühlen.“ (IP 3)

5. Politische Bildung als Antwort auf demokratiefeindliche Tendenzen

Einige interviewte Personen nehmen eine wachsende Demokratieverdrossenheit – sowohl bei Zugewanderten als auch in der Gesamtbevölkerung – wahr:

> *„Ich denke, es braucht Identifikationsangebote für Migrantinnen und Migranten – dass sie sich mit diesem Land, der Politik und der Demokratie identifizieren können, ihre Rolle und Wirkungsmöglichkeiten erkennen. Und ich finde, das gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten. Insgesamt müssen wir noch viel in politische Bildung und Demokratieförderung investieren, weil das Misstrauen gegenüber dem demokratischen System wächst – bei Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Da müssen wir mit Angeboten gegensteuern." (IP 3)*

Politische Bildung kann ihrer Einschätzung nach ein Gegengewicht setzen – durch Wissensvermittlung, Identifikationsangebote und klare Haltung gegen pauschalisierende Aussagen.

Fazit

Politische Bildung wird als ein zentrales Element einer lebendigen und inklusiven Demokratie wahrgenommen – nicht nur als reine Wissensvermittlung, sondern als aktiver Prozess der Beteiligung und Ermutigung. Die Interviews zeigen: In Nürnberg gibt es bereits vielfältige Formate und Ansätze, die weiter gestärkt und ausgebaut werden sollten. Entscheidend ist dabei, dass politische Teilhabe nicht vom Bildungsstand oder den Sprachkenntnissen abhängen darf – sie muss aktiv und niedrigschwellig ermöglicht werden.

Erfolgreiche Maßnahmen oder ähnliches ggf. aus anderen Städten

Politische Teilhabe und demokratische Integration entstehen nicht zufällig, sondern dort, wo gezielte Zugänge, Bildung und konkrete Beteiligungschancen geschaffen werden. Die Interviews zeigen: Es gibt bereits eine Reihe bewährter Maßnahmen – sowohl in Nürnberg als auch in anderen Städten – die politische Mitwirkung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachhaltig stärken können. Dazu gehören institutionalisierte Programme, zivilgesellschaftliche Initiativen, partizipative Formate und Empowerment-Ansätze.

1. Modellhafte Programme und Formate – über Nürnberg hinaus

Verschiedene bundes- und landesweite Programme werden in den Interviews als Best-Practice-Beispiele genannt:

> *„Zum Beispiel Young Up war explizit für Bayern, weil die haben gemerkt: In Bayern fehlt es wirklich." (IP 5)*

> *„Auch Brand New Bundestag – die arbeiten überparteilich und geben Menschen eine Chance." (IP 5)*

> *„Von BZI, also Bundeszentrale für Zuwanderungs- und Integrationsrat, gab es die Politische Akademie für Vielfalt – das war ein sehr gutes Angebot." (IP 5)*

Diese Programme fördern nach Einschätzung der Befragten frühzeitige politische Orientierung, Vernetzung, Mentoring und den Zugang zu politischen Institutionen – insbesondere für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

2. Erfolgreiche Praxisbeispiele aus Nürnberg

Auch Nürnberg selbst verfügt über bewährte Beteiligungsformate:

> *„Ich finde, dass wir das Thema Jugendpartizipation sehr gut machen. Das Projekt ‚Laut' funktioniert super." (IP 4)*

> *„‚Lass uns reden' ist ein neues Format aus dem Rathaus […] wir gehen damit direkt in die Stadtteile." (IP 6)*

> *„Ich habe ‚We Integrate' mitgegründet […] wir haben aktiv Menschen angesprochen, sind in Wohnheime, Kulturvereine und Wohngruppen gegangen und haben dann eine eigene Liste für den Integrationsrat aufgestellt." (IP 5)*

> *„Im Integrationsrat versuchen wir, alles auf mehreren Sprachen anzubieten […] das wirkt. Die Menschen werden dadurch aktiver." (IP 5)*

Diese Formate zeigen, wie niedrigschwellige Zugänge, Dialog auf Augenhöhe und Mehrsprachigkeit politische Beteiligung direkt ermöglichen.

3. Empowerment, gezielte Ansprache und Mentoring

Gezielte Förderung einzelner Personen und unterrepräsentierter Gruppen ist für einige Interviewte ein zentraler Erfolgsfaktor:

> *„Wir hatten ein Projekt, bei dem wir gezielt Frauen angesprochen haben, die Interesse an Politik hatten […] mit Schulungen, Rhetoriktrainings und Mentoring." (IP 3)*

> *„Meine feste Überzeugung ist: Auch Quoten können helfen […] ohne Frauenquote hätten wir heute kein Drittel Frauen im Parlament." (IP 4)*

Mentoring-Modelle und strukturverändernde Maßnahmen wie Vielfaltsquoten werden als wirksame Instrumente gesehen, um politische Räume dauerhaft inklusiver zu gestalten.

4. Erfolgsindikator Einbürgerung – ein Schritt zur politischen Mitbestimmung

Ein deutlicher Zuwachs an Einbürgerungen wird als positive Entwicklung hervorgehoben:

> *„Wir hatten früher 700 bis 900 Einbürgerungen im Jahr […] jetzt sind es über 2.200. Mit deutschem Pass können diese Menschen auch mitwählen […] das ist ein wichtiger Schritt." (IP6)*

Die Staatsbürgerschaft stellt für die Befragten ein Schlüsselmoment politischer Gleichberechtigung dar - nicht nur symbolisch, sondern mit ganz konkreten Rechten.

5. Erfolgsfaktor: Starke Zivilgesellschaft

Neben institutionellen Maßnahmen wird auch das zivilgesellschaftliche Engagement als tragende Säule beschrieben:

> *„Bamberg hat auch eine starke Zivilgesellschaft […] da läuft zivilgesellschaftlich sehr viel." (IP 3)*

Wo gesellschaftliche Teilhabe gelebt wird, wächst laut den Befragten auch die Bereitschaft zur politischen Beteiligung.

Zusammenfassung der politischen Faktoren

Zusammengefasst kommen die Befragten in den Interviews zu folgenden Einschätzungen in Bezug auf die politischen Faktoren: Ob in Nürnberg, Bamberg oder im Rahmen bundesweiter Programme – die Beispiele machen, dass politische Teilhabe durch gezielte Maßnahmen nachhaltig gestärkt werden kann. Besonders wirkungsvoll zeigen sich den Befragten zufolge niedrigschwellige Beteiligungsformate vor Ort, die direkte und unkomplizierte Mitwirkung ermöglichen. Ergänzend dazu spielen ihrer Einschätzung nach individuelle Förderangebote – etwa in Form von Schulungen, Mentoring oder Empowerment-Programmen – eine wichtige Rolle. Auch institutionalisierte Programme mit professioneller Begleitung könnten einen zentralen Beitrag leisten. Darüber hinaus wirke sich eine aktive migrantische Selbstorganisation sowie ein starkes zivilgesellschaftliches Netzwerk förderlich auf politische Mitgestaltung aus. Schließlich trage auch die strukturelle Öffnung politischer Räume – etwa durch Mehrsprachigkeit oder die Einführung von Quotenregelungen – dazu bei, mehr Vielfalt in Entscheidungsprozesse zu bringen.

Fazit und Empfehlung aus den Ergebnissen der 3. Forschungsgruppe

Die Auswertung der qualitativen Interviews im Rahmen von „Nürnberg forscht“ mit Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zeigt: Politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist ein zentraler Indikator für demokratische Gerechtigkeit, gesellschaftliche Integration und zukunftsfähige Kommunalpolitik. Trotz positiver Entwicklungen in Nürnberg – insbesondere auf kommunaler Ebene – bestehen weiterhin strukturelle, rechtliche und soziale Barrieren, die eine gleichberechtigte Mitgestaltung erschweren.

Lokale Integrationspolitik, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung sind dabei entscheidende Hebel zur Verbesserung der Situation. Integrationsräte, migrantische Organisationen und Empowerment-Programme leisten wertvolle Beiträge zur Demokratisierung kommunaler Strukturen. Die Ergebnisse der Studie legen nahe: Symbolische Repräsentation oder punktuelle Fördermaßnahmen sind allein nur begrenzt wirksam. Vielmehr braucht es eine stärkere strukturelle Offenheit in Parteien, Verwaltungen und Bildungsinstitutionen – sowie gezielte Ansprache, eine angemessene Ressourcenverteilung und transparente Verfahren.

Der Zugang zu politischer Teilhabe ist aktuell noch zu stark vom individuellen sozialen Kapital, der Sprachkompetenz oder dem informellen Netzwerk der Menschen abhängig. Die Ergebnisse der Citizen Science Studie liefern Hinweise darauf, dass Teilhabe erleichtert und gestärkt werden kann, wenn Barrieren abgebaut und Zugänge für alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus – offenstehen.

Empfehlungen für die kommunale Praxis in Nürnberg

Auf Basis der Analyse ergeben sich verschiedene Handlungsimpulse, die zur Stärkung politischer Teilhabe auf kommunaler Ebene beitragen können. Politische Bildung sollte in Nürnberg weiter gestärkt und auch jenseits formaler Bildungswege zugänglich gemacht werden, um eine breitere gesellschaftliche Zielgruppe zu erreichen. Zugleich erscheint es wichtig, strukturelle Barrieren abzubauen – beispielsweise durch mehrsprachige Informationsangebote, leicht zugängliche Beteiligungsformate und diskriminierungssensible Verfahren.

Vielfalt in politischen Strukturen lässt sich fördern, indem unterrepräsentierte Gruppen durch Quotenregelungen, Mentoringprogramme und eine Öffnung parteipolitischer Strukturen gezielt

unterstützt werden. Ein weiterer Baustein liegt in der finanziellen und institutionellen Stärkung der Selbstorganisation migrantischer Gruppen, um deren nachhaltige Teilhabe zu sichern. Die Weiterentwicklung kommunaler Beteiligungsformate – sowohl digital als auch analog, alltagsnah und aufsuchend – wird als zentral betrachtet, um eine breitere Einbindung von Menschen in Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. Begleitend dazu werden gezielte Informations- und Aktivierungskampagnen empfohlen.

4. Potenziale von Citizen Science für Forschung, Verwaltung und Stadtgesellschaft

Die im Projekt „Nürnberg forscht“ gewonnenen Erfahrungen verdeutlichen exemplarisch, das Potenzial von Citizen Science für sozialwissenschaftliche Untersuchungen – insbesondere in den Bereichen Migration, Teilhabe und Integration. Die aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte ermöglicht eine Form der Forschung, die über die reine Datenerhebung hinausgeht, gesellschaftliche Lebensrealitäten sichtbar macht und deren Relevanz anerkennt.

Im Verlauf des Projekts „Nürnberg forscht“ zeigten sich Hinweise darauf, dass der partizipative Ansatz neue Perspektiven in die Diskussion über Integrationspolitik einbringen kann. In einzelnen Fällen wurde deutlich, dass dadurch bestehende kommunale Prozesse als zugänglicher wahrgenommen wurden und das Vertrauen in diese gestärkt werden konnte. Darüber hinaus deuten die Erfahrungen darauf hin, dass eine datenbasierte Weiterentwicklung von Maßnahmen – orientiert an der Lebensrealität der Beteiligten – angestoßen wurde. Das Projekt eröffnete zudem erste Anknüpfungspunkte, um Dialogformate weiterzuentwickeln und institutionelle Strukturen stärker im Sinne einer diversitätssensiblen Verwaltungspraxis zu reflektieren.

Auch auf Seiten der Teilnehmenden wurden positive Wirkungen beobachtet. So berichteten Viele von einem Zugewinn an Kompetenzen, einem gestärkten Gefühl von Selbstwirksamkeit sowie einer Erfahrung gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Relevanz ihrer Perspektiven.

Insgesamt legen die bisherigen Projekterfahrungen nahe, dass Citizen Science nicht nur als methodischer Zugang betrachtet werden sollte. Vielmehr zeigt sich darin ein demokratiefördernder Impuls, der Forschung und gesellschaftliche Teilhabe stärker miteinander verzahnt. Für kommunale Verwaltungsstrukturen kann dieser Ansatz relevante Impulse liefern, um Inklusion, Transparenz und Bürgernähe weiterzudenken.

Literaturverzeichnis

Bergmann, Henning; Çelik, Gözde; Wüst, Andreas (2024): REPCHANCE – Bausteine einer chancengerechten politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte, Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart.

BIZ (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat) (2021): Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie (PAdV): Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie (PAdV) – Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) (abgerufen am 01.07.2025).

BIZ (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat) (2022): YoungUP!: YoungUp! – Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) (abgerufen am 01.07.2025).

Bonney, Rick; Cooper, Caren B.; Dickinson, Janis; Kelling, Steve; Phillips, Tina; Rosenberg, Kenneth V., Shirk, Jennifer (2009): Citizen Science: A Developing Tool for Expanding Science Knowledge and Scientific Literacy, BioScience, Volume 59, Issue 11, Pages 977 – 984: https://doi.org/10.1525/bio.2009.59.11.9 (abgerufen am 01.07.2025).

Caballero, Luis; Diehl, Stefan (2020): Politische Partizipation und Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Eine Untersuchung von kommunalpolitisch Handelnden, Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), 1. Auflage, Mainz.

Dege, Yonca; Nicke, Sascha (2022): Wer kann mitmachen? Ein Forschungsprojekt zu Hürden von politischer Beteiligung für Menschen mit Migrationsgeschichten, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), Wissenschaft Demokratie, Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“, Band 11, Jena.

Diehl, Claudia; Urban, Julia (1998): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Digitale Bibliothek: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland / Claudia Diehl ; Julia Urbahn. - [Electronic ed.]. - Bonn, 1998. - 61 S. = 215 Kb; Text . - (Gesprächskreis Arbeit und Soziales). - ISBN 3-86077-722-X (abgerufen am 01.07.2025).

European Commission (01.04.2025): Migration integration: Migrant integration hub - European Commission (abgerufen am 01.07.25).

Hippler, Susann (2021): Social Citizen Science – Ein OER-Handbuch zum Selbstlernen, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg: Social Citizen Science OER (abgerufen am 01.07.2025).

Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2024): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz, Beltz, 6. Auflage, Weinheim, Basel.

SVR-Forschungsbereich (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) (2020): Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.

SVR-Bericht (2024): Integrationsklima 2024: Leichte Abschwächung des positiven Trends. SVR-Integrationsbarometer 2024. SVR-Bericht 2024-1, Berlin.

van Deth, Jan W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): Politische Partizipation in der

Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen, S. 195-219.

van Deth, Jan W. (2016): Wer partizipiert (nicht) in der Politik?, in: van Deth, Jan W. (Hrsg.): Demokratie in der Großstadt. Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit, Wiesbaden, S. 129-151.

Vierus, Paul; Ziller, Conrad; Marx, Nicole (2022): Grenzen politischer Repräsentation: Determinanten der Wahlbeteiligung bei Integrationsratswahlen in Nordrhein-Westfalen, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 74 (4), S. 525-551.

Wallis, Emma (17.09.2018): How migrants and refugees participate in German politics - even if they can't vote: https://www.infomigrants.net/en/post/12048/how-migrants-and-refugees-participate-in-german-politics--even-if-they-cant-vote (abgerufen am 01.07.2025).

Wilmes, Bernhard (14.05.2018): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, Bundeszentrale für politische Bildung: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten | Dossier Migration | bpb.de (abgerufen am 01.07.2025).

Anhang

Anhang 1: Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Aufbau einer Forschungseinheit 4
Abbildung 2: Schaubild der wichtigsten Ergebnisse aus der zweiten Forschungsgruppe 6
Abbildung 3: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung 7
Abbildung 4: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung 8
Abbildung 5: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung 13
Abbildung 6: Engagement außerhalb von Wahlen, N = 111 29
Abbildung 7: Mitgliedschaften in Organisationen, Parteien Vereinen, o.ä., in Prozent, N = 109 29
Abbildung 8: Was erschwert Ihnen die Teilnahme an Wahlen oder anderen politischen Aktivitäten (Demonstrationen, Petitionen, Bürgerinitiativen, Gemeinde-/Vereinsarbeit, o.ä.) in Nürnberg? (Mehrfachantworten möglich) 30
Abbildung 9: Generelles Interesse an Politik oder politischen Themen, N = 123 30
Abbildung 10: Kenntnis über unterstützende Angebote, N = 87 33
Abbildung 11: Haben Sie das Gefühl, dass die Stadträtinnen und Stadträte in Nürnberg Ihre Interessen ausreichend vertreten? N = 64 38
Abbildung 12: Wahl des Integrationsrates, N = 119 46

Tabelle 1: Modell zu den Graden der Beteiligung in Citizen Science 5
Tabelle 2: Forschungsetappen 11
Tabelle 3: Übersicht über die quantitative und qualitative Datenerhebung und Auswertung 12
Tabelle 5: Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestags-, EU und Kommunalwahlen 31

Anhang 2

1. Qualitative Analyse: Codiersystem

Hauptcodes

1	Individuelle Faktoren	*Subcodes*	*Subcodes*	*Subcodes*
1.	Weg in die Politik & Motivation	Persönliche Erlebnisse und Hintergründe	Vorbilder	Rolle der eigenen Zuwanderungsgeschichte
1.2	Erfahrungen & Ziele im Amt	Erste politische Erfahrungen	Herausforderungen im politischen Alltag	Ziele und gewünschte Veränderungen
1.3	Botschaft an zukünftige Engagierte	Ratschläge	Ermutigende oder abschreckende Erfahrungen	Bedeutung von Netzwerken, Sprache, Diskriminierung, Einstellung o.ä.
2	**Strukturelle Faktoren**			
2.1	Schwierigkeiten & Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe	Zugang zu Parteien und politischen Ämtern	Bürokratische und rechtliche Hürden oder Diskriminierung aufgrund von Sprache und Herkunft o.ä.	Unterstützungsmaßnahmen
2.2	Wahlrecht & Wahlverhalten	Auswirkungen des Wahlrechts auf die politische Partizipation	Unterschiede zwischen verschiedenen Migrationsgruppen	Politische Präferenzen und Engagement außerhalb von Wahlen
2.3	Politische Repräsentanz	Anteil von Politikerinnen und Politikern mit Migrationsgeschichte	Wahrnehmung von Vielfalt in politischen Strukturen	Rolle von migrantischen Organisationen in der Politik
3	**Gesellschaftliche Faktoren**			
3.1	Allgemeine Einschätzung zur politischen Teilhabe (Fokus: Nürnberg)	Besondere Herausforderungen oder Chancen in Nürnberg	Bedeutung lokaler Integrationspolitik	Vergleich mit anderen Städten oder Bundesländern
3.2	Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung	Bildungsniveau und politische Bildung (Zugangsfaktoren)	Vertrauen in das politische System	Einfluss von Medien und sozialen Netzwerken
4	**Politische Faktoren**			
4.1	Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe	Erfolgreiche Maßnahmen und Beispiele aus anderen Städten	Rolle von Integrationsräten, Vereinen und migrantischen Organisationen	Politische Bildung und Aufklärungsarbeit

2. Quantitative Analyse: Auszug aus den soziodemographischen Daten der Online-Befragung

Wie alt sind Sie?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	21 bis 29 Jahre	26	21,1	23,9	23,9
	30 bis 39 Jahre	23	18,7	21,1	45,0
	40 bis 49 Jahre	30	24,4	27,5	72,5
	50 bis 59 Jahre	21	17,1	19,3	91,7
	60 Jahre oder Älter	9	7,3	8,3	100,0
	Gesamtsumme	109	88,6	100,0	
Fehlend		14	11,4		
Gesamtsumme		123	100,0		

Welches Geschlecht haben Sie?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	weiblich	68	55,3	63,0	63,0
	männlich	40	32,5	37,0	100,0
	Gesamtsumme	108	87,8	100,0	
Fehlend		15	12,2		
Gesamtsumme		123	100,0		

Zuwanderung

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	keine Angabe	7	5,7	6,4	6,4
	selbst zugewandert	78	63,4	71,6	78,0
	mindestens ein Elternteil zugewandert	24	19,5	22,0	100,0
	Gesamtsumme	109	88,6	100,0	
Fehlend	-99,00	14	11,4		
Gesamtsumme		123	100,0		

Wann sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	Zwischen 2023 und 2025	3	2,4	3,0	3,0
	Zwischen 2021 und 2022	5	4,1	5,0	7,9
	Zwischen 2016 und 2020	7	5,7	6,9	14,9
	Zwischen 2011 und 2015	12	9,8	11,9	26,7
	Zwischen 2001 und 2010	16	13,0	15,8	42,6
	Zwischen 1991 und 2000	16	13,0	15,8	58,4
	Zwischen 1961 und 1990	34	27,6	33,7	92,1
	Vor 1961	2	1,6	2,0	94,1
	Keine Angabe	4	3,3	4,0	98,0
	Weiß ich nicht	2	1,6	2,0	100,0
	Gesamtsumme	101	82,1	100,0	
Fehlend		22	17,9		
Gesamtsumme		123	100,0		

Anzahl Staatsangehörigkeiten (SYSMIS als 0 behandelt)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	1,00	77	62,6	71,3	71,3
	2,00	31	25,2	28,7	100,0
	Gesamtsumme	108	87,8	100,0	
Fehlend	,00	15	12,2		
Gesamtsumme		123	100,0		

Staatsangehörigkeit

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	Deutsch	38	30,9	35,2	35,2
	EU	12	9,8	11,1	46,3
	Drittstaat	27	22,0	25,0	71,3
	Doppelte Staatsangehörigkeit	31	25,2	28,7	100,0
	Gesamtsumme	108	87,8	100,0	
Fehlend	-99,00	15	12,2		
Gesamtsumme		123	100,0		

Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie erworben?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	sonstiges	2	1,6	1,9	1,9
	Haupt-, Mittel-, Realschule	7	5,7	6,7	8,6
	Gymnasium, Fachoberschule	14	11,4	13,3	21,9
	Berufsausbildung in Berufsfachschule, Duale Ausbildung	15	12,2	14,3	36,2
	Universität, Hochschule	65	52,8	61,9	98,1
	keine Angabe	2	1,6	1,9	100,0
	Gesamtsumme	105	85,4	100,0	
Fehlend		18	14,6		
Gesamtsumme		123	100,0		

2. Deskriptive Statistik: Gründe für eine Nicht-Teilnahme an der letzten Wahl des Integrationsrates

Minimum-Wert 1 = trifft überhaupt nicht zu; Maximum-Wert 5 = trifft voll und ganz zu

	N	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standardabweichung
Ich hatte kein Interesse.	32	1	5	2,5	1,36783
Ich wusste nichts von der Wahl.	31	1	5	2,9	1,70009
Ich weiß nicht was, die Aufgaben des Integrationsrats sind.	31	1	5	3,2	1,20304
Ich hatte zu wenige Informationen über Parteien, Kandidaten und deren Themen.	32	1	5	4,0	,98374
Ich fühlte mich von keinem Kandidaten ausreichend vertreten.	31	1	5	2,9	1,31493
Der Integrationsrat kann nichts bewirken.	32	1	5	2,8	1,11984
Ich verstehe zu wenig deutsch.	29	1	5	1,4	1,05513
Ich hatte keine Zeit.	29	1	5	2,2	1,40548
Gültige Anzahl (listenweise)	27				